



Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 253, 17. 12. 84

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM

C 21734 E

Förderpreis
DM 5,-

RUS Buchum

Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.

STO 3308

Deutsche Staatsgebiete
und
deutsche Siedlungsgebiete



40 Jahre und
kein bißchen weise

Großdeutsche Träume

Nebenstehende Karte kommt nicht aus einer Propagandabroschüre der NPD, auch nicht aus einem Pamphlet der „Vertriebenen“-Verbände, sondern ist abgedruckt in einer offiziellen Broschüre des baden-württembergischen Kultusministers Mayer-Vorfelder, in der zu einem „Schülerwettbewerb 1985 mit osteuropäischen und gesamtdeutschen Themen“ aufgerufen wird. Offen geblieben ist, was eigentlich „deutsche Staatsgebiete“ sind: Ist das überall, wo auch „deutsche Siedlungsgebiete“ sind, also bis weit nach Osteuropa hinein? Umstandslos werden auch Teile von Frankreich und Belgien dem deutschen Blute zugeschlagen...

Fortsetzung auf Seite 5

Mittelamerika

Sowjetische MiGs für Nicaragua? Wie ein Invasionsvorwand aufgebaut wird, untersuchen wir auf Seite 36.

El Salvador: FMLN und Duarte verhandeln! Das Ausbrechen der FMLN aus der Isolierung schildern wir auf Seite 39.

Grenada: ein Jahr nach der US-Invasion eine US-freundliche bürgerliche Mehrheit — warum? Seite 40.

Wir rufen die Kuba-Krise von 1961 bis 1963 in Erinnerung und stellen im 1. Teil die politische Situation vor der Schweinebucht-Invasion dar. Seite 35.

Linke

Krise bei den Jungsozialisten. Die Entwicklung außerparlamentarischer Aktivitäten und die Grün-Alternativen haben ihnen die Luft zum Atmen genommen. Der undogmatische Teil der Jusos hat Ende November die Ziele des „progressiven Reformismus“ formuliert. Seite 43

Was sagt man dazu? Die Gruppe internationaler Marxisten zieht wie sonst nie gehört gegen die korrupten Bürokraten von der SPD zu Felde — im ARBEITERKAMPF. Und der AK polemisiert dagegen in der gleichen Zeitung. Seite 45.

Faschismus

Mit einer Verurteilung des wegen Doppelmordes an einem jüdischen Verlegerhepär angeklagten Karl-Heinz Hoffmann ist kaum noch zu rechnen. Dafür darf der angeklagte...

Geschichte ungestört Selbstdarstellung betreiben. Die sprichwörtliche Blindheit auf dem rechten Auge der bundesdeutschen Justiz gehört der Vergangenheit an. Seite 25.

Imperialismus

Die Rüstungszusammenarbeit der westeuropäischen Staaten macht Fortschritte. Ein gigantisches Aufrüstungsprogramm — „Größtes Projekt seit Christi Geburt“ — steht uns ins Haus. Seite 28.

Grüner Parteitag

Erfolgreiches Unentschieden für die »Realpolitiker«

... so bewertet unser Autor den Ausgang der von allen Seiten mit Spannung erwarteten Bundesversammlung der Grünen zur Klärung ihres Verhältnisses zu Bündnissen mit der SPD. Wir dokumentieren den Grünen-Beschluß und Auszüge aus den kontroversen Anträgen, sowie Pressestimmen zum Ausgang der Debatte.

Großes Erstaunen hat das Bündnis des Fundamentalisten Rudolf Bahro mit den Ökosozialisten hervorgerufen. Bahro hat in einer scharfen und polemischen Rede nicht nur Gegner seiner Position provoziert. Wir publizieren wesentliche Teile seines ganzheitlichen Konzepts des „Ausstiegs aus der Industriegesellschaft“ sowohl die politischen Aussagen, als auch die, in denen er sich als Prophet benimmt.

Welcher Teufel hat den Ökosozialisten Trampert geflüchtet, dieses Bündnis mit Bahro einzugehen? Ein Kommentar zur Hamburger Grünen-Versammlung geht auf diese Frage ein. Gastautor Uwe Kloßmann (ISP/Die Grünen) bespricht das neue Buch von Thomas Ebermann und Rainer Trampert.

„Die Zukunft der Grünen“ und wirft die Frage auf: „Ökosozialismus contra Marxismus?“

Auch die DKP versucht Position zum „rot/grünen“ Konflikt zu beziehen. „Gemeinsam gegen rechts“ heißt ihre Formel, die ja nun wirklich nicht neu für die Partei ist. Mit wem? Notfalls mit den Grünen, aber: „Hauptsache mit der SPD.“

Was passiert im Bonner Bundestagbunker der Grünen? Wir bringen Neues aus dem grünen Alltag in Bonn.

Schließlich kommentieren wir die Diskussion und die Beschlußlage der Alternativen Liste Westberlin zum Verhältnis AL/SPD für die Zeit nach den Senatswahlen.

Trotz des Grünen-Angebots von der Landesversammlung in Lich — wir dokumentieren den Beschluß — ist das heisse Bündnis mit der SPD geplatzt. Börner sucht neue Bündnispartner. Und prompt reagiert der DOB: Heiße gegen die Grünen ist angesagt.

Alles auf den Seiten 10 - 19

Deutsches Gift in alle Welt

Als sich im indischen Bhopal innerhalb einer Stunde 30 Tonnen Giftgas — darunter das im 1. Weltkrieg von den Deutschen verwendete Giftgas Phosgen — auf einer Fläche von 65 Quadratkilometern ausbreitete, war dies der Beginn einer der grausamsten Katastrophen, die das kapitalistische Produktionssystem je hervorgebracht hat. Die Toten und mit bleibenden Schäden weiterlebenden Verletzten sind nicht zu zählen, Schätzungen gingen von über 10.000 tödlich

vergifteten aus. Täglich gibt es neue schreckliche Meldungen vom Leid der Armen und Ärmsten in Indien. Findet jetzt endlich eine überfällige öffentliche Diskussion um das profitable Geschäft der Chemie-Konzerne mit Pflanzenschutzmitteln statt? Welchen Anteil haben BRD-Konzerne am Giftgeschäft. Ist „Bhopal“ auch in der BRD möglich? — Ein Bericht und ein Interview mit einem Vertreter von „Pestizid Aktions-Netzwerk“ (PAN) auf den Seiten 6 u. f.



Nur mit Panzern wagte sich die chilenische Polizei und das Militär Ende November in Santiagos Arbeiterrevolte. Bildbericht auf Seite 38.

Friedensbündnis vor der Auflösung? Laßt mich raus, laßt mich rein!

Im Bonner Koordinationsausschuß der Friedensbewegung tobte der Streit. Geier mit Bleistift, Papier und Kameras kreisten über der Szene. Mit ungehobelter Verbal-Militanz drohten die Kontrahenten aufeinander ein: Auflösung, Spaltung, Entzweiung bzw. Diffamierung. Macht- und Parteienpolitik waren die Stichworte. Dann waren alle persönlich verletzt und unheimlich betroffen. Jetzt kann die Bewegung aber wieder aufatmen. Der KA beschloß am 14. 12. „Wir machen gemeinsam weiter!“ Allerdings soll 1985 erst mal eine Beratungspause eingelegt werden; wenn sich Aktionen nicht vermeiden lassen, dann aber nur im

Konsensprinzip. Vor der Sommerpause soll es einen „Großen Ratschlag der Friedensbewegung“ geben. Ob dieses Treffen Aktionen beschließen „darf“, ist ebenfalls umstritten. Unbeantwortet bleibt die bange Frage so mancher Initiative, was eigentlich im Mai passiert, wenn Reagan und Co. zum Weltwirtschaftsgipfel Bonn besuchen, um gemeinsam den 40. Jahrestag des Sieges über Stalin und die Gewaltherrschaft zu feiern (kann auch anders gewesen sein, aber was nicht war, kann ja noch kommen). Machen wir dann weiter oder beraten wir?

Fortsetzung auf Seite 3

Rund 600 BI-Mitglieder und Grüne kamen vom 23. - 25.11 zur achten Bundeskonferenz (BuKo) der Anti-AKW-Bewegung in Braunschweig zusammen. Diskussionsbeherrschend war das Verhältnis von Anti-AKW-Bewegung und Grünen zueinander. Weitere Schwerpunkte waren die Auseinandersetzung mit Energiekonzernen, Aktionen und Kriminalisierung im Wendland sowie Aktionen zum Weltwirtschaftsgipfel in Bonn.

Im Folgenden ein kurzer Überblick über die wichtigsten AGs:

1. **Zivilistische Atomstrafe:** Außer der Hanauer Demonstration gegen die Atomfabriken Nukem/Alkem, die durch die Konferenz noch einen entscheidenden Mobilisierungsschub bekam, standen Aktionen zur Überprüfung des Atomwaffensperrevertrags im September 85 auf der Tagesordnung. Hierzu ist auf internationaler Ebene eine Gegenkonferenz im Gespräch. Für die BRD ist eine Gegenkonferenz über das westdeutsche Proliferationsverhalten geplant, vermutlich in Frankfurt kurz vor der Genfer Überprüfungskonferenz. Die BuKo lädt gemeinsam mit anderen Gruppen zu einem Vorbereitungstreffen ein (siehe Einladung).

2. **Schwerpunkt der AG „Auseinandersetzung mit Energiekonzernen“** war die RWE, zu der als dominanter Vertreter der neun bundesrepublikanischen Energieversorgungsunternehmen im Februar in Essen ein Tribunal parallel zur RWE-

Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Aktionsversammlung — stattfinden soll. Die RWE, die sowohl an den Hanauer Nuklearfirmen, als auch an der WAA (DWK) und der Uran-Anreicherung beteiligt ist und mit der sich Waldsterben-, Wasser- und Anti-

macht und der Gedanke an Rekonstruktion stärker in die Diskussion getragen werden.

3. **AG Strahlenschutz:** Die geplante Verschärfung der Strahlenschutzverordnung soll Anknüpfungspunkt für ein Hearing mit betroffenen Verbänden, v.a. Gewerkschaften sein. Für die Vorbereitung angesprochen sind besonders Grüne im Bund und Land, die auch Träger eines vorgesehenen internationalen Kongresses sein könnten. Anfang 85 soll in Bremen dazu eine Konferenz stattfinden. Die hier gemachten Vorschläge waren außer einer im Plenum abgeschmetterten Resolution zu AKW und Kohle die einzigen Ansätze für eine Bündnisarbeit mit anderen Bewegungen.

4. **Die AG Atomeexporte in die „3. Welt“** forderte die Ergänzung des Atomsperrgesetzes durch die Grünen um ein grundsätzliches Exportverbot. Geplant sind aus diesem Spektrum Aktionen zur Jahressymposium in Hannover.

5. **In der AG Wendland-Widerstand** wurde ein vorläufiger Aufruf zu Aktionen im Wendland am 25./26.1.85 entwickelt. Hiermit soll zum einen öffentlichkeitswirksam und massenfreundlich mit einer symboli-

schen Schienenbesetzung zu weiteren Blockaden von Atomkrafttransporten aufgerufen werden. Am Freitag soll eine Sightseeing-Tour durch den Landkreis zu Betriebsfirmen, Behörden, Politikern und Polizei stattfinden. Am Samstag sollen an zahlreichen Stellen entlang der Canter-Transportstrecke Aktionen durchgeführt werden. Gedacht ist an eine symbolische „Verpackung“ der Schienen, Bahnkapazitäten, Musikzüge etc., die Straße nach Gorleben wird nach dem Muster der Wendlandblockade symbolisch blockiert. Die Wahl des Hauptortes der Aktion (die Schiene) soll die Solidarisierung mit denen bekunden, die im Zusammenhang mit den Lütow-Dannenberger Widerstandaktionen kriminalisiert werden.

Außer den hier vorgestellten Aktionen wurde eine Flut von Resolutionen verabschiedet, unter der dann der Beginn der Konferenz proklamierte Anspruch unterging, angesichts der „Umorientierung des öffentlichen Interesses auf die Grünen und andere demokratischen Bewegungen“ zu klären, „welchen Part wir als eigenständige Bewegung in Zukunft spielen wollen“.

und ob, und wenn wir unser Ziel des sofortigen Ausstiegs aus der Atomtechnologie erreichen können“ (Claus Schröder vom Braunschweiger AK bei der Auftaktveranstaltung). Allein in der Diskussion um das Verhältnis von Anti-AKW-Bewegung und Grünen wurde dieser Anspruch ansatzweise erfüllt. Erschwert wurde dieser Versuch der Klärung durch die anwesenden grünen Funktionsträger, die mit einer supradirektionalen Resolution vorschrieben, welche die Grünen in Grund und Boden verdammt. Das Plenum, verwirrt darüber, von den Grünen ausnahmsweise von links überholt zu werden, verlor sich in Diskussionen um diesen Widerspruch, anstatt die eigene Position zu entwickeln und sich Gedanken über deren Verankerung bei den Grün-

Zum Verhältnis der Anti-AKW-Bewegung zur Partei DIE GRÜNEN

Auch wenn die Medien in den vergangenen Monaten oft einen anderen Eindruck erweckt haben: Wir verstehen uns nicht als Wasserträger irgendeiner Partei, auch nicht der GRÜNEN. Und wir wissen, daß der Kampf gegen die Atomkraft in erster Linie außerhalb der Parlamenten geführt werden muß. Wir widersprechen also jenen, für die Politik erst innerhalb der Mauern und Rathäuser beginnt.

Die Partei DIE GRÜNEN werden wir daran messen, ob und wie entschieden sie die Ziele in ihrem Teilbereich vertritt. Dabei wissen wir, daß die Gefahr groß ist, daß sie sich aus einem Arm der außerparlamentarischen Bewegungen (von denen wir eine sind) in deren Stellvertreter und schließlich in eine Kraft verwandelt, die den Herrschenden statt den Unterdrückten diene.

Die Bundeskonferenz fordert DIE GRÜNEN auf, als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD in Bund und Ländern über eine eventuelle Tolerierung oder Regierungsbeteiligung die Verpflichtung zur sofortigen Stilllegung sämtlicher Atomkraftanlagen zu verlangen. Gleichzeitig sollen die Voraussetzungen in Richtung einer dezentralen Energieversorgung mit wachsendem Anteil der Nutzung von regenerierbaren Energieträgern geschaffen werden.

(Resolution der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung)

An die Gruppen und Einzelpersonen der Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung und der 3. Welt-Solidaritätsbewegung

Betrifft: Bundesweite Konferenz zum Thema „Entwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen durch die Bundesrepublik Deutschland“

Einladung für ein Vorbereitungstreffen

Liebe Freunde, die aktuelle Kontroverse über die Hanauer Nuklearkette hat erstmals das Thema Proliferation (= Weiterverbreitung von Atomwaffen durch zivile Atomtechnik) und die Aushöhlung des Atomwaffensperrevertrags durch die Bundesregierung zu einem Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung gemacht. Nach dem Willen der Bundesregierung soll auch in Zukunft — entgegen den Empfehlungen internationaler Konferenzen — nahezu unbegrenzt hochangereichertes und damit waffenfähiges Uran durch die Firma Nukem in Hanau verarbeitet und exportiert werden.

Die sehr dubiose Rolle der Bundesrepublik beim Umgang mit Atomwaffentechnologien ist im Ausland spätestens seit dem Brasiliengeschäft von 1975 wohl bekannt. In der Bundesrepublik selbst jedoch wurde dieser gesamte Themenbereich bis in die jüngste Vergangenheit hinein erfolgreich tabuisiert.

Vor dem Hintergrund der im September 1985 in Genf stattfindenden 3. internationalen Atomwaffensperre-Überprüfungskonferenz bietet sich eine gute Gelegenheit, die Fragen der Proliferation auch hierzulande umfassend an die Öffentlichkeit zu tragen.

Diese bevorstehende Überprüfungskonferenz fällt in eine Zeit in der — weltweit die Entwicklung von Atomwaffentechnologien unter dem Deckmantel der zivilen Atomenergienutzung (z.B. in Israel, Südafrika, Pakistan, Brasilien, Argentinien) Fortschritte macht unter aktiver Mithilfe der skrupellosen Nuklearexportpolitik der Bundesregierung — die Atomwaffenstaaten zunehmend die ohnehin künstliche Trennung von militärischer und ziviler Atomenergienutzung durch den Bau Schneller Brüter und die Entwicklung der Laser-Isotopen-Trenntechnologie aufheben.

(Frankreich) erstmals in großem Stil bundesdeutsche Atomtechnik und das von der Firma Alkem (Hanau) in Hanau verarbeitete Plutonium für Atomwaf-

lenzwecke genutzt werden soll.

— mit dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch eine große WAA und die geplante Aufstockung und geheime staatliche Verwahrung bombenfähiger Rohstoffe in Hanau die militärische Dimension des Atomprogramms auch in der Bundesrepublik auf die Tagesordnung gesetzt wird.

— führende Unionspolitiker, die den Atomwaffensperrevertrag jahrelang bekämpft und hintertrieben hatten, erneut das Projekt einer „Westeuropäischen Atomstreitmacht“ auf die Tagesordnung zu setzen suchen.

Alle diese Aspekte machen im Vorfeld von Genf eine bundesweite Konferenz, die die Rolle der Bundesrepublik in Hinblick auf die Weiterverbreitung/Entwicklung von Atomwaffen im Einzelnen dokumentiert und zur Diskussion stellt, sinnvoll und notwendig.

Es sollte darum gehen, unter diesem speziellen Aspekt die entsprechenden Aktivitäten und Recherchen der 3. Welt-Solidaritätsbewegung, der Friedensbewegung und der Anti-AKW-Bewegung zusammenzuführen und öffentlich zu machen.

Am ersten Tag einer solchen Konferenz könnten im Sinne eines Tribunals die diversen Aspekte der „Nicht-Verbreitungspolitik“ der Bundesrepublik in Form von Referaten und Kurzdiskussionen vorgestellt werden.

Am 2. Tag könnte über eine gemeinsame Stellungnahme der veranstaltenden und teilnehmenden Gruppen und über Aktivitäten parallel zur Überprüfungskonferenz (in Genf und der BRD) beraten werden.

Das erste öffentliche Vorbereitungstreffen für diese Konferenz findet am 20.1.85, 11 Uhr im Freidenkzentrum, Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn statt. Kontakt: Die Grünen im Bundestag, c/o M. Kuntzel, Bundeshaus, 5300 Bonn, Tel.: 0228/169112

An die Gruppen und Einzelpersonen der Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung und der 3. Welt-Solidaritätsbewegung

Betrifft: Bundesweite Konferenz zum Thema „Entwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen durch die Bundesrepublik Deutschland“

Einladung für ein Vorbereitungstreffen

Liebe Freunde, die aktuelle Kontroverse über die Hanauer Nuklearkette hat erstmals das Thema Proliferation (= Weiterverbreitung von Atomwaffen durch zivile Atomtechnik) und die Aushöhlung des Atomwaffensperrevertrags durch die Bundesregierung zu einem Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung gemacht. Nach dem Willen der Bundesregierung soll auch in Zukunft — entgegen den Empfehlungen internationaler Konferenzen — nahezu unbegrenzt hochangereichertes und damit waffenfähiges Uran durch die Firma Nukem in Hanau verarbeitet und exportiert werden.

Die sehr dubiose Rolle der Bundesrepublik beim Umgang mit Atomwaffentechnologien ist im Ausland spätestens seit dem Brasiliengeschäft von 1975 wohl bekannt. In der Bundesrepublik selbst jedoch wurde dieser gesamte Themenbereich bis in die jüngste Vergangenheit hinein erfolgreich tabuisiert.

Vor dem Hintergrund der im September 1985 in Genf stattfindenden 3. internationalen Atomwaffensperre-Überprüfungskonferenz bietet sich eine gute Gelegenheit, die Fragen der Proliferation auch hierzulande umfassend an die Öffentlichkeit zu tragen.

Diese bevorstehende Überprüfungskonferenz fällt in eine Zeit in der — weltweit die Entwicklung von Atomwaffentechnologien unter dem Deckmantel der zivilen Atomenergienutzung (z.B. in Israel, Südafrika, Pakistan, Brasilien, Argentinien) Fortschritte macht unter aktiver Mithilfe der skrupellosen Nuklearexportpolitik der Bundesregierung — die Atomwaffenstaaten zunehmend die ohnehin künstliche Trennung von militärischer und ziviler Atomenergienutzung durch den Bau Schneller Brüter und die Entwicklung der Laser-Isotopen-Trenntechnologie aufheben.

(Frankreich) erstmals in großem Stil bundesdeutsche Atomtechnik und das von der Firma Alkem (Hanau) in Hanau verarbeitete Plutonium für Atomwaf-

lenzwecke genutzt werden soll.

— mit dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch eine große WAA und die geplante Aufstockung und geheime staatliche Verwahrung bombenfähiger Rohstoffe in Hanau die militärische Dimension des Atomprogramms auch in der Bundesrepublik auf die Tagesordnung gesetzt wird.

— führende Unionspolitiker, die den Atomwaffensperrevertrag jahrelang bekämpft und hintertrieben hatten, erneut das Projekt einer „Westeuropäischen Atomstreitmacht“ auf die Tagesordnung zu setzen suchen.

Alle diese Aspekte machen im Vorfeld von Genf eine bundesweite Konferenz, die die Rolle der Bundesrepublik in Hinblick auf die Weiterverbreitung/Entwicklung von Atomwaffen im Einzelnen dokumentiert und zur Diskussion stellt, sinnvoll und notwendig.

Es sollte darum gehen, unter diesem speziellen Aspekt die entsprechenden Aktivitäten und Recherchen der 3. Welt-Solidaritätsbewegung, der Friedensbewegung und der Anti-AKW-Bewegung zusammenzuführen und öffentlich zu machen.

Am ersten Tag einer solchen Konferenz könnten im Sinne eines Tribunals die diversen Aspekte der „Nicht-Verbreitungspolitik“ der Bundesrepublik in Form von Referaten und Kurzdiskussionen vorgestellt werden.

Am 2. Tag könnte über eine gemeinsame Stellungnahme der veranstaltenden und teilnehmenden Gruppen und über Aktivitäten parallel zur Überprüfungskonferenz (in Genf und der BRD) beraten werden.

Das erste öffentliche Vorbereitungstreffen für diese Konferenz findet am 20.1.85, 11 Uhr im Freidenkzentrum, Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn statt. Kontakt: Die Grünen im Bundestag, c/o M. Kuntzel, Bundeshaus, 5300 Bonn, Tel.: 0228/169112

Bisherige Unterstützer: Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung, BUKO Entwicklungspolitische Aktionsgruppen, BBU, DFG-VK LV Berlin, Hessisches Volksbegehren für den Frieden, Bundestagsfraktion d. Grünen, Redaktion Atomkraftzeitung, AK Afrika (Afrik) u.a.m.

Rathäuser beginnt.

Die Partei DIE GRÜNEN werden wir daran messen, ob und wie entschieden sie die Ziele in ihrem Teilbereich vertritt. Dabei wissen wir, daß die Gefahr groß ist, daß sie sich aus einem Arm der außerparlamentarischen Bewegungen (von denen wir eine sind) in deren Stellvertreter und schließlich in eine Kraft verwandelt, die den Herrschenden statt den Unterdrückten diene.

Die Bundeskonferenz fordert DIE GRÜNEN auf, als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD in Bund und Ländern über eine eventuelle Tolerierung oder Regierungsbeteiligung die Verpflichtung zur sofortigen Stilllegung sämtlicher Atomkraftanlagen zu verlangen. Gleichzeitig sollen die Voraussetzungen in Richtung einer dezentralen Energieversorgung mit wachsendem Anteil der Nutzung von regenerierbaren Energieträgern geschaffen werden.

(Resolution der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung)

nen zu machen. Angenommen wurde schließlich eine Resolution mit vorsichtiger Distanz zu den Grünen, die diese auffordert vor der Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD die Verpflichtung zur sofortigen Stilllegung sämtlicher Atomkraftanlagen zu verlangen.

Sa., KB Lüneburg

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20; Abverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahung im Abzug, vom PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, B.L.Z. 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.500 Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Verbehalt. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist als dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Bild der Zeitung
GROSSE FOTOS NEHMEN SIE IN DER BILDZEITUNG

LINDE WILDT STREBT NACH EINER WIRTSCHAFTLICHEN...
Der Bundesrat wurde bisher 600 Mal (4 Millionen) durch Herrn...
wählten. Die Deutschen für wirtschaftliche Zukunftsaussichten werden...
ausdrücken. Die bis heute gezeichnete Wirtschaft ist so groß wie 600...
die Politik sind auf dem Hintergrund des...
persönlich...
Tel. 040-4330 73

Christen im Friedens-KA Laßt mich raus, laßt mich rein!

Wenn im Winter 1984, ein Jahr nach Stationierungsbeginn der Pershing II-Raketen, eine Gruppe der Friedensbewegung erklären würde, die Schnauze voll zu haben und aussteigen zu wollen, dann könnte sie eine Menge guter Gründe für einen solchen Schritt anführen. Sie könnte z.B. sagen: Was wir bisher zusammen mit euch anderen angestellt haben, ist erkennbar erfolglos geblieben. Wir haben eine falsche Analyse der Gesellschaft gehabt. Und wir haben einen falschen Weg gewählt. Unsere Aktionen waren gutes deutsches protestantisches Bekenntum mit all seiner Halbheit, ja Verlogenheit, der Wunsch, das Gute in dem Menschen, auch seines Feindes zu suchen und zu finden. Wir reden von Widerstand, ohne auch nur einige Zöpfechen davon begriffen zu haben. Wir wiederholen alle Fehler der Ostermarsch-Bewegung, als ob man aus der Geschichte buchstäblich nichts lernen könne. Überspitzt gesagt sind wir nicht mehr als ein Ventil für das schlechte Gewissen der Spießer, die diesmal nicht nur Mitläufer sondern ein wenig Protestierer sein möchten. Eine solche (fiktive) aus dem KA ausschließende Gruppe könnte etwa selbstkritisch feststellen, man habe noch den Aktionsherbst '84 abwarten wollen, weil man sich an das letzte Stück Hoffnung auf eine Wende zum Besseren geklammert und dafür einige Ansätze erblickt habe. Spätestens jedoch nach der Wiederwahl Reagans könne eine solche Haltung nicht mehr verantwortet werden. Wenn also eine solche Gruppe — nennen wir sie einfach mal Ulrike, Gudrun, Andreas, Jan usw. — sich von der Friedensbewegung verabschieden und in die Illegalität gehen würde, so könnte sich eigentlich niemand darüber wundern. Wundern muß man sich eher darüber, daß es eine solche Gruppe heute nicht gibt. Auch das ist ein Zeichen des Entwicklungsstands politischer Kultur in diesem unserem Lande (Beachten Sie bitte die vielseitige Interpretierbarkeit dieses Satzes; Anm. AK). Noch mehr muß man sich darüber wundern, in welche verkorkten Bahnen sich die Diskussion des Koordinationsausschusses mitunter verästelt. Als ob alle Beteiligten jahrelang Scheiße erzählt hätten. Kriegsgefahr? Ja, ich erinnere mich, aber jetzt geht es um die Struktur...

Im Bonner KA sind die Rollen vertauscht. Der Rubaiat kam nicht von den Linken, sondern von unseren christlichen Brüdern und Schwestern. Acht Organisationen vor allem dieses Spektrums — Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF), Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Evangelische Studentengemeinden (ESG), Initiative Kirche von unten (IKvU), Pax Christi, Ohne Rüstung Leben (ORL), Gustav-Heinemann-Initiative (GHI) und das Komitee für Grundrechte und Demokratie (KGD) — stellten auf der Sitzung des KA am 26.11. einen ultimativen Antrag:

- Der KA solle in ein „reines Beratungsgremium zur Diskussion über friedenspolitische Fragen und ohne jedwede Koordinations-, Aktionsvorbereitungs- oder Sprecherfunktion (nach außen) umgewandelt“, Geschäftsführung und Büro aufgelöst werden.
- Aktionskonferenzen sollten von diesem Gremium nicht mehr einberufen werden.
- Zur Durchführung von Aktionen sollten ad hoc Bündnisse derjenigen Kräfte zusammengetreten, die daran interessiert seien.

Das Ziel dieser Maßnahmen wurde in einer Formel zusammengefaßt, die inzwischen allüberall die Runde macht und in keinem Antragspapier fehlen darf:

- a. die Stärkung der lokalen, regionalen und berufsspezifischen Zusammenhänge der Friedensbewegung,
 - b. die Diskussion und Verankerung neuer für die Friedensarbeit wichtiger Inhalte und Handlungsformen in der Breite der Friedensbewegung und dann auch der gesamten Bevölkerung,
 - c. die Erhaltung bzw. Wiedergewinnung des außerparlamentarischen Charakters und einer von personellen, finanziellen und institutionellen Parteienabhängigkeit freien Struktur der Friedensbewegung.
- Weil der KA eine Beschlussfassung über diesen Antrag auf den 14.12. vertagte, suspendierten Sechs der Acht ih-

re Mitgliedschaft in dem Gremium, um nur noch im „Beobachterstatus“ daran teilzunehmen. Die Art und Weise, wie vor allem die Hauptsprecher der Acht, Andreas Zumach (ASF) und Karlheinz Koppe (Pax Christi), diesen Schritt dramatisierten, stellte die Berichterstatter der Presse vor einige Probleme. So berichtete die FR, die ihre Sympathie mit den Acht nicht verheimlichte, noch fast richtig, die ASF sei „vorläufig ganz aus dem KA ausgeschlossen“, dann aber schöner: „Zumach verkündete sogar seinen sofortigen, wenn auch vorläufigen Austritt, der aber auch endgültig sein dürfte“ (FR, 28.11.84). Koppe versicherte ebenfalls, es gehe ihm nur darum, Bedingungen zu schaffen, unter denen er seinen KA-Posten möglichst schnell wieder antreten könne. Was Koppe angeht, so scheint er nicht einmal ein Mandat von Pax Christi für sein Vorgehen gehabt zu haben. Erst im nachhinein legte er in einem umfangreichen Rundschreiben Rechenschaft ab: „Ich fühle mich verpflichtet, Pax Christi möglichst breit über die Gründe zu informieren, die mich (!) zu diesem Verhalten veranlaßt haben.“ Da ist es schon eigenartig, wenn man eine Verschiebung der Beschlussfassung, die im KA ausdrücklich mit der Notwendigkeit der Diskussion an der Basis begründet wurde, mit sofortigen, wenn auch vorläufigen, aber vielleicht endgültigen Konsequenzen kontextet. Offenbar kann man nicht immer nach den Prinzipien der Bergpredigt leben. Mitunter darf man seinem Nächsten auch mal unsanft den eigenen Willen aufzwingen, natürlich nur aus Liebe. Oder wie läßt sich dieser Akt einer klassischen bürgerlichen Rücktrittsdrohung sonst erklären?

Zweifelslos kann man dem Christen-Antrag auch Positives abgewinnen: Zurück zur Basis, Stärkung der Arbeit „vor Ort“, außerparlamentarischer Charakter und Strategiediskussion, genauso wie man ihm Negatives entnehmen kann: Blabla statt gezielten politischen Streik, Androhung der Liquidierung eines Bündnisses, Verhinderung dringend notwendiger Aktionen, statt Strategievorschlägen Strukturdebatten, die das angeblich ermöglichen sollen. Was die Sache so peinlich macht, ist, daß hier alle Funktionäre, deren Politikkarriere schon so manche Wendung nahm, etwas unbeholfen in die Rolle eines neugeborenen Kindes schlüpfen und als letzten Schrei die „Basis“ entdecken. Dies, so müßte nach zwei Jahrzehnten außerparlamentarischer Bewegung langsam klarwerden, ist genau der bequemste Weg, schlüpfen und als letzten Schrei die „Basis“ entdecken. Dies, so müßte nach zwei Jahrzehnten außerparlamentarischer Bewegung langsam klarwerden, ist genau der bequemste Weg. Noch jedesmal, wenn eine starke Bewegung in einen Abschwung oder eine Krise geriet, suchte ein Großteil der Matadore sein Heil in einer „Strukturdebatte“. Klein statt groß, dezentral statt zentral, von unten statt von oben, Debatte statt Aktionismus, Basis statt Politik — wem hängen die Sprüche nicht schon zum Hals heraus? Mit solchen Scheinalternativen wird die Zeit totgeschlagen. Auf solchen Spielwiesen kommt kaum die Versuchung auf, tatsächlich über Gott und Welt, Krieg und Frieden, Imperialismus und Sozialismus, Reform und Revolution und... — warum nicht? — Christentum nachzudenken.

Da macht man sich also mit der billigen Warnung vor Parteienabhängigkeit beliebt und fügt als SPD-Mitglied (Koppe) im gleichem Atemzug hinzu, es sei „frommes Geschwätz“, wenn auch die Grünen vor der Parteipolitisation warnen, „sie oder die DKP nahe „Friedensliste“ seien keinen Deut besser“ (Neue Presse Hannover, 28.11.84). Oder man halt die außerparlamentarische Faust (Klaus Vack), während man in Hessen gleichzeitig die Grünen zur bedingungslosen parlamentarischen Unterordnung unter die SPD drängt... Da fragt mensch doch in aller Bescheidenheit: Gibt es nicht auch weitere Abhängigkeiten, die einer Basisorientierung im Wege stehen? Gibt es keine Kirchen-Abhängigkeit? Sind Kirchen weniger schlimm als Parteien? Gibt es keine Abhängigkeit von Prominenten, aber keinesfalls gewählten vorkommender Mitgliedschaft in einer ganz speziellen Partei? Es ist nicht einzusehen, warum ein KA mehr Abhängigkeiten stiften soll als eine Gruppe „Friedensmanifest“. Und bei

aller Kritik an den Grünen und ihrer durchaus vorhandenen Integrationsfunktion wollen wir doch so ehrlich bleiben, nicht zu vergessen, daß es die SPD-Führung und nur sie es ist, die mit Macht daran arbeitet, die Friedensbewegung mit der Rüstungspolitik und mit der NATO zu versöhnen, also: ihr den Garaus zu machen!

Mit ihrem Vorstoß baut die Fraktion der Acht auf der Frustration auf, die als Ergebnis der schwachen Mobilisierung im letzten Herbst entstanden ist. Zum Menschennetz in Fulda Gap war eine Strecke für 100.000 Menschen ausgeguckt worden, ein Drittel davon kam — auch nur zum Abschluß der Aktionswoche. Die Menschenkette am 20.10. benötigte mehr als 200.000 Teilnehmer; es wurde nicht einmal die Hälfte davon. Das Gleiche gilt für die Mittelamerika-Demonstration in Bonn. Diese Entwicklung mit einem „fehlenden Gesamtkonzept“ erklären zu wollen, ist eine oberflächliche Betrachtung. Tatsächlich ist die Erwartung gescheitert, man könne nach der Raketen-Stationierung ohne eine Analyse der veränderten Situation weitermachen. In diesem Zusammenhang sollte einmal offen ausgesprochen werden, weshalb ein Teil der Friedensbewegung überhaupt darauf orientierte, die „bewährten“ Wege bruchlos weiterzugehen: Weil man behauptete, durch Breitenproteste könne auch eine CDU-Regierung zumindest zur „Rücksiht“ gezwungen werden. In dieser Frage scheinen die Volksmassen nicht (mehr) sehr zuversichtlich zu sein...

Wenn dem so ist, dann hätte die Friedensbewegung in diesem Herbst freilich ihre größte denkbare Blamage erlitten, wäre sie demjenigen Aktionsvorschlag gefolgt, der in den Reihen der Acht auf Platz 1 der Hitparade gestanden hätte: Die Menschenkette von Flensburg bis Berchtesgaden. Wenn man bedenkt, wie wir uns bereits zwischen Hunsrück und Ruhrgebiet die Arme verrenkt haben, um noch einige Lücken zu schließen, dann kann man gut und gerne sagen: Nicht einmal unter Zuhilfenahme aller verfügbaren Schals, nicht einmal mit kilometerlangen Stimbändern und den sonstigen erlaubten kleinen Tricks hätte sich ein niederschmetterndes Ergebnis vermeiden lassen. Dieses festzustellen, gehört eben auch zu einer nicht geschönten Bilanz des Aktionsherbstes.

In das Jahr 1985 sollte man tunlichst ohne die Illusion gehen, daß eine Mehrheit dieses Volkes sich an den Händen faßt, Friedenslieder singt, und der Bundeskanzler, von so viel Menschlichkeit, wie er zu sagen pflegt, sich überwältigt (neben Willy Brandt) einreißt. Sehnsüchte solcher Art, in denen, pardon, ein Stück Volksgemeinschaftsideologie steckt, sind die zwangsläufige Konsequenz von Vorstellungen, ohne Veränderungen der Herrschaftsverhältnisse die Aufrüstung stoppen zu können. Dann doch lieber mit einer Minderheit machen, was nötig, aber auch möglich ist. Die Friedensbewegung hat auf den großen Schock dieses Jahres, welches sich möglicherweise doch als ein unheilvolles erweisen wird, praktisch überhaupt nicht reagiert. Dieser Schock besteht nicht in zurückgegangenen Mobilisierungszahlen. Der Schock besteht darin, daß und wie der Präsident der USA wiedergewählt wurde. Um eine politische, geistige und letztlich sogar psychische Antwort auf dieses Ereignis ringen wir alle noch. Die Friedensbewegung hat ihre Sprache noch nicht wiedergefunden. Wenn wir das nicht spätestens bis zum Eintreffen des Herrn in Bonn überwunden haben, wenn wir nicht bis dahin — und vor allem das selbst! — laut und überzeugend demonstrieren, wie wir mit den nächsten vier Jahren und allen ihren Eventualitäten umgehen wollen, bleiben wir auf lange Sicht stumm.

Strategie-Debatte: Ja! Eine Beratung aber zum Preis des Stillschaltens ausgerechnet dann, wenn die Führer der imperialistischen Welt die NATO feiern und die Bundesrepublik für ihre 30-jährige treue Mitgliedschaft in einem Bündnis beglückwünschen, als dessen Schlachtfeld sie sich bereit hält, ist eine Absurdität. 40 Jahre Feindpropaganda gegen Osten (die hat die Kapitulation überlebt) sind Anlaß zum Handeln. Eine Beratungsphase, die sich vor dieser Verantwortung drückt, verspricht nichts Gutes.

Beschluß des KA vom 14.12.1984

1. Grundsatzbeschluss: Die Mitgliedsorganisationen des KA sind fest entschlossen, ihre Arbeit unter Einbeziehung des gesamten bisherigen politischen Spektrums fortzusetzen. Angesichts des fortgesetzten Wettlaufens und insbesondere der weiteren Aufrüstungsmaßnahmen und der neuen militärischen Planung der Bundesregierung und der NATO erklären die Organisationen des KA: wir machen gemeinsam weiter!

Weitere Beschlüsse:

2. Die Erfahrungen der letzten Monate und insbesondere des Friedensherbst 84 haben die Notwendigkeit einer intensiven Diskussion als Beratungsphase innerhalb der Friedensbewegung über Inhalte, Aktionsformen und friedenspolitische Strategien deutlich gemacht. Gleichzeitig geht es uns auch darum, von uns einen Beitrag für die lokale, regionale und berufsspezifische Stärkung der Friedensbewegung zu leisten. Dies wird den außerparlamentarischen und parteiunabhängigen Charakter — personell, finanziell, institutionell — der Friedensbewegung stärken. In diesem Sinne teilen wir die auf der letzten Sitzung von den acht Organisationen vorgebrachten Argumente für einen neuen Impuls aus den eigenen Reihen.

3. Die Reaktionen von vielen Friedensgruppen haben in den letzten Wochen deutlich gemacht, daß wir auch weiterhin eine zentrale Anlaufstelle für Anfragen aus dem In- und Ausland brauchen. Wir begrüßen, daß die acht Organisationen in der nach dem 26.11. ausgedrückten Präzisierung ihres Antrages ebenfalls den Wunsch nach einer gemeinsamen Adresse teilen können.

4. Die Geschäftsführung des KA beendet ihre Aufgabe mit dem Abschluß der Finanzen am 31.1.85. Das Büro in der Estermannstraße wird aus Kostengründen aufgelöst. Um die Kommunikation innerhalb der Friedensbewegung sicherzustellen, eine offene Diskussion zu ermöglichen, um praktische Hilfe in Form von Auskünften, Beratung, Materialien und Informationen und einen Rundbrief als pluralistisches Informations- und Diskussionsorgan zu gewährleisten, wird eine neue Kontaktstelle in Bonn eingerichtet, die räumlich der veränderten Situation angepaßt sein muß.

(Die Modalitäten u.s. für die Beauftragung werden auf der nächsten Sitzung geklärt)

5. Der KA tritt in Zukunft mindestens alle sechs Wochen zusammen. Das Schwerpunktthema der Diskussion wird jeweils für die nächste Sitzung festgelegt. Zu Beginn der Sitzung wird jeweils für eine Stunde Gelegenheit gegeben, gegenseitig über Diskussionsprozesse in den eigenen Organisationen zu berichten. Für die Umsetzung der o.g. Aufgaben, insbesondere für die Einladungen des KA, der Kontrolle der Finanzen und die Zusammenstellung der Materialien, benötigen wir eine jeweils vom KA bis zur nächsten Sitzung einzusetzende Arbeitsgruppe.

6. Der KA tritt 1985 in eine Beratungsphase ein. Während dieser Phase beschließt der KA keine Aktionen oder Aktionskonferenzen, es sei denn, aufgrund der Ergebnisse der inhaltlichen Beratungen ergibt sich die Notwendigkeit und Möglichkeit für gemeinsame erfolgreiche Aktionen oder Aktionskonferenzen. Für 1985 und danach entscheidet der KA über Aktionen und politische Stellungnahmen grundsätzlich nach Konsens. Ist der Konsens nicht zu erzielen, entscheidet der KA nach folgendem Quorum. Ein Antrag ist angenommen, wenn er die Mehrheit der Mitglieder des KA hat und gleichzeitig nicht mehr als 15% dagegen sind. Dieses Quorum gilt für die Beratungsphase im Jahr 1985 auch für alle Beschlüsse, die zu Beratungen über Aktionen führen.

7. Wir sind der Überzeugung, daß nach einer ersten Phase der Diskussion in den eigenen Reihen über Inhalte und Strategien und längerfristige Perspektiven der Friedensbewegung das Bedürfnis nach einem bundesweiten Friedenstreffen wachsen wird. Der KA lädt deshalb vor der Sommerpause zu einer Strategiekonferenz („Großen Ratschlag der Friedensbewegung“) ein. (z.B. in die Godesberger Stadthalle). Die Unkosten werden durch TeilnehmerInnenbeiträge gedeckt. (Anmerkung für das KA-Protokoll: Der KA soll diese Konferenz inhaltlich vorbereiten und sich für eine möglichst repräsentative Beteiligung einsetzen. Die Gruppe der Acht möchte zudem, daß von vornherein die Konferenz darauf festgelegt wird, keine Aktionsbeschlüsse zu fassen.)

8. Der KA bekräftigt die politische Notwendigkeit der gemeinsamen Weiterarbeit angesichts der zunehmenden Militarisierung. Die Bereitschaft, nationale und internationale Konflikte nicht mit militärischen Mitteln zu lösen, kann nur von unten wachsen und durchgesetzt werden. Wir gehen davon aus, mit dem heutigen

Tag, keine Aktionsbeschlüsse zu fassen.)

9. Der KA bekräftigt die politische Notwendigkeit der gemeinsamen Weiterarbeit angesichts der zunehmenden Militarisierung. Die Bereitschaft, nationale und internationale Konflikte nicht mit militärischen Mitteln zu lösen, kann nur von unten wachsen und durchgesetzt werden. Wir gehen davon aus, mit dem heutigen Beschluß die Voraussetzung für eine gemeinsame Weiterarbeit aller Organisationen geschaffen zu haben.

Weitere Beschlüsse:

1. Die geschäftsführenden Organisationen des KA werden beauftragt, alle Friedensgruppen und Organisationen, die dem KA-Verteiler zur Verfügung stehen, umfassend über den Diskussionsprozeß und die Beschlüsse der beiden letzten KA-Sitzungen zu informieren. Gleichzeitig werden alle KA-Organisationen gebeten, für den nächsten Rundbrief eine Materialliste ihrer friedenspolitischen Publikationen zu erstellen, die an alle Gruppen mitverschickt werden kann.

2. Der Rundbrief enthält darüber hinaus folgende Punkte:

- Auforderung an die Gruppen, über ihre lokale und regionale Arbeit zu berichten, damit der KA-Rundbrief zu einem wirklichen Informationsaustausch von der Bewegung für die Bewegung werden kann.
 - einen Hinweis auf das geplante Friedenstreffen in Bonn
 - Hinweis über die zukünftige Funktion des Rundbriefes (z.B. Konsens und Disens zu Positionen und Strategien der Mitglieder und Organisationen des KA)
3. Das Kontaktbüro des KA hat folgende Aufgaben:
- Versand von Informationsmaterial des KA
 - Bei Anfragen, die nicht durch Versand von Informationsmaterial beantwortet werden können, wird das Büro jeweils die Organisationen, die eine KA-Sitzung vorbereiten, zu Rate ziehen.
 - Versand des Rundbriefes, der spätestens 14 Tage nach der KA-Sitzung verschickt und redaktionell von den Organisationen, die eine KA-Sitzung vorbereiten, gestaltet wird.
 - Einladung zu den KA-Sitzungen
 - Einladung zum bundesweiten Treffen
 - Kongreßvorbereitung

Uns ist klar, daß diese Aufgaben nicht durchweg von einer Person bzw. zwei Halbtagsstellen bewältigt werden können. Beim Versand des Rundbriefes (heften, stempeln, frankieren, etc.) werden Personen verschiedener Organisationen die Arbeit des Büros ehrenamtlich unterstützen.

Diskussionsthemen der nächsten KA-Sitzungen sind unter anderem:

1. Stop und Abbau der Pershing II und Cruise Missiles und Abschaffung der ABC-Waffen.
2. WEU und Konventionalisierung/Militarisierung/Air-Land-Battle/Rogers-Plan/Bundeswehrplan
3. Raus aus der NATO — Schlagwort oder politischfähig?
4. Friedensbewegung: Wasserteiler der Parteien oder eigenständige gesellschaftliche Kraft? Eigenständige Positionen der Friedensbewegung gegenüber Parteien und Möglichkeiten der Durchsetzung
5. Ost-West-Dialog: Entspannung contra Solidarität?
6. Friedensbewegung/Solidaritätsbewegung/Dritte-Welt

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Vertreterin der IKvU enthielt sich der Stimme. Der Kreis der Acht hatte vereinbart, erst nach der KA-Sitzung eine endgültige Beschlussfassung über ihren weiteren Verbleib im KA gemeinsam zu fällen.

Wie selten fällt Anfang Mai 1985 ein aktuelles Ereignis, wo sich die Creme imperialistischer Regierungschefs mit Reagan an der Spitze in Bonn zum Weltwirtschaftsgipfel versammelt, mit zwei bedeutenden historischen Ereignissen zusammen.

Wir wollen den bisherigen Stand der Planungen hier darlegen.

Regierungsplanungen: Kohl selbst hat sich die Planungen zur Erinnerung an den „Tiefpunkt unserer Geschichte“ vorbehalten; im Januar soll das Programm endgültig stehen. Es geht der Bundesregierung darum, „eine Form angemessenen Gedenkens zu finden, die für sie ohne politischen Schaden im Inland und im Ausland bleibt“ (FR, 14.12.). Das Thema werde im Kanzleramt „mit höchster Vorsicht behandelt ... So sehr Kohl an spektakulären Auftritten mit dem Wahlzettel aus den USA gelegen ist — zumindest seinen Beratern ist klar, daß gemeinsame Kapitulationsfeiern mit den Siegern von 1945 sich für Kohl auch verheerend auswirken können“, schreibt der „Spiegel“ (10.12.). Gemeinsame Siegereisen (die Sowjets haben ein Treffen in Torgau vorgeschlagen, wo 1945 amerikanische und sowjetische Truppen zusammenkamen) soll es jedenfalls nicht geben. Bonn wolle auch Treffen der Westalliierten aus diesem Anlaß „vermieden“ haben. Kohl sei sich mit den Westmächten darin einig, daß es

Planungen und Überlegungen zu: 2.-4. Mai: Weltwirtschaftsgipfel in Bonn 5. Mai: 30jährige Mitgliedschaft in der NATO 8. Mai: 40 Jahre Befreiung vom Faschismus

am 8. Mai 1985 „nicht die Niederlage der Deutschen zu feiern gelte, daß aber das Ende der NS-Tyrannie gedenkt und vor allem auf das Wiedererleben der Demokratie in Deutschland hingewiesen werden müsse“. So hat „Mitterrand schon sehr früh zum Ausdruck gebracht, daß es nach der Freier der Landung der Amerikaner in der Normandie keinen Anlaß zu weiteren Veranstaltungen dieser Art gebe“ („Welt“, 12.12.). Reagan hat angeboten, noch zwei Tage nach dem Weltwirtschaftsgipfel in der BRD zu bleiben. Im Gespräch ist ein gemeinsamer Besuch im KZ Dachau und ein Abstecher nach Westberlin. Angeblich hat Reagan außerdem bei der Bundesregierung angefragt, ob dann nicht auch ein

Oni-West-Treffen oder sogar ein Oni-West-Gipfel mit Tschernenko angesagt sein könne. Schon ist aber auch zu hören, daß die Bundesregierung eigentlich Bedenken gegen einen „demonstrativen KZ-Besuch“ habe, „wegen der damit verbundenen weltweiten Publizität der deutschen Nazi-Greuel an den Juden“ („Spiegel“). Anscheinend gilt der als Reagans Begleiter vorgesehene Weizsäcker als besonders geeignet, die befürchtete „negative Wirkung im Ausland abzufangen“ („Spiegel“), obwohl er bekanntlich seinem Vater in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als Anwalt reinzuwaschen versuchte.

Präsident Reagan stehe unter Erwartungsdruck, jammert Günter Zehm in der „Welt“. „Schließlich war der Sieg über Deutschland und Japan der letzte vollständige militärische Sieg“ der USA; die letzten Erfahrungen drängen geradezu nach „Kompensation“ („Welt“, 13.12.).

Am 21.4.85 sind Kohl und Richard von Weizsäcker vom Zentralrat der Juden in Deutschland ins KZ Bergen-Belsen (aus Anlaß der 40jährigen Befreiung des KZ) als Redner eingeladen. Am 7.5. gibt es eine Fernsehansprache von Weizäckers, am 8.5. eine Gedenkveranstaltung des Bundestages. Den Kirchen hat Kohl einen ökumenischen Gottesdienst im Kölner Dom vorgeschlagen, wo er für die Opfer von Gewaltherrschaft und für den Frieden beten möchte. Am 9. Mai möchte Wörner dann seine Bundeswehr feiern lassen.

Der Bayerische Rundfunk bereitet eine Serie „Die Deutschen im 2. Weltkrieg“ in 6 Teilen vor. Das ZDF plant eine Dokumentation. Die Vertriebenenverbände planen für 1985 Veranstaltungen mit dem Motto „40 Jahre Vertreibung“. Der „Öst- und Mitteldeutschen Vereinigung“ wurde von den Fernsehintendanten Unterstützung bei ihrer Kampagne zugesagt.

SPD
Am 7.5.1985 will die SPD in Nürnberg ein „Friedensgespräch“ mit dem Thema „Ende der Gewaltherrschaft“ veranstalten, wozu Vertreter aus Städten, die im 2. Weltkrieg besonders gelitten haben, eingeladen sind. Der SPD-Sprecher nannte Minsk, Dresden, Coventry, Oradour, Lidice und Köln. Der Parteivorstand hat einen Aufruf zum 8. Mai verfaßt.

VVN
Seit April 84 sammelt die VVN Unterschriften für einen Aufruf zum 40.

Jahrestag der Befreiung. Es wird zur Unterstützung einer internationalen Kundgebung von Widerstandskämpfern in Dortmund am 5. April und einer Kundgebung in Dachau am 28.4.1985 aufgerufen, außerdem zu Demonstrationen am 4. Mai in Hamburg, Frankfurt und Köln. Unterschriften ist der Text von dem üblichen Spektrum, das mit DKP-Kräften zusammenarbeitet; besonders viele Unterschriften stammen aus dem gewerkschaftlichen Bereich. Es finden sich aber auch einige SPD-Abgeordnete darunter, zusätzlich auch einige Grüne. Inzwischen ist die VVN bereit, statt in Köln auch in Bonn (aus Anlaß des Weltwirtschaftsgipfels) eine der regionalen Demonstrationen stattfinden zu lassen. Aufgrund zahlreicher Kritiken an ihrem Vorpreschen betont die DKP in ständigen Erklärungen in der UZ, daß man auch allen anderen Bündnismöglichkeiten offen stehe.

Das Bonner Friedensbündnis

Schon auf der Aktionskonferenz im Frühjahr 84 war eine Aktion aus Anlaß des 5. und/oder 8. Mai 1985 beschlossen worden. Als nach dem Aktionsherbst Jo Leinen und andere vorschlugen, zu diesem Thema eine Aktionskonferenz durchzuführen, war das einer der Anlässe für 8 Gruppierungen, mit dem Ausstieg aus dem Bündnis zu drohen, obwohl sie noch im Frühjahr von einer riesigen Menschenkette durch die BRD im Mai 85 geträumt hatten.

Der jetzige Stand besagt, daß dieses Bündnis keine Trägerschaft dazu zu übernehmen bereit ist, was natürlich nicht heißt, daß sich nicht doch noch ein größerer Teil in einem solchen Bündnis einfinden könnte.

Befürchtet wird in sozialdemokratischen und kirchlichen Gruppen, daß man nicht genügend Menschen (keine Hunderttausende) mobilisieren könne und daß eine solche Aktion einen zu starken Anti-Reagan- und antiimperialistischen Charakter bekommen würde. Allerdings sind die meisten bereit, eine Art „Gegengipfel“ oder ein Tribunal in Bonn zum Weltwirtschaftsgipfel zu veranstalten.

Anti-AKW-Konferenz
Die Bundeskonferenz in Braunschweig

Anti-AKW-Konferenz
Die Bundeskonferenz in Braunschweig beschloß eine Initiative für eine bundesweite Aktion gegen den Weltwirtschaftsgipfel und lädt zu einem Vorbereitungstreffen Anfang Februar ein (s. Dokument).

300 Demonstranten stoppen US-Bombenzug

Am 12. Dezember, dem 5. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses, behinderten 300 Demonstranten den gesamten Tag den Transport von US-Munition vom Umschlagshafen Norddeichham in den Süden der BRD. Zum dritten Mal in diesem Jahr konnten Kriegsgegner/innen aus dem Raum Bremen, Oldenburg und der Westmarie die Züge zeitweilig stoppen.

Nach der erfolgreichen Aktion im Juni, an der sich rund 1.000 Menschen beteiligten (s. AK 248), fanden an der Bahnstrecke in der Wesermarsch nach Ankunft eines jeden US-Munitionsschiffes Protestspaziergänge statt, an denen mal 40, mal 200 Menschen teilnahmen. Während eines solchen Spazierganges Ende Oktober hielten 150 Personen einen Bombenzug mehrere Stunden lang auf.

Während der Hauptaktionen am 12.12. wurden vier Bombenzüge mehrfach und jeweils für fünfzehn bis fünfundvierzig Minuten gestoppt. Dies gelang einzelnen Personen, die sich vor den langsam fahrenden Zug setzten, oder Kleingruppen; an verschiedenen Stellen wurden Steine oder Gehölz auf die Gleise gelegt. Auf der Bahnlinie in Richtung Oldenburg wurden Zerstörungen an den Signalanlagen vorgenommen.

Wenn auch nicht koordiniert mit der Gesamtaktion errang die gewaltlose Gruppe „Ungehorsame Bürger“ einen hübschen Erfolg im antimilitaristischen Kampf. Die ca. 30 Leute dieser Gruppe hatten sich nicht am zentralen Treffpunkt eingefunden, sondern 35 km nördlich von Brake ihren Blockadeposten aufgebaut. Zwei Bahnpolizisten konnten nur registrieren, daß die „Ungehorsamen Bürger“ jeden Zug — mal für zwanzig Minuten, mal eine Dreiviertel Stunde lang — stoppten, bis die die Züge begleitenden Bereitschaftspolizisten die Strecke wieder geräumt hatten. („tar“, 14.12.84)

Das polizeiliche Vorgehen war wie in der Vergangenheit nicht so hart, wie es angesichts der Übermacht der Polizeitruppen — es waren u.a. fünf Hubschrauber mit Eingreifstruppen im Einsatz — möglich gewesen wäre. 15 vorübergehende Festnahmen und erkennungsdienstliche Behandlung, auf der Wache Schläge ins Gesicht eines Demonstranten, zwei durch Hundebisse Verletzte und die erste wegen der Beteiligung an der Juni-Blockade eingegangene Anklageschrift zeigen jedoch deutlich, daß die Justiz auf Einschüchterungs- und Kriminalisierungsmaßnahmen durchaus nicht verzichtet.

Antimil-Gruppe Bremen

Bundeskonzert
unabhängiger Friedensgruppen
Das Treffen des BUP-Trägerkreises (am 8./9.12.) konnte sich nicht unmittelbar für eine Trägerschaft einer solchen Aktion entscheiden (ca. 1/3 stimmte dagegen), wird aber die Vorbereitungen der Anti-AKW-Bundeskonzert unterstützen und sich daran beteiligen.

HBV
Auf dem 11. HBV-Gewerkschaftstag wurden vom DGB Aktivitäten zum 40. Jahrestag der Befreiung gefordert, u.a. waren „Mahnminuten“ vorgeschlagen worden.

DGB-Wettbewerb
Gewerkschaftliche Jugendgruppen
Gewerkschaftliche Jugendgruppen und Jugendvertreter sollen „vor Ort“ geschichtliche Dokumente zur „Stunde Null“ sammeln und in einer Darstellung zusammenfassen; dem „Sieger“ winkt eine Frankreich-Reise.

Anti-NATO-Wochen
Aus Stuttgart kommt eine Initiative, die die Friedensgruppen dazu auffordert, aus Anlaß der 30-jährigen BRD-Mitgliedschaft dezentral Anti-NATO-Wochen zu initiieren.
Kontakt: Büro Volksbegehren, z. Hd. Stefan Kurz, Kissingerstr. 66 a, 7 Stuttgart 50



Anzeige

Eine Einladung an alle politischen und sozialen Bewegungen in der BRD

Vom 2. — 5. Mai '85 findet in Bonn der Weltwirtschaftsgipfel statt. Für eine halbe Woche spielt die Bundesregierung den Gastgeber für die Staats- und Ministerpräsidenten aus den EG-Ländern, aus den USA, aus Kanada und Japan sowie deren Fachminister und Beraterstäbe.

Diese Zusammenkunft der Reagan, Thatcher, Kohl & Co. fordert Protest und Widerstand geradezu heraus — unabhängig davon, ob bei diesem mit großem Pomp und Pressarummel in Szene gesetzten Gipfeltreffen nun Beschlüsse gefasst werden oder nicht. Umweltzerstörung, Ausbeutung sowohl von Menschen als auch von Rohstoffen, Unterdrückung, Sozialabbau, Kriegsvorbereitungen und auch das Führen von Kriegen in der 3. Welt kennzeichnen die gegenwärtige Politik der führenden imperialistischen Mächte und ihrer Repräsentanten. Traditionelle Arbeitsfelder der Anti-AKW-Bewegung — Atomexporte, Uranabbau, internationale Atomtransporte u.s.m. — sind dabei nur ein, wenn auch wesentlicher, Aspekt.

Der Weltwirtschaftsgipfel betrifft alle Menschen in allen Ländern der Welt. Den Widerstand dagegen zu organisieren fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich einer bestimmten Bewegung. Die Anti-AKW-Bewegung hat auf ihrer Bundeskonferenz in Braunschweig die Initiative zu Auseinandersetzungen mit und zu Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel ergriffen.

Die Anti-AKW-Bewegung wendet sich daher an alle Menschen und politischen wie sozialen Bewegungen in der BRD, an alle Initiativen und Gruppen, die gegen Unterdrückung, Umweltvernichtung, Ausbeutung und Kriegstreiberei sind, darüber zu beraten, was wir der konzentrierten Macht des internationalen Kapitals und der herrschenden Politik — denn das ist der Weltwirtschaftsgipfel — an Widerstand entgegensetzen können.

Die Anti-AKW-Bewegung lädt zu einer bundesweiten Konferenz im Februar ein, um über die folgenden und andere Vorschläge zu diskutieren, denn das ist der Weltwirtschaftsgipfel — an Widerstand entgegensetzen können.

Die Anti-AKW-Bewegung lädt zu einer bundesweiten Konferenz im Februar ein, um über die folgenden und andere Vorschläge zu diskutieren und — wenn möglich — zu entscheiden:

- In der Woche des Weltwirtschaftsgipfels finden in vielen Städten regionale Veranstaltungen statt, auf denen sich inhaltlich mit der herrschenden (Wirtschafts-)Politik und dem sie betreibenden und verantwortenden System auseinandergesetzt werden soll.
- Am Vorabend einer zentralen Widerstandsaktion findet ein großes Tribunal statt, auf dem Betroffene über die Auswirkungen imperialistischer Politik (Bergarbeiter in Großbritannien, Vertreter aus Mittelamerika u.a.) zu Wort kommen sollen.
- Den aktionsmäßigen Höhepunkt bildet am 4. Mai '85 eine Großdemonstration am Ort des Weltwirtschaftsgipfels, in Bonn, die einen anderen und kämpferischeren Charakter als die traditionellen Friedensaufmärsche haben und mit der unsere Solidarität mit den internationalen Befreiungskämpfen ausgedrückt werden soll.

Bundeskonzert der Anti-AKW-Bewegung, Braunschweig, 25.11.84

Kontaktadressen:
1. Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie,
Postfach 1845,
34 Göttingen,
Tel: 0551/7700158
Mo + Mi 20-22 Uhr

2. Umweltzentrum,
1 Scharnhorststr. 57,
44 Münster,
Tel: 0251/521112

BUNDESWEITE KONFERENZ GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL
Samstag, 9. Februar, Göttingen.
Beginn: 11.00 Uhr. Der Ort wird noch bekanntgegeben.

Organisatorisches Vorbereitungstreffen
Samstag, 12. Januar, Münster.
Beginn: 12.00 Uhr, Ort: Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

SCHWARZER FADEN

Anarchistische Vierteljahresschrift

Der „Schwarze Faden“ soll ein Diskussionsforum all derjenigen aktuellen Entwicklungen, Analysen und Theoriebeiträge sein, die auf eine freie Gesellschaft zielen.

Inhalt von Nr. 16 (4/84), 64 Seiten:
Beiträge zum Kongress in Venedig '84
John Clark: Die 'Ware' als 'Großer Bruder'
B. Köster: Anarchismus und Feminismus
Atomkraft: Herrschaftsbasis der Zukunft?
Über Oskar Maria Graf
Zur Wende
Bakunin-Hütte
Fritz Schärer
Zur Frage der Menschenrechte
Selbstverwirklichung heute — die Kalife
„Geschäftsmacher“ Heide-
mann
Bericht zur Bufo
Stowasser-Prozess u.s.m.

Einzelnummer: DM 4,-
Abonnement: DM 15,- / 4 Nummern
Probehefte nur gegen Rückporto
Postcheckkonto Stgt. F. Karmann
Kontonummer: 57463-703

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 581
7410 Reutlingen

Aus der Welt des real existierenden Revanchismus

DEUTSCHLAND endet
nicht in... HELMSTEDT



Aufkleber der CDU-Schülerunion

Wenn man so zurückschaut, hat es eigentlich mit Andreotti angefangen: die großdeutschen Träume vom Reich in den Grenzen von a) 1937, b) 1938, c) 1940 und d) 1942 (Gewünschte bitte ankreuzen) sind wieder ins Gerede gekommen. Wenn dann jemand von Revanchismus spricht, sind unsere Politiker beleidigt und wissen überhaupt nicht, was gemeint ist. Eine Übersicht in Stichworten aus den letzten drei Monaten gibt eine Ahnung davon, was sich auf diesem Gebiet seit der „Wende“ abspielt.

15.9. Der italienische Außenminister Andreotti hat auf einem Pressefest der KPI vom Pangermanismus gewarnt. Die Zweistaatlichkeit auf demselben Boden solle erhalten bleiben. Das Jalta-Abkommen dürfe nicht in Frage gestellt werden. Die Reaktionen lassen nicht lange auf sich warten.

25.9. Die Regierung Kohl wird von den SPD-Politikern Bahr und Blumke „gegen sowjetische Vorwürfe in Schutz genommen, sogenannten revanchistischen Kräften Auftrieb zu geben und die Verträge mit osteuropäischen Staaten in Frage zu stellen.“ (FAZ). Ob das wohl eine gute Idee war?

27.9. Außenminister Genscher erklärt in der UN-Vollversammlung, „die Bundesrepublik stehe ohne Abstriche zu den Ostverträgen, erhebe keine Gebietsansprüche und betrachte die Grenzen aller Staaten als unverletzlich.“ (FR) Das kann man leicht mißverstehen. Die Sache ist aber so: Zwar nicht im eigenen Namen, aber namens des als juristische Fiktion fortbestehenden Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 stellt die BRD sehr wohl die bestehenden Grenzen in Frage. „Unverletzlich“ bedeutet nach der offiziellen Definition lediglich, daß die BRD diese Grenzen nicht mit direkter Gewalt verändern will.

8.10. Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Jenner (CDU), behauptet auf einer Mitarbeiterkonferenz des Bundes der Vertriebenen, daß „die deutsche Frage ... bis zu einer endgültigen Friedensregelung im europäischen Rahmen weiterhin offen“ sei. „Zur Frage der Oder-Neiße-Grenze als polnischer Westgrenze habe die Bun-

desregierung sich selbst verpflichtet, nicht aber ein später wiedervereinigtes Deutschland. Die Ostverträge umfassen keine Präjudizierung der deutschen Frage.“ (FR)

15.10. Carl Gustav Ströhm wirft in der „Welt“ „die Frage nach den Siebenbürgern und Banatern“ auf. Gemeint ist „die deutsche Volksgruppe in Rumänien“, angeblich 300.000 Menschen. In der Tradition des NS-Staates sieht sich die Bundesregierung auch als Vertreterin von „deutschen Minderheiten“ überall auf der Welt, ganz besonders aber in Osteuropa und in der Sowjetunion. Für den NS-Staat wären die „deutschen Volksgruppen“ eine fünfte Kolonne bei der Vorbereitung des Eroberungskrieges nach Osten. Das ist heute selbstverständlich alles ganz anders. „Die Frage der Rumänendeutschen“ wird auch beim Besuch von Ceausescu in Bonn angesprochen, wobei es vor allem um die „Ausreisefreiheit“ geht (FR, 17.10.). Aber auch um die „Bonner Aufforderung (!), die kulturelle Identität der deutschen Minderheit ... mit mehr Leben zu erfüllen“ („Generalanzeiger“, 17.10.).

18.10. „Die Erklärungen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers während des Ceausescu-Besuchs, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Gebietsansprüche erhebe und auch künftig nicht erheben werde, stößt bei den Vertriebenen auf Vorbehalte. Helmut Sauer, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, vertritt gestern die Auffassung, daß in den Gebieten östlich von Oder und Neiße die territoriale Souveränität nicht auf die Volksrepu-

blik Polen übergegangen sei. Deshalb brauche die Bundesrepublik keine Gebietsansprüche zu stellen.“ („Welt“)

22.10. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft bestätigt auf ihrer 8. Bundesversammlung „das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands“. Die Aufzählung von „Sudetendeutschen, Pommeren, Schlesiern und Ostpreußen“ läßt ahnen, um welche es Deutschland es sich ungefähr handeln soll. „Wir wehren uns entschieden dagegen, daß Sprecher von Staatsorganen aus dem Verfassungsauftrag für Deutschland ausbrechen“, sagt Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen. („Welt“)

27.10. Bundeskanzler Kohl bekommt „in Anerkennung seiner Verdienste um „den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht“ die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen. Vertriebenen-Präsident Czaja lobt Kohl „vertrete überall in der Welt die deutschen Interessen mit Mut und Offenheit.“ „Er habe sich auch mit Nachdruck vor dem guten Ruf der Vertriebenen gestellt.“ („Welt“)

30.10. Carl Gustav Ströhm mahnt in der „Welt“, Genscher möge seine geplante Polen-Reise „bis zu einem günstigeren Zeitpunkt“ aufschieben, da „die Gemüter der Polen“ wegen der Ermordung des Priesters Popielusko „bewegt“ seien.

2.11. Die Schlesische Jugend hat die gleiche Forderung an Genscher. Nicht nur wegen Popielusko, sondern auch weil sich die polnische Regierung „an der sowjetischen Revanchismuskampagne“ beteilige und weil sie „den über eine Million Deutschen in ihrem Machtbereich die elementaren Menschenrechte und Grundfreiheiten“ verweigere. (FAZ)

9.11. Der Bundestag beschäftigt sich mit der „hoffungslosen Lage der zwei Millionen Rußlanddeutschen“.

9.11. Der Bundestag beschäftigt sich mit der „hoffungslosen Lage der zwei Millionen Rußlanddeutschen“. „Die Deutschen unter sowjetischer Herrschaft“ haben „das grausamste Schicksal aller deutschen Volksgruppen“ zu erleiden, verkündet Herbert Hupka, Vorsitzender der schlesischen Landsmannschaft und CDU-Abgeordneter. („Welt“)

12.11. Kohl und Strauß bekunden auf dem Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften im Konrad-Adenauer-Haus „volle Übereinstimmung in der Beurteilung „deutschlandpolitischer Fragen“. Herbert Hupka, der nebenbei auch noch Vorsitzender des Ständigen Rats der Ostdeutschen Landsmannschaften ist, behauptet, das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 existiere weiter. Kohl warnt die Polen, sie sollten nicht „das Werk der Verständigung durch törichte Revanchismus-Propaganda zerstören.“ („Welt“, FR, FAZ)

17.11. CDU-Politiker fordern, Genscher müsse während seiner Polenreise das Grab von Popielusko besuchen. „Eine Beileidsbekundung gegenüber Glomp würde nach ihrer Ansicht nicht ausreichen.“ („Welt“)

19.11. Die CDU/CSU-Abgeordneten Czaja, Sauer, Jäger und Lowick fordern von Genscher, in Polen „über die Menschenrechtssituation der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten zu verhandeln.“ („Welt“). Das gleiche Spektrum ist auf der Tagung der sogenannten „Europäischen Konferenz der Menschenrechte“ vertreten, auf der

„die Lage der Deutschen in Nieder- und Oberschlesien, Ost- und Westpreußen sowie in Pommern und Danzig“ im Mittelpunkt steht. Helmut Sauer beklagt die „Mauer des Schweigens“ über das Schicksal der „über eine Million Deutschen in Ostdeutschland“, und meint natürlich: in Polen. Erich Mende (ehem. Gesamtdeutscher Minister) wendet sich gegen „Leisetreterei“ bei der Verteidigung deutscher Minderheitsrechte in Polen. Czaja wirft der polnischen Regierung vor, sie nehme „provisorische Abmachungen als vollgültige Eigentumsregelungen in Anspruch.“ („Welt“)

22.11. Genscher hat die Polen-Reise abgesagt. Kohl bezeichnet das Verhalten der polnischen Regierung als „unzumutbar“, kritisiert wieder mal „das törichte Revanchismus-Geschrei der polnischen Propaganda“ und behauptet, das polnische Volk verstehe den deutschen Standpunkt. Enno von Loewenstern schreibt in einem „Welt“-Kommentar, in Polen habe man das Gefühl, „daß man sich mit den Deutschen absolut alles leisten kann, oder man will keine besseren Beziehungen.“ „Man hat bei uns vielleicht etwas zu oft von der ‚Notwendigkeit der deutsch-polnischen Aussöhnung‘ gesprochen.“ „Mit dieser Absage ist also eine Neubewertung der Ostpolitik fällig.“ Czaja freut sich, „daß die Absage der Reise den Minister vor größeren Gefahren in den Verhandlungen bewahrt habe“. (FR, 23.11.)

24.11. Genscher beteuert wieder einmal: man verstehe, daß die Polen „in dauerhaft festen Grenzen leben“ wollen. „Wir bestreiten diese Grenzen weder heute, noch werden wir sie in Zukunft in Frage stellen.“ („Welt“) Ist das nun Widerstand gegen die Linie der CDU/CSU („Deutschland in den Grenzen von 1937“) oder bloße Schlitzohrigkeit?

24.-27.11. Dem „Deutschlandtag“ der Jungen Union liegt ein Antrag des JU-Bundesvorstands vor: Darin wird die bekannte „Rechtsposition“ zwar bestätigt, zugleich aber gefordert, schon jetzt der VR Polen eine unzweideutige, verbindliche Erklärung zu geben, daß die polnische Westgrenze nicht mehr in Frage gestellt werden soll. Der Antrag des Bundesvorstands fällt mit Pauken und Trompeten durch. In der beschlossenen Fassung wird gerade noch den Polen ein „Heimatrecht“ in ihrem eigenen Land zugebilligt. Das heißt, wenn wir uns gelegentlich die „deutschen Ostgebiete“ zurückholen, dürfen die Polen ruhig dort wohnen bleiben. Dafür müssen sie aber jetzt gleich „ein Volksgruppenrecht für Deutsche“ in Polen anerkennen. Kohl nutzt den JU-Kongreß, um noch ein-

mal zu behaupten, „es gebe keinen Revanchismus in der Bundesrepublik.“ („Welt“, FAZ)

27.11. Es wird bemängelt, daß Rumänien die Zahl ausweisender „Rumänendeutscher“ gedrosselt habe. Es wird spekuliert, ob das nun eine böse kommunistische Schikane oder nur eine böse kommunistische Fehlplanung ist. („Welt“)

29.11. Genscher verkündet im Bundestag: „In diesem Land gibt es keinen Revanchismus.“ Diese These demontiert er umgehend selbst mit der Mahnung an die CDU/CSU, es könne nur schaden, wenn Dinge, die in den Ostverträgen vorläufig geregelt wurden, „heute erneut zum Gegenstand kontroverser Erörterungen gemacht werden“. Der CSU-Abgeordnete Hans Klein glänzt durch besondere Dummheit, indem er sich gleichzeitig hinter die Äußerungen von Genscher, Kohl, Hupka und Czaja zu Polen stellt. Der FDP-Abgeordnete Schäfer bezeichnet es als „wenig hilfreich, immer wieder die Diskussion über die Ostgrenzen anzufangen.“ („Welt“)

30.11. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehlke fordert Kohl auf, „unmißverständlich klarzustellen, daß die Bundesrepublik die heutige polnische Westgrenze an Oder und Neiße ... nicht in Frage stellt.“ Zwei Monate vorher hatte er Kohls Regierung noch unbedingt gegen östliche Revanchismus-Kritik in Schutz nehmen wollen. („Hamb. Abendblatt“)

30.11. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Volker Rühle, fordert ein Ende der Diskussion: „Diese unfruchtbare Grenzdiskussion sollte ebenso unterbleiben wie die unsinnigen Revanchismus-Kampagnen.“ Die Kritik Rühles stellt nicht etwa die Inhalte der großdeutschen Welle in Frage, sondern wendet sich nur gegen Zeitpunkt und Art. Ansonsten meint auch Rühle: „Die Rechtslage Deutschlands ist nun einmal so, wie sie ist. Darüber kann die Bundesrepublik überhaupt nicht verfügen ...“ Soll heißen: „Das Deutsche Reich existiert in den Grenzen von 1937 weiter, da kann man leider gar nix machen.“

Ansonsten: „Wir haben Verständnis für das Innehalten der Polen an gesicherten Grenzen. Wir erwarten allerdings auch Verständnis für unser Anliegen, die Interessen der Polen an gesicherten Grenzen. Wir erwarten allerdings auch Verständnis für unser Anliegen, die deutsche Frage politisch und rechtlich offenzuhalten, bis sie durch die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts beantwortet wird.“ (Hamb. Abendblatt)

1.12. Das Bundespresidium hat einen Kalender herausgegeben, „in dem die Gebiete östlich von Oder und Neiße als unter Verwaltung stehende Gebiete gekennzeichnet sind.“ („Welt“) Aber, wie Rühle so nett sagt: „Die Polen haben keinen Grund, sich Sorgen zu machen.“

4.12. „Die Ausreise von Rumänendeutschen hat sich nach mehrwöchigen Stocken in den vergangenen Tagen wieder normalisiert.“ („Welt“). Wir sprechen eben eine Sprache, die der Osten versteht.

6.12. Oder vielleicht doch nicht? „Die Zahl der deutschstämmigen Aussiedler aus der Sowjetunion hat in diesem Jahr den tiefsten Stand seit dreizehn Jahren erreicht.“ Hupka nennt das „bestürzend“ und fordert Genscher auf, „hierzu ein deutliches Wort zu sagen.“ („Welt“)

7.12. Genscher warnt davor, „das im Ost-West-Verhältnis Erreichte durch Kampagnen der bösen Wölfe aufs Spiel zu setzen, die das Klima vergiften und in den Gefühlen der Menschen zu bitteren Reaktionen führen können.“ („Welt“)

12.-13.12. Als erster Bundeskanzler seit 1963 (!) will Kohl 1985 zusammen mit Niedersachsen Ministerpräsident Albrecht auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier sprechen. Motto des Treffens: „40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unser.“ Schlesien sei „nicht die verlorene Heimat, sondern die uns geraubte Heimat“, heißt es im Aufruf zu dem Treffen. Und: „Die aus ihrer Heimat Vertriebenen bleiben so lange Vertriebenen, solange ihnen nicht das Recht gewährt wird, als freie Bürger in der freien Heimat zu leben.“ Hupka macht mit einer schlitzihrigen Interpretation der Routinesprüche lächerlich, daß die Bundesrepublik keine Gebietsansprüche erhebe: „Wer die Wiedervereinigung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 fordert, erhebe damit keinen Gebietsanspruch gegen Polen. Umgekehrt fordern Polen die Souveränität über Gebiete, über die es unrechtmäßig herrsche.“ (FR) Sehr pflüßig auch die Stellungnahme des Bundesvorstands der Schlesier, man mache „keine Ansprüche auf fremdes Territorium geltend.“ („Welt“)

(Die Daten beziehen sich nicht auf die Ereignisse, sondern auf die Meldungen in der Presse)

Fortssetzung von Seite 1

Besonders provokativ: Während die polnische Nord- und Westgrenze nur „gestrichelt“ eingezeichnet ist, und die Umriss des Deutschen Reiches von 1937 fett gedruckt, mehr noch: Weiße Gebiete der CSSR, die im Münchner Abkommen unter Kriegsandrohung abgetrennt wurden, erscheinen in dieser Karte durch eine gestrichelte Grenzlinie ebenfalls als zu Deutschland gehörig.

Revanchismus gibt es nicht? Hier ist der Gegenbeweis auf einen Blick!

Auch interessant: Die „Verfolgten des 20. Jahrhunderts“. In dieser Frage zum oben erwähnten Schülerwettbewerb erscheinen Juden und Deutsche als gleichermaßen betroffen von Terrorakten „während und nach dem zweiten Weltkrieg“.

Karte und Fragestellung sind Teil eines „Schülerwettbewerb 1985“, der vom baden-württembergischen Kultusminister Mayer-Vorfelder veranstaltet wird. Diese Karte übertreibt alles, was bislang aus Italien, Polen oder der Sowjetunion über Pangermanismus und Revanchismus zu hören war. Daß Deutschland in den Grenzen von 1937 eingezeichnet ist, kann noch als der harmloseste Teil dieses großdeutschen Unfugs gelten. Da ist nicht nur liebevoll jede „deutsche Minderheit“ in Osteuropa und bis in die asiatische Sowjetunion hinein eingetragen, und zwar auf Basis der Situation von 1939-1945. Da sind durch Schraffurierung auch Gebiete Frankreichs, Belgiens, Dänemarks und Polens als „deutsche Siedlungsgebiete“ gekennzeichnet, die schon nach dem 1. Weltkrieg von Deutschen Reich gelöst wurden. Weiter die Staaten Luxemburg und Liechtenstein plus ca. 75% der Schweiz. Natürlich auch Südtirol, Österreich hingegen interessanterweise nicht, was wahrscheinlich daran liegt, daß dessen Deutschheit so selbstverständlich ist wie die des übrigen „Reiches“, das ja auch nicht extra schraffiert dargestellt ist. Demnachst könnte es dann heißen: „Die österreichische Frage bleibt offen“ und „Österreich kann für die Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland sein“. — Auf dem Gebiet der Tschechoslowakei hat man nicht nur großzügig das ehemalige Sudetenland schraffiert, sondern dieses auch noch mit einer gestrichelten Linie umrandet, die Grenze, die 1938 der Tschechoslowakei von Nazi-Deutschland durch offene Kriegsandrohung aufgezungen wurde („Münchner Abkommen“).

Mit Mayer-Vorfelders „Schülerwettbewerb 1985“ sollen, 40 Jahre nach der Kapitulation des Nazi-Staates, den Jugendlichen großdeutsche Wahnvorstellungen nahegebracht werden. Weitere Fragen des Wettbewerbs greifen tief in die Geschichte, um ganz Osteuropa als „deutschen Kulturraum“ zu reklamieren. Wer dann noch weiß, daß der Erfinder der Lithographie, der Autonom Kopernikus und der „Vater des Fernsehens“ samt und sonders Deutsche waren, und wer die Zahl der nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reichs „aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen“ korrekt angeben kann, ist dem Hauptgewinn schon sehr nahe. Die Zahl der Deutschen industriemäßig abgeschlachteten Juden braucht er hingegen nicht zu wissen. Und die Kenntnis von Ortsnamen wie Oradour oder Lidice könnte sich vielleicht sogar negativ niederschlagen. Denn es ist ja so: „Machtpolitische und nationalstische Gründe, religiöse Intoleranz oder rassistische und nationalistische Besessenheit zwangen von 1900 bis heute über 100 Millionen auf der ganzen Welt zum Verlassen ihrer Heimat, sei es durch Vertreibung oder Flucht vor Verfolgung. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg waren hiervon vor allem Deutsche, Esten, Finnen, Juden, Letten, Litauer, Polen, Rumänen und Ungarn betroffen.“ So die Einleitung der Frage nach der Zahl der „heimatvertriebenen Deutschen“. Die Juden wurden, ähnlich wie wir Deutschen, aber sicher nicht ganz so schlimm und ganz so zahlreich, aus ihrer Heimat vertrieben. Das reicht als Wissen vollkommen aus. Und Stalingrad ist bloß ein Ort im Siedlungsgebiet der Wolga-Deutschen.

Das Jahr 1985, mit dem 40. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reichs, scheint sich für politische Unverschämlichkeiten und Obszönitäten anzubieten. Und wenn vor allem die osteuropäischen Staaten darauf mit Protest gegen den großdeutschen Revanchismus reagieren, wird auch das noch benutzt werden, um den Nationalismus weiter anzuhetzen: die bösen Kommunisten, die sich etwas ganz Gemeines ausgedacht haben, um uns friedliche Deutsche zu diffamieren. — Man wird sehen müssen, wieviel sich die SPD und die Grünen engagieren wollen, um dem großdeutschen Wahn entgegenzutreten. Was bisher von ihnen zu sehen war, ist nicht gerade beäussend.

(Zum gleichen Thema eine Nachrichtenübersicht auf S. dieses AK)



Wieviele Menschen an dem Giftgas des Chemiegiganten Union Carbide elendig gestorben sind und sterben werden, das ist noch nicht abzusehen. Bisher hat die Giftgaswolke 4 - 5.000 Menschen (darunter besonders viele Kinder) getötet („faz“, 14.12.84). Einige 10.000 Menschen haben ihr Augenlicht verloren. Die Zahl der Erkrankten wird bisher auf 200.000 geschätzt.

Viele Kranke sind in der letzten Zeit nach scheinbar erfolgreicher ärztlicher Behandlung in die Notkliniken zurückgekommen „mit Krämpfen, Lähmungserscheinungen, Erstickungsanfällen und immer wieder völlig angeschwollenen Augen, aus denen eine gelbe Flüssigkeit läuft. Es wird befürchtet, daß das ganz große Sterben erst jetzt beginnt. In Gefahr sind Menschen, die nicht so hohen Dosierungen des Giftes ausgesetzt waren.“ („FR“, 13.12.84) Keiner weiß genau, welche Spätchäden die Überlebenden davontragen werden. Es wird aber ausgegangen von genetischen Schäden, Unfruchtbarkeit bei Frauen und Mißgeburten.

Vom 16.12. an soll die Produktion von Sevin für vier bis fünf Tage aufgenommen werden. Das Werksgelände wurde bereits mit schwer bewaffneten Soldaten besetzt. Während der Produktion soll das Werk von Hubschraubern aus mit Wasser gekühlt werden. Nach dieser etwa vierstägigen Wiederbetriebnahme habe Union Carbide 48 Stunden Zeit, das Land zu verlassen, äußerte ein indischer Journalist, sonst werde das Werk in Flammen aufgehen.

Zweifelloso handelt es sich hier um eine der grausamsten Katastrophen, die das kapitalistische Produktionssystem hervorgebracht hat. Als sich Anfang Dezember innerhalb einer Stunde 30 Tonnen Giftgas — darunter das im 1. Weltkrieg von den Deutschen verwendete Kampfgas Phosgen — auf einer Fläche von 65 qkm ausbreitete, flochten als erste die Sicherheitsbeamten des Chemiekonzerns. Ihnen folgten die Leiter der Behörden und der Polizeistationen der 900.000köpfigen Großstadt Bhopal. Eine Fluchtchance hatten nach Presseberichten auch diejenigen, die am sehr viel Geld wanken konnten. Hauptopfer der Katastrophe waren die Armen und Ärmsten, die sich im Glauben, Arbeit zu finden, in den Slums rings um die Chemiefabrik niedergelassen hatten und die in jener Nacht in der Hoffnung, im Chemiewerk rettende Arzneimittel zu bekommen, direkt in ihren Tod hineinfließen.

Der Widerspruch zwischen Verheißung und Realität der kapitalistischen Großindustrie kann nicht krasser aufscheinen. Dennoch werden noch nach ihrem Tod die Armen und Ärmsten von ihren Mördern als Mitschuldige angegriffen und verhöhnt. — Warren Anderson, der Vorstandsvorsitzende von Union Carbide, der jede eigene Verantwortung an dem Unfall zurückweist, hat die hohe Zahl der Todesopfer damit erklärt, daß „viele Bürger von ihren Mördern als Mitschuldige angegriffen und verhöhnt.“ — Warren Anderson, der Vorstandsvorsitzende von Union Carbide, der jede eigene Verantwortung an dem Unfall zurückweist, hat die hohe Zahl der Todesopfer damit erklärt, daß „viele Bürger der indischen Industrie sich aus Unkenntnis falsch verhalten hätten.“ („FR“, 12.12.84)

In Wirklichkeit spricht jedoch alles, aber wirklich alles, was bisher bekannt wurde, dafür, daß dieser Konzern und die von ihm ausgehakte indische Bürokratie der Profitlogik folgend den

Bhopal-Katastrophe und Chemieindustrie »Aus Gift mach Geld«



Schlachtenbummler
Ein gefundenes Fressen ist das Leiden der Bevölkerung in Bhopal für Militär-

schweren Unfall in Bhopal kaltblütig in Kauf genommen haben: Seit 1980, dem Jahr der Produktionsaufnahme von Methyl-Isocyanat — dem nun freigesetzten tödlichen Gift, das auf Phosgenbasis als Ausgangsstoff für Pflanzenschutz- und Insektenvernichtungsmittel dient — haben sich im Bhopaler Werk ganze Unfallserien mit z.T. tödlichem Ausgang ereignet. Noch im Mai 1982 haben drei Mitarbeiter der Union Carbide in einem Bericht „gravierende Sicherheitsmängel“ im indischen Zweigwerk festgestellt, wobei insbesondere der Methyl-Isocyanat-Tank als „Quelle der Beunruhigung“ galt. („faz“, 12.12.84) Es ist offensichtlich, daß die Produktion auch dann weitergefahren wurde als die Risiken noch weiter angestiegen waren. Zum Zeitpunkt der Katastrophe war ein ganzes Sicherheitssystem, nämlich der Abfackelungsturm, wegen Korrosion außer Betrieb gesetzt. („FR“, 13.12.84)

US-Sicherheitspreis für Union Carbide

Union Carbide, der drittgrößte Chemiekonzern der USA, gehörte noch Ende der 60er Jahre auch in den USA zu den schlimmsten Umweltzerstörern. Im Atomzentrum Oak Ridge wurden Luft und Boden verseucht, einzelne

Union Carbide, der drittgrößte Chemiekonzern der USA, gehörte noch Ende der 60er Jahre auch in den USA zu den schlimmsten Umweltzerstörern. Im Atomzentrum Oak Ridge wurden Luft und Boden verseucht, einzelne U.C.-Betriebe sollen mehr Schadstoffe abgegeben haben, als in ganz New York anfallen („Spiegel“, 30/84). Mit dem Aufkommen der Umweltbewegung, einer kritischen Medien-Berichterstattung und strengeren Sicherheitsbestimmungen Carters ab 1977 änderte der Konzern sein Vorge-

hen. Zum einen begann die Firma das umweltschädliche Zweigwerk in Indien aufzubauen. Gleichzeitig profilierte sich der Konzern in den USA als „Vorbild industriellen Umweltbewußtseins“, es wurde z.B. ein computergestütztes Informationssystem über die Schadstoffabgaben aller US-Firmen aufgebaut. 1981, 1982 und 1983 wurde Union Carbide der Sicherheitspreis der US-Industrie verliehen.

Es leuchtet ein, daß die Umweltbewegung in den Metropolen für relativ „saubere“ Verhältnisse sorgen kann, wie die Konzerne ihre Umweltinvestitionen zur Imagepflege in den Stammländern mit den schmutzigen Profiten auf Kosten von Mensch und Natur in Ländern der 3. Welt ausgleichen können. Solange nicht die Politik der Konzerne und das kapitalistische Profitprinzip in das Zentrum der Kritik auch der Umweltbewegung rückt, wird sich nichts daran ändern, daß für den Preis vieler „Bhopals“ die giftigen Stoffe und Produktionszweige von den Metropolen bestenfalls in die Länder der 3. Welt abgeschoben werden.

Image-Pflege

Aufgrund der Erfahrungen nach dem Harrisburg-Unfall wurden in den USA Strategien zur Beruhigung der Öffent-

Image-Pflege

Aufgrund der Erfahrungen nach dem Harrisburg-Unfall wurden in den USA Strategien zur Beruhigung der Öffentlichkeit entwickelt. „Diese werden jetzt nach Angaben eines Fachmanns für „Union Carbide“ angewandt. Es hieß, der Konzern ergreife vor allem vier Maßnahmen: Die Unterneh-

mungsleitung zeigt sich über den Unfall schockiert und will Entschädigung leisten; Nachrichten über die Untersuchungen der Ursachen des Unglücks sowie über die Sicherheitsvorkehrungen in dem multinationalen Konzern werden gezielt veröffentlicht; Städte und Politiker, die vor einer weiteren derartigen Katastrophe Angst haben, werden beruhigt; Geschäftspartner, die wirtschaftliche Schäden wegen der finanziellen Forderungen befürchten, werden ebenfalls beruhigt.“ („faz“, 10.12.84) Gleichzeitig inszenierte der Konzern Pressekonferenzen „mit Direktübertragung nach Indien und Telefonschaltungen nach Europa, das heißt unter Einsatz aller Möglichkeiten gezielter Öffentlichkeitsarbeit.“ („faz“, 12.12.84)

Zu den besonders „gelungenen“ Werbegas gehört mit Sicherheit die Zusage von U.C. der Stadt Bhopal nach der Katastrophe ein Waisenhaus zu spendieren. Geschmackvollerweise soll dieses Waisenhaus im ehemaligen Gasthaus der Union Carbide eingerichtet werden. Man hat sie eben doch lieb, diese Kleinen...

In der Bundesrepublik ging kurz nach der Katastrophe insbesondere die chemische Industrie in die Offensive. Ein offensichtlich von Bayer selbst produzierter Film über die Bayer-

In der Bundesrepublik ging kurz nach der Katastrophe insbesondere die chemische Industrie in die Offensive. Ein offensichtlich von Bayer selbst produzierter Film über die Bayer-Sicherheitsvorkehrungen bei Unfällen wurde per Fernsehen ausgestrahlt. In Zeitungskommentaren überzog das — z.T. offen rassistische — Kopfschütteln über die Zustände in Indien nach

dem Motto: „Die meisten indischen Kraftfahrzeuge würden bei uns nie durch den TÜV kommen.“ („faz“, 6.12.84) Ähnlich zynisch versuchten in der Bundestagsdebatte über Bhopal am 13.12.84 die Regierungsparteien die Katastrophe auszuschlichten. MdB Laermann (FDP) z.B. unterstellte erst einmal, daß BRD-Chemiekonzerne einen hohen Sicherheitsstandard haben, fragte sodann, ob Länder wie Indien bereit sind, so hohe Sicherheitsstandards zu akzeptieren, und folgerie, man müsse derartige Länder geradezu verpflichten, unsere hohen Sicherheitsstandards (spricht: Chemieanlagen) zu übernehmen!

Schlachtenbummler

Ein gefundenes Fressen ist das Leiden der Bevölkerung in Bhopal für Militär-

kreise, die derzeit nach Indien pilgern, um „die Wirkung von tödlichem Gas auf den menschlichen Organismus in allen Einzelheiten zu studieren. Wie aus indischen Ärztekreisen verlautet, befinden sich unter den 50 bis 60 ausländischen Ärzten mindestens 6 C-Waffen-Experten aus den USA, aus der Bundesrepublik, aus Großbritannien und Kanada.“ („FR“, 13.12.84)

Pflanzenschutzmittel sind erst aus der militärischen Giftgasproduktion entwickelt worden wie auch die Forschung auf dem Gebiet der Pflanzenschutzmittel gleichzeitig Giftgasforschung. In diesem Zusammenhang könnte es schon von Bedeutung sein, wenn die konkrete Ursache der Bhopal-Katastrophe über Wochen hinweg im Unklaren gelassen wird, wenn ausländischen Experten der Zutritt zur Anlage verweigert wird und wenn zusätzlich das „Gerücht“ auftaucht, die Union Carbide Company habe mit „ihrem Werk in Bhopal ein großes Forschungszentrum zur Entwicklung neuer Pestizide unterhalten.“ („faz“, 13.12.84) Daß die Giftgasproduktion durch angebliche Pflanzenschutzmittelindustrien eine reale Option ist, zeigte sich im Sommer 1984 im Zusammenhang mit dem Giftgas-Einsatz im Iran/Irak-Krieg. Bundesdeutsches Know-How über angebliche Unkraut-

M., KB Lüneburg

Interview mit PAN(Pestizid-Aktions-Netzwerk) Ist »Bhopal« auch in der BRD möglich?

Dies Interview wurde mit einem Vertreter von PAN International hier in Hamburg geführt. Von den meisten Menschen unbemerkt wird seit einigen Jahren weltweit ein Kampf gegen die massive Pestizid-Anwendung — gegen Menschen und die Umwelt — geführt. Doch noch setzen die Chemie-Multis und die jeweiligen Regierungen ihrer Heimatländer die Daten in diesem Kampf.

Arbeiterkampf: Anlaßlich des Union Carbide Massakers an der Bevölkerung einer ganzen Großstadt erklärte hierzulande Chemieindustrie, Bundesregierung und IG Chemie mit verdächtiger Eile, daß solche Katastrophen in der BRD nicht möglich seien. Ähnliche Erklärungen wurden in den USA abgegeben. Von Kontrollen des Pestizid-Exports, der von den Chemie-Multis aller Industriestaaten betrieben wird, war keine Rede. Ist in dieser Frage nach den Ereignissen in Bhopal nicht mit Verschärfungen zu rechnen?

PAN: Davon gehe ich nicht aus. Das Pestizid-Geschäft ist — was die Exportbestimmungen betrifft — sehr

lasch geregelt, und das neue Pflanzenschutzgesetz, das im Frühjahr 1983 verabschiedet werden wird, wird daran auch nichts ändern. Dieses neue Gesetz läßt weiterhin den Export von in der BRD verbotenen, nicht zugelassenen oder anwendungsbeschränkten Pestiziden zu. Die Auflagen für den Vertrieb und die Anwendung gelten in der BRD für den Export nicht. Konkret heißt dies, daß es keine Zulassungspflicht für Export-Pestizide gibt, daß die Meldepflicht, die jetzt neu eingeführt wird für Inlandsprodukte für den Auslandsbereich aufgehoben wird; auch die jährliche Meldepflicht bei der Bundesbehörde gilt nicht für den Exportbereich.

Über den Export von Produktionsanlagen wird jetzt aufgrund des Bhopal-Ereignisses zumindestens eine Diskussion stattfinden, die jedoch vermutlich ähnlich ablaufen wird wie die Diskussion über die Verbesserung des Informationsaustausches beim Export von Pestizidprodukten. Man wird sich in internationalen Gremien zusammensetzen und folgenlose Absichtserklärungen abfassen, die aber keine Restriktionen für die Industrie bedeuten. Man kann dies belegen: Es gibt eine Reihe von Resolutionen und Beschlüssen auf internationaler Ebene zum Thema Kontrolle von Produktion und Export von Pestiziden. Alle diese Beschlüsse sind mit Unterstützung der BRD gefaßt worden. Trotzdem sind die Inhalte solcher Beschlüsse nicht in die entsprechenden deutschen Pflanzenschutzgesetze eingeflossen. Zuerst gab es einen sehr weitgehenden

Fortsetzung nächste Seite

Informationen zu Bayer

1. Bereits in der Nacht von Dienstag, den 4.12.1984 auf Mittwoch, den 5.12.84, konnte die Internationale Koordinationsstelle — Aktiv gegen BAYER-Umweltgefährdung die Öffentlichkeit darüber informieren, daß Methyl-Isocyanat in der Bundesrepublik ausschließlich von BAYER produziert wird.
2. Weiterhin konnte die BAYER-Koordination die Öffentlichkeit darüber informieren, daß bei BAYER an verschiedenen Standorten in großem Umfang mit Phosgen gearbeitet wird.
3. Weiterhin konnte informiert werden, daß Phosgen bei BAYER in Leverkusen produziert wird.
4. Methyl-Isocyanat wird in Dormagen produziert und in großen Mengen gelagert.
5. Auf der Pressekonferenz am 12.12.1984 wies die BAYER-Koordination die Halloigkeit der Behauptungen des BAYER-Sprechers Willig sowie seines Kompagnons Karbach vom Verband der Chemischen Industrie vom Mittwoch, den 5.12.1984 nach. Beide behaupteten damals, eine Katastrophe „wie in Bhopal“ sei hier ausgeschlossen. Die BAYER-Koordination wies z.B. nach, daß das BAYER-Werk in Dormagen seit Jahren trotz anhaltender Proteste aus der Öffentlichkeit von Starlightern und anderen Maschinen der Bundes-Luftwaffe überfliegen werden. Im unerlaubten (!!!) Tiefflug, zwischen den Schornsteinen des Werkes hindurch bzw. kurz über diese. Sollte es einmal zu einem Absturz kommen, dann wäre Bhopal noch harmlos!!!
6. Die BAYER-Koordination erinnerte an die Störfälle bzw. Beinahe-Katastrophen bei BAYER-Dormagen 1979 (Gusathion ist ausgetreten, 120 kg, ausreichend um drei Mio. Menschen zu töten), den Salzsäure-Unfall 1978 bei BAYER-Wuppertal und andere Störfälle. Größere Schäden blieben stets nur aufgrund extrem (!!!) günstiger Witterungs- und anderer Verhältnisse aus.
7. Die BAYER-Koordination erinnerte daran, daß alle 14 Tage ein Phosgen-Transport von Leverkusen nach Wuppertal auf einem Tieflader über die Autobahn A3 und A48 geht. Letztere hat die größte Unfall-Quote der BRD.

Düsseldorf, den 12.12.1984

Kontakt: Internationale Koordinationsstelle — Aktiv gegen BAYER-Umweltgefährdung, Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211/2292601

Fortsetzung von vorheriger Seite

Beschluß der UNO-Vollversammlung, der nicht nur den Export von Pestiziden sondern auch die Ausfuhr von pharmazeutischen Produkten betraf. In diesem Beschluß wurden die exportierenden Länder aufgefordert, den importierenden Ländern Informationen über die Gefährlichkeit der betreffenden Stoffe zu liefern. Es gibt weiterhin einen Beschluß des Europäischen Parlamentes vom Herbst letzten Jahres, der nur dann einen Export zuläßt, wenn die Importierenden Länder zuvor über die Gefährlichkeit und andere rechtlichen Probleme informiert worden sind und ausdrücklich den Import der gefährlichen Substanzen zulassen. Innerhalb der OECD gibt es einen Verhaltenskodex für den Export von Pestiziden, der auch vorsieht, daß die gesetzlichen Bestimmungen, die für ein Produkt im Herstellerland gelten, dem Importland zur Kenntnis gebracht werden müssen. All dies ist jedoch nicht Gegenstand der Novellierung des bundesdeutschen Pflanzenschutzgesetzes. Noch einmal ausdrücklich betont: die Sonderbestimmungen, die für diese gefährlichen Substanzen bei der Anwendung in der BRD gelten, müssen dem Importeur nicht mitgeteilt werden. In den nächsten Jahren wird die 3. Welt die Hauptabnehmerin von Pestiziden werden und diesen Geschäft möchte sich die Industrie gewiß nicht durch allzu scharfe Bestimmungen verderben lassen.

Viele Kommentare in der Presse behaupten nun, daß ein Unglück wie in



US-Air-Force — Agent Orange Einsatz in Vietnam 1968

Bophal der notwendige Tribut dieser Länder für die wirtschaftliche und technische Weiterentwicklung ist.

Wer heute mit diesem Argument „Tribut“ arbeitet ist schlicht ein Zyniker. In den Industrienationen ist der Sicherheitsstandard bzw. das Wissen um die technischen Möglichkeiten in den vergangenen Jahrzehnten sehr gestiegen. Nun zu sagen, die Länder der 3. Welt stehen auf der Stufe der frühen technischen Revolution und sie müßten ihre Erfahrungen machen, die in den Industrieländern mit Opfern erkaufte wurden, geht völlig am Problem vorbei.

Gerade Indien ist ein Musterbeispiel für die Chemie- und Pestizidproduktion. Es gibt kaum ein Land in der 3. Welt, das so viele Produktionsstätten für Pestizide hat wie Indien, und es gibt auch kaum ein Land, in dem so viele verschiedene Pestizide auf dem Markt sind. Alle großen Firmen sind dort vertreten, vor allem die aus der BRD. Rund 7.000 Pestizidprodukte sind dort auf dem Markt, die aber ähnlich wie Pharmaprodukte sich in wenige wirklich verschiedene Produkte unterteilen lassen. Jeder Chemie-Multi möchte halt mit seinen Produkten präsent sein.

Allzuleicht wird auch das Argument übernommen, Indien brauche eine Pestizidproduktion um die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln sicherstellen zu können. In manchen Kommentaren schwingen auch schlicht rassistische Vorurteile mit, wenn per se den Indern, hier vor allem den Verantwortlichen für das Werk in Bophal, vorgeworfen wird, sie könnten mit abgesicherteren und damit auch komplizierteren Anlagen gar nicht umgehen, weil sie halt dümmer sind.

Bei der Diskussion um die Sicherheitsstandards in den Industrieländern und der 3. Welt wird davon ausgegangen, daß hier alles sicher und besser ist als dort. Das ist schlicht eine Lüge. Die Verantwortlichen in den Industrieländern haben vielmehr ein Interesse daran, die Diskussion um möglicherweise ähnliche Katastrophen in den Industrieländern gar nicht aufkommen zu lassen. Wie es z.B. der Verlauf der Auseinandersetzung um den Einsatz von Formaldehyd in der BRD gezeigt hat. Es ist ja nicht so, daß hier kein Unglück bei der chemischen Produktion passiert. Aber es waren Zufälle, die verhinderten, daß Schlimmeres passierte. 1979 brannte bei BASF eine Halle mit Pflanzenschutzmitteln, und dabei wurden Dioxine freigesetzt. Bei Bayer passieren laufend kleine Zwischenfälle. Nicht umsonst gibt es die Katastrophenschutzbestimmungen und Störfallverordnungen hier in der BRD. Die vorgeblich so sicheren Waffentransporte zeigen immer wieder, daß sie so sicher nicht sind.

Seveso zum Beispiel liegt in Italien und nicht in der 3. Welt, und Harrisburg liegt im Herzen des Landes mit der am weitesten entwickelten Technik. Bophal, Seveso, Harrisburg: Immer besagte ein Ventil. Ein Ventil ist technisch gesehen eine relativ einfache Sache, die keine hochkomplizierte Technologie erfordert. Und doch waren in allen drei Fällen von der technischen Seite her gesehen Ventile die Bruchstellen im System. Ventile sind nun Teile, die in allen Werken mit chemischer Produktion eingebaut sind, und das läßt nur den Schluß zu, daß überall etwas passieren kann. In einem Land mit Katastrophenplänen sind die Folgen in solch einem Fall vielleicht nicht so furchtbar, aber im Augenblick wird bewußt versucht, die Diskussion auf eine „3. Welt Problematik“ zu verlagern. Auch in der BRD werden Phosgen und MIC produziert, und man weiß, daß hier z.B. bei Bayer Phosgen relativ ungesichert von einer Produktionsstätte zur anderen gefahren wird, Bophal ist auch in der BRD möglich.

Nach einigen Unglücksfällen und den dann eingeführten Sicherheitsanforderungen ist die Produktion vieler hochgefährlicher Substanzen in der 3. Welt vertagt worden. Es wird behauptet, daß aufgrund der relativ einfacheren Produktionsweise der gefährlichen Substanzen — wegen nicht notwendiger Sicherungsmaßnahmen z.B. — gerade diese Verfahren von der 3. Welt gewünscht und dort angesiedelt werden. Was läuft tatsächlich zwischen den Konzernleitungen und den Regierungen von Ländern der 3. Welt?

Nehmen wir Brasilien als Beispiel, das vom Umfang der eigenen Pestizidproduktion und der Ansiedlung von Multis dieses Sektors mit Indien vergleichbar ist. Wie in Indien ist auch in Brasilien die BRD-Industrie massiv vertreten. Bayer Leverkusen, BASF und Hoechst haben in beiden Ländern ihre Produktionsstätten von Pestiziden. Im Oktober war der ehemalige Wirtschaftsminister und jetzige Bankenvertreter H. Friedrichs mit einer Wirtschaftsdelegation in Brasilien. Diskutiert wurde u.a. über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern, und dabei auch über die brasilianischen Bestimmungen bei der Produktion von Pflanzenschutzmitteln. In der letzten Zeit hat Brasilien eine neue Landesagrargesetzgebung in der Hälfte seiner Bundesstaaten eingeführt, die der Gesetzgebung in der BRD in nichts nachsteht, teilweise sogar fortschrittlicher ist. Besonders in den südlichen Bundesstaaten Brasiliens ist eine Gesetzgebung eingeführt worden, die den Einsatz von gefährlichen Pestiziden verbietet. Davon sind in der Regel dieselben Pestizide betroffen, die auch in der BRD verboten sind. Das Bundesagrarministerium in Brasilien versucht jedoch diese Landesgesetzgebung zu kippen, und gegenwärtig wird in Brasilien ein Gesetz bearbeitet, das die fortschrittlicheren Landesgesetze aufheben soll. Der brasilianische Bundesagrarminister Ernesto Jost saß jahrelang im Aufsichtsrat von Bayer do Brasil. Kurz nach seiner Amtseinführung als Minister Anfang dieses Jahres wurde er in die BRD eingeladen, besuchte das Bundeslandwirtschaftsministerium und natürlich auch die Konzernleitung von Bayer Leverkusen. Dies mag ein kleines Beispiel dafür sein, wie von der BRD aus versucht wird, über den Eingriff in die gesetzliche Gestaltung in Brasilien den Absatz von Pestiziden zu sichern.

Vier hochgefährliche Stoffe

Auch eine Woche nach der Katastrophe von Bophal gab es nicht mehr als Spekulationen über den eigentlichen Hergang des Unglücks. Soviel steht fest: Aus einer Produktionsanlage zur Synthese der organisch-chemischen Substanz Methylisocyanat (MIC) sind hochgiftige Gase entwichen. MIC, in Bophal aus Phosgen und Methylamin hergestellt, diente in dem Werk des multinationalen Konzerns Union Carbide zur Herstellung der Schädlingsbekämpfungsmittel Aldicarb und Carbaryl (Markennamen Temik und Serin). Ausgangs-, Zwischen- und Endprodukte sind hochgiftig.

Phosgen oder Carbonylchlorid (chemisches Kürzel: COCl₂), das berüchtigtste Kampfgas des Ersten Weltkrieges, gilt heute als „Allerwelts-Chemikalie“ bei großchemischen Prozessen. Schon fünf Milligramm des nach faulem Heu riechenden, farblosen Gases in einem Kubikmeter Luft können bei längerem Einatmen lebensgefährlich werden. Bei solch geringen Konzentrationen merkt das Opfer zunächst nichts von seinem Schicksal. Erst nach einer Latenzzeit, die bis zu 24 Stunden dauern kann, führt das Reizgas zu Lungenödemen. Diese Ansammlungen von Blutplasma im Lungengewebe bewirkt ein „inneres Ertrinken“, die Phosgen-Opfer erhalten nicht mehr genügend Sauerstoff, bräunlicher Schaum tritt aus Mund und Nase, und die Betroffenen sterben, manchmal erst Tage nach einem Unfall, an Herzversagen. Höhere Phosgen-Konzentrationen reizen direkt die Atemwege, verätzen die Bronchialschleimhaut, und lassen ihre Opfer bei gleichzeitigem Augenbrennen, Schwindelgefühl und Erbrechen ersticken, bevor sich ein Lungenödem entwickeln kann.

Methylisocyanat (chemisches Kürzel: H₂C-NCO) ist die gefährlichste Verbindung einer großen Gruppe der fast ausnahmslos giftigen Isocyanate und Diisocyanate. Wenn sie die Haut und die Schleimhäute der Atemwege berühren, kommt es zu Entzündungen und allergischen Reaktionen wie Asthmaanfällen. Eine Überdosis MIC ruft akute, phosgenähnliche Todesfälle hervor; in noch nicht tödlichen Mengen reizt es die Augen bis hin zu völliger Erblindung. Das farblose und flüssige Gift siedet bereits bei 37 Grad Celsius, kann sich also unter tropischen Bedingungen wie in Indien leicht als farbloses, stechend riechendes Gas über eine größere Entfernung ausbreiten. Da es schwerer als Luft ist, wälzt es sich in Wolken am Boden entlang.

In der Bundesrepublik beträgt die „maximal zulässige, mittlere Konzentration am Arbeitsplatz“, kurz der MAK-Wert für MIC 0,01 ppm. Das bedeutet, in einer Million Teilen Arbeitsplatzluft darf maximal ein Teil MIC enthalten sein. Für Phosgen duldet die MAK-Kommission 0,1 ppm.

Aldicarb und Carbaryl bis Montag vergangener Woche Endprodukte der Chemiefirma in Bophal, gehören zu einer größeren Palette von Giftsubstanzen — den Carbamaten — die vorwiegend zum Töten von Insekten genutzt werden. Carbamate wirken ähnlich wie die zum gleichen Zweck produzierten Phosphorsäure-Ester (beispielsweise das E 605): Sie blockieren — bei Insekten wie bei Menschen — das für die Übertragung von Nervenzellen wichtige Enzym Acetylcholinesterase. Nach Lähmung des Nervensystems sterben die Opfer. Im Pflanzenschutz wirkt Aldicarb als systemisches Mittel. Systemisch heißt, die Pflanze nimmt das Präparat über die Wurzel auf und verteilt es im gesamten Organismus, um blatt- und stengel-fressenden Schädlingen den Garaus zu machen. Carbaryl, noch vor wenigen Jahren das bedeutendste der insektiziden Carbamate in der Bundesrepublik, darf hierzulande wegen seiner Gefährlichkeit nur noch ausnahmsweise und mit behördlicher Genehmigung verwendet werden. (Aus: „Zeit“, 14.12.84)

In der Bundesrepublik beträgt die „maximal zulässige, mittlere Konzentration am Arbeitsplatz“, kurz der MAK-Wert für MIC 0,01 ppm. Das bedeutet, in einer Million Teilen Arbeitsplatzluft darf maximal ein Teil MIC enthalten sein. Für Phosgen duldet die MAK-Kommission 0,1 ppm.

Aldicarb und Carbaryl bis Montag vergangener Woche Endprodukte der Chemiefirma in Bophal, gehören zu einer größeren Palette von Giftsubstanzen — den Carbamaten — die vorwiegend zum Töten von Insekten genutzt werden. Carbamate wirken ähnlich wie die zum gleichen Zweck produzierten Phosphorsäure-Ester (beispielsweise das E 605): Sie blockieren — bei Insekten wie bei Menschen — das für die Übertragung von Nervenzellen wichtige Enzym Acetylcholinesterase. Nach Lähmung des Nervensystems sterben die Opfer. Im Pflanzenschutz wirkt Aldicarb als systemisches Mittel. Systemisch heißt, die Pflanze nimmt das Präparat über die Wurzel auf und verteilt es im gesamten Organismus, um blatt- und stengel-fressenden Schädlingen den Garaus zu machen. Carbaryl, noch vor wenigen Jahren das bedeutendste der insektiziden Carbamate in der Bundesrepublik, darf hierzulande wegen seiner Gefährlichkeit nur noch ausnahmsweise und mit behördlicher Genehmigung verwendet werden. (Aus: „Zeit“, 14.12.84)

Einen ähnlichen Zweck hatte ein Treffen in der britischen Botschaft in Brasilien Anfang dieses Jahres, an dem die verschiedenen Vertreter der chemischen Industrie teilnahmen. Das hindert die Bundesregierung nicht daran, jegliche Beteiligung an solchen Diskussionen und versuchter Einflußnahme zu leugnen.

Ein anderes Beispiel ist das Engagement der Firma Hoechst in Brasilien. Bis 1982 stellte Hoechst dort DDT her. Zu dem Zeitpunkt war die Produktion von DDT in der BRD schon zehn Jahre lang verboten. Auf Fragen nach diesem Widerspruch wird von der Konzernleitung immer geantwortet, man wolle dies DDT gar nicht produzieren,

aber die brasilianischen Kunden wollten es so. Quasi erweckt die Konzernleitung den Anschein, als hätte sie nur unter der Bedingung in Brasilien produzieren dürfen, wenn sie auch DDT herstellt. Und dann schreibt sich diese Firma die Einstellung der Produktion auch noch zugute — sie hätte die brasilianische Regierung davon überzeugt, daß eine solche Produktion eingestellt gehöre, und daraufhin sei die Produktion auch verboten worden. Tatsächlich hat Hoechst die Produktion aus finanziellen Gründen eingestellt.

Fortsetzung nächste Seite

Deutsches Gift in alle Welt



Fortsetzung von vorheriger Seite

Welche Verantwortung für die Pestizid-anwendung trägt einer Meinung nach die „Grüne Revolution“, mit der Anfang der 60er Jahre gerade die größeren landwirtschaftlichen Betriebe in der 3. Welt in die Abhängigkeit von den Saatgutmultis gerieten?

Die „Grüne Revolution“ ist m.E. die Ursache für die Pestizid-Problematik in der 3. Welt. Man hat versucht unsere Vorstellungen von einer chemisierten und industrialisierten Landwirtschaft auf die 3. Welt zu übertragen und hat dies damit begründet, daß die Hungerprobleme anders gar nicht zu lösen seien. Langfristig erwies sich diese Begründung als hinfällig, denn trotz „Ordnung Revolution“ verhungern mehr Menschen als jemals zuvor in der 3. Welt. Es ist ganz offensichtlich, daß die Gleichung „Mehr Pestizid-Anwendung entspricht weniger Hunger“ nicht stimmt; einerseits steigende Pestizid-Anwendung steht eine ebenso steigende Anzahl verhungender Menschen gegenüber. Obwohl werden ca. 70% der Pestizide hauptsächlich in den landwirtschaftlichen Sektoren eingesetzt, die für den Export arbeiten, sprich die Produkte schützen, die nachher bei uns auf dem Tisch landen. Schwerpunktmäßig werden Pestizide in der Baumwolle, Kaffee und Bananenproduktion eingesetzt.

Nun hat die Wirtschaft gelernt und sich eine differenziertere Argumentation zugelegt: die Pestizidanwendung im Exportbereich ist deshalb notwendig und nützlich, weil die entsprechenden Ländern damit Devisen erwirtschaften, mit denen wiederum Grundnahrungsmittel eingekauft werden können. Außerdem hebe die verstärkte Anwendung von Pestiziden so ein Bayer-Vertreter den Bildungsstand der jeweiligen Völker. Denn: Pestizide sind hochgefährlich und der Umgang mit ihnen ist hochkomplexiert, man und frau muß also lesen und schreiben können, um dies Zeug in den richtigen Dosen anzuwenden zu können.

Tatsächlich stehen die Bauern in diesen Ländern der zunehmenden Problematik gegenüber, daß die Preise für Pestizide, Düngemittel, Saatgut, Landwirtschaftsmaschinen und Treibstoffe ständig steigen, die Preise für ihre landwirtschaftlichen Produkte jedoch ebenso ständig sinken. Die mit den Pestiziden bekämpften Schädlinge werden nach einiger Zeit resistent, neue und damit teurere Mittel müssen gekauft werden. Einigen verschuldeten Ländern der 3. Welt fehlt schlicht das Geld, um die Pestizide kaufen zu können. Dies hat dazu geführt, daß in

Wert der Pestizid- und -exporte 1981

(in 1000 US-Dollar)

Land	Export	Import
Bundesrepublik	753.906	184.984
USA	547.119	283.730
England	510.861	187.679
Frankreich	404.573	423.582
Schweiz	304.814	38.889
Industrienationen	3.523.384	2.734.960
Alle Länder	3.764.819	4.141.341
Entwicklungsländer	241.435	1.406.381

Quelle: FAO Trade Yearbook, Vol 36, 1982

Setzt sich das PAN nun für einen sofortigen Stopp der Pestizid-Anwendung weltweit ein? In manchen Ländern ist es doch so, daß mit dem Einsatz von Pestiziden die Produkte weiter erwirtschaftet werden können, von denen diese Länder zum großen Teil leben. Kaffee z.B. in Nicaragua ...

So wünschenswert es wäre, auf den gesamten Pestizid-Einsatz verzichten zu können, wissen wir doch, daß dies eine sehr unrealistische Forderung wäre. Unrealistisch deshalb, weil der verstärkte Einsatz von Agrarchemikalien Abhängigkeiten geschaffen hat, die von heute auf morgen nicht aufzulösen sind. Ökosysteme sind nachhaltig zerstört worden, und für eine biologische Schädlingsbekämpfung fehlen vielfach die Voraussetzungen. Wir fordern zunächst den unnötigen Verkauf chemischer Pestizide, wir wollen erstmalig die mißbräuchliche Anwendung von Pestiziden ein Ende bereiten. Zunächst sollen die gefährlichsten Pestizide von den Märkten genommen werden. Solche Mittel z.B. die in Bophal produziert werden.

Wir versuchen aber auch die Alternativen aufzuzeigen gegenüber der Pestizidanwendung. Eine unserer Forderungen ist: Methoden der Landwirtschaft zu entwickeln, die ohne den Einsatz von synthetisch hergestellten Pestiziden auskommen. Wir fordern auch den Ausbau traditioneller Schädlingsbekämpfungsmethoden. Generell ist der Einsatz von Pestiziden in der 3. Welt nicht vergleichbar mit dem Einsatz von Pestiziden hier. Einmal ist der Einsatz dort umfassender von der Quantität her. Und hinzu kommen Pestizid-Einsätze gegen Menschen, wie im Vietnam-Krieg, gegen die Guerillas in Guatemala; es gibt Beispiele, wo Pestizide gegen streikende Plantagenarbeiter auf den Philippinen eingesetzt worden sind. Darüberhinaus gibt es Beispiele für Pestizid-Versuche an Menschen in Indien und Ägypten.

Von PAN International auf der Gründungskonferenz aufgestelltes Forderungs- und Absichtsprogramm

- Den Ausbau traditioneller, biologischer und integrierter Schädlingsbekämpfungsmethoden und ein Ende des unnötigen Verkaufs und Gebrauchs chemischer Pestizide.
- Die Einführung von Ausfuhr- und Einfuhrkontrollen für den Handel mit gefährlichen chemischen Pestiziden zwischen Industrieländern und Ländern der Dritten Welt, sowie unter Drittweltländern selbst.
- Sofortige Mitteilung einer Regierung, wenn sie ein chemisches Pestizid verbietet oder beschränkt. Gegenwärtig verfügen nur die USA über ein eher schwaches Mitteilungssystem.
- Veröffentlichung von Information über Ausfuhr und Einfuhr chemischer Pestizide, einschließlich Namen der betreffenden Firmen, Angaben über Mengen und Preise sowie bekannte Auswirkungen der verkauften Produkte auf die Gesundheit.
- Die Einführung von Methoden ohne oder mit minimaler Anwendung chemischer Pestizide, wo immer dies möglich ist, um die lokale Eigenständigkeit in landwirtschaftlichen Gebieten der Dritten Welt zu fördern, einschließlich lokaler Kontrolle über Produktion, Verwendung und Verbrauch von Nahrungsmitteln und anderer Rohstoffe.
- Der Entzug finanzieller Mittel durch alle internationalen Finanzierungs- und Entwicklungsinstitute für Dritt-Welt-Projekte, welche Pestizide verwenden, die unter den Bedingungen in der Dritten Welt nicht gefahrlos eingesetzt werden können. (...)
- Ein Ende des Teufelskreises, in welchem die gefährlichen Pestizide, die in der Dritten Welt eingesetzt werden, als Rückstände in den Nahrungsmitteln wieder auftauchen, welche Menschen auf der ganzen Welt verzehren, und ganz allgemein das Wasser, den Boden und die Umwelt verschmutzen.

Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN)

PAN International — der weltweite Verbund der Pestizidgegner, wurde im Mai 1982 während einer viertägigen Konferenz über den Weltmarkt mit Pestiziden in Penang, Malaysia, gegründet. PAN International umfaßt heute rund 300 Gruppen aus 49 Ländern: Umwelt-, Verbraucher- und Bauernorganisationen ebenso wie entwicklungspolitische Vereine, Gewerkschaften und kirchliche Initiativen. PAN International „will den unkontrollierbaren Handel und die mißbräuchliche Verwendung von gefährlichen synthetischen Pestiziden auf der ganzen Welt überwachern, Informationen darüber sammeln und gemeinsame Aktionen und Maßnahmen dagegen unternehmen“. Das hier abgedruckte Interview wurde mit einem (PAN-Vertreter in Hamburg geführt. PAN ist in Hamburg unter der folgenden Adresse zu erreichen:

PESTIZID AKTIONS-Netzwerk (PAN)
Werkstatt 3 — Norderweg 32 - 34 — 2000 Hamburg 90

Weltkrieg 1985

— Kriegsplanspiel der Schweizer Armee —

Am Ende des zweiten Weltkrieges konnten sich die griechischen Royalisten nur mit Hilfe der britischen Armee und einem zweiten blutigen Krieg durchsetzen. Die britische Armee brauchte dazu die US-Hilfe, um überhaupt agieren zu können.

Griechenland war Ausgangspunkt des Kalten Krieges und der „Truman-Doktrin“ der USA. Am 12.3.47 rief Truman dazu auf, Griechenland von „Terror, Unterdrückung und vorher festgelegten Wahlergebnissen“ zu befreien (d.h. die Royalisten gegenüber Liberalen, Sozialdemokraten und Kommunisten gewaltsam an die Macht zu schießen).

Griechenland ist heute NATO-Mitglied, gilt aber nach wie vor als unsicherer Kantonist und so wird die tatsächlich im nächsten Jahr stattfindende Wahl in Griechenland in einem Planspiel der Schweizer Armee bei einer „Gesamtverteidigungsübung“ zum Ausgangspunkt des 3. Weltkrieges.

„In Griechenland haben Gerüchte über Fälschungen, mit denen die Linksregierung die Wahlen vom 29.10.85 für sich entschieden habe, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit bürgerlichen, royalistischen und konservativ-klerikalen Gruppen geführt. Angesichts der immananten Gefahr eines Umsturzes nimmt die Regierung ein sowjetisches Hilfsangebot an und erklärt am 30.10.85 unter Berufung auf ein „NATO-Komplot“ gegen die demokratisch gewählten griechischen Institutionen den Austritt aus dem Nordatlantikpakt. Ab 2.11.85 marschieren sowjetische und bulgarische Truppen in Griechenland ein.“

Am 3.11. sperrt die Türkei ihre Meeresgrenzen für sowjetische Schiffe und holt sich einige griechische Gebiete — die Inseln Lemnos und Rhodos — und den von Griechen bewohnten Teil Zyperns, die sie bekanntlich schon lange gern gehabt hätte. Die linke Opposition holt in der Türkei zum Generalstreik aus, die Sowjetunion greift die Türkei an.

Italien, das Flüchtlings zehntausender Griechen ist, bildet eine Regierung der „nationalen Einheit“, obwohl die KPI mehrheitlich die Regionalparlamente beherrscht.

Die USA ruft einen „Rat der Demokratie“ aus, dem sich alle kapitalistischen Staaten anschließen sollen. „Vordergründig verfolgt der „Rat“ wirtschaftspolitische Ziele... Diese Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dient jedoch übergeordneten sicherheitspolitischen Zielsetzungen: Dahinter steht das Konzept der globalen und umfassenden sicherheitspolitischen Verantwortung des „Rates“, die Festigung der inneren Geschlossenheit der westlichen Industriestaaten und die Unterstützung schwacher und gefährdeter Mitglieder.“

Bei den Gründerstaaten ist nicht nur der NATO-Kern, sondern Japan gleich mit dabei. Schluß ist auch mit der Neutralität. Die Philippinen und Südkorea, aber auch Jugoslawien (!) und Spanien werden „assoziiert“. In Spanien bleibt zwar die NATO-Mitgliedschaft „unstritten“, das Militär übernimmt aber „im Zuge militärischer Maßnahmen gegen die baskischen Terroristen die politische Gewalt“. Österreich hingegen sucht sich mit der SU zu arrangieren (wer hätte das gedacht). In Somalia intervenieren die USA selbst, im Sudan hingegen Ägypten und Jordanien mit freundlicher US-Hilfe. Die SU droht Pakistan, in der Karibik „dauern die Auseinandersetzungen an“, da ging es also schon vorher los. Die Neutralen, die sich nicht offen diesem Rat anschließen, kommen wie die Schweiz in „eine zunehmende Isolierung“. Es wird in den USA „von einer Stunde der Wahrheit für die Neutralen“ gesprochen und mit weiteren Maßnahmen gedroht, wenn sie ihre „sture und völlig überholte Haltung“ nicht aufgeben. Die Schweiz ist in drei Strömungen zersplittert. Ein starkes Lager will die NATO, eine „dritte Kraft sucht den Frieden durch Verweigerung“, es kommt zu „Ausschreitungen“ und einer Teilmobilisierung, Versorgungsgassen, Produktionschwierigkeiten und Arbeitslosigkeit sind die Folge. Die Gastarbeiter erweisen sich als „unzuverlässige Kantonisten“, „dramatische Familienzonen führen zu heftigen emotionalen Reaktionen im In- und Ausland“, weil diese ihre Familien und Bekannten nicht über die Grenze zu sich in die Schweiz kommen lassen dürfen.

In der zweiten Phase besetzt Frankreich einen Großteil der Schweiz als „Aufmarschgebiet gegen die UdSSR“, die wiederum von der Schweiz militärische Gegenmaßnahmen verlangt. Schließlich bombardiert Frankreich die Schweiz, zwei Atombomben auf die Schweiz fordern „nur“ 40.000 Tote, die Truppe wird zum Schluß der Übung „entgiftet“.

Der Bericht über die 1. Phase dieser Übung fiel dem Redakteur Urs Frieden (er heißt so) von der schweizerischen Wochenzeitung (WoZ) in die Hände. Die Zeitung berichtete am 30. November davon. Die WoZ zitiert den Stabschef für „Operative Schulung“, Gustav Daniker, als „Vater“ dieses Szenarios mit der Aussage, daß dies weder eine Science Fiction noch ein von „niemanden ernstgenommener Politthriller“ sein solle, wobei die Einzelteile „für sich allein genommen realistisch“ seien, die Fülle der sich zusammenballenden Krisen „natürlich ein Extremfall“ (des 3. Weltkrieges).

Die griechische Zeitung Pontiki druckte den Bericht nach, der Schweiz

zer Botschafter wurde ins griechische Außenministerium zitiert, wobei Aufklärung über dieses Planspiel verlangt wurde. Die UdSSR nannte das Planspiel eine „provokative Aktion“ gegenüber Griechenland. Dementis hallen da wenig. Es sei „ein offenes Geheimnis“, schreibt die taz (am 15.12.84), ohne Gründe oder Quellen zu nennen, daß solche schweizerischen Gesamtverteidigungspläne „eng an Planspielen und strategische Vorstellungen der NATO“ angelehnt seien.

Inzwischen wurde der Redakteur Urs Frieden verhaftet, wobei nach Aussage der WoZ die Militärgerichtsbarkeit auf Zivilisten angewendet worden sei, zum ersten Mal seit 1945. Tatsächlich gehört in den Knast, wer solche Planspiele ausheckt, nicht aber der, der diese Kriegsplanspiele aufdeckt.

Einen Gruß und unsere Hochachtung möchten wir auf diesem Wege Urs Frieden und der WoZ zukommen lassen. Wir hoffen, daß Urs bald wieder freikommen möge.

Die Wochenzeitung

Die „vertraulichen“ Planspiele der GYU-Köpfe

3. Weltkrieg beginnt in Griechenland

Die Gesamtverteidigungsübung (GYU), die verläuft Woche die Schweiz unsicher machte (WoZ 46/84), wird ein diplomatisches Nachspiel haben: Weil die GYU-Pläne Griechenland als Ausgangspunkt des Dritten Weltkrieges auszuwählen haben, ist in den nächsten Tagen mit einer Protestnote aus dem griechischen Außenministerium zu rechnen. Dies läßt der griechische Press-Artikel Stefan Komarakes gegenüber der WoZ durchblicken.

„In Griechenland haben Gerüchte über Fälschungen, mit denen die Linksregierung die Wahlen vom 29.10.85 für sich entschieden habe, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit bürgerlichen, royalistischen und konservativ-klerikalen Gruppen geführt. Angesichts der immananten Gefahr eines Umsturzes nimmt die Regierung ein sowjetisches Hilfsangebot an und erklärt am 30.10.85 unter Berufung auf ein „NATO-Komplot“ gegen die demokratisch gewählten griechischen Institutionen den Austritt aus dem Nordatlantikpakt. Ab 2.11.85 marschieren sowjetische und bulgarische Truppen in Griechenland ein.“

Die USA ruft einen „Rat der Demokratie“ aus, dem sich alle kapitalistischen Staaten anschließen sollen. „Vordergründig verfolgt der „Rat“ wirtschaftspolitische Ziele... Diese Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dient jedoch übergeordneten sicherheitspolitischen Zielsetzungen: Dahinter steht das Konzept der globalen und umfassenden sicherheitspolitischen Verantwortung des „Rates“, die Festigung der inneren Geschlossenheit der westlichen Industriestaaten und die Unterstützung schwacher und gefährdeter Mitglieder.“

Bei den Gründerstaaten ist nicht nur der NATO-Kern, sondern Japan gleich mit dabei. Schluß ist auch mit der Neutralität. Die Philippinen und Südkorea, aber auch Jugoslawien (!) und Spanien werden „assoziiert“. In Spanien bleibt zwar die NATO-Mitgliedschaft „unstritten“, das Militär übernimmt aber „im Zuge militärischer Maßnahmen gegen die baskischen Terroristen die politische Gewalt“. Österreich hingegen sucht sich mit der SU zu arrangieren (wer hätte das gedacht). In Somalia intervenieren die USA selbst, im Sudan hingegen Ägypten und Jordanien mit freundlicher US-Hilfe. Die SU droht Pakistan, in der Karibik „dauern die Auseinandersetzungen an“, da ging es also schon vorher los. Die Neutralen, die sich nicht offen diesem Rat anschließen, kommen wie die Schweiz in „eine zunehmende Isolierung“. Es wird in den USA „von einer Stunde der Wahrheit für die Neutralen“ gesprochen und mit weiteren Maßnahmen gedroht, wenn sie ihre „sture und völlig überholte Haltung“ nicht aufgeben. Die Schweiz ist in drei Strömungen zersplittert. Ein starkes Lager will die NATO, eine „dritte Kraft sucht den Frieden durch Verweigerung“, es kommt zu „Ausschreitungen“ und einer Teilmobilisierung, Versorgungsgassen, Produktionschwierigkeiten und Arbeitslosigkeit sind die Folge. Die Gastarbeiter erweisen sich als „unzuverlässige Kantonisten“, „dramatische Familienzonen führen zu heftigen emotionalen Reaktionen im In- und Ausland“, weil diese ihre Familien und Bekannten nicht über die Grenze zu sich in die Schweiz kommen lassen dürfen.

„In Griechenland haben Gerüchte über Fälschungen, mit denen die Linksregierung die Wahlen vom 29.10.85 für sich entschieden habe, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit bürgerlichen, royalistischen und konservativ-klerikalen Gruppen geführt. Angesichts der immananten Gefahr eines Umsturzes nimmt die Regierung ein sowjetisches Hilfsangebot an und erklärt am 30.10.85 unter Berufung auf ein „NATO-Komplot“ gegen die demokratisch gewählten griechischen Institutionen den Austritt aus dem Nordatlantikpakt. Ab 2.11.85 marschieren sowjetische und bulgarische Truppen in Griechenland ein.“

Die USA ruft einen „Rat der Demokratie“ aus, dem sich alle kapitalistischen Staaten anschließen sollen. „Vordergründig verfolgt der „Rat“ wirtschaftspolitische Ziele... Diese Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dient jedoch übergeordneten sicherheitspolitischen Zielsetzungen: Dahinter steht das Konzept der globalen und umfassenden sicherheitspolitischen Verantwortung des „Rates“, die Festigung der inneren Geschlossenheit der westlichen Industriestaaten und die Unterstützung schwacher und gefährdeter Mitglieder.“

Bei den Gründerstaaten ist nicht nur der NATO-Kern, sondern Japan gleich mit dabei. Schluß ist auch mit der Neutralität. Die Philippinen und Südkorea, aber auch Jugoslawien (!) und Spanien werden „assoziiert“. In Spanien bleibt zwar die NATO-Mitgliedschaft „unstritten“, das Militär übernimmt aber „im Zuge militärischer Maßnahmen gegen die baskischen Terroristen die politische Gewalt“. Österreich hingegen sucht sich mit der SU zu arrangieren (wer hätte das gedacht). In Somalia intervenieren die USA selbst, im Sudan hingegen Ägypten und Jordanien mit freundlicher US-Hilfe. Die SU droht Pakistan, in der Karibik „dauern die Auseinandersetzungen an“, da ging es also schon vorher los. Die Neutralen, die sich nicht offen diesem Rat anschließen, kommen wie die Schweiz in „eine zunehmende Isolierung“. Es wird in den USA „von einer Stunde der Wahrheit für die Neutralen“ gesprochen und mit weiteren Maßnahmen gedroht, wenn sie ihre „sture und völlig überholte Haltung“ nicht aufgeben. Die Schweiz ist in drei Strömungen zersplittert. Ein starkes Lager will die NATO, eine „dritte Kraft sucht den Frieden durch Verweigerung“, es kommt zu „Ausschreitungen“ und einer Teilmobilisierung, Versorgungsgassen, Produktionschwierigkeiten und Arbeitslosigkeit sind die Folge. Die Gastarbeiter erweisen sich als „unzuverlässige Kantonisten“, „dramatische Familienzonen führen zu heftigen emotionalen Reaktionen im In- und Ausland“, weil diese ihre Familien und Bekannten nicht über die Grenze zu sich in die Schweiz kommen lassen dürfen.

»NATO: Nein, US-Basen: Raus, Neutralität!«

Diesen Schriftzug bildeten am 2.12.84 in Madrid Anti-NATO-Demonstranten.

Fast eine halbe Million Spanier sollen den Angaben der Veranstalter zufolge an diesem Tage gegen die NATO-Mitgliedschaft Spaniens demonstriert haben. In Barcelona beteiligten sich 70.000 an einem Sternmarsch, 30.000 bildeten in Valencia eine Menschenkette um den Stadtkern, jeweils 2.000 - 5.000 Demonstranten wurden in verschiedenen Provinzhauptstädten gezählt.

Nach einer zentralen Demonstration am 3.6.84 in Madrid (wir berichteten davon im AK 248 und 249) hatte die „Koordination der pazifistischen Organisationen“ diesmal zu dezentralen Aktionen aufgerufen.

In den Umfragen hat sich inzwischen eine Mehrheit gegen die NATO-Mitgliedschaft Spaniens stabilisiert. Trotzdem ist Regierungschef Felipe Gonzalez zuversichtlich, daß das Referendum um die NATO-Mitgliedschaft Spaniens im Februar 1986 für eine NATO-Mitgliedschaft eine Mehrheit finden wird. Die an der Regierung für die NATO „gewandelte“ PSOE-Spitze möchte diesen Schritt mit dem EG-Beitritt Anfang 1986 „verfügen“. Inzwischen ist dabei höchste Eile bei den schleppenden EG-Beitrittsverhandlungen geboten. Das Versprechen der Regierung, die militärische Integration nicht zu vollziehen, ist dabei ein ziemlich schlechter Scherz, weil schon heute die spanischen Militärs in den NATO-Stäben mitarbeiten und Spanien schon heute mit großer US-Militärhilfe und Waffen versorgt wird.

Der Militärauslast stieg in den vergangenen Jahren jeweils um 15%! Auch die EG-Staaten und speziell die BRD zeigten nicht mit Waffenlieferungen und Rüstungskonventionen. Spanien wurde nicht nur in das neue Projekt des Kampfflugzeuges der EG-Staaten für die 90er Jahre einbezogen (s. WEU-Artikel in diesem AK), sondern soll auch einen Leo-II-Nachbau mit spanischen Eigenkonstruktionen in der heeresseitigen Santa-Barbara-Fabrik Sevilla herstellen können. Dieser „Lince-(-) (= Luchs-) Typ soll in einer Stückzahl von 500 vor allem für den Export produziert werden. Neben dieser Kooperation mit dem Flickkonzern Krauss-Maffei gab es in den vergangenen Jahren schon Flick-Gelder über die Friedrich-Ebert-Stiftung für die heute regierende PSOE. Felipe Gonzalez dürfte auch anderes auf diesem Wege von seinen Zielvätern aus der bundesdeutschen SPD gelernt haben wie man nämlich mit einer Opposition auf dem Parteilag umgeht. Denn immerhin werden schon jetzt unter den gewählten Delegierten des bevorstehenden PSOE-Parteitages 35% NATO-Gegner gezählt. Wie man damit einen Pro-NATO-Kurs auf dem Parteilag erreichen kann, will Gonzalez Mitte Dezember vorführen, oder sollte das Flick-Geld vergeben gewesen sein?

Wir hoffen, im nächsten Arbeiterkampf darüber ausführlicher berichten zu können.

Quellen:
„Die Welt“, 6. und 22.11.84; „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 1.12.84, „taz“, 4.12.84.

Niederlande:

Prozeß gegen die Raketenstationierung

Während hieszulande Richter und Staatsanwälte, die sich öffentlich gegen die Raketenstationierung ausgesprochen haben, mit „dienstlichen Ermahnungen“ zur (Staats-)Rücknahme gebracht werden sollen, läuft in den Niederlanden im Moment ein von zahlreichen Juristen unterstützter groß angelegter Prozeß an gegen den niederländischen Staat, dem die Zustimmung zur Raketenstationierung verboten werden soll.

Zur Erinnerung: Am 1.6. dieses Jahres hatte die niederländische Regierung sich nach rund fünfjähriger Debatte zu einem bedingten Ja zur Stationierung durchgerungen. Falls ein Rüstungsabkommen zwischen den USA und der SU nicht doch noch zustande kommen sollte und die SU ihre SS-20-Potentiale nicht mit sofortiger Wirkung einfrierte, sollen im Jahr 1988 die für die Niederlande vorgesehenen 58 Cruise Missiles in Woensdrecht stationiert werden.

Nach dem Regierungsbeschuß und dem Ablehnen der spontanen Wut darüber (s. AK 247, S.24 u. AK 248, S.16) war die Friedensbewegung erstmalig ratlos. Im Rahmen der recht kontroversen und heftig geführten Diskussionen um die Frage „Wie weiter?“ haben sich mittlerweile jedoch drei praktische Ansätze herauskristallisiert: Der IKV und die anderen gemäßigten Kräfte wollen seine Neuaufkündigung; der IKV und die anderen gemäßigten Kräfte wollen — vor allem mangels Alternativen und um die gefürchtete Radikalisierung zu verhindern — im kommenden Herbst eine „Volkspetition“, d.h. eine ans Parlament gerichtete Unterschriftensammlung, durchführen. Die radikaleren Kräfte, die mehrheitlich nicht nur der beschlossenen „Volksbefragung“, sondern auch der Forderung nach einem tatsächlichen Volksentscheid skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen, haben für den Januar zu einer Aktionskonferenz für zivilen Ungehorsam aufgerufen. Daneben gibt es diverse juristische Initiativen, um die Stationierung zu ver- oder zumindest zu behindern, von denen der „Prozeß gegen den Staat“ die bedeutendste ist.

Zu Beginn dieses Jahres wurde die Stiftung „Verbietet die Cruise Missiles“ gegründet, die unter Hinzuziehung von renommierten Juristen und Wissenschaftlern die Möglichkeiten eines Prozesses gegen den Staat der Niederlande in Sachen Raketenstationierung untersucht. Nach Abschluß der Voruntersuchung wurde im Oktober eine (Anzeigen-)Kampagne zur Unterstützung des Prozesses gestartet. Innerhalb weniger Wochen meldeten sich mehr als 20.000 Mit-Kläger durch die Überweisung eines Geldbetrages an — darunter zahlreiche Ärzte, Militärs und Prominenten, die Gemeinderäte von Woensdrecht (Stationierungsort!) und Finsterwolde, sowie politische Parteien (PSP, PPR, EVP) und andere Organisationen/Verbände.

Der IKV lehnte eine Teilnahme als Organisation ab, stellte es seinen Mitgliedern und Ortsgruppen jedoch frei, den Prozeß zu unterstützen. Zur Begründung seiner Nichtteilnahme führte der IKV an, er sehe die Stationierungsfrage als politische und nicht als juristische Frage. Er teile nicht die Ansicht, daß die Regierung mit ihrem Stationierungsbeschuß „außerhalb des Gesetzes operiert“ und glaube nicht, daß ein Gericht die Stationierung verbieten würde/könnte.

Am 21.11., dem dritten Jahrestag der großen Amsterdamer Friedensdemonstration 1981, überreichten die Anwälte der Kläger dem Generalstaatsanwalt des „Hohen Rats“ (entspricht dem Bundesgerichtshof) die 140 Seiten umfassende Klageschrift. Die Forderungen lauten: Verbot des Einsatzes und der Stationierung der Cruise Missiles bzw. — falls dies abgelehnt werden sollte — Aufnahme eines Vetorechts der Niederlande über den Einsatz der Raketen im Stationierungsvertrag mit den USA und Verbot des Ersteinsatzes. Die Forderungen stützen sich auf eine ganze Reihe internationaler Verträge (zum Kriegsrecht usw.). In einem Kommentar der „Volkskrant“ vom 8.12. hieß es, die Klageschrift sei ein „äußerst präzises und scharfsinniges Dokument“, in dem „so ungefähr alles was die Menschheit bisher an offiziellen Dokum.“, in dem „so ungefähr alles was die Menschheit bisher an offiziellen Regeln gegen Gewaltanwendung in großem Umfang hervorgebracht hat ... geordnet verarbeitet ist und zu einer schlagenden Schlußfolgerung geführt wird“.

Die Stiftung „Verbietet die Cruise Missiles“ ist, wie ihr Sekretär in einem Leserbrief in der IKV-Zeitschrift „Kernblad“ vom November darlegte, der Ansicht, daß ein gerichtliches Verbot der Stationierung sehr wohl möglich sei. Aber auch wenn die Kläger den Prozeß verlieren sollten, sei damit noch nicht erwiesen, „daß der Besitz und/oder Einsatz von Atomwaffen erlaubt ist“. Auch in diesem Fall sei wichtiges Material in die Öffentlichkeit gebracht und klargemacht worden, daß die Stationierung „gegen das Rechtsgefühl der Mehrheit des niederländischen Volkes verstößt“. Der bereits zitierte „Volkskrant“-Kommentar schloß mit der Bemerkung, daß die Klageschrift „einen Platz verdient im besten atom-sicheren Bunker, den wir haben, sodaß zumindest ein für allemal festgelegt ist, daß wir es gewußt haben, anno 1984“.

Der Prozeß beginnt am 18.12. und wird aller Erwartung nach mindestens ein Jahr dauern.

Niederlande-Kommission

Anmerkungen: Ähnliche Klagen sind seinerzeit auch in der BRD angestrengt worden, diese Verfahren sind z.T. nach der Stationierung von den Gerichten abgelehnt worden.



Niederlande: Antimilitaristen klauen Geheimdienst-Dokumente

Am 22.11. wurden in Dordrecht die sechs Onkrutten/innen, die Anfang Oktober bei einem Einbruch in ein Notdepot des niederländischen Gesundheitsministeriums verhaftet worden waren (s. AK 252, S.26), zu je sechs Wochen Haft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate gefordert; die Anwälte hatten auf Freispruch plädiert. Die von der Verteidigung vorgebrachte politische (und juristische) Rechtfertigung der Aktion wurde ebenso wie die von der Anklage zur Last gelegte Gewaltanwendung vom Richter zurückgewiesen.

Drei Tage vor dieser Urteilsverkündung hatten Antimilitarist/innen erneuert durch einen Raubzug von sich reden gemacht. Diesmal war der Geheimdienst „Contra Inlichtingendienst“ (CID; entspricht etwa dem westdeutschen MAD) das Ziel der Aktion. Am frühen Morgen des 19.11. wurden in der Utrechter „Knoop“-Kaserne die Türen des dort untergebrachten CID-Büros aufgebrochen. Obwohl die Kaserne inmitten eines intensiv überwachten Gebietes liegt (Banken-Komplexe, Messhallen, Einkaufszentrum, Hauptbahnhof und eine weitere Kaserne) gelang es den z.T. als Soldaten verkleideten Einbrechern säckeweise Papiere herauszuschaffen, darunter Protokolle, Berichte, Korrespondenzen, Karteien und Dienstausweisungen. Die autonome Amsterdamer Wochenzeitung „bluf!“ begann bereits am 23.11. mit einer auszugsweisen Veröffentlichung der — mit verschiedenen Geheimhaltungs-Klassifikationen versehenen — Dokumente.

Die Aufgabe des CID ist es, Feinde in der eigenen Bevölkerung aufzuspüren und im Auge zu behalten, die das Funktionieren des Militärapparates gefährden (könnten), sowohl innerhalb des Militärs als auch von außen. Wer nach Auffassung des CID diese Feinde sind, ist einem Schema zu entnehmen, das im Zimmer des Kommandanten der Utrechter CID-Abteilung hing und zur Beute gehört. Das Schema besteht aus verschiedenfarbigen Karten. Auf 63 weißen Karten sind die in Utrecht und Umgebung tätigen Organisationen verzeichnet, die vom CID für gefährlich gehalten werden. Auf den den weißen Karten zugeordneten 178 rosa Karten stehen die Namen von Personen, die als Mitglieder der aufgeführten Organisationen gelten — 68 der Namen sind mit dem Hinweis versehen, daß ein Foto der betreffenden Person vorliegt. Auf 13 dunkelroten Karten sind die Personen erfaßt, die eine unmittelbare Bedrohung für die Mobilisierung des Militärs darstellen (sollen). An Organisationen sind nicht nur Soldatenorganisationen, antimilitaristische Gruppierungen und radikalpazifistische Gruppen aufgeführt, sondern

auch die im Parlament vertretenen linken Parteien PSP und CPN sowie angesehene Friedensorganisationen wie IKV und Pax Christi.

Die Antimilitarist/innen fanden Mappen mit statistischen Material über die in den verschiedenen Stadtteilen und angrenzenden Gemeinden lebenden Ausländer, Arbeitslosenzahlen und — wiederum nach Stadtteilen aufgeteilt — die genauen Zahlen der linken Wähler. Sie fanden desweiteren Berichte über öffentliche Veranstaltungen, antimilitaristische Aktionen, Demonstrationen und Diskussionen in linken Gruppen/Friedensbewegung.

Interessant ist eine „Indikatorenliste“, die 91 „Merkmale“ umfaßt, mit deren Hilfe „staatsgefährdende“ Personen entdeckt werden sollen. Zu diesen Merkmalen gehören nicht nur „Anti-Amerikanismus“ und „Korrespondenz mit Personen hinter dem eisernen Vorhang“, sondern auch „homosexuelle Beziehungen“, „freie Berufe“, „Aktivitäten für kommunistische Widerstandsorganisationen, die während des zweiten Weltkriegs mit Spionage oder Sabotage zu tun hatten“, „Anti-Nazismus“ (!) und sogar „das Hören von Radio-Sendungen unter Benutzung von Kopfhörern“ (!). Die Quellen für die Erkenntnisse des CID werden in vier Kategorien eingeteilt: a) „öffentliche Quellen“ (dazu gehören Zeitchriften und Veranstaltungen); b) „offizielle Quellen“ (Polizei, andere Geheimdienste usw.); c) „geheime Quellen“ (u.a. Infiltranten); und d) „private Quellen“ (Informanten und „Kontaktpersonen“).

Aus den erbeuteten Papieren geht hervor, daß die CID-Abteilung in Utrecht unter der Bezeichnung „Projekt Erika“ Informanten aus der süd-niederländischen Bevölkerung anwarb. Die Infiltration in die Friedensbewegung fällt unter ein „Projekt Fatima“. Im Rahmen dieses Projekts wurden zumindest das Komitee Soldaten gegen Atomwaffen, die Soldatengewerkschaft VVDM und (sogar) die rechte Soldatengewerkschaft AVNM vom CID infiltriert. Zur Vorauswahl geeigneter Spitzel gaben sich auch Schuldirektoren und Lehrer her.

Das Protokoll einer CID-Sitzung am 5.3.80 hält als Beschluß fest: Da man bis in die Militärspitze hinein an Informationen über den IKV interessiert ist, hierüber jedoch keine Akten angelegt werden dürfen, werden nur über Militärangehörige, die dem IKV angehören und sich eindeutig mit dem Einsatz von Atomwaffen befassen oder dazu äußern, schriftliche Aufzeichnungen angelegt. Damit ist erneut bewiesen, daß die diversen Beteuerungen des Innenministers, die Friedensbewegung und insbesondere der IKV würden von keinem Geheimdienst bespitzelt, eine Far-

ce sind. (!) In einem Protokoll vom 23.2.1984 heißt es, der stellvertretende Detachements-Kommandant habe unter allgemeiner Zustimmung darauf hingewiesen, daß der CID „sich aktiv zu interessieren hat für alle gegen unsere Verteidigung gerichteten Gruppen“. Bereits im Frühjahr 1981 wurden die CID-Abteilungen auf einer Sitzung davor gewarnt, nur auf Onkrut zu starren und dabei andere „subversive“ Gruppen zu übersehen. Die Frage des stellvertretenden Detachements-Kommandanten hingegen, ob der CID sich auch mit der rechtsradikalen, rassistischen Centurmpartij befassen sollte, wurde keineswegs mit einem allgemeinen Ja beantwortet. Im Protokoll ist nur festgehalten: „Hierauf entsteht eine Diskussion über die Fragen: Was ist extrem? Wann ist etwas außerparlamentarisch? Wann müssen wir einer Gruppierung Aufmerksamkeit schenken?“

Im Gegensatz zu früheren antimilitaristischen Raubzügen (PMC-Überfall, Bunker-Beutezüge, Notdepot-Einbrüche) fand die CID-Aktion von vornherein recht große Beachtung in der Öffentlichkeit. Vor allem das oben genannte „Projekt Fatima“ stieß auf reges Interesse, da es als illegales Unternehmen angesehen wird. Die sozialdemokratisch orientierte Tageszeitung „De Volkskrant“ z.B. veröffentlichte (nachdem der Einbruch selbst am 20.11. nur ganz kurz gemeldet worden war) am 29.11. Auszüge aus den erbeuteten Protokollen und brachte am darauffolgenden Tag ein Interview mit einem wehrpflichtigen Lehrer und AVNM-Mitglied, den der CID angeblich zu einer Infiltration in die VVDM zu bewegen versucht hatte. Die Fraktionsvorsitzende der radikalpolitischen PPR in der Zweiten Kammer (der niederländische Bundestag) zeigte sich „schockiert über die Enthüllungen von Onkrut“ und forderte die parlamentarische Kommission für die Geheimdienste auf, eine Untersuchung über die CID-Aktivitäten einzuleiten. Neben der PPR reichte auch die Pazifistisch-Sozialistische Partei parlamentarische Anfragen über den CID und seine Aktivitäten ein. Die Antimilitarist/innen, die den Einbruch ausgeführt haben, haben angekündigt, daß sie weitere Enthüllungen veröffentlichen werden.

Niederlande-Kommission

(!) In dem Artikel „Niederländische Friedensbewegung und internationale Geheimdienste“ (AK 246, S.31f) haben wir dies bereits ausführlich dargelegt. In der September-Ausgabe der in Utrecht herausgegebenen antimilitaristischen Zeitschrift „ANOK“ sind 23 Fälle geheimdienstlicher Aktivitäten gegen die Friedensbewegung dokumentiert.



Der Bruch

Am 17.11. kündigte die Landtagsgruppe der hessischen Grünen die „kontinuierliche parlamentarische Zusammenarbeit“ mit der SPD. Als Grund gaben die Grünen an, daß sie die Produktion und Verarbeitung atomwaffenfähiger Materials durch die Hanauer Nuklearfirmen NUKEM und ALKEM nicht mitverantworten können noch wollen. Am 1.12. bestätigte eine Landesversammlung der Partei mit großer Mehrheit die Politik ihrer Abgeordneten. Nur eine verschwindend kleine Minderheit fand sich bereit, den von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf für 1985 trotz der laufenden Genehmigungsverfahren für die Nuklearfirmen mit zu verabschieden. Die SPD reagierte zunächst mit dem Appell an die Grünen, den Bruch zurück- und die Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Inzwischen jedoch wird demonstriert, daß es ggf. auch anders geht. Börner hat das Angebot der Grünen, über den Umgang mit den Nuklearfirmen zu verhandeln, schroff zurückgewiesen. Über die Verabschiedung des Haushalts wurden Gespräche mit CDU und FDP angesetzt. Vor den hessischen Kommunalwahlen am 10.3.85 wird sich die landespolitische Konstellation wohl nicht mehr grundlegend ändern.

Die Grünen haben immerhin klarmacht, daß sie nicht zum Nulltarif als Mehrheitsbeschaffer für sozialdemokratische Regierungspolitik zu haben sind. Sie haben sich ihren Widerstand gegen Atomanlagen nicht für ein paar Millionen zugunsten alternativer Betriebe abkaufen lassen. Das zeigt ihren von den „Altparteien“ eben doch grundverschiedenen Charakter an.

Ohne nun an der Solidarität, die die Hessen-Grünen in der Auseinandersetzung mit der SPD für sich in Anspruch nehmen können (und sollen), Abstriche zu machen, gibt es doch einiges in diesen Wochen, was man mit unglaublichem Kopfschütteln quittieren möchte. Der Versuch der hessischen Landesregierung, die Bearbeitung von Uran in Hanau auf einen Anreicherungsgrad von weniger als 20% zu begrenzen (bei Ermöglichung von Ausnahmeregelungen), wurde rasch durch eine Welsung Zimmermanns durchkreuzt. Was die Grünen in dieser Situation von ihrem Seniorpartner verlangen, ist ein bißchen mehr Konfliktbereitschaft gegen

den nicht atomkraftschonend gekert Bönner. Was Zimmermann dann letztlich anordnet, braucht das Verhältnis zur Landesregierung nicht zu beeinflussen. „Realpolitik“ war jedoch ursprünglich gedacht als Weg, etwas „real“ zu verändern. Was die Grünen von der SPD fordern, läuft aber im Grunde auf etwas mehr Verbal-Politik hinaus. Das ist sehr wenig...

Was aber noch bedeutsamer sein dürfte, ist die gegen Ende des Beschlusses von Lich angedeutete Koalitionsbereitschaft der Grünen. Aus den nicht gerade rosigen Erfahrungen mit der SPD wird nicht der Schluß gezogen, wieder konsequenter Oppositionspolitik zu betreiben und die arg vernachlässigten außerparlamentarischen Aufgaben stärker wahrzunehmen. Nein, man wünscht Einfluß auf die Personalpolitik der Regierung, man wünscht Klaus Traube als Wirtschaftsminister und einen grünen Umwelt-Staatssekretär. Eine parlamentarische Zusammenarbeit ist (vorerst) gescheitert, aber das parlamentarische Denken geht bei den Grünen gestärkt aus dem Schiffbruch hervor. Hat die SPD ein Gefecht verloren, aber eine Schlacht gewonnen?

Am 15.12. fand in Hanau eine Demonstration gegen die Nuklearbetriebe mit 5.000 Menschen statt. Gemessen an der geringen Aufmerksamkeit, die dieses Atomzentrum bisher selbst bei AKW-Gegnern hatte, ist das keine schlechte Zahl. Grüne Landtagsabgeordnete marschierten in der ersten Reihe und das war gut so. Sonst aber konnte man die Mitglieder der Partei im Zug sehen... Das zeigt, in welcher Richtung die Chose läuft. Die Grünen schlagen bei der Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahl-Listen aufeinander ein, sei es verbal wie in Frankfurt oder handfest wie kürzlich in Darmstadt. Da muß man unbedingt dabei gewesen sein. Aber demonstrieren... — was bringt das noch?

Dieser Vorwurf trifft übrigens durchaus auch die schmalere werdenden Reihen der Fundamentalisten. Sie scheinen vor allem damit beschäftigt zu sein, mit Spaltungsdrohungen einen Politpoker zu betreiben, um ihre Leute auf den Listen unterzubringen. Wenn es so weiterläuft, wird man das Atomzentrum Hanau so schnell wieder vergessen, wie man darauf aufmerksam geworden ist...

Beschluß der Landesversammlung der GRÜNEN HESSEN in Lich am 1.12.84

Die Landesversammlung der GRÜNEN-HESSEN bestätigt den Beschluß der Landtagsgruppe vom 19. November 1984.

Mehr denn je zuvor ist vielen Menschen in der Bundesrepublik und im Ausland in den vergangenen Wochen bewußt geworden, welche ungeheuren Gefahren für Frieden, Gesundheit, Umwelt und Demokratie von den vier atomaren Anlagen und Produktionsstätten in Hanau ausgehen. Die Forderungen der Bürgerinitiativen, Umweltverbände und der GRÜNEN, diese Betriebe stillzulegen, sind voll und ganz gerechtfertigt. Die Hessische Landesregierung, die für die Durchführung der viele Jahre lang verschleppten Genehmigungsverfahren zuständig ist, hat die Gefahr der Weiterverbreitung von atomwaffenfähigem Uran und Plutonium aus den Hanauer Atomanlagen und die Gefahr der Verseuchung der Umwelt durch radioaktive Stoffe — wenige Kilogramm Plutonium reichen aus, die gesamte Menschheit zu vergiften — lange Zeit verdrängt und verschwiegen und bis heute unzureichend berücksichtigt.

1. Die Landesversammlung der GRÜNEN HESSEN stellt fest, daß die SPD-Landesregierung den Antrag der Plutoniumfabrik ALKEM grundsätzlich für genehmigungsfähig erklärt hat und bezüglich der Brennelementefabrik NUKEM nicht einmal bereit war, in dem Entwurf für eine 1. Teilerrichtungsgenehmigung für NUKEM II den bis zur Bundesanweisung noch vorhandenen gesetzlichen Spielraum auszuschöpfen und Lagerung und Umgang auf nicht waffenfähiges Uran (Anreicherung unter 20 %) ohne Ausnahme zu beschränken. Damit hat sie die vereinbarte Zusammenarbeit an einem entscheidenden inhaltlichen Punkt entwertet und ihr die Grundlage entzogen.

2. Die Weisung des Bundesinnenministers an den Hessischen Wirtschaftsminister, die Genehmigung für NUKEM II ohne Einschränkung zu erteilen, hat an der inhaltlichen Position der GRÜNEN und der Auseinandersetzung mit der Hessischen Landesregierung nichts geändert. Obwohl die letztendliche Kompetenz bei den Bundesorganen liegt und die Änderung des Atomgesetzes durch den Bundestag erfolgen muß, ist die Hessische Landesregierung verpflichtet, die Bevölkerung über die Gefahren, die mit den Hanauer Atomfabriken verbunden sind, aufzuklären, alle Gründe für eine Verweigerung der Genehmigung zur Geltung zu bringen und die vorhandenen Ermessensspielräume zu nutzen. Politisch ist nämlich weder die Hessische Landesregierung noch die hessische SPD weisungsgebunden durch den CSU-Bundesminister. Eine „Politik gegen Bonn“ ist ohne Bereitschaft zu Konflikten und ernsthafte politische Auseinandersetzung mit Bonn nicht machbar. Aus mangelnder Konfliktbereitschaft hat es die Hessische Landesregierung bisher unterlassen, in den Fragen des Ausbaus der Atomenergie und der Plutoniumwirtschaft eine Gegenposition zur Bundesregierung einzunehmen.

3. Die Landtagsgruppe hat daher entsprechend dem Beschluß der Landesversammlung vom 7.10.84 beschlossen, die kontinuierliche Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion zu beenden und die SPD-Regierung nicht mehr zu unterstützen.

4. Die Landesversammlung der GRÜNEN HESSEN bekräftigt den bisherigen politischen Kurs, wie er auf den Landesversammlungen von Petersberg-Marbach, Udingen und Lollar beschlossen worden ist. Dabei ging es den GRÜNEN nie und geht es auch in Zukunft nicht um Machtbeteiligung an sich. Diese muß vielmehr der entschlossenen Durchsetzung wohlüberlegter und realistischer Schritte GRÜNER Politik dienen. Die GRÜNEN HESSEN sind auch weiterhin grundsätzlich bereit, sozialdemokratische Minderheitsregierungen nach vorheriger Verhandlung und Einigung über inhaltliche Sachfragen zu tolerieren und eine vereinbarte Politik mitzutragen. Die GRÜNEN lehnen aber jede Politik ab, die ihre ökologische, friedenspolitische und demokratische Glaubwürdigkeit in Frage stellt und sie zu bloßen

Mehrheitsbeschaffern mißbrauchen will. Ebenso wenig werden sich DIE GRÜNEN in eine Opposition drängen lassen, die — auf jeden Realitätsinn verzichtend — in scheinradikale Rechthaberei abgleitet und in Wirkungslosigkeit endet.

5. Die GRÜNEN HESSEN halten unbeirrt an ihrer Politik der ökologischen Verantwortlichkeit fest. Die Landesversammlung fordert deshalb die Landtagsgruppe auf, auch weiterhin parlamentarische Initiativen, die im Einklang mit dem Programm der GRÜNEN stehen, zu unterstützen.

6. Für eine Verabschiedung des Haushalts 1985 fehlt derzeit jedoch die dazu erforderliche Übereinstimmung mit der Politik der SPD-Landesregierung. Die Zustimmung zu einem ökologisch und sozial vertretbaren Haushalt 1985 wird die Landesversammlung erst dann geben, wenn nach Verhandlungen der Landtagsgruppe mit der SPD feststeht, daß:

I. die Landesregierung einen Sofortvollzug bezüglich der 1. Teilerrichtungsgenehmigung für NUKEM II nicht angeordnet hat und nicht anordnen wird, bzw. bei Anweisung durch die Bundesbehörde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgeht, sowie alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, der Firma NUKEM hinsichtlich der erteilten 1. Teilerrichtungsgenehmigung und der Betriebsgenehmigung, die nach Fertigstellung der Bauwerke ansetzt, den Umgang und die Lagerung von waffenfähigem Uran 235 zu untersagen;

II. die Landesregierung die Gefahren der Plutoniumwirtschaft, die von den Hanauer Atomfabriken mitverursacht werden, aufzeigt und im Rahmen ihrer politischen Zuständigkeit und ihres rechtlichen Ermessens die Genehmigung der Plutoniumfabrik ALKEM versagt und damit den Weiterbetrieb beendet. Zugleich ist zu prüfen, inwieweit auch die Funktion von NUKEM I zu beschränken ist, da auch hier Veränderungen ohne relevante atomrechtliche Genehmigung vorgenommen wurden;

III. die Landesregierung in den Genehmigungsverfahren für die Firmen Reaktor-Brennelemente-Union (RBU) und Hochtemperatur-Brennelemente-Gesellschaft (HOBEG) allen Sicherheits- und Umweltbedenken Rechnung trägt und den Anträgen nicht entspricht;

IV. die Landesregierung sich für die Umstellung der Hanauer Atomfabriken auf die Produktion umwelt- und sozial verträglicher Güter (z.B. Solarzellen, Umwelttechnologie) unter Anwendung eines möglichst geschlossenen Rohstoffkreislaufes einsetzt, um die Arbeitsplätze dort zu erhalten;

V. die Landesregierung die notwendigen personellen und organisatorischen Veränderungen vornimmt, um die Umsetzung und Ausführung der für die 11. Legislaturperiode getroffenen Vereinbarungen zwischen SPD und GRÜNEN zu gewährleisten. Dies bedeutet insbesondere:

— daß die Zuständigkeit für Aufsicht und Genehmigung nach dem Atomrecht getrennt und diese Abteilungen auch mit kritischen Fachleuten besetzt werden;

— daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung durch entsprechende personelle und organisatorische Maßnahmen insbesondere im Umweltbereich im Einvernehmen mit den GRÜNEN gesichert wird.

Das Ergebnis der Verhandlungen wird einer außerordentlichen Landesmitgliederversammlung im Januar/Februar 1985 vorgelegt und von ihr abschließend bewertet. Bei einer positiven Bewertung der Verhandlungsergebnisse stimmt die Landtagsgruppe der GRÜNEN dem Haushalt 1985 zu. Wenn die SPD die kontinuierliche parlamentarische Zusammenarbeit mit den GRÜNEN wieder aufnehmen will, kann sie sich diesen Forderungen nicht verschließen.

Nur ein qualitativ neuer Ansatz läßt erwarten, daß die Zusammenarbeit in den zentralen Fragen der für die 11. Legislaturperiode vereinbarten Politik auch tatsächlich zum Erfolg führen wird.

»Rot-Grün« in Hessen gescheitert:

Jetzt hetzt der DGB gegen die GRÜNEN

So lange in Hessen die Aussicht bestand, grüne Wählerstimmen für sozialdemokratische Politik zu vereinnahmen, zeigte man sich in DGB-Kreisen ausgewogen. Rappe, Adolf Schmidt und Freunde durften vor den Grünen warnen und die „Große Koalition“ beschwören. IG Metall und linke Gewerkschaftsfunktionäre durften in Richtung grüner Mitverantwortung für das Bündnis mit der SPD denken. Der DGB-Bundesvorstand hielt auf der einen Seite Distanz zu den Grünen (deren Bundesvorstand kein „geeigneter Gesprächspartner“ sei, schloß aber auf der anderen Seite Gespräche mit der grünen Bundestagsfraktion nicht aus („wir reden mit allen im Bundestag vertretenen Parteien“)). Nach dem Scheitern in Hessen, getrieben von der Enttäuschung über mangelhafte Sozialdemokratisierung der Grünen, wird — so scheint es — wieder die Sau rausgelassen.

Hessischer DGB gegen Ausstieg aus der Kernenergie

Im letzten AK hatten wir den hessischen DGB-Vorsitzenden Jochen Richter mit einer „positiven Zwischenbilanz“ zum „rot-grünen“ Bündnis zitiert. Davon ist auf einmal nicht mehr die Rede. Die Grünen betreiben „Antiarbeitsnehmerpolitik“, ließ Richter in einer Presseerklärung wissen. Zusammen mit der IG Chemie hatte er erklärt: „Ein Ausstieg aus der Kernenergie kommt nicht in Frage“ (Welt der Arbeit, 6.12.84). „Denn es geht um hochqualifizierte und auch gutbezahlte Arbeitsplätze. Das Verhältnis der Gewerkschaften und der Grünen wird sich dann verschärfen, wenn die Grünen — erstmals übrigens in ihrer politischen Praxis — Arbeitsplätze durch ihre Forderung gefährden würden“, so Richter in einem Interview (Welt der Arbeit, 6.12.). Zu den Genehmigungsverfahren von Nukem und Alkem führt er aus: „Die Gewerkschaften, insbesondere die betroffene IG Chemie-Papier-Keramik, gehen davon aus, daß die Genehmigungen mit strengen Auflagen für die Arbeitssicherung,

für die Gesundheitssicherung und für die Umwelt erteilt werden“.

In der gewerkschaftlichen Realpolitik hat sich also herzlich wenig geändert, auch nicht bei den DGB-„Linken“, zu denen Richter gezählt wird. Möglicherweise ist sein Agieren auch mit dem Gerangel um einen Sitz im DGB-Bundesvorstand in den Zusammenhang zu bringen, um den er sich bewirbt. Seine Kandidatur ist u.a. umstritten, weil er als zu „grünfreundlich“ gilt...

„Konservative besorgen Geschäft der Grünen“

In der Ausgabe vom 13.12.84 des DGB-Organs „Welt der Arbeit“ wird gleich zweimal kräftig gegen die Grünen vom Leder gezogen. „Die Spalter sind am Werk — Konservative besorgen Geschäft der Grünen“ leitet die „WdA“. Anlaß für diese Meldung sind die jüngsten Pläne von CDU/CSU und FDP, das Betriebsverfassungsgesetz zu ändern und Sprecherausschüsse der Leitenden Angestellten gesetzlich zu fixieren. „Konservative bis reaktionäre Mittelstandspolitiker ziehen mit den Grünen an einem Strang“, behauptet das geschäftsführende DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher. Warum? Der von den Rechten beförderte „Gewerkschaftspluralismus“ und „Minderheitenschutz“. „Führt dazu, daß auch links-extreme Kräfte an Oberwasser gewinnen“. Über solche Novellierungspläne würden sich nicht zuletzt die Grünen freuen, da sie seit langem versuchen, „in den Gewerkschaften etwas ins Rutschen zu bringen“. CDU/CSU und FDP sowie der christliche Gewerkschaftsbund würden somit „objektiv mit den Grünen zusammenarbeiten“.

Langer Klage kurzer Sinn: Der Vorstoß von rechts, der der langfristigen Strategie folgt, dem DGB in den Betrieben das Wasser abzugraben (siehe Artikel auf den B & G-Seiten in diesem AK), wird vom DGB genutzt, sich als die solide Mittelkraft darzustellen, die diese Republik gegen Angriffe von

rechts wie von links gleichermaßen verteidigt. Daß dabei die Grünen sogar als die größere Gefahr dargestellt werden, deren Geschäft die Rechten betreiben, mutet nur vordergründig wie ein Treppenwitz an. In Wahrheit geht es dem DGB bei seinem Protest darum, endlich von dieser Bundesregierung, bei der man bereits mehrfach als Gesprächsritter abgeblitzt ist, als Sozialpartner akzeptiert zu werden. Was hilft da besser, als die Rechten gegen die Feinde von links oder grün zur Hil-

fe zu rufen?

Den bislang ärgsten Hammer von DGB-Seite (Marke IG Bergbau) schwingt der erstmals als Linker bezeichnete Chefredakteur der „Welt der Arbeit“ im nachstehend faksimilierten Kommentar. Erinnerungen an Parolen wie „geh doch erstmal arbeiten“ und die „Chaotenhetze“ der siebziger Jahre werden wach.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Zur Sache



Hände mit Schweißeln wird es am Wochenende nicht gegeben haben, die Delegierten der Grünen hochhieben. Zwischen der realen Welt der Industriearbeiterschaft und der sozialistischen Welt vieler grüner linken Universen. Was wissen sie, die sich da so medianbunt tummeln, von den Existenzängsten eines Werks- oder Betriebsleiters oder Bergmanns, wenn es um deren Arbeitsplatz geht? Werten, daß die meisten mehr über die Fälschungen von Humphrey Bogart wissen als über den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung und sicherlich genau die Sequenzen aus dem Film Casablanca kennen, aber wenig über die Durchsetzung von Tarifverträgen? So ist es denn auch aberwitzig, wenn sie behaupten, sie verweigerten sich der Macht und der Politik. Dann, sofern sie logisch denken könnten, müßten sie den

Polit-Kasperei der grünen Partei

Von WdA-Chefredakteur Dieter Schmidt

Parlamentsarbeit fernbleiben und dürfen nicht kandidieren. Wenn die Grünen in Hessen bei der Verabschiedung des Haushalts mit der von ihnen so beschimpften Union und der, so ihre Worte, sich der Partei nicht verweigert, sie machen ganz konkret Nägel mit Köpfen. Weil sie im Parlament sitzen, entscheiden sie mit. Wenn sie Bönner nicht „tolerieren“, dann „tolerieren“ sie die Gegenseite.

Polit-Kasperei ist es, sich aus den gutgefüllten Stenografen schützend zu legen und zu behaupten, man mache es nicht mit. Sicherlich haben sich die sozialdemokratischen Großväter der Bildungspolitik ihre Enkel anders vorgestellt. Frei von Schwelgen, frei von sozialen Sorgen, das Betriebsinnere kennen sie nur aus DDR-Filmen, so sind sie nun ge-

worden, die durch Bildung freier sein sollten. Sorglos und arrogant wurden sie. Die Sozialdemokraten müssen mit dem Leben, was sie auch hinterlassen haben: Polit-Freaks, die enttäuscht von ihrer Politik waren.

Das ist die Sache der Gewerkschaften nicht. Die Gewerkschaften haben derzeit keinen Grund, sich auch nur einen Meter auf diese Grünen zuzubewegen. Während der schweren, an die Existenz gehenden Arbeitskämpfe im Frühjahr 1984 haben wir kaum grüne Aktivisten an den Werkstufen gesehen. Zur Zeit der Morgen-schicht liegen die auch meist noch in den Betten, weil die Diskussion am Abend zuvor so lange dauerte. Warten wir also ab. Die Wirklichkeit wird sie einholen. Oder auch überholen. Schauen wir zu, wie sie sich mit sich selbst beschäftigen.

Grüner Parteitag Erfolgreiches Unentschieden für die »Realpolitiker«

Wieder einmal ist nach einem Parteitag der Grünen fast alles offen. Der Vorstoß des Bundesvorstandes um Rainer Trampert und Rudolf Bahro, die grüne Partei auf den Kurs „grundsätzlicher Systemopposition“ zu bringen, ist gescheitert. Das eigenartige Bündnis von prinzipiellen Fundamentallisten und (bisherigen) Anhängern der Hamburger Tolerierungslinie ist schon auf dem Parteitag zerbrochen. Beides lag nicht allein an Bahros blindwütigem Los-sich-Schlagen, das die harmonisierenden Grünen vor den Kopf stieß. Die politische Grundlage dieses Zweckbündnisses, der gemeinsame Leitartikel des Bundesvorstandes, ist in sich widersprüchlich oder zumindest unterschiedlich auslegbar. Tolerierungspolitik auf der Basis von Minimalforderungen kommt dort allenfalls zwischen den Zeilen vor. Entsprechend „unpraktikabel“, weil nicht in konkrete Politik umsetzbar, mußte er den Delegierten erscheinen. Die demagogische Abqualifikation dieses Papiers durch die „Realos“ als „Verhutskatalog“ enthält ein Stück Wahrheit: es ging Trampert und Bahro in erster Linie darum, die sich der SPD als verlässliche „Juniorpartner“ anbietenden Parlamentarier (Schily, Fischer u.a.) zu bremsen oder wenigstens deren nicht zu verhindernde Alleingänge künftig mit dem Hinweis auf einen ganz anders lautenden verbindlichen Beschluß der Gesamtpartei kontern zu können.

Der Beschluß von Hamburg, alle Festlegungen zur Bündnispolitik auf Bundesebene bis 1987 zu verschieben, nützt am meisten denen, die sich schon als kommende grüne Minister sehen. Der in der Abstimmung unterlegene Bundesvorstand wird sich noch häufiger sagen lassen müssen, er vertrete in dieser Frage nicht die grüne Mehrheitsposition und möge sich mit „fundamentalistischen“ Kritiken gefälligst zurückhalten.

Systemoppositionelle Einstimmung

Es lag gut an für die Anhänger des Bundesvorstands-Antrags. Schon den ältesten Tagesordnungspunkt — „Begrüßung durch den Landesverband Hamburg“ — nutzte die GAL-Abgeordnete Thea Bock keineswegs nur zu freundlichen Willkommensgrüßen an die Delegierten. Ausgehend von ihrer eigenen politischen Entwicklung steuerte sie geradewegs auf die Kernfrage des Parteitages los: „Vor drei Jahren warnte man mich vor den Radikalen bei den Grünen, vor den Systemveränderern, mich irritierten einige Erscheinungsformen, ich habe sie zögernd akzeptiert, meine Anliegen waren dort gut aufgehoben, ich begriff,

daß es nur so möglich war, diesem Wahn der Zerstörung entgegenzutreten und vielleicht Entscheidungen der Herrschenden zu ändern. Das Seltsame ist, heute habe ich Angst vor denjenigen, die die Partei zähmen wollen. Vor denjenigen, die dazu beitragen werden, daß die grüne Partei viel zu normal, viel zu angepaßt, viel zu sehr in die Nähe der anderen Parteien gerät.“

An Thea Bocks Aufforderung, nicht „wohlwollend“ zu werden, sondern „rebellisch“ zu bleiben und immer wieder selbstkritisch zu fragen — „sind wir eng genug angekoppelt an die sozialen Bewegungen?“ — schloß Bundesvorstandsmitglied Cornelia Züge mit ihrer Eröffnungsrede bruchlos an. Sie zitierte die Aufforderung der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung an die Grünen, „als Vorbe-

dingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD in Bund und Ländern über eine eventuelle Tolerierung oder Regierungsbeteiligung die Verpflichtung zur sofortigen Stilllegung sämtlicher Atomanlagen zu verlangen.“ An die Delegierten richtete sie den Appell, auf dem Parteitag sehr genau zu überlegen, „ob wir es uns leisten können, auf die Kritik (der sozialen Bewegungen) nicht zu hören und auf ihre Forderungen nicht einzugehen.“

Bei Rainer Tramperts fast einstündigem Rechenschaftsbericht für den Bundesvorstand verloren einige der auf Juniorpartnerschaft mit der SPD festgelegten Grünen leicht die Fassung. Sie sahen durch die einseitig systemoppositionelle Einstimmung der Delegierten außerhalb der Tagesordnung ihre Chancen schwinden. Trampert hielt sich in der Tat nicht lange mit Freundlichkeiten an die Adresse seiner interparteilichen Gegner (Lob für Otto Schilys Arbeit im Flick-Ausschuß) auf. Auch die unvermeidlichen Passagen fürs Fernsehen („auf einmal wollen alle von uns regiert werden“), denen Grüne aller Fraktionen Beifall klatschen konnten, wurden auf das notwendige Maß begrenzt. In erster Linie widmete Trampert sich den Perspektiven grüner Politik und der Bündnisfrage. „Wir wissen, daß viele unserer Wähler etwas tiefgreifend anderes wollen und gleichzeitig hoffen, das ginge vielleicht ohne besondere Konflikte mit der SPD. Wir sollten unseren Wählern nicht falsche Hoffnungen als kluge Durchsetzungsstrategie verkaufen, die in Wirklichkeit immer mehr unsere eigene Anpassungsstrategie an die SPD ist. Wir sollten nicht selber eine öffentliche Kampagne unterstützen, die in dem schrittweisen Fallenlassen grüner Forderungen, bis die SPD endlich be-

nach den Kronzeugen für ihren angeblichen ökologischen und friedenspolitischen Wandel“.

Die Aussage in dem mit Bahro gemeinsam formulierten Antragstext, gegenwärtig sei auch eine Tolerierung der SPD „schwer vorstellbar“, bedeutete keine generelle Absage an die Tolerierungspolitik. „Wir haben in unserem Antrag keine konkrete Tolerierungstaktik entwickelt. Dafür gibt es heute keinen konkreten Handlungsbedarf. Daß bei anstehenden Wahlen ein solches Paket entwickelt werden sollte, ist für uns unstrittig. Jeder, der unseren Antrag in diesem Sinne ergänzen will, hat unsere Zustimmung.“

Dieser Sichtweise hat Bahro in seiner Rede wenig später widersprochen. Ein einziger Abschnitt darin befaßte sich mit dem gemeinsamen Antrag (diese Passage ging allerdings in Bahros „Weitläufigkeit mit der Apokalypse“, seinem Aufruf zur „Säuberung“ der Partei und zur „Lebensgemeinschaft mit Gott“ weitgehend unter): „Wir müssen den Realos nicht primär andere politische Inhalte entgegenhalten, sondern eine Bewegung in entgegengesetzter Richtung. (...) Tolerierung ist doch gegenwärtig hauptsächlich die Tarnkappe derer, die für und nicht gegen den Einstieg sind. Der Unterschied zwischen Koalition und Tolerierung ist der Unterschied zwischen offener und verheimer Kollaboration mit der Macht. Tolerierung als Taktik wird ein Rudiment eures vorigen Trittbrettfahrers bei den Grünen.“

Für die Qualität des Antragstextes spricht eine solche gegensätzliche Auslegung nicht gerade.

Grüne Perspektiven

Grüne Perspektiven

Von einer „Auseinandersetzung auf hohem politischen Niveau“ berichtete der NDR am Abend der Generaldebatte um die Perspektiven grüner Politik. Verglichen mit den Federreden auf

den Parteitagen der Etablierten, auf denen die öffentlichen rechtlichen Journalisten sich von Berlin wegen allzu oft langweilen müssen, dürfte diese Bewertung wohl zutreffen. Aus linker (inklusive grüner) Sicht stellt sich das schon etwas anders dar. Bahros blinde Raserei führte zu ständig wiederkehrenden, ermüdenden Distanzierungen nach dem Muster „Ich bin enttäuscht, verletzt, persönlich betroffen“. Und ohne platteste Effektschere und Stimmungsmache ging es auch nicht ab. Auf diesem Gebiet allen voraus zeigten sich Hubert Kleinert und Joschka Fischer. Kleinert verfuhr nach der immer wieder bewährten Methode „radikal“ zu reden, staatstragend handeln. „Wer zwingt uns denn, heute schon Entwürfe zur SPD zu entscheiden?“ war das rhetorische Muster, mit dem er selbst sich als völlig souverän, gelassen und unabhängig von sozialdemokratischem Druck zu profilieren versuchte, nicht ohne Erfolg.

Joschka Fischer, der talentierteste Demagoge unter den „Realos“ hatte immerhin auch Nachdenkenwertes zu bieten. An die mit dem „Ebermannschen Klassenbewußtsein“ ausgestatteten Hamburger richtete er die in der Tat interessante Frage, was wohl bei deren Tolerierungspolitik herausgekommen wäre, hätte die SPD bei den Bürgerschafts-Neuwahlen die absolute Mehrheit verliert.

Weniger effektiv blieb Karl Kerschgens, der sich darauf beschränkte, die Liste der kleinen und kleinsten Reformschritte herunterzulesen, die in Hessen der SPD abgerungen worden seien.

Getrennte Wege — gleiche Ziele?

Getrennte Wege — gleiche Ziele?

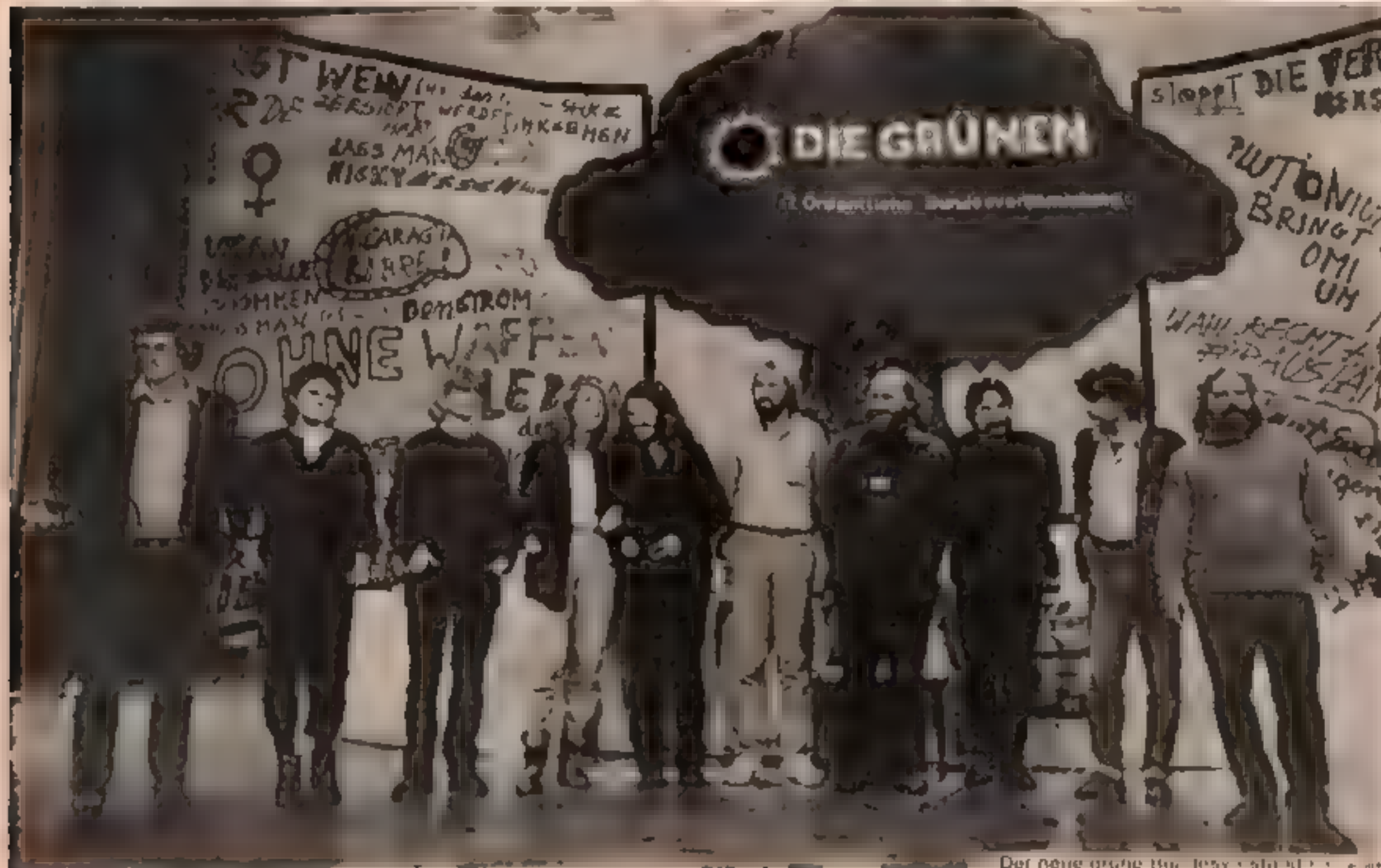
Die Akzente in der Debatte setzten fast ausschließlich die Gegensätze: August Haudtheier in der unnachahmlichen Manier des in etlichen Wahlkämpfen

Fortsetzung nächste Seite

Beschluß der Bundesdelegiertenversammlung vom 8.12.84

- 1) Die verschiedenen Papiere zur gegenwärtigen politischen Situation sind eine Bereicherung für die Diskussion über die zukünftige Haltung der Grünen gegenüber den etablierten Parteien.
- 2) Aufgrund der jetzigen inhaltlichen Position der SPD und der anderen etablierten Parteien sehen die Grünen zur Zeit keine Möglichkeit der Koalition oder einer anderen Art von Regierungsunterstützung auf Bundesebene.
- 3) Sollte sich herausstellen, daß es eine etablierte Partei gibt, die unter dem Druck der sich zuspitzenden Lebensbedrohung und der Veränderung im öffentlichen Bewußtsein bereit ist, endlich und tatsächlich umzuschalten, so werden sich die Grünen der Regierungsverantwortung nicht entziehen.
- 4) Die Entscheidung über eine mögliche Zusammenarbeit mit anderen Parteien liegt allein bei den betroffenen Orts-, Kreis- oder Landesverbänden.
- 5) Für die Bundesebene besteht gegenwärtig kein Entscheidungsbedarf. Eine Entscheidung muß im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen stattfinden und Ausdruck der gemachten Erfahrungen und eines basisdemokratischen Diskussionsprozesses sein.

(Dieser Abschnitt wurde nach einem Änderungsantrag auf ersatzlose Streichung mit 363 : 252 Stimmen gestrichen.)



Der neue grüne Bundestag

Der Bundesvorstand der Grünen

Sprecher/innen
Julia Dittfurth, Diplom-Soziologin und Journalistin, 33 Jahre, Frankfurt; neugewählt im ersten Wahlgang mit 344 Stimmen.

Rainer Trampert, Betriebswirt, 38 Jahre, Hamburg; in seinem Amt bestätigt im zweiten Wahlgang mit 368 Stimmen.

Lukas Beckmann, Landwirt und Diplom-Soziologe, 34 Jahre, Bonn; neugewählt im zweiten Wahlgang mit 332 Stimmen.

Schriftführer
Margaretha Wolf, Heilpraktikerin, 27 Jahre, Schriesheim (Hess.); neugewählt mit 453 Stimmen.

Schatzmeister
Hermann Schulz, Verleger, 36 Jahre, Köln.

Beisitzer/innen
Brigitte Berthold, Hausfrau, 34 Jahre, St. Ingbert (Saar)
Günther Hopfenmüller, Gärtnerbauarchitekt, 40 Jahre, Hamburg
AM Schmelzer, Geschäftsführer, 18 Jahre, Tübingen
Frits Toel, Geschäftsführer, 43 Jahre, Karlsruhe
Regina Michalk, Diplom-Psychologin, 26 Jahre, Bonn, neugewählt mit 291 Stimmen
Norbert Kneide, Sozialwissenschaftler, 37 Jahre, Bielefeld, neugewählt mit 137 Stimmen

Fortsetzung von vorheriger Seite

gebten Volksredners; Fraktionspräsidentin Anja Volkmann mit der Warnung vor der Integrationskraft der Sozialdemokratie und einem beziehungsreichen Clara Zeikin Zitat zu den ergebnislosen Versuchen linker Sozialdemokraten in den Jahren vor 1918. „Die Partei von innen heraus zu erneuern“: „Die Linke hat unter den Massen, hat in der Presse, auf Parteitagen, in den Instanzen“ für ihre Auffassung gestritten. Die schönsten radikalen Resolutionen sind verfaßt worden. Und das Resultat? Die Politik der Sozialdemokratie ist immer bürgerlicher, opportunistischer geworden“ (Clara Zeikin, „Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist“, 4.3.1919).

Schließlich Fraktionsgeschäftsführerin Christa Nickels mit dem nach übereinstimmender Meinung linker Delegierter und Gäste besten Debattenbeitrag überhaupt, in dem sie den Ehmke/Fischer-Antrag auf seinen politischen Gehalt hin analysierte und zu der Bewertung kam: „Unzulänglich, alles SPD-Panoptikon!“ Z.B. die darin enthaltene Berufung auf Mechttersheimer „Plattform 1987“ in der Friedensfrage („Einführen der Militärausgaben“; Reduzierung der Friedensstärke der Bundeswehr“; „Stationierungsstop“ und „Stilllegung“ — nicht Abzug — der bereits stationierten Mittelstreckenraketen“). Zur Sozialpolitik zitierte sie aus dem Ehmke/Fischer-Papier die unfreiwillig komische Pas-

werden. So weit kam es allerdings nicht.

Der Bundesvorstandsantrag bekam zunächst 331 Ja- und 286 Nein-Stimmen, der Antrag der GAL Einschnitt wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Eine große Mehrheit erhielt der Antrag des KV Cuxhaven (siehe Kasten), dem sich zwischenzeitlich noch andere Antragsteller angeschlossen hatten. Daraufhin geschah dies: „Der Antrag Ehmke, Fischer u. a. wird zurückgezogen. Aus der Versammlung wird der Antrag neu zur Abstimmung gestellt“ (aus dem vorläufigen Protokoll). Die Antragsteller hatten ursprünglich ihre volle Übereinstimmung mit dem erfolgreichen Cuxhavener Antrag entdeckt. Neu gestellt wurde der Antrag von Ralf Fücks (Bremen, früher KBW, dann „Moderne Zeiten“), der in seiner Begründung deutlich machte, daß er mit dem Inhalt des Antrags gar nicht übereinstimme. Er forderte — aus prinzipiellen demokratischen Erwägungen — die Abstimmung eines Papers, das neben dem Bundesvorstandsantrag die gesamte Debatte bestimmt hätte und nun, da sich eine Niederlage andeutete, seinen Verfassern nicht mehr opportunistisch erschien. Der Einfall von Fücks löste bei Fischer und Freunden Hektik aus. Schilly argumentierte, wie sei daran gedacht gewesen, den gesamten Text zur Abstimmung zu stellen. Der eigentliche Antrag bestehe lediglich aus zwei Sai-

gen Überlegungen zur „Übernahme von Regierungsverantwortung“ — aus- sprach, ist mit 363 zu 252 Stimmen zwar deutlich, aber auch nicht gerade überwältigend. Gegenüber dem Hagen-Parteitag vor genau zwei Jahren haben sich die Fronten erheblich verschoben. Von Koalition redeten damals allenfalls die Baden-Württemberger Staatsmänner Hasenclever und Kretschmann; die wesentliche Auseinandersetzung verlief zwischen prinzipiell fundamentalistischen und Hamburger Tolerierungspolitik.

Daß die Zeit für die Befürworter von Juniorspartenwirtschaft an der Seite der SPD abläuft, ist keine linksradikale Miesmacherei. Darauf bauen die „Rechts“ ausdrücklich selbst — siehe Jo Müllers von der „Süddeutschen Zeitung“ gemeldete Freude über „die Entscheidung, nichts zu entscheiden“ (Pressepiegel). Andere, wie die NRW-Grünen Falkenberg, E. Müller und Wienthal, haben diese Gewißheit sogar in ein Strategiepapier zur bevorstehenden NRW-Landtagswahl eingearbeitet und begründet: „Zwar sind die Befürworter einer pragmatischen Zusammenarbeit mit der SPD nicht nennenswert an der Mitgliederbasis in NRW vertreten (s. J.). Diese Stimmung konnte sich freilich jetzt nach der Kommunalwahl vom 30. September ändern, wenn eine Reihe von Kreistags- und Gemeindefraktionen nun vor die Alternative gestellt wer-

Fundamental? gegen Real?

Antrag E 1: „Grüne Perspektiven“, Trampert/Bahro u.a.:

Unter Punkt 1 „Entwicklung seit dem Einzug der Grünen in den Bundestag“ versuchen Trampert und Bahro eine Auflistung der internationalen und der innenpolitischen Ergebnisse der herrschenden Politik. „Seit unserem Einzug in den Bundestag haben sich alle Gefahren zuspitzen, gegen die die Grünen ursprünglich auf den Plan getreten sind.“ An erster Stelle dieser Gefahren steht das „Wetterrisiko“, das „von den atomaren bis zu konventionellen Waffen und vom offensiven Air-Land-Battle bis zum Sternenkrieg des in einer nationalen Aufbruchshysterie wiedergewählten US-Präsidenten Reagan in eine neue Phase getreten“ sei. Diese Politik forcieren gleichzeitig das „Massen- land in der Dritten Welt“. „In der Konsequenz geht das kapitalistische Industriesystem, dem das östliche Europa nicht nachsteht, rund um die Welt an die Substanz der Biosphäre.“ Innenpolitisch produzierten die Herrschenden „bedrohlich wachsende neue Armut“, steigende „Überwachung und Steuerung der Menschen“ und „Atom- stau“.

Dagegen und um sich nicht „überwiegend in Debatten um die rein funktionale Beteiligung an der Verantwortung auf Parlamentsebene zu verzetteln“, setzen Trampert und Bahro und 2.) „Einige Schwerpunkte grüner Politik“. — „a) Eine Friedenspolitik, die auf einseitiger Abrüstung und Blockfreiheit beruht.“ (s. J.) „Wer uns wählt und mit uns Politik machen will, soll wissen, wir wollen weder atomare noch konventionelle Verteidigung...“ (s. J.) „b) Eine Wirtschafts- und Ökologienpolitik, die überall dort rigoros die Notbremse zieht und Alternativen durchsetzt, wo unsere großindustrielle Zivilisation und ihr kapitalistischer Antrieb die Lebensgrundlagen bedrohen.“ (s. J.) „Wer mit uns zusammengehen will, soll

ziehen Trampert und Bahro den Schluß: „Aus heutiger Sicht ist unter diesen Umständen auch eine Tolerierung schwer vertretbar.“ (s. J.) Es besteht vielmehr die Gefahr, daß die Grünen mit einer Politik „Gemeinsam gegen rechts“ die geringfügigen Angebote der SPD, die an ihrem Grundzug nichts ändern, hochzuheben und so zur Pflege eines in 16 Jahren Regierungszeit „org. lädertes Images“ beitragen.“

Initiativantrag „Verantwortung und Aufgabe der Grünen“, Ehmke/Fischer u.a.:

Dieser Alternativantrag orientiert sich in seiner Struktur an der Vorlage des Bundesvorstands. Unter Punkt 1: „Die friedenspolitische Verantwortung — Europa als atomare Supermacht oder europäische Friedensordnung“ sehen die Verfasser in Anlehnung an Thompsons

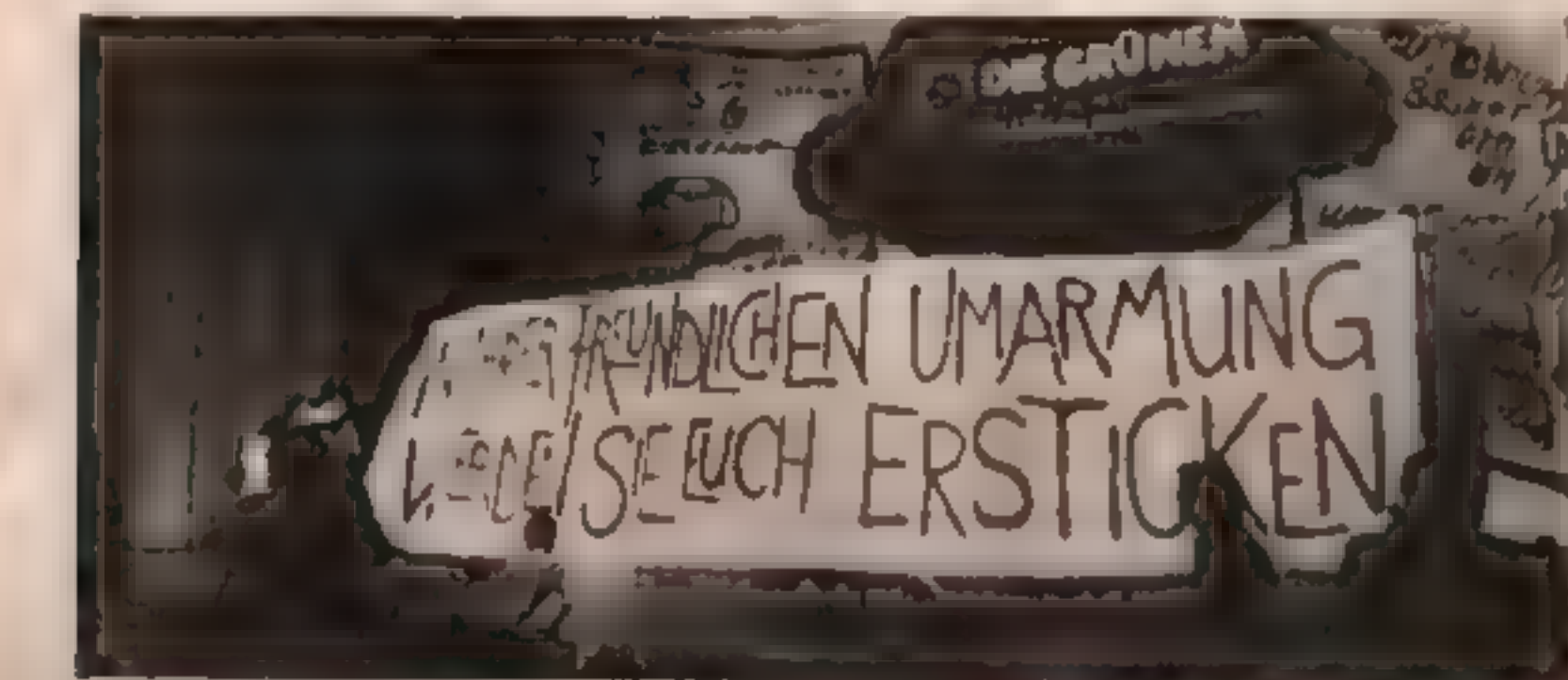
„Kerntheorie“ These die Ursache für die gegenwärtige „neue, noch gefährlichere und verrücktere Umkehrung der Rüstungsspirale“ in der „gegenseitigen Bedrohungspsychose und den materiellen Interessen der militärisch-industriellen Komplexe beider Supermächte.“ (s. J.) „Allein die Grünen halten als Partei konsequent an den Zielen der Friedensbewegung fest, nur sie könnten deren Umsetzung auf staatlicher Ebene garantieren. Wenn wir uns allerdings in schnelradikale Forderungen flüchten, wie die Forderung nach dem einseitigen Abzug der amerikanischen Bodentruppen, so werden wir dieser Verantwortung nicht gerecht werden können. Ebenso wird es uns mit der Forderung „Raus aus der NATO“ ergehen, wenn wir die konkrete Politik dazu nicht unter Berücksichtigung der Realitäten formulieren.“ Die Antragsteller bevorzugen vielmehr „Anker gehen in dem Ziel der beiderseitigen Verringerung der Rüstungshaushalte und (der)

Ausgewogenheit mit dem Ziel der „beiderseitigen Verringerung der Rüstungshaushalte und (der) schließlichen Auflösung der beiden militärischen Paktsysteme“ im Sinne von Mechttersheimer. „Ein Kernpunkt einer solchen europäischen Friedensordnung wird die endgültige Überwindung der „Deutschen Frage“ sein.“

Der Abschnitt II proklamiert den „ökologischen Umbau der Industriesysteme“ — auf dem Wege des „Realpolitik“. „Entstufung ist dringend notwendig, wenn unser Öko-System noch eine Chance haben soll. Auf diesem Gebiet gibt es schon aus zeitlichen Gründen keine Alternative zur Realpolitik. Hier nur auf einen Bewußtseinswandel zu warten, wäre eine unverantwortliche Kalkulation mit der Katastrophe. Ein „grünes Sonntag“ können wir ab.“ (s. J.) „Für alle diejenigen, die von der sozialen Ausgrenzung bedroht sind, ist ein „rot-grünes Bündnis“ ein Hoffnungsträger geworden, denn ohne parlamentarische Mehrheiten wird der Sozialabbau nicht aufzuhalten sein. Die Regierungsparteien beschwören deswegen das „rot-grüne Chaos“, weil sie den Sozialabbau für ihre Werte-Wende brauchen. Schon die rot-grüne Alternative als Hoffnungsträger wird den konservativ-reaktionären Wertewandel in Frage stellen. Es ist leichtfertig, diesen Tatbestand verheimlicht zu übergehen.“

Gegen die von Trampert und Bahro verbreiteten „fundamentalen“ „Revolutionärsforderungen“ und ihre „grundätzliche Systemopposition“ (s. Rückfall in die überkommenen Scheinpositionen der siebziger Jahre“) setzt der Ehmke/Fischer-Antrag das Prinzip der Gewaltfreiheit und eine Politik der „konkreten ersten Schritte“.

Sollte auch der Leitartikel des Bundesvorstands durchsetzen, der den „Tolerierungskompeniß von Hagen zugunsten einer generellen Absage nicht nur an Koalitionen, sondern auch an Tolerierungen“ aufkündigt, werde sich eine „fatale Glaubwürdigkeitslücke“ auf-tun: „Solcherlei verblödhende „Sonntagsanträge haben zu der Arbeit der Fraktionen in Bund, Ländern und Kommunen und den Initiativen vor Ort keinen Bezug mehr.“ Eine deutliche Aussage aus dem berufenen (Parlamentarier-) Mund.



sage vom „rot-grünen Hoffnungsträger“: „Für alle diejenigen, die von der

zen am Schluß. Die Antwort auf die Frage, warum der Antrag dann nicht

den, entweder in einer Oppositionsrolle zu verharren oder die Möglichkeit zu

sage vom „rot-grünen Hoffnungsträger“: „Für alle diejenigen, die von der sozialen Ausgrenzung bedroht sind, ist ein „rot-grünes Bündnis“ ein Hoffnungsträger geworden, denn ohne parlamentarische Mehrheiten wird der Sozialabbau nicht aufzuhalten sein. Die Regierungsparteien beschwören deswegen das „rot-grüne Chaos“, weil sie den Sozialabbau für ihre Werte-Wende brauchen. Schon die rot-grüne Alternative als Hoffnungsträger wird den konservativ-reaktionären Wertewandel in Frage stellen.“

Christa Nickels Vorwurf an die „Fischer-Gang“, sie würden von vornehmern mit sozialdemokratischen Forderungen in Verhandlungen gehen wollen, ist in seiner Schärfe für grüne Verhältnisse ungewöhnlich. In der Debatte wurde mehrfach das grüne Dogma durchbrochen, das bislang vorschrieb, den jeweiligen Mitgrünen — bei allem Streit in der Sache — in jedem Fall automatisch lautierte Absichten zu attestieren. So hätte sich beispielsweise Michael Stamm (GAL Hamburg) mit seiner an Rosa Luxemburg angelehnten Unterstellung, hinter dem Geröde von unterschiedlichen Wegen bei gleichem Ziel versteckten sich allzu oft auch unterschiedliche Ziele, auf den harmonischen grünen Versammlungen der Vergangenheit hoffnungslos isoliert. In Hamburg handelte er sich zwar während Proteste ein, traf aber auch die Stimmung eines nicht unerheblichen Teils der Delegierten. So hat Stamms Vorwurf, Fischer und Schilly würden sich mit ihrem verwöhnlich unter anderem im „Spiegel“ vollzogenen „faktischen Bündnis“ mit der Sozialdemokratie die „ideologischen Staatsapparate“ zunutze machen, daß man durchgehen; auch wenn Schilly solche „persönlichen Diffamierungen“ für „ungrün“ erklärte.

Geschäftsordnungskrobatik: die „Beschlussfassung“

Nach dieser polarisierten Debatte einen nichtssagenden und in seiner Inhaltlosigkeit von allen Fraktionen fragbaren „Kompromiß“ durchzusetzen, erfordert die ganze Kunst grüner Geschäftsordnungs-Virtuosen. Folgendes Verfahren war zunächst vereinbart worden. Die vier vorliegenden Alternativanträge (Bundesvorstand; GAL Einschnitt; Kreisverband Cuxhaven, Linke/Fischer) sollten nacheinander mit Ja und Nein abgestimmt, die beiden Anträge mit den meisten Stimmen dann alternativ gegeneinander gestellt

zen am Schluß. Die Antwort auf die Frage, warum der Antrag dann nicht schon vor Beginn des Abstimmungsverfahrens zurückgezogen worden war (die fraglichen beiden Sätze sind fast wörtlich identisch mit den Punkten 4 und 5 des Cuxhavener Antrags) mußte Schilly schuldig bleiben. Jedenfalls müsse, behauptete nun auch die Antragskommission, über die Zulässigkeit des Gesamt-Antrags neu beschlossen werden. Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt, Sieg für die Geschäftsordnungs-Tricker.

In der abschließenden Alternativabstimmung unterlag der Bundesvorstandsantrag dem Cuxhavener Antrag mit 264 zu 342 Stimmen. Die Ankündigung, daß die Grünen sich für den Fall des „lässlichen Umschaltens“ — „einer etablierten Partei“ — „der Regierungsverantwortung nicht entziehen“ würden (ehemals Punkt 3 des Cuxhavener Antrags), wurde — nach engagierter Intervention von August Haußleiter — wieder gestrichen (mit 363 zu 252 Stimmen). Weitere Änderungen und Streichungen wurden dann nicht mehr zugelassen, vermutlich aus der Befürchtung heraus, die Grünen könnten sich nun vollends lächerlich machen, falls am Ende nur noch Punkt 1 übrigbliebe: „Die verschiedenen Papiere sind eine Bereicherung der Diskussion“.

Keine Sieger, keine Besiegten?

Formal gesehen, hat es mit dem Beschluß des grünen Parteitag, keine Festlegung zur Bündnisfrage zu treffen, die Entscheidung ins Vorfeld der 1987er Bundestagswahl zu verlegen und so lange die grünen Orts-, Kreis- und Landesverbände autonom experimentieren zu lassen, weder Sieger noch Besiegte gegeben. Übersehen wird bei einer solchen Bewertung, daß die Initiative vor und auf dem Parteitag bei dem — keineswegs festgelegten — „Block der „Fundamentalisten“ und „Ökosozialisten“ lag. Ziel war es, so der Vorspann zum Bundesvorstandsantrag, „einen politischen Handlungsrahmen für die Bundesebene abzustecken“, d. h. einen Handlungsrahmen für die Arbeit des Bundesvorstands und der Bonner Fraktion.

Dieser Vorstoß ist gescheitert. Die Fraktion der „Rechts“ hatte darauf von vornherein nur reagiert. Sie konnte nicht ernsthaft vorhaben, schon jetzt die Orientierung auf Koalition mit der SPD festzuschreiben zu lassen. Die Mehrheit der Delegierten, die sich ge-

den, entweder in einer Oppositionsrolle zu verharren oder die Möglichkeit zu erhalten, durch Absprachen mit der SPD funster Umständen auch mit der CDU konkrete Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten in ihrer Kommune zu bekommen. Die sich hier abzeichnende „stille Revolution“ wird unsere politische Substanz in Zukunft sehr stark prägen, sehr viel weniger spektakulär, dafür aber sehr viel tiefergehend als unser Einzug in den Bundestag vor anderthalb Jahren (s. J.). Die Entwicklung unserer Landespartei wird sehr weitgehend in den Kommunalparlamenten entschieden werden, von den 1093 frischgebackenen grünen Parlamentariern, weniger von einer Handvoll Landtagsabgeordneten.“

Bundesausschusswahlen

„Am letzten Tag wird ein fundamentalistisch/traditionsozialistischer Bundesvorstand gewählt, in den gerade ein einziger „Realpolitiker“ als Besitzer noch hineinrutscht.“ So steht es der „Pflasterstrand“, und der liegt knapp daneben. Jutta Ditzfurth („Fundamentalisten“) und Rainer Trampert aus dem geschäftsführenden Bundesvorstand sind jedenfalls leichter „auszurechnen“ als Lukas Beckmann, der sich in Hamburg widersprüchlich äußerte und — wie schon in der Vergangenheit — für Überraschungen gut sein dürfte. Daß er — bei „Sympathien“ für den Bundesvorstandsantrag — dessen friedenspolitische „Einseitigkeit“ nicht teilt, hat er schon deutlich gemacht. Insgesamt dürfte die Arbeit für Rainer Trampert schwieriger geworden sein. Daß er das Sprechergrremium so eindeutig wie bisher dominiert, ist nicht zu erwarten.

Die eindeutigen Koalitionsbefürworter unter den Bewerbern haben bei den Vorstandswahlen maßig abgeschwitten. Norbert Kostede schaffte mit 137 Stimmen gerade noch den Sprung in den erweiterten Vorstand, Winfried Kretschmann fiel mit 100 Stimmen durch. Eindeutig zu den „Rechts“ geschlagen hat sich auch die neue Schriftführerin Margaretha Wolf, die allerdings allein mangels ernstzunehmender Konkurrenz mit 453 Stimmen das beste Wahlergebnis überhaupt erzielte.

Als gewisses Gegengewicht zur Bundestagsfraktion und Bremser aller überstürzter Verparlamentarisierung wird der grüne Bundesvorstand erhalten bleiben.

Ja, Hamburg

Dokumentation

Rudolf Bahro: »Ich bringe die Botschaft« Auszüge aus der Rede vor dem Grünen Parteitag

Die aufsehenerregende Rede Rudolf Bahros auf der Bundesversammlung der Grünen gibt Anlaß für vielerlei Spekulationen. Die einen zitieren genüsslich seine hellbringenden Passagen, um damit die Position von Bahros Bündnispartnern, der Ökosozialisten, ins (nicht unberechtigte) Zwielicht zu bringen. Die anderen hören an diesen Stellen peinlich betreten, um dafür um so mehr die für politisch richtig gehaltenen Stellen in Bahros Vortrag als wichtige Denksätze zu verteidigen. Auch aus unserer Sicht hat Rudolf Bahro sehr viel politisch Richtiges in seinem Text gesagt, z.B. zur Friedenspolitik. Nur, wer das Bündnis mit ihm sucht, kann ihn nicht auf diesen Teil der Aussagen reduzieren. Rudolf Bahro vertritt eine ganzheitliche Position. Er analysiert eben nicht nur politisch — wo er das tut, schimmert der alte Leninist in ihm durch — er vertritt auch ein religiöses utopisches Modell. Er ist eben nicht vorrangig Politiker, sondern versteht sich selbst mehr und mehr als weltanschaulicher Prophet.

Zum Verständnis des ökosozialistischen Bündnisversuchs mit Bahro und der Position des ganzen Rudolf Bahro drucken wir aus seinem Vortrag auf der Grünen-Versammlung wesentliche Passagen nach. »Hinein oder hinaus? Wozu steigen wir auf?« war die sieben Seiten lange Rede betitelt (Dokument A 1). Verteilt hat Bahro in Hamburg einen nicht gesprochenen Teil (Dokument A 2) sowie die unfertige erste Fassung seiner Rede (Dokument B), die er als »größtenteils anders, ergänzenden Inhalts« bezeichnet hat. Aus beiden Teilen dokumentieren wir nachfolgend ebenfalls.



Foto: PAN Foto

Foto: PAN Foto

Die Menschen im Lande bewegen sich noch immer zu langsam, aber zähen sich geistig auf den Ausgang zu. Deshalb ist es ja so wichtig für die Macht, die Grünen, die bisher als Anti-Parteien-Partei ambivalent waren (als Partei, die sich auf Parlament und Staat bezieht, sind wir generell halb dabei, es kommt dann auf's Gefälle an), im Gegenzug schnell an sich heranzuziehen, damit das Volk politisch ins Leere läuft. Es soll vorsorglich der embryonalen politischen Struktur, die es sich in uns gegeben hat, beraubt, entzogen werden. Das läuft jetzt innerhalb der grünen Partei, die Enttarnung der ursprünglichen Basis.

Der herrschende Block von Geißler bis Cuxa hat das Problem klar erkannt. Daher trommeln sie uns in die Verantwortung für die Todesspirale, die sie zusammen mit dem großen Geld und der großen Industrie betreiben. Angesichts des überwältigenden Drucks und Sogs hat der bisherige Bundesvorsitzende ein Interesse der ganzen Bewegung wahrgenommen, wenn er sich — wie geschickt oder ungeschickt auch immer, mehr war halt nicht drin, Konsumsartikeln will ich in diesem Zusammenhang nicht rechtfertigen — der Tendenz zum Ausverkauf zu Billigpreisen entgegenstellte. Abgehoben oder nicht — ihr solltet hinter dieser wichtigen Frage die wichtigere, ja entscheidende nicht verschwinden lassen, wohin der Zug abgehen soll, hinein oder hinaus?

Wenn — bis auf gewisse Zyniker, die nichts als in die Macht wollen — auch die meisten Realos irgendwo im Herzen grundlegende Veränderungen wollen — das glaube ich sogar einem Karl Kerschgens noch — dann müssen wir doch ein Ziel, jenseits der neuerlichen Verwirrung der SPD, bis auf den Grund klären, was es bedeutet, wenn sich die noch autoritäre Gegenkraft, ungefragt, zielunklar, wie sie ist, mit einer der ältesten Hauptkräfte des Status quo verbindet, die längst vollständig und vollbewußt zur dienstbaren Unterfunktion eines ungleichlich mächtigeren Ganzen geworden ist. Die SPD wiegt in dem System nicht auch nur hundert Gramm

Börners Statur trägt. Und auch, wofür der Herr Zimmermann steht, wiegt höchstens 150 Gramm. Was für ein Projekt, anstatt des Gegners Pfund ins Auge zu fassen, diese davon abhängige SPD immer noch verbessern zu wollen. Erischlich, ihr wollt die zur Einheit von Wort und Tat zurückführen, und dann wird sie mit Euch zusammen von innen die Gesamtstruktur grundlegend verändern, die hier als eine Lawine mit vierhundert Jahren Anlauf zu Tal donert?

Für uns ist eine ganz andere Funktion der SPD — wie auch der Gewerkschaften — wirklich interessant. Ihre Funktion als institutionelles Gefängnis der Menschen, die sich dem Schutz anvertraut haben, welchen die Organisationsmacht bietet oder zu bieten scheint. Von Gefängnissen müssen die Mauern fallen, statt daß wir sie neu verputzen. Das heißt, wir müssen den inneren Zerfall dieser alten, staatstragenden Organisationen begrüßen, begünstigen, geschehen lassen, wollen. Das setzt voraus, Karl Kerschgens, uns etwas völlig anderes als eine Juniorpartnerschaft zuzutrauen. Viele Grüne wissen jetzt schon — und sogar quer zu den Lagern unseres Streits — sei gegrüßt, Helmut Lippert! —, die Sache wird zuletzt zwischen Grün und Schwarz ausgetragen werden, und Grün wird siegen, in welcher Verlaufsform auch immer.

Aber jetzt kommt der Haken, und ich sage Euch, darüber werden wir uns spalten, wenn ihr so weitermacht wie bisher — ich kann gar nichts dazu, es liegt an der Sache selbst. Jetzt schon, in dem Bündnisvertragsvertrag mit der SPD — und egal, was ihr im einzelnen in die Papiere schreibt, mich interessieren zunächst keine Verhandlungsergebnisse, in der SPD selbst war es seit 1900 im Koma eingeschlossen, was sie 1914 machen würde — jetzt schon entscheidet ihr, wir werden nachher auf der CDU so ein Verhältnis haben wie Joschka Fischer zu dem Heiner Geißler in dem aufschlaßreichen »Spiegel«-Gespräch. Außenpolitisch in der Grundentscheidung völlig konform, wie es sich für Komplizen in der Metropolis der Welt gehört, die

sich ein Gegenzentrum Ost vom Leibe und die Peripherie Süd zur Ausbeutung warmhalten möchte — daß uns nur der östliche »Totalitarismus« nicht dabei stört. Über die Methoden kann man dann streiten, Brandt will ja auch nicht Krieg gegen Nicaragua. Fischer hat — mit Kreide in der Stimme, weil wir hier diesen blöden Pazifismus haben — die Position Mitterand:

»Rin in die Kartoffeln.« Diese Lösung, die der Klingelschnitt des herrschenden Bündnisses in der »Luz« so unentwegt ausgiebt, wird unterm Strich et was bedeuten, was wir unmöglich gewollt haben können. Die Grünen werden hier die letzte imperiale Restauration bewerkstelligen helfen. Ich glaube fest, nein, ich weiß es, die meisten Realos machen das mit, ohne es annähernd zu wissen. Dabei ist es so einfach, es ist an der Person abzulesen, an Otto Schily, der wenigstens kein Parvenu ist, wenn er sich bei Philipp Rosenthal als künftiger Vizekanzler feiern läßt. Dieses System hier hat den »roten« Reformismus grundsätzlich unverändert ausgehalten, den »roten« Bundeskanzler Brandt. Es wird auch einen grünen Reformismus und einen grünen Bundeskanzler nicht nur überleben, sondern zu seinem Gewinn vertragen.

Jürgen Maser, Du hast ja formell recht mit deiner Kritik an unserem Antrag in der »Luz«. Aber das ist es, was Rainer und ich zunächst einmal aufhalten wollen: zugeben defensiv, damit bei dem Andrang auf die Staatskarosse nicht von vornherein die Ausgangsbasis mitgerissen wird, die wir einmal hatten. Die Alternative zu allen alten Parteien zu sein, weil zu dem ganzen System, dessen Ausdruck und Organ sie sind. Für mich ist dieser Text nur eine Minimaleposition. Die Partei soll feststellen, sie will nicht diese grüne Restauration, mit der wir der alten Machtstruktur genau in dem Moment zu Hilfe eilen wollen, wo wenigstens ihre Legitimation dahinschmilzt wie der Schnee in der Frühlingssonne.

Ich nehme an, auch Rainer Trumpert weiß, auf die Dauer dämmen wir es so nicht zurück. Wir müssen den Realos nicht primär andere papierte In-

halte entgegenhalten, sondern eine Bewegung in entgegengesetzter Richtung. Die Ausfahrt! Hinaus! Auch die Rede über Inhalte, an denen wir's festmachen sollten, täuscht. Was wollen wir daran festmachen? Doch das Bündnis? Noch unser Antrag, Rainer, ist in der Öffentlichkeit so verstanden worden, wir legen die Latte für die SPD hoch, Pokerface wir beide. Und andere werden uns mit recht übereinmen — es geht gegen die Klarheit, die ich vorhin gefordert habe — wenn wir Tolerierung sagen, aber die Preise die Schmerzschwelle (schon die Worte sprechen für eine beschissene Politik) so hoch setzen, daß die Zusammenarbeit — wie schade! — nicht zustandekommen kann.

Damit gewinnen wir nichts, vor allem keine Menschen. Und wir verdunkeln nicht die Bruchstelle, die ich aufzudecken versuche. Tolerierung ist doch gegenwärtig hauptsächlich die Tarnkappe derer, die für und nicht gegen den Einseitig sind. Der Unterschied zwischen Koalition und Tolerierung ist der Unterschied zwischen offener und verschämter Kollaboration mit der Macht. Tolerierung als Taktik wird ein Eigentor, Hamburg. Dies Taktieren ist ein Rudiment Eures vorgehen Trittbrettfahrers bei den Grünen. Ihr werdet alles, was ihr damit gewonnen habt oder gewinnen zu haben glaubt, verlieren, wenn ihr's nicht abwerft. Wenn ihr bloß den Platz halten wollt, werdet ihr die Realpolitik demnachst — mitmachen, mangels Alternative (...).

Die Fundamentalisten, oder wie immer sie sich nennen wollen, werden zusammenrücken, unter sich klarmachen, wie weit sie sich auf die Position meiner Rede und meines Textes dazu einigen können, und sie dann, mit ihren verschiedenen Akzenten versehen, an der Basis zum Thema der Auseinandersetzung machen. Ich hoffe jedenfalls, daß es so kommt. Dann werden wir weitersehen. Loyal tolerieren werden wir Euren Abmarsch in die Institutionen nicht. Ihr werdet unsicheres bis feindliches Hinterland haben, und wir werden versuchen, die Kontakte zu den autonomen Kräften wieder aufzunehmen und zu denen, die sich enttäuscht schon aus den Grünen herausgezogen haben. Schon darum werden wir uns so verhalten, daß wir nicht länger mit Euch verwechselt werden können. Wenn wir es so wollen, dürfen uns die Listenplätze jetzt nicht kümmern. Man kann auch die Fraktionen von außen besser bremsen als von innen. Auch werden wir damit zu tun haben, die Ausfahrt in die andere Richtung leuchtend zu machen, was wir tun müssen. Auch werden wir damit zu tun haben, die Ausfahrt in die andere Richtung lebenspraktisch zu machen.

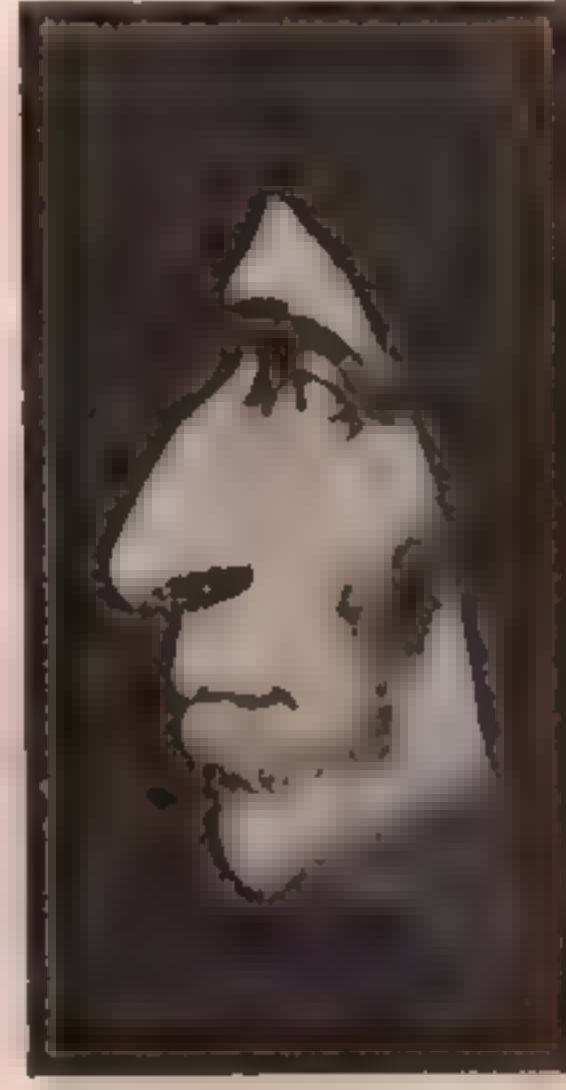
Der Gegensatz ist tief. Bonn ist nicht Hessen, wo wir über Worte nicht hinausgegangen sind. Ihr wollt diese reichste, mächtigste europäische Provinz des Imperiums, mit dem der Weiße Mann, unweiderstehlich durch sein kapitalistisches System, die ganze Menschheit überzogen hat auf ein Ende der Geschichte hin — die wollt ihr mitregieren und mitverantworten. Wir dagegen möchten das Imperium auflösen, liquidieren, so wie man ein bankrottes Geschäft liquidiert, um noch etwas für einen neuen Anfang zu retten. Wir wollen die Partei bis zur nächsten Bewegungswelle brauchbar halten. Ihr möchtet den zuverlässigen Partner für die SPD daraus machen. Mit dem Gerede über die Kompetenz, die man nicht in zwei Jahren erwirbt und die die Partei nicht aufs Spiel setzen darf (wieso würde die denn unten nichts nutzen, aber besser?), verschleiert ihr, worum es wirklich geht. Der Fraktionsbericht zeigt, ihr seid schon an den Punkt gekommen, kollektiv, wo es Prinzip ist, entgegengesetzt zu den Bewegungen von der Rüstung bis zu den Tierversuchen alles »einschränken« statt abschaffen zu wollen. So werdet ihr ein größeres Übel als die SPD, weil man es bei Euch noch nicht für möglich hält, ihr macht daselbe in grün (...).

Ihr Reformisten, das könnt doch selbst ihr nicht ernstlich glauben, daß die Große Maschine, die uns immer mehr an die Wand drückt, durch irgendwas anderes aufzuhalten ist als durch eine Volkserhebung, für die unsere Brokdorf- und unsere Startbahn-Demo nur ein Prolog gewesen sein kann! Und das ist nicht Reformisten. Das ist eine Reformationszeit, die jetzt angebrochen hat. Es gibt da einen kleinen Unterschied, den, daß die Reformation etwas einschließt, was Engels mal die radikalste Tatsache der deutschen Geschichte genannt hat, den Großen Deutschen Bauernkrieg. Es gab nicht nur Luther, an den heranzurechnen sich schon lohnen würde. Es gab auch noch Thomas Müntzer. Der hat sie unter der Regenbogenfahne, voran einen unerschrockenen Bauern

Christus, in den Kampf geführt, nach dem ihnen die Herren keine andere Wahl gelassen hatten als den Aufstand. Die Bauern sind besiegt worden. Es steht ja geschrieben, wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen. Also beim nächsten Mal anders besser. Aber wir müssen Muntzenische sein, nicht von dem anstiebigen Fleisch zu Wittenberg, wie der den spätem Lutherkannte, nicht eine ökologische Paulskirchenpartei, die von vornherein so vor dem Idealtypus der repräsentativen Demokratie schärft wie die spätere Bismarck-Liberalen schon 48/49 vor der verfallenen Monarchie.

Denn was es halt das Wichtigste, daß sich das Volk, der wilde Lärmel, nur wohldauernd zu Worte melden konnte. Jetzt haben die moderaten Leute noch einen viel schöneren Hammer. Das Volk — und mit ihm als einer autonomen Kraft umgehen zu wollen — das ist nämlich »totalitär«. Sie haben es nötig, dem Hitler diesen letzten Sieg zuzuschreiben, daß man nun endgültig in Deutschland das Volk nicht mehr rufen dürfe. (...)

Jetzt bin ich fast am Ende genau an der Stelle, wo der vorhin angesprochene



Girolamo Savonarola

Girolamo Savonarola

ne Jürgen Maser fragen wird: Was also nun? Dazu hätte ich viel zu sagen. Ich erwähne nur noch die Probleme.

Zunächst würde ich eine weitere halbe Stunde über das Verhältnis zwischen Ökopax-Bewegung und Faschismus sprechen, aber anders, als ihr es riskiert. Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazi-Partei. Um diesmal gut herauszukommen, nämlich das mit der Volkserhebung gewaltfrei wird dürfen die Grünen nicht verlorengehen. Lassen sie sich kooperieren und werden sie kooperiert, sind sie nachher, wenn der Sturm seine größte Stärke, die Weiße ihre volle Höhe erreicht, schon eine Sympartei mehr — besser könnt ihr den Bürgerkrieg und die anschließende Diktatur nicht vorbereiten. Aber dazu wäre viel mehr zu sagen, vor allem darüber, daß die Bewegung für einen friedlichen Übergang noch eine andere von innen arbeitende Struktur als die politische Partei braucht; die Partei gerade nicht als Avantgarde, sie wäre der Blick als Gärter für eine neue Kultur, sie darf nur politischer Arm sein, der im entscheidenden Augenblick den politischen Arm der Gegenseite, die CDU/CSU, morgen wir annehmen, mit Fingernägeln beschneidet, so daß die Staatsmaschine paralysiert ist, durch die Bewegung natürlich, die nichts aus den Kasernen läßt.

Dann erst hätte ich über das positiv wichtigste zu sprechen, über die soziale Alternative, wenigstens eine Skizze davon. Denn das ist ja die ungeheure Sache, daß eine Politik, die die Große Maschine, wegräumt, den Job als den Zugang zum Lebensunterhalt mit wegräumt. Da stockt's in Hamburg, da stockt's bei Eckart Sittmann, und deshalb werden sie entweder über kurz oder lang doch auch in die Realpolitik abmarschieren oder — über ihren Schrittspringen. Hier liegt der Engpaß des Fundamentalismus. Wollen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wir anfangen, eine selbstversorgende Gesellschaft jenseits des Jobs bei der BASF und des EG-Agrarmarkts aufzubauen — und zwar als Hauptrichtung. Das ist unser positives Projekt — oder nicht? Das ist an Euch die Gretchenfrage. (...)

(Ende des gesprochenen Teils. Weiter nach *Buhren Monokript*.)

Die SPD muß es auf Teufel komm raus mit uns probieren; hier also standhaft weiterkämpfen! Inzwischen möchte uns natürlich auch die CDU ins System hineinziehen, um uns ungefährlich zu machen, aber sie ist schon in ihrem unmittelbaren Interesse an der Regierung nicht für einen so schnellen Einkauf. Deshalb können wir uns in diesem Punkt (indirekt) auf sie stützen. Daß sie uns um so mehr als Systemveränderer anprangern wird, kann uns nur recht sein. Sie trainieren und profilieren uns dadurch zusätzlich zu ihrem eigentlichen Kontrahenten, denn das sind nicht die Grünen schlechthin, das sind die grünen Fundamentalisten.

Hätten wir es mit einem klugen Konservativen zu tun — A la Heuenkopf —, so müßten sie begreifen, daß die Grünen gerade als Systemopposition, die nicht in die „Verantwortung“ geht, den halbwegs friedlichen Übergang zu einer ohnehin kommenden neuen Ordnung ermöglichen könnten. Als FDP- und dann SPD-Ersatz im System werden sie zwar auch einigen Wandel bewirken, aber in einem letzten historischen Sinne fruchtlos sein, mehr widerspiegeln als bewirken, der eigentlichen Transformation im Wege sein. Sie werden die alten Zustände vor allem ideologisch restaurieren; darin ist das „ökoliberalen“ Papier jetzt schon große Klasse.

Die Konservativen hätten es hinzunehmen — zugunsten des friedlichen Übergangs —, daß sich ihr eigenes Potential spaltet in diejenigen, die sich über eine Art „Rechtsanerkennung“ hinwegsetzen, um auf unsere Seite zu schlagen, und die anderen, die die alte Struktur erhalten wollen, weil ihre Angstpotentiale größer sind. Das Imperium des Weißen Mannes geht unter. Die Menschen muß interessieren, wie, damit sie die sterbende Struktur überleben. Man kann einen perspektivlosen Kampf nicht gegen alle haben, wie ganz am Ende Roms, als die Versorgung zusammenbrach. Oder eine zunehmend bewußte, präventive Selbstauflösung, zugleich Neuverfassung der sozialen Ordnung bis in die Fundamente der Kultur.

Dieser glückliche Übergang wäre im Konflikt mit der CDU viel eher zu machen als mit der ohnehin viel mehr selbstunsicheren SPD. Was ihr jetzt mit der machen wollt, wird natürlich, weil die Sache überhaupt in unsere Richtung geht, auch den Großteil des allgemeinen Bewußtseins erhöhen (oder bloß mit davon gedeckt werden? Weil wir mit der SPD in jedem Falle mehr passiver Ausdruck des Wandels wären als in der existentielleren Konfrontation mit der CDU; die

CDU-Grundfiguren wegen um allge-
meiner passiver Ausdruck des Wandels
wären als in der existentielleren
Konfrontation mit der CDU; die
CDU-Grundfiguren wegen um allge-
meinen menschlichen wie — mein
Eindruck). Gelingt es uns, die Grünen aus
der Kollaboration herauszuhalten, und
unsere Chancen — auch weil wir Zeit
für die eigene Entwicklung gewinnen
— bedeutend größer, sowohl in unserer
Raukultur mitzuhalten mit der Wucht
der Herausforderung als auch das
Überborden des alternativen
Machtwahns zu verhindern. (...)

Für eine Kulturrevolution im tiefsten
Sinne da gerade keine politische Par-
teie die Kraft der Bewegung sein. Wie
eine Milieuumbewegung geföhrt
werden oder vielmehr, sich selbst föh-
ren kann, mit welchen Organen, das ist
die Frage!

Dergleichen steht jetzt deshalb an,
weil die Ökopax-Bewegung eine Milieu-
umbewegung zur Begründung einer
neuen Kultur ist. Wo die Menschheit
neu anzufangen sucht, ist immer
Tausendjähriges Reich das Ziel, bei
Marx als „Reich der Freiheit“, bei
Hölderlin „Reich Gottes“. Soll jetzt
behauptet werden, daß eine — zu
mal in Deutschland — nie etwas an-
deres herauskommen als jener zur Un-
heilsbewegung entartete Aufbruch
nach dem plötzlichen Zusammenbrü-
chen von 1918, 1923, 1929 - 32 — das
wäre eben wieder Hitlers Sieg. Seit
ich klar darüber, die Ökopax-
Bewegung ist ein Versuch, im nächsten
Wellental der kapitalistischen eisernen
Ferne ein ganz analoges Problem zu lö-
sen. Es kann und es muß diesmal an-
ders gehen. Je bewußter wir uns sind
und je klarer uns wird, jedem von uns,
daß der Abfall vom Auftrag und die
Entartung des Prozesses mit dem Satz
beginnt: „Und ich beschloß, Politik zu
werden“ — um so bessere Geister
werden wir rufen, werden uns erge-
ben können. Wo es die Bewegung da-
mals nicht materialistisch nach außen
engagiert in expansion und aggres-

siv, macht die Ökopax-Bewegung eine
Wende nach innen. Sie geht tendenziell
davon ab, die Gefahr nach außen zu
projizieren, sondern sucht sie in den
Inneren der eigenen Kultur auf. So
haben Propheten lauch im alten Tes-
tament äußere Bedrohungen darauf
zurückgeführt, daß die Juden selbst
von Gott abgefallen waren. Das ist ein
großes Beispiel für uns. Um unsere ei-
genen körperlichen und seelischen
Wohls, ja Überlebens willen, müssen
wir in dieser Krise zur einseitigen Ab-
rüstung der eigenen Zivilisation über-
gehen, nicht als Gegenkraft gar noch
ins Imperium einsteigen. (...)

Spüren wir nicht die Vorbereitung
des Erdbebens in der Tiefe des Men-
schenlebens, mit Robert Jung? Welche,
wenn der Ausbruch kommt, und es
gibt dann nicht die konsistente politi-
sche Kraft, um der Erhebung von in-
nen einen vornehmlich konstruktiven
Charakter zu ermöglichen. Die Bombe
und das AkW gingen erst abstrakt ans
Leben, inzwischen ist das Krisenpoten-
tial — und ich meine, diesmal nicht
primär das ökonomische, ohgleich es
mächtig mitwirkt — umfassender und
wühlt noch tiefer auf als nach 1918 auf
1933 hin. Das Volk ist dabei, einen
Summenstrich zu ziehen, und der
Durchgang durch die Arbeitslosigkeit,
der Zusammenbruch der letzten
Berufssicherungen, die vielfältige
Drohung der technologischen Revolu-
tion — das alles fließt zu einer emotio-
nalen Bereitschaft zusammen, sofalls
auch das ganz Andere zu versuchen.
Trifft der Durchbruch des seelisch Ver-
drängten mit der absehbaren Situation
zusammen, wo es sich für die meisten
mehr ums Überleben als ums gute Le-
ben handelt, so wird es genau den
fürchterlichen Durchgang geben, den
der vergangenheitsfixierte feige Anfa-
schismus am meisten fürchtet, den
ökologischen Bürgerkrieg und danach
die Diktatur.

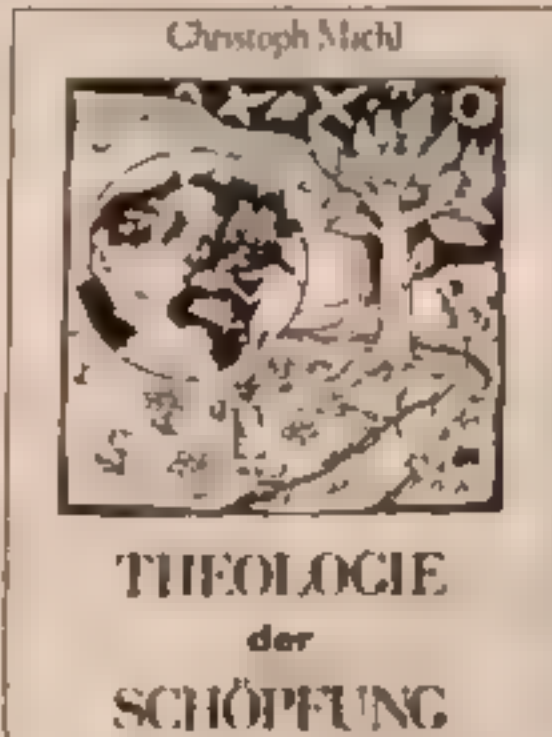
In den Grünen hat sich die Gesell-
schaft in einer glücklichen Konstellation
ein Organ gegeben, um dieser
Stunde der äußersten Zuspitzung in
zweierteil Weise zuvorzukommen.
durch einen Druck auf alle erdenklich
Bremsen, bei dem sie — da sie
keineswegs direkt an die Brennpunkte
kommen — stets auf Totalbrüche
bestehen müssen, um den höchst
größten Effekt zu erzielen. Und zwei-
terens durch eine rechtzeitige kulturelle
Fundierung der Volkserhebung in ge-
istlicher wie materieller Hinsicht. Die Er-
haltung der grünen Partei als eines un-
kompromittierten politischen Vermitt-
lungsinstrumentes ist nur ein unterge-
ordneter, allerdings sehr wichtiger As-
pekt dieser kulturellen Aufgabe. Daß
wir darin eine so ungeheure Lücke ha-
ben, ist die Ursache dafür, daß sich
jetzt bei den Grünen dieser alternative
Machtwahn abheben kann. Letztlich
mal nach, nicht zufällig genau darin,
in dieser Gier, sich durch Aufstieg zur po-
litischen Macht zu verwirklichen, gibt
es formale Ähnlichkeiten zu den Vor-
gängen in der aufsteigenden Nazi-
partei und -bewegung.

Es würde eine Viertelstunde länger
dieser Ort, sich durch Aufstieg zur po-
litischen Macht zu verwirklichen, gibt
es formale Ähnlichkeiten zu den Vor-
gängen in der aufsteigenden Nazi-
partei und -bewegung.

Es würde eine Viertelstunde länger
dauern, jetzt auszuführen, was diese
beiden historischen Funktionen der
Grünen, ihre Bremsaufgabe,
Gefahrenabwehr einerseits und Über-
gang zum Aufbau einer neuen Kultur,
hauptsächlich bedeuten würden.

Jedenfalls müßten die Grünen dafür
bewahrt werden, sich selbst bewahren
Sollten sie im Falle des Ausbruchs
schon verbraucht sein und mit zu dem
rettungsunfähigen alten institutionel-
len Komplex mächtigen bzw. gerechnet
werden (das macht dann keinen Unter-
schied), müssen sich die Massen struk-
turlos, also unter Schilderhebung fin-
sterner und aggressiver Tribune, dazu
aufmachen, das kaputtzumachen, was
sie kaputtgemacht. Der Tiger ist im Ar-
marsch — und wir sind in den Schand.

Es gibt jetzt drei oder vier Möglichkeiten.
Man kann sein Nahen spüren und in
hysterische Warnrufe ausbrechen.
Was, die Grünen sind eine alternative
Volkspartei, nicht so ein statisches
soziologisches Gebilde wie die heutige
SPD jenseits des alten Arbeiterkerns?
Also sind die Grünen volkshoch?
Dieser Antifaschismus wird diesmal noch we-
niger Gewicht auf die Waage bringen
als beim vorigen Mal. Man kann sich,
andererseits, so bormieren um diese aus-
gelebte SPD kümmern, daß man vor
lauter Schellengeklänge über Koali-
tion, Tolerierung, Bündnis, Zusam-
menarbeit den Dschungel nicht mal
existieren ahnt. Ich weiß gar nicht, wo-
zu ihr Euch neuerdings wieder nach
um Euro Tribune kümmert und nach
den Sternen fragt. Sicher fällt das un-
ter die ökoliberalen Privatheit, die mit
Politik nichts zu tun hat. Und
schließlich kann man sich, wenigstens
kritisch bewußt über die eigenen AB-
machisphantasien, damit sie nicht mit
einem durchgehen, darauf vorbereiten,
den Tiger zu reiten. Dazu muß man
mit dessen wahrem, tiefstem Anliegen



im Bunde sein, darf seinen Lebenswillen nicht zersägen wollen. Thomas Schmid, und darf nicht einen Totalitarismusbegriff pflegen, unter dem nicht nur der Großinquisitor, sondern gleich auch noch Jesus Christus fällt, weil er was anderes als Liberale unter Freiheit versteht. (...)

Unsere Möglichkeiten, mit der deut-
schen Frage umzugehen, setzen am
deutschen Militarismus an, nicht an ei-
ner Friedensvertragsdiplomatie. Wir
wären in einer ungemein starken
Druckposition, die in Osteuropa und
sogar in der Sowjetunion die Welt ver-
ändern könnte, wenn wir es fertig-
brächten, hier alle fremden Truppen
nach Hause zu schicken und die Bun-
deswehr dazu. Es würde sich sogar loh-
nen, sehr darüber nachzudenken, ob
wir nicht noch richtiger liegen und noch
mehr aufbrechenden Effekt erzielen
könnten, wenn wir die Reihenfolge um-
kehren: Spräche sich in den USA her-
um, die Bundesdeutschen wollen die
Armeen abschaffen — Ihr könnt Euch
den Ärger über die Undankbarkeit
vorstellen: „Und die sollen wir weiter
schützen?“ Und natürlich wollen wir
sie auch nicht mehr. Aber „Bei uns da-
mit anfangen?“ Da ist das Nachschie-
ßende die Bundeswehr.

Ja, auch die Sowjets üben die
Vorne- und Vorwärtsverteidigung. Das
ist die Normalität der Militärsysteme.
Wir machen uns was vor, wenn wir uns
so sehr auf die Kritik an offensiven
Waffen und Manöverkonzepten ver-
lassen. Wir kriegen nämlich in Wirk-
lichkeit die offensiven Waffen nicht
weg, solange wir überhaupt verteidigt
werden wollen. Daß die USA direkt
zum Pokern übergehen, steht auf ei-
nem anderen Blatt. Das müssen wir
nicht reaktiv beantworten — wie
schlimm Airlandbattle ist, obwohl das
stimmt, sondern wir müssen umge-
kehrt anspringen: Die Sowjets üben in
der DDR genau deshalb Vorne- und
Vorwärtsverteidigung, weil wir hier
von der US-Armee und ihrer Hilfs-
truppe Bundeswehr beschützt werden.
Wir können diese Panzer, die auch in der
Friedensbewegung noch manche
nachlich anrollen hören, zugleich un-
möglich und überflüssig machen, in-
dem wir das viel eher psychische als re-
pulsiv wirkende Instrument der
Friedensbewegung noch manche
nachlich anrollen hören, zugleich un-
möglich und überflüssig machen, in-
dem wir das viel eher psychische als re-



den. Die sowjetische Militärdiktatur wäre
die letzte Instanz, sich über eine reale
Abrüstung in der Bundesrepublik zu
freuen. Unsere Position muß generell,
und natürlich gerade dort, wo sie am
meisten gehört wird, also im Bundes-
tag, ein bedingungsloser Alleingang
des eigenen Landes für Frieden und
Abrüstung sein. Tiefflüge zum Beispiel
und nicht in erster Linie Lärmbelästigung,
sondern Kriegsvorbereitung,
müssen wir sagen, und damit ein ver-
drängtes Geheimnis, an das sich die Äl-
teren noch sehr gut erinnern, an die
Oberfläche holen. Wenn der Herr
Wörner sagt, weiter kann er sie nicht
einschränken, weil „dann muß er
von den Bauern hören“, schreiß auf
Deinen Verteidigungsauftrag, ver-
schreie die Krieger!“ Das ist die
jetzt, jedenfalls in absehbarer Zeit. Die
Erfahrungen in Fulda haben mich ge-
rade darin bestärkt. (...)

Ein Freund hat mir die zentrale Bot-
schaft, die wir ausstrahlen müssen, aus
dem Propheten Hosea (14,4) zitiert:
„Wir suchen nicht mehr Hilfe bei den
Assyrern, wir vertrauen nicht mehr auf
unsere Pferde und Streitwagen, wir
wollen nicht mehr das Machwerk unser
Hände als unseren Gott anrufen.“
Denn DU hast Erbarmen mit dem, der
keinen Beschützer hat.“

Das ist die Psychologie des Friedens.
Daß in der Hierarchie der menschli-
chen Grundbedürfnisse — jenseits der
Subsistenz, meine ich — bisher die Si-
cherheit zuerst kommt, ist wahrschein-
lich die letzte, tiefstliegende Ursache
unseres Untergangs, eine Schwachstel-
le im Gärungscharakter. Jegliche Si-
cherheitspolitik föhrt hinein. Auch ich
habe, als ich vor fünf Jahren herkam,
noch eine Lebensversicherung abge-
schlossen, der Kander wegen. Ich werde
sie kündigen. Sicherheit der Arbeits-
plätze — in der mörderischen Indus-
trie. Tierversuche gegen die
Krankheits- und Todesfurcht, absolute
Garantie gegen faschistoide Tenden-
zen, wenn das Volk aufbricht — alles
dieselbe Security-first-Politik. Aller
Friede liegt jenseits solcher Sicherhei-
ten.

Ich will zuletzt meinen Freund Mi-
chael Stamm ansprechen, für so viele,
die nicht wagen, sich zu ihrem eigenen
unheimlichen Fundament, zu ihrer Ver-
wurzelung noch in einer anderen Wirk-
lichkeit zu bekennen. Hier widersteht
jetzt niemand, hier wart niemand den
Sprung, der das nicht hat. In die in
Ihr widersteht, indem Ihr springt,
greift Ihr darauf zurück. Es wächst ei-

nem aber mehr Kraft zu, wenn man
sich direkt dafür öffnet, habe ich er-
fahren. Wer nichts glaubt — Name da-
für ist Schall und Rauch —, fällt eben
in jene Welt zurück, die, obwohl sie
bloß das Machwerk unserer Hände
und Köpfe ist, vorgeben kann, die gan-
ze Wirklichkeit zu sein. Der Weltlauf
mit der selbstverzeugten Apokalypse
kann nur gewonnen werden, wenn dies
eine größere Glaubenszeit wird, eine Po-
litik jenseits der. Von dorthin kann Po-
litik neu begründet werden, von dori-
her spielt sich meistens auch der Über-
gang vom Widerstand zum Sprung
hinaus.

Die Mitgliedschaft legendär — Kir-
chen, Gewerkschaften, Parteien — all
das gibt keine Auskunft. Die glauben,
müssen sich zusammenschließen. Sie
haben ein uneinnehmbares Territorium
jenseits der herrschenden Strukturen.
Der Fundamentalismus bleibt keine
parteiliche Angelegenheit. Wir erken-
nen uns länger, immer wieder und im-
mer mehr, über sonst unübersteigbar er-
scheinende Lagergrenzen hinweg, vor
allem an unserem Nonkonformismus,
an unserer Unverfügbarkeit und sub-
versiven Tendenz gegenüber dem Dra-
chen. Wir müssen uns zu einem Pro-
jekt vereinigen, mit dem wir positiv
werden können. Die andere Republik
bey uns innen, so wie in den Jahrhun-
derten nach Christus erst der Innen-
raum geschaffen wurde, um den sich
dann die Kathedralen aufbauen konn-
ten. Wir werden das Netz also ausbrei-
ten und zugleich enger knüpfen, nicht
bloß auf Redeversammlungen, son-
dern in unser tägliches Leben hinein.
Und für die gesamte Begegnung werden
wir auch noch andere Formen finden
als bloß die Disputation. Wir werden
lernen, erst eine Stille entstehen zu las-
sen, ehe die Sprache anhebt. Und daß
dann in der Botschaft der ganze
Mensch steckt, so daß sie auch an den
ganzen Anderen gerichtet ist. Politik in
dem herkömmlichen Sinne soll nicht
das Zentrum dessen sein, was wir tun.

Die Grünen — im weiten, nicht eng
parteilichen Sinne — brauchen
jetzt zu ihrer eigenen Rettung einen
großen Zustrom aus allen Kreisen der
Bevölkerung: Sensible und kultivierte
Nonkonformisten, denen es nicht um
die Verwirklichung ihrer besonderen,
aus der jeweiligen sozialen Lage her-
vorgehenden Ansprüche und Interes-
sen geht, sondern um ein neues Gan-
ze.

Wann werden sich vor allem die vie-
len Christen, die es ernst meinen, auch
eine ernsthafte politische Praxis geben
— vom Evangelium her? Ich schreibe
auch die christlichen Sektierer ein, die
sich von den Großkirchen zurückgezogen
haben, weil sie dort keinen leben-
digen Glauben mehr fanden. Aller-
dings möchte ich hier mit Hilfe des
neuen Testaments etwas abgrenzen
und unterscheiden. Es gibt einen tiefen
Gegensatz zwischen zwei verschiede-
nen Formulierungen der Apokalypse als
des Weltgerichts. Beide gehen auf den
Namen Johannes zurück, aber es kann
schwerlich derselbe Mensch gewesen
sein.

In der Apokalypse des Johannes
wird Christus vorgestellt als Richter für
das von den Römern zerstörte Jerusa-
lem. Nur 144 000 Gerechte sollen ge-
rettet werden, wer sich nicht an-
schließt, ist verdammt. Das Übel wird
von der eigenen Person weg auf einen
Fortsetzung nächste Seite



„Herr Ebermann, haben Sie denn auch Ihre Bahnsteigkarte gelöst?“

Pan Fulo

Ökosozialismus zwischen apokalyptischem Reiter und »entschiedener Nutzung der parlamentarischen Demokratie«



Fortsetzung von vorheriger Seite
Gegner projiziert, die eigene Ver-
strickung nicht wahrgenommen. Die
Strafe wird mit Lust beschworen. Die-
sen Sektientyp meine ich nicht.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Gegner projiziert, die eigene Ver-
strickung nicht wahrgenommen. Die
Strafe wird mit Lust beschworen. Die-
sen Sektientyp meine ich nicht.

Aber bei dem anderen Johannes, in
dessen Evangelium das Liebesgebot
als die zentrale Botschaft Christi steht,
hat die Entscheidung einem völlig ver-
schiedenen Geist und Ton, beinahe des
Milde und vor allem der Anfrucht:
„Das ist aber das Gericht, daß das
Licht in die Welt gekommen ist, und
Ihr habt es nicht erkannt.“

In dem Evangelium des Johannes
gibt es auch eine Erzählung, wie diese
Methode der Bewußtseinspaßung
wirkt, worin ihre subversive Kapazität
besteht. Christus greift in seinen Reden
die Pharisäer an, er ist keinesfalls vor-
nehmlich sanft im Zorn schimpft er
sie „Ihr Ottern- und Schlangenge-
zücht!“ Aber darunter muß etwas an-
deres spürbar sein, worüber er ja auch
spricht. Denn abends, im Schutz der
Dunkelheit kommt Nikodemus, einer
der Pharisäer, und wir es wissen.

So müssen wir versuchen, dem Sys-
tem die Menschen wegzunehmen, da-
mit müssen wir eindringen bis in die
innersten Waben der Institutionen und
der Fabriken, bis die Große Maschine
ihre Macht verloren hat, weil ihr keine
menschliche Energie mehr zufließt.

Die beiden Haltungen aus der Apo-
kalypse des einen und aus dem Evan-
gelium des anderen Johannes zu unter-
scheiden, ist von genereller Bedeutung
für den Charakter der Erhebung, die
wir wollen (...)

Die folgenden Auszüge sind der von
Bahro verbreiteten Rundlassung seiner
Rede für die Bundesdelegierten-
Konferenz entnommen.

So weit es nach den Fundamentalisten
geht, sind wir nur deshalb mit auf die
staatliche bzw. parlamentarische Ebe-
ne gegangen, um auch von dort aus die
Botschaft zu verbreiten, daß die Tia-
ne rechtzeitig aufgegeben werden
muß. Greift diese Botschaft richtig um
sich, kann — das wissen wir jetzt noch
nicht — sogar ein echter Machtwechsel
auf der Brücke eintreten, der für die 90
Grad Kurswechsel reicht. Dann hätten
wir viel bessere Bedingungen für die
soziale Rekonstruktion. Dazu gehört,
vorab klar anzugeben, welche Anwei-
sungen von der Brücke kommen wür-
den, wenn wir sie hätten. Dieses Pro-
gramm zu verbreiten, müßte die
Hauptfunktion unserer Bonner Frak-
tion sein. Jede Initiative, besonders je-
de Gesetzesinitiative (die doch jetzt so-
wie so nicht durchkommt, wie „reali-
stisch“ ihre Idee immer anlegt) muß die
Menschen vorbereiten, muß sie zur
Auseinandersetzung herausfordern.
Steter Tropfen höhlt den Stein für die
Erkenntnis, daß nichts anderes bleibt
als eine Veränderung bis in die letzten
seelischen und materiellen Fundamente
unseres Lebens. Das ist uns ja unbe-
kannnt, die Zwischenschritte, die
dem Publikum als Ausflucht entfallen,
öffentlich auf ihren Sinn zu prüfen

Unser Ceterum censeo muß die Erklä-
rung sein, warum es nicht genug ist.
Wer hindert uns denn daran, hinzu-
treten und zu sagen:

Unser Ceterum censeo muß die Erklä-
rung sein, warum es nicht genug ist.
Wer hindert uns denn daran, hinzu-
treten und zu sagen:

Alle die Milliarden, die jetzt für Mi-
liär und Bürokratie, für expansionisti-
sche Außen- und sogenannte Entwick-
lungspolitik, für Rationalisierung und
Verkabelung, für Subventionen in ster-
bende alte und für aufkommende neue
Industrien, für industrialisierte Land-
wirtschaft im EG Kontext und für die
Großforschung zentralisiert werden,
finanzieren die Indesspirale. Sie müs-
sen von der Gesellschaft zurückgeho-
ren werden. Vielmehr, diese zentrale
Anhäufung darf überhaupt nicht mehr
zustandekommen. Die Überschüsse
der Gesellschaft, der flexible Teil ihrer
Ressourcen müssen bei möglichst we-
nig Umwandlung in die Geldform und
bei möglichst wenig Umverteilung
(weil alles das nur die Bürokratie nährt
und allenfalls die in der ÖTV organi-
sierte kleinere und mittlerer Staatsklas-
se interessiert) allergrößtenteils dort
bleiben, wo sie erzeugt werden, und es
muß dort, in den lokalen Strukturen,
die wenigstens potentiell für die Bevöl-
kerung kontrollierbar sind, darüber
verfügt werden.

Zukunftsinvestitionen, wie wir sie in
Sindelfingen gefordert haben, können
jedenfalls nicht in Bonn und in der
Frankfurter Banktürmen symbolisier-
ten bürokratisch industriellen Kom-
plex zum Subjekt haben. Der soll sich
mit der Vergangenheitsbewältigung be-
fassen. Der großen Industrie muß ein
Investitionstopp aufzuerzogen wer-
den, bis sie bewiesen hat, daß sie mit
den Altlasten fertig geworden ist. Die
Herren sollen das unter sich ausma-
chen, wer wofür verantwortlich ist, die
Gesellschaft muß sie korporativ zur
Kasse bitten (...)

Wir haben einen anderen Föderalis-
mus im Sinn, der sehr viel weiter geht
als bis zu den noch viel zu großen Bun-
desländern. Wenn wir sagen: lokal und
dezentral soll alles entschieden werden,
was meint denn das? Wer ist da Sub-
jekt? Für uns konstituiert sich die Ge-
sellschaft um die menschlichen Bezie-
hungen in Gemeinden, die das wirklich
wider sind. Es steckt ja der Begriff
Gemeinschaft drin und noch ein Ge-
heimnis. Wir erinnern uns: Dunkel Ge-
meinden und zunächst die Kommunen
im herkömmlichen Sinne sind, einge-
bettet in das Salz dann kommunale
Gemeinschaften, wie sie sich in dem
Mittelalter bilden werden, wie der Job
Praxis und Wirklichkeit verfallt.
Wenn auch nur die Leute anfangen
wollen, die keinen haben oder ihn ei-
gentlich nicht haben. Vermeint sie sich,
so wie sie es an den materiellen Schran-
ken nicht scheitern. Diesen Gemein-
den, die sich also kommunal-kommun-
itär verstehen und alles verfügbar
sein, was Menschen zu einem naturver-
träglichen Lebensunterhalt an Grund-
bedürfnis brauchen, vor allem der Boden.

Es ist nicht erforderlich, daß die täg-
lichen Lebensmittel, die Werkzeuge,
die Kleidung, die Bildung und die Me-

dizin für den täglichen Gebrauch le-
gendweiche Ferntransportwege berüh-
ren. Wir müssen generell wieder ler-
nen, was wir leben und mit dem wir

dizin für den täglichen Gebrauch le-
gendweiche Ferntransportwege berüh-
ren. Wir müssen generell wieder ler-
nen, was wir leben und mit dem wir
bauen, was wir jeweils örtlich vorfin-
den. Die Ausbeutung der weiten Welt
für unsere Bedürfnisse muß aufhören,
der Austausch sich auf unvermeidliche
Ergänzungen beschränken. Für be-
stimmte spezielle Fertigkeiten und
für Infrastrukturen oberlokaler Reich-
weite mag es Produktiv- und Dienstlei-
stungsgemeinschaften geben. Die
dort Tätigen könnten durchaus auch in
den kommunalen Gemeinschaften ihre
Lebensbasis haben und nur vorüber-
gehend vornehmlich spezialisierte
Arbeit leisten. Es geht hier nicht um
Einzelnes, sondern nur um den Gedan-
ken, daß diese Sphäre für niemanden
die Achse sein muß, um die sich das
Leben dreht.

Die Mitte des Lebens wird vielmehr
ein von Ökonomie, von Arbeit im her-
kömmlichen Sinne freier Raum, d. h.
ein freier Zeitraum sein, der der Kom-
munikation der Menschen miteinander,
mit sich selbst und mit Gott bzw.
Gottin offensteht. Erst dann und da-
durch wird diese Stelle frei sein, wenn
die Große Maschine abgebaut und ihr
Material soweit möglich gänzlich neu
verwendet wird. Die Große Maschine
manifestiert den Tod Gottes. In einer
von ihr entlasteten Kommunikation
kann er auferstehen und wieder gegen-
wärtig sein. Wo der Mensch seine Mit-
te wiederfindet, berührt sich die eine
mit der anderen Wirklichkeit (...)

Die Große Maschine, in die wir all
unter erobertes Geld und Wissen in-
vestiert haben, erweist sich als ein ein-
ziges schweres Denkmal für den Tod
Gottes, und jeder ihrer Fortschritte
läuft auf erneute Kreuzigung des leben-
digen Christus hinaus. Es ist in einer
letzten Instanz nicht möglich, an den
Errungenschaften zu sortieren die gu-
ten ins Topfchen, die schlechten ins
Klopfchen. Wenn wir schon nicht alles
wegwerfen müssen, was uns die Zivi-
lisation in ihrer Entwicklung zum Tode
gebracht hat, so müssen wir uns doch
von dem Zwang zur Reproduktion be-
freien. Wir dürfen keinem noch so
menschenfreundlichen Partikel, das
sich dem unheilvollen Ganzen ver-
dankt und mit verschwinden könnte,
wenn wir wirklich an die Fundamente
gehen, das Vetorecht gegen die Um-
kehr lassen. Ich weiß nicht, ob wir auf
so etwas wie dieses Mikrophon verzich-
ten müssen. Aber wenn wir vorab eine
Garantie verlangen, daß unsere Praxis
nicht etwa an die Voraussetzungen die-
ses Gegenstandes ruht, dann wollen
wir den Aufbruch nicht, dann wollen
wir den Untergang. Die meisten Grün-
en, glaube ich, wollen ihn auch (...)

Gerade wenn wir nun angesichts alles
dessen nicht in die Hängematte zurück-
fallen, also um diese Freiheit und
Gottesebene zusammenzubringen, muß
der vorange Versuch, das Mittelalter zu
überwinden, seinerseits überwunden
werden, muß die gesamte Ideologie
und vor allem Praxis der bürgerlichen
Emanzipation revidiert werden. Die

Welcher Teufel hat Rainer Tramp-
pert geritten, mit Rudolf Bahro ein
gemeinsames Antrags zu formu-
lieren, der fundamental Nein
sagt zu jedem Bündnisangebot an
die SPD? War dieser Teufel die re-
alistische Erkenntnis des Zustands
der grünen Partei und ihrer Ent-
wicklungsrichtung? Wurde die ei-
gene Möglichkeit, Dämme aufzu-
bauen gegen die grüne Tendenz,
sich in diesem System einzurich-
ten, als zu gering eingeschätzt, so
daß man das Zweckbündnis mit
Rudolf Bahro, dem apokalyptischen
Reiter einging, um die Not-
bremse zu ziehen — eine Lösung,
in der die ehemaligen „Z“-Leute
einige Erfahrungen haben? Oder
gibt es Annäherungen ganz ande-
rer, bislang nicht vermelter Art?

Sind die Grünen rechter
geworden?

Im Gründungsprozeß der Grünen Ende
der sechziger und Anfang der achtzi-
ger Jahre gab es linken und Leni-
nisten aller Schattierungen, über die
Grünen, im Bündnis mit Strömungen
und Denkrichtungen aller Art bis hin
zu Konservativen, eine ganz neue, letz-
lich sozialistische, gesellschaftsverän-
dernde Kraft hervorbringen zu kön-

bürgerliche Emanzipation hat eben
nicht nur von der Kirche weggeführt,
sondern auch von Christus, d. h. noch
weiter weg vom Menschen als die Kir-

bürgerliche Emanzipation hat eben
nicht nur von der Kirche weggeführt,
sondern auch von Christus, d. h. noch
weiter weg vom Menschen als die Kir-
che, die schon schlimm genug war.
Leitend ist sie nicht über das Niveau
einer satanischen Rebellion hinausge-
kommen, wie sie denn auch Milton an-
gesehen hat. Der englischen Revolution
in seinem Epos vom verlorenen Paradies
festhält. Das Ergebnis ist nun die Dan-
tesche Hölle völlig erreicht. Es ist die
Große Maschine, die Fabrik, Büro-
und Transportgesellschaft, über deren
allgemeinwärtigen Eingang steht. Die
Ihr hier eingeht, laßt alle Hoffnung
fahren! Das ist ein bis in seine Kom-
munikation hinein materieller Götz,
der in uns fast den ganzen Platz des le-
bendigen Gottes belegt. Wir haben die
ganze Welt zu einem einzigen Golgatha
gemacht. Diese Zivilisation ist ein ein-
ziges Kreuz, an das unablässig
Menschen-Sohn und Menschen-
Tochter geschlagen sind und neu ge-
schlagen werden, die einen Milliarden
buchstäblich physisch, die anderen
psychisch, und es geht ja niemanden
über Tiere und Bäume kreuzigen wir
gleich mit.

Das wollt Ihr mit Realpolitik ange-
hen. Dagegen wollt Ihr Euch mit dem
nicht gar so schlimmen „Landpfleger“
Pontius Pilatus zusammentun und mit
dem Hohenpriester Kaiphas. Und weil
Ihr vor deren Angst habt, die dann
auch auf Euch „Kreuzigt, kreuzigt!“
rufen werden, nehmt Ihr die Teibüne
nicht dazu, denen die es hören, und
denen, die es nicht hören wollen, anzu-
sagen, daß der Tempel abgerissen und
neu aufgebaut werden muß. Ihr wagt
das Band nicht zu zerschneiden. Den
Abgrund zwischen uns und „Rom“,
uns und dem Tempel des Alten Bun-
des, den wagt Ihr in Euch nicht aufzu-
reißen. An der SPD zeigt Ihr nur, daß
Ihr nicht mit dem metropolitenen
Machtsystem gebrochen habt. Ihr wißt
— behauptet Ihr zumindest, die SPD
ist ein Stück Staatsmaschine, ein un-
tergeordneter, aber wichtiger Partikel
des korporativen Käses, der das Impe-
rium des Weißen Mannes zusammen-
zuhalten hat. Sie ist, sofern wir nicht
auch noch einsteigen, gegenwärtig die
letzte Reserve der Stabilität in der po-
litischen Sphäre.

Das Unglück ist, wir haben keinen
festen Grund unter den Füßen, auf
dem wir positiv stehen. Daher rutscht
uns alles weg und rutschen wir weg.
Wir wagen die Identifizierung
nicht. Wenn wir's nun nicht völlig auf
uns selbst gestellt bringen, also nicht
hinreichen, dabei unserer eigener Mei-
ner zu sein, wenn wir uns zugleich den
fremden Götzen nicht rückhaltlos an-
vertrauen wollen — dann sollten wir
wenigstens nicht versäumen, auf eigene
Rechnung den verschütteten Anknüp-
fungspunkt aufzuwachen, wo die Kon-
tinuität unseres christlich-jüdischen
Kulturerbes für einen einzigen Augen-
blick unterbrochen war: die Gestalt
des Jesus Christus, der sich selber den
Menschen Sohn nannte. (...)

nen. Sozialisten sind die meisten von
ihnen schon lange nicht mehr. Im be-
sten Falle noch Ökonozialisten, und ge-
rade deswegen auch nicht wenig von
Mißtrauen in den Grünen selbst ver-
folgt.

Als KB haben wir uns viel Ärger ins-
besondere in links-grünen Kreisen ein-
gehandelt mit unserer Ansicht, aus den
Grünen könne keine sozialistische
Kraft werden, entweder sie geraten in
ein richtiges Fahrwasser oder es wird aus
ihnen eine fortschrittliche, radikale-
demokratische Kraft. Mitbeteiligung und
solidarische Kritik am grünen Entwik-
lungsprozeß ja, Auflösung der Sozialis-
ten in die Grünen Nein, haben wir da-
mals gesagt, und im Streit mit den grü-
nen Marxisten häufig und viel auf
rechte Entwicklungen bei den Grünen
hingewiesen.

Rechte Tendenzen in den Grünen
gibt es, insbesondere in der „nationa-
len Frage“. Aber der reaktionäre Öko-
logismus eines Baldur Springmann
oder der ökologische Imperialismus eines
Herbert Gruhl ist bei ihnen längst
schon passé. Also radikaldemokrati-
sche Entwicklung? Das konkrete Wir-
ken der Grünen in den letzten zwei Jah-
ren weist in diese Richtung, wenngleich
nicht jede Schublade nihillos paßt.
Rechte Tendenzen der heutigen Grün-
en haben einen anderen Charakter.
Sicht man mal von den verbliebenen,
dubiosen Öko-Schreibern ab, die es auch
noch gibt, dann gehören dazu z.B. die
Ökolibertären. Die ökolibertären Re-
alpolitiker empfehlen der grünen Par-
tei, in ihrer Schrift „Der Parlamentaris-
mus könnte vor einer neuen Blüte ste-
hen“, „die Chance, die das System der
parlamentarischen Demokratie berei-
halt, weit entschiedener zu nutzen, als
das die herkömmlichen Parteien getan
haben“. Sie wollen keine andere Ge-
sellschaft, sie wollen eine Verbesserung
dieser Gesellschaft. Dazu zählen muß
man auch die Realpolitiker, die sich
selber „Realisten“ nennen. „Wir beken-
nen uns ausdrücklich zu einer Politik
der ökologischen Reform, da wir in der
grundpolitischen Systemopposition“
lediglich einen Rückfall in die
überkommenen Sektionspositionen der
sechziger Jahre erkennen können. Fi-
ne Politik ökologischer Reformen weiß
von der Notwendigkeit der Überwin-
dung der Industrie- und Ab-
schreckungssysteme, sie weiß aber
auch, daß die großen und fundamen-
talen Revolutionsverheißungen Illu-
sionen sind und bleiben werden“, schrie-
ben Ehmke, Fischer und Kleinert in ih-
rem Antragsskizzen „Verantwortung
und Aufgabe der Grünen“. Rechts
sind diese Tendenzen aus der Sicht von
Marxisten insoweit, als sie klar und ein-
deutig sich entweder zum System und
seiner Verbesserung bekennen oder
den Weg schrittweiser Reformen im
Bündnis mit der SPD und — wenn
möglich — mit den Gewerkschaften
gehen wollen, sowie deutlich und be-
gründet jede revolutionäre, auch eine
gewaltfrei-revolutionäre Veränderung
— wenn man sie denn für möglich hält
— ablehnen. Aber rechts sind sie nicht
im dem Sinne, daß sie reaktionär-
bürgerliche Politik wollen oder betrei-
ben. Dies gilt auch dann noch, wenn in
Einzelfragen insbesondere bei den
Ökolibertären solche Trends erkenn-
bar sind. Doch stehen sie damit nicht
rechts von dem, was die Volkspartei
SPD in ihrer Breite ausmacht.

Quelle der von Bahro und
Trampert/Ehmann aus bislang
grundverschiedenen Positionen heraus
kritisierten Entwicklungen der Grünen
ist der Gründungsprozeß der Partei selb-
ber, in dem nicht nur Abschied genom-
men wurde vom linken Sektientum
der sechziger Jahre, sondern auch fun-
damental von dem, was diese Sektien
noch ausgemacht hat: dem Marxismus,
dem Leninismus und dem Sozialismus.
Zusamm erhalten sie aus der konkreten
Einbindung der grünen Partei in die
Institutionen dieses Systems. Die Alt-
linienten der grünen Gründerzeit haben
immer weniger ein taktisches Verhält-
nis zum bürgerlichen Parlamentaris-
mus. Leninistische Rudimente der
gran-alternativen Debatte — wie das
Verhältnis von parlamentarischer und
außerparlamentarischer Arbeit — sind
zwar auch heute noch bei den Grünen
vorhanden, aber die Gewichte haben
sich verschoben. Der außerparlamen-
tarische Druck von der Straße ver-
kommt zum Verlust vermeintlicher
parlamentarischer Durchsetzungswir-
kungen. Sein Fehlen wird beklagt, nicht
weil man die politische und soziale
Emanzipation im außerparlamentari-
schen Engagement vernahm, sondern
weil sein Fehlen scheinbar begründet,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite
daß man parlamentarisch zu wenig durchsetzen könne.

Die Partei, die bürgerliche Kommentatoren angeblich den Grünen-Streik zum Revisionismus in der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende ziehen, ist zwar nicht ganz falsch, hinkt aber wie die meisten solcher Vergleiche. Die Klassenbewegung der Arbeiter, die es mit dem System zu verbieten galt, war ursprünglich gewaltig und direkter vom System unterdrückt, als all jene, die heute mit dem Begriff der Ökologiebewegung versehen werden. Der zeitliche Entwicklungsprozeß der gerade fünf Jahre alten grünen Partei spaltet jeden Vergleich mit der sozialdemokratischen Entwicklung um die Jahrhundertwende.

Es ist nicht viel mehr so, daß das, was Rudolf Bahro die Fahrlinien ins System nennt, deshalb nicht eine auf einmal neue, bedeutsame Entwicklung sein kann, weil außer bei ihm und seinen Anhängern sowie den harten Ökosozialisten von Beginn an die Fahrlinien aus dem System gar nicht im grünen Parteibildungsprozeß angelegt war! Vielmehr behaupte ich, daß die Grünen heute „linker“ sind als in ihrer Gründungszeit. „Linker“ nicht sozialistisch, aber da wir es fast schon können, wenn die linken Grünen heute vor der Gefahr der rechten Entwicklung warnen, während sie früher Anwälte zur Auseinandersetzung mit der Politik von sozialistischer Politik im Reich der Sekundärität verbannt haben.

Welche Perspektive hat das Bündnis Bahro/Ebermann/Trampert?

Um so unverständlicher angesichts der realen Grünen-Entwicklung ist die Art der Polarisierung, wie sie Rudolf Bahro — offiziell namens des Bundesvorstands — versucht hat. Er war knallhart und konsequent. Kaum jemand hat er ausgelassen bei seiner Suche nach verderblichen Tendenzen, bei seiner Entdeckung von „counterinsurgency“ überall. Unverständlich nicht, was die Position Rudolf Bahros betrifft, sondern die Position von Trampert/Ebermann, deren Ökosozialismus vergangener Zeit mehr Nähe zu großen Teilen der heutigen Realpolitik (nicht der Ökologikritik) aufwies, als zu Position des „Urvangelisten“ Bahro. Wer hat denn in der Vergangenheit gegen alle Einwände von links propagiert, die Grünen müßten in ihrer parlamentarischen Tätigkeit besser und enger sein, als alle bürgerlichen Parteien zusammen, waren das nicht Thomas Ebermann und die „Z“? Wo bleibt die Kritik an dem, was man damit selber befördert, an parlamentarisch orien-

tiertem Apparat mitaufgebaut hat? Wo die Veränderung? Und die GAL in Hamburg z.B. macht da keine Ausnahme, sie unterscheidet sich von den übrigen Grünen in wesentlichen auf Grund ihres Fundaments aus der Vergangenheit und nicht, weil sie gänzlich unterschiedlich arbeitet, zu anderen grünen Landesverbänden. Wer hat denn 1981 mit gründlichen Illusionen in die SPD eine weit an sie anknüpfende Bündnispolitik propagiert, hat noch 1982 in Hamburg für Tolerierungspolitik nach hessischem Muster eingetreten? Waren das nicht Thomas Ebermann und seine Freunde von der „Z“?

Heute würde er die Linken in Hamburg, wie wurden die Illusionen verbreiten, wenn sie für eine linke Tolerierungspolitik eintraten. Als wenn das das wesentliche Problem wäre! Der entscheidende Unterschied zwischen Tolerierungspolitik nach Hamburger und nach hessischem „Modell“ ist nicht der, daß das eine weniger und das andere mehr Illusionen verbreitet, sondern daß das eine Konzept versucht, die Menschen aus ihren Illusionen und Bindungen an das System herauszuholen, überzeugend zu beweisen versucht, daß eine grundlegend andere Politik, ja nicht einmal eine ernsthafte Reformpolitik mit der bürgerlichen Arbeiter-Volkspartei SPD nicht geht, während das andere „Modell“ das Bündnis mit der SPD will, und weil es dies will, eine Annäherung an sozialdemokratische Politik betreibt. Sicher schließt auch das Hamburger „Modell“ Illusionen, zumal es Menschen anspricht, die diese Illusionen haben. Wer nur diese Gefahr sieht, nicht aber auch die Möglichkeiten dieser Politik, der sollte sich lieber an die Konsequenz eines Rudolf Bahro halten. Denn wie absurd ist eine solche Angst vor Illusionen im Rahmen einer Partei, die ihre Existenz zu mehr als 90 Prozent aus der Beteiligung an der größten Illusionsmaschine dieses Systems, dem bürgerlichen Parlament bezieht? Bahro sagt, gelingt es uns Grünen im Parlament nicht, die Kräfte für den „geistigen Umsturz“ zu sammeln, wird stattdessen grüne Radikalität mit dem Hinweis auf die Beschränktheit parlamentarischer Möglichkeiten beschnitten. „Dann müssen wir sie (Anm., die Parlamentarier) rausziehen. Dann wäre Parlamentsboykott politisch wirksam und hygienischer für uns selbst.“ Das ist wenigstens radikal zu Ende gedacht in seiner Logik des vollständigen geistigen Andersseins. Nur, was hat das Modell Bahro, „die Ausfahrt in die andere Richtung, lebenspraktisch zu machen“, seine Wismarer Kommune „mit Gott bzw. Göttern in der Mitte“ — was hat dieses Modell mit sozialistischer Politik à la Ebermann/Trampert gemein?

Oder wirkt die radikale Phrase, Bahros „Generalstreik für das Leben“, seine „Vision einer zugleich militanten und gewaltlosen Volkserhebung im Sinne Mahatma Gandhis“, so ungemessen nach, daß man glaubt, dort Anleihen machen zu können für den Weg zum ökosozialistischen Ziel? In ihrem Buch „Die Zukunft der Grünen“ (das ich zugegeben erst quer gelesen habe), deuten Ebermann/Trampert eine mögliche interessante Entwicklung an. Der Gattungsbegriff der „Menschheit“ erhält eine primäre Bedeutung gegenüber dem Systemwiderspruch Kapitalismus/Sozialismus. Die Veränderung des Menschen, seiner Konsumgewohnheiten und Bedürfnisse steht im Mittelpunkt zukünftiger Gesellschaftsveränderung. Die leninistische „Erringung der Staatsmacht“ wird abgelöst durch die „Außerordentlichkeit“ — die Gesellschaft soll bewußtseinsmäßig und durch eine andere Art des Lebens und Produzierens im Fundament verändert werden. Gerade in dem Punkt der grünen Utopie ist das Buch schwach und die wenigen aufgeführten Ideen, was denn grüne Zukunft sein könnte, sind so neu nun auch wieder nicht. Insbesondere unerschaffen sie die Frage, wenn schon nicht Lenin, wie dann mit der bestehenden Staatsmacht umgehen? Schon deswegen ist der leicht ironische, vergeschönte Hinweis der „Konkrete“ auf ein vor 136 Jahren erschienen Buch eines Dummyrats eher peinlich. Auf der anderen Seite ermöglicht diese schwache Stelle ökosozialistischer Zielsetzung einen Fingerzeig auf das neue Bündnis mit Bahro? Der produziert sich als der Utopist, der radikal mit realer Politik brechen, hier und heute die Utopie leben.

Nur: Wollen die Ökosozialisten den Spinnkram eines Rudolf Bahro im Ernst als linke Utopie verkaufen? Oder hat man Bahro nur taktisch genutzt, um im Verbund mit den Fundamentalisten die Mehrheit auf dem Parteitag zu bekommen, ahnend, daß man danach Bahro los sein würde? Ein Rohrrepietier ist beides. Denn Bahros „Utopie“ ist zu recht als Abschreckung rübergekommen, und das hoffentlich nicht nur bei den rechten Strömungen in den Grünen. Die ausgezeichnete Rede Rainer Tramperts am ersten Tag des grünen Parteitags, scharf antikapitalistisch, klar Position beziehend, auf Widerspruch und Integration realpolitischer schwankender Kreise zielend (die gar nicht einmal so schwach vertreten waren) bot allemal mehr an Perspektive für linke als für rechte. In der nächsten Zeit, als das Zweck- oder besser Schreckbündnis mit Bahro, was also soll es?

Pressestimmen:

„Süddeutsche Zeitung“: „Der Kompromiß, den die Grünen schließlich fanden, erinnert durchaus an Parteitagsbeschlüsse des ungeliebten Oppositionspartners SPD. Es ist ein beherztes Sowohl als auch: Koalitionen jetzt nicht, aber vielleicht später, die SPD ist fürwahrlich, aber vielleicht lauter als sich noch. Einmal haben wir mal Glück, feierte einer der „Reals“, der Bundestagsabgeordnete Jo Müller, die Entscheidung, nichts zu entscheiden. Der parlamentarische Weg sei offengehalten bis 1987. Und bis dahin, hoffen die Realpolitiker, geht alles seinen ökologischen Gang: Noch ein paar Wählerfolge, vielleicht einige Tolerierungsverhandlungen auf Länderebene, und der Prozeß auf das Bündnis steht nichts mehr entgegen.“

„Frankfurter Rundschau“: „Der Beschluß in der Bündnisfrage selbst ist banal, weil in der Tat kein Grund besteht, sich schon jetzt über eine mögliche Zusammenarbeit mit der SPD nach den nächsten Bundestagswahlen den Kopf zu zerbrechen. Auch die Feststellung, daß die Grünen zur Zeit keine Möglichkeit für ein Bündnis sehen, läßt alles offen. Dennoch können die sogenannten Fundamentalisten und Ökosozialisten nicht sehr glücklich über diesen Formelkompromiß sein, wollten sie doch schon jetzt die Richtung weisen und Hürden aufstellen gegen den allzu schnellen Anpassungsprozeß ihrer grünen Parlamentarier; denn natürlich ist es nicht ausgeschlossen, daß sie „gezählt“ und von den Sozialdemokraten vernachlässigt werden. Deshalb haben Fundamentalisten wie Ökosozialisten vor einer po-

litischen Machtbeteiligung wie vor einem Sündenfall. Nur hat dieser Sündenfall mit dem Bündnis, in die Parlamente einzuziehen, längst nichts zu tun.“

„Die Welt“: „Dieses Offenhalten bedeutet im Grunde einen Erfolg für die sogenannten Realpolitiker um den Bundestagsabgeordneten Otto Schily, für den unter dem Stichwort „Juniorpartner einer Regierung“ mit Blick auf die SPD in Bonn die Arbeit „nicht schwerer geworden ist.“

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Diese Frage offenhalten, ohne daß der Beschluß „offenhalten“ als Zusage zur Zusammenarbeit mit der SPD erscheinen könnte, war die komplizierte Aufgabe des Parteitages. Das — nach stündigem Streit erzielende — Harmoniebedürfnis ließ es nicht zu, daß sich nach den Redeschlachten ein Flügel allzu deutlich durchsetzte, auch sollte keiner „ausgegrenzt“ werden.“

„Hamburger Morgenpost“: „Ganz so Wachsweich, wie es auf den ersten Blick aussieht, ist die Einigung dennoch nicht. Die System-Veränderer um Rainer Trampert haben mit ihrer weitgehenden Forderung — Abkehr von Koalitionen auch für die Zukunft — einen deutlichen Dampfer erhalten. Und fest steht auch: Trotz der schwankenden Stimmung unter den Delegierten sind die Realpolitiker auf dem Vormarsch. In den nächsten zwei Jahren werden noch etliche Grüne in die Parlamentarierarbeit einsteigen, andere werden nachrücken. Die Zahl derer, die Erfahrungen in praktischer Politik sammeln, wird zunehmen. Mancher Utopist wird alsbald zum Pragmatiker werden.“

DKP: Gemeinsam gegen rechts Hauptsache mit der SPD!

Das Auftreten der DKP war unüberhörbar. Der Beschluß der grünen Bundesversammlung läßt die Tür offen für Bündnisse mit der SPD „gegen Rechts“ — ein DKP-Slogan, der so alt und abgedroschen ist wie die Partei selbst.

Der DKP-Parteivorstand hatte auf seiner Tagung am 24./25.11.84 die Parole ausgegeben: „Anti-Rechts-Koalitionen bilden“ und dabei entdeckt: „Wichtige Veränderungen des etablierten Parteiensystems, die ihrem Wesen nach erste Schritte zur Neuformierung parlamentarischer Kräfteverhältnisse signalisieren. Der Gedanke an eine Koalition links von der CDU/CSU fußt fest“ (UZ, 1.12.84).

Ungesagt ist nur um das Zusammengehen von Wählerstimmen, man könnte nicht widersprechen. Der DKP geht es aber um eine Strategie, die sie in ihrer Kommentierung des grünen Parteitags so beschrieb: Mit dem Grünen Mehrheitsbeschluß „bleibt die Möglichkeit erhalten, mit außerparlamentarischen Initiativen — wo sie bestehen — mit Fraktionen der DAP oder demokratischen Listenverbindungen politischen Verbindungen auszuüben für die Bildung von Anti-Rechts-Koalitionen. Hier können auch Erfahrungen für weitergehende Perspektiven auch mit Blick auf den Bundestag — gesammelt werden.“ (UZ, 14.12.84).

Substantiell ist die DKP mit ihrer Strategie — „alles kommt darauf an, die Sammlung aller Kräfte links von der CDU/CSU, links von der Wenderegierung — voranzutreiben“ (UZ, 14.12.) — noch hinter das zurück, was die Realpolitiker bei den Grünen vertreten etwa zum Punkt der Friedenspolitik beklagt, die Grüne Bundesversammlung „meldete nicht ihre Forderungen und Vorstellungen

an, was denn bei den bevorstehenden Gesprächen zwischen der Sowjetunion und den USA herauskommen soll.“ Der dabei von den Verhandlungsmächten geforderte Stop und die Rückgängigmachung der Stationierung, Verbot der Militarisierung des Weltatoms, konkrete Abrüstungsschritte in Ost und West, ließen sich bequem mit einer regierenden SPD vereinbaren, ohne daß sich an der konkreten Pro-NATO-Politik der Sozialdemokratie hier im Lande irgendetwas zu ändern bräutete.

Dieser völlig substanzlose Kurs gegenüber der SPD zeigt sich durch die DKP-Berichterstattung zu „rot-grünen“ — „Bündnissen durch“, „Gegen rechts“ — „Je besser“ liest der UZ-Kommentator am 1.12.84 und registriert rechte „Sprungsätze gegen die Zusammenarbeit von SPD und Grünen“. Das Scheitern solcher Bündnisse „kann nur die Rechtskoalition erfassen“. Oder in der Kritik am Trampert/Bahro-Antrag: „Die neuen Positionen der SPD in der Friedenspolitik — in der wichtigsten Lebensfrage — nicht als Möglichkeit für politische Aktion zu erkennen, das kann nur der Rechtswende und damit der Raketenpolitik dienen“ (UZ, 1.12.84).

Entsprechend verlor die DKP in banger Sorge und mit deutlicher Sympathie für die „Reals“ die hessischen Auseinandersetzungen „Ausgewogen“ wird angesichts des Scheiterns des Bündnisses an die SPD appelliert: „Die Nähe dieser Produktion (Anm. bei Nukem und Altem) zu den Atomwaffen muß von den Sozialdemokraten nicht nur gesehen werden, sie muß auch die SPD zum Hindernis herausfordern!“ Und die Wende Seite? „Auch wenn die Grünen aus Protest gegen diese Politik ihre Zusammenarbeit mit der SPD aufkündigen, ist dadurch das eigentliche Problem

keineswegs gelöst“, schreibt bauernschlau die hessische DKP-Vorsitzende Ellen Weber (UZ, 23.11.84). Warum also nicht weiterhin Bündnisse gegen Rechts, auch wenn es an den Politik-Inhalten nichts ändert? „Grüne und Sozialdemokraten sollten sich ... im Wirken für eine die Lebensinteressen unserer Bevölkerung schützende und damit notwendigerweise gegen die Konzerninteressen gerichtete Politik zusammenfinden. Das ist das Gebot der Stunde“, wird in inhaltlicher Phrase verkündet. Aufnahmen wenige Tage später, nach der grünen Landesversammlung in Licht: „Ganz offensichtlich haben sich bei den hessischen Grünen jene Kräfte durchgesetzt, die eine realistische und verantwortungsvolle Politik auf parlamentarischer Ebene betreiben“ (UZ, 4.12.84).

Wen wundert's, daß ein linkssozialdemokratischer Aufruf der ewigen Die-SPD-von-innen-Veränderer zu Hessen die ungeteilte DKP-Sympathie findet. Was führende Jungsozialisten, Günter Grass, Klaus Staeck, Johannes Strasser, Heidi Wiczorek Zeul und wie sie alle heißen als „Architektur einer neuen Politik“, als „eine grundsätzliche Umorientierung zu einer neuen sozial und ökologisch verantwortlichen Reformpolitik“ hochjubeln (siehe Aufzug, FR, 7.12.84), ist der — historische Überlebens — erneute Versuch, das Protestpotential in der Bevölkerung in die Reihen der Sozialdemokraten zurückzuführen, dieses Mal aber den „rot-grünen“ Umweg. Kein Wunder, daß ihre Sympathien bei den integrationsbereiten „Realpolitikern“ der Grünen liegen. Deren Geschäft, und kein anderes, nicht einmal das der Stärkung des eigenen Lagers, betreibt letztlich die DKP. Allerdings, neu ist das nicht.

Bundesversammlung der Grünen in Hamburg schlägt Brücken zwischen Reformpolitik und Fundamentalistengruppe

Grüne lassen sich nicht festlegen

Los 'verdes' elevaron debates en estrategia „El País“, 9.12.84

Rudolf Bahro ataca la política de alianzas en el congreso de Hamburgo

Die deutschen 'Grünen' diskutieren ihre Strategie — R. Bahro greift die Bündnispolitik an

Hbg. Abendblatt, 10.12.84

aber keine klare Aussage

Die Grünen bleiben ein Rätsel

gute Nacht, Mitbürger!

Wenn sie mal regieren wie Ihr Part.

Die Grünen

grünen Blätter sind ab

kommentar

Die Grünen sind ein Rätsel. Sie haben sich nicht festlegen lassen. Sie haben die Möglichkeit der Bündnispolitik aufgegeben. Sie haben die Möglichkeit der Bündnispolitik aufgegeben. Sie haben die Möglichkeit der Bündnispolitik aufgegeben.

Gerade noch rechtzeitig zum Hamburger Parteitag erschien das Buch der beiden bekanntesten Vertreter des linken Flügels der Grünen, Thomas Ebermann und Rainer Trampert. Das inner- und außerhalb der Grünen von Fans und Kritikern mit Spannung erwartete Werk befaßt sich in den ersten vier Kapiteln mit dem weltweiten und bundesdeutsch-konkreten Zusammenhang von ökonomischer und ökologischer Krise des Kapitalismus. Faktisch beschreiben die Autoren die Folgen einer Produktionsweise, die durch chlorierte Kohlenwasserstoffe und andere Gifte auf Perspektive die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet. Dabei arbeiten sie das Profitinteresse der Großindustrie an Giftproduktion anschaulich heraus. Diese nützliche Fleißarbeit macht das Buch zu einem sinnvollen Handwerkszeug für jeden, der/die in einer BI, bei den Grünen oder in anderen Zusammenhängen sich mit Umweltpolitik und mit Politik überhaupt befaßt. Ebermann und Trampert vertreten angesichts der ökologischen Krise die Auffassung, der Kapitalismus habe eine „qualitativ neue Entwicklungsstufe“ erreicht, und fordern „die Einstellung aller chemischen Produktionsverfahren, bei denen Ultragifte als Abfallprodukte erzeugt werden“. In dem Buch werden detailliert die ökologischen Zerstörungen und die Hungersnöte, die das kapitalistische Weltwirtschaftssystem den Ländern der „Dritten Welt“ aufzwingt, dargestellt. An Beispielen wird erläutert, wie der Internationale Währungsfonds (IWF) die unterentwickelten Länder zur Tilgung der Schuldzinsen durch Erpressung zur Reduzierung des Konsums, zur Drosselung der Importe und zur Förderung des Exports immer tiefer ins Elend stürzt. Aus der Analyse dieser Mechanismen des Imperialismus schließen Thomas Ebermann und Rainer Trampert, daß auch ein sozialdemokratischer Bundeskanzler nichts anderes als ein Sprachrohr der Banken gegenüber der „Dritten Welt“ sein könnte, was von den Autoren durch Zitate von namhaften Sozialdemokraten zur Verschuldung der „Dritten Welt“ belegt wird.

Dieses Herangehen mit einer materialistischen Analyse der ökologischen und ökonomischen Entwicklung der Weltlage als Voraussetzung für eine Diskussion über das Verhalten der Grünen gegenüber der SPD ist das Hauptverdienst des Buches.

Die Ebermann/Trampertsche Feststellung: „Industrie-, Handels- und Bankkapital verdienen gemeinsam an der Ausbeutung und am Hunger der Entwicklungsländer“ ist in diesem Punkt eine Aktualisierung und Bestätigung der Leninischen Imperialismustheorie, auch wenn die Theorien Lenins insgesamt heute kein zentraler Bezugspunkt des Denkens und Handelns der beiden Genossen mehr sind. Denn Lenins Auffassung, daß „der Sozialismus einen bewußten und massenhaften Vormarsch zu einer höheren Arbeitsproduktivität als unter dem Kapitalismus“ erfordert, und daß Sozialismus „undenkbar ist) ohne die großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist“ (Lenin, Werke, Band 27, S.238 und 266) stößt bei ihnen auf heftigen Widerspruch. Die Frage, ob die ökologischen Probleme und Versorgungsprobleme in den sozialistischen Staaten nicht u.a. auch durch das Zurückbleiben in der Arbeitsproduktivität hinter dem Kapitalismus bedingt sind, stellen sich die Autoren nicht. Das von Lenin für die sowjetische Gesellschaft um 1920 propagierte Konzept der Taylorisierung, also sehr arbeitsteiligen Arbeitsorganisation läßt



Uwe Klußmann: Ökosozialismus contra Marxismus?

sich von Hamburg im Jahre 1984 und dem Standpunkt der „ökosozialistischen“ Utopie aus gewiß leicht kritisieren. Ob eine angesichts der heutigen ökologischen Probleme gewiß notwendige andere Art der Produktion der Sowjetunion allerdings bis heute das Überleben gegenüber der ständigen Bedrohung durch den Imperialismus ermöglicht hätte, erscheint mir mehr als zweifelhaft. Auch eine „ökosozialistische“ Ordnung in Osteuropa stünde heute vor dem Problem, ihre Existenz militärisch gegenüber den Kriegsvorbereitungen der NATO sichern zu müssen; allein die dafür nötige Produktion und die zu treffenden Maßnahmen wären beim besten Willen weder bürokratisch noch lustvoll zu organisieren. In diesem Punkt zeigt das Buch seine große Schwäche. Das Problem der Hochrüstung wird lediglich am Rande gestreift. Entmilitarisierung wird gefordert, die Weltlage jedoch unter diesem Gesichtspunkt nicht analysiert. Auch wenn die Verfasser nie Experten für Friedenspolitik wären, so könnte man von ihnen dennoch erwarten, daß sie, wenn sie von der Gefährdung der Menschheit sprechen, die größte Gefährdung der Menschheit im Gestalt der Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus als Hauptgefahr unserer Epoche deutlich benennen. Man denke dabei im übrigen nicht nur an die Umweltzerstörung durch Manöver und Atombombentests sowie an die Geldmittel, die für die Rüstung verloren gehen, sondern auch an die durch Rüstungsforschung „lahmgelegten“ Mäuren an Wissenschaftlern. Schon diese Tatsache belegt entgegen allen ökologischen Linkenrufen die Aktualität der Marx'schen These, daß der Kapitalismus die Entfaltung der Produktivkräfte behindert. Die Vernachlässigung der Problematik von Krieg und Frieden in dem Buch beinhaltet zugleich den Verzicht auf eine differenzierte Einschätzung des Gesellschaftssystems und der internationalen Rolle der USA einerseits und der UdSSR und der mit ihr verbündeten Staaten andererseits. In knappen und eher oberflächlichen Anspielungen auf ökologische Probleme, Arbeitslosigkeit und Suff in osteuropäischen Ländern vertreten die Verfasser mehrfach eine Gleichsetzung der Länder des Kapitalismus und des realen Sozialismus. Auch wenn die Autoren ansonsten in der Friedensfrage nicht die These von

den beiden gleich schlimmen Supermächten vertreten, leisten sie dieser These dennoch in ihrem Buch durch eine weitgehende Ausklammerung der Friedensfrage Vorschub.

Treffend analysieren Ebermann/Trampert die gesellschaftliche Realität dieses Landes und ihre Entwicklung in den Kapiteln über die neuen Technologien und die neue Armut in der BRD. Mit ihrer These jedoch, daß die in den Kapiteln über die neuen Technologien und die neue Armut in der BRD. Mit ihrer These jedoch, daß die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterbewegung „keine systemspengende Kraft“ ist, setzen sie den Status Quo als stabil voraus, was durchaus im Widerspruch steht zu ihrer Analyse des kriselnden Weltwirtschaftssystems. An die These von der auch auf die Zukunft gesehen systemkonformen Arbeiterbewegung schließt sich bei ihnen die Spekulation an, durch die Ausbreitung der Bildschirm-Heimarbeit würden die Gewerkschaften „als Bewegung zerfallen“, und damit würden „die neuen sozialen Bewegungen zum historisch einzig relevanten Träger auch noch des proletarischen Klassenkampfes“. Einmal abgesehen davon, daß Ebermann und Trampert den gesamtgesellschaftlichen Umfang der neuen Heimarbeit in dieser These mit E überschätzen, erklären die Autoren nicht, warum von den derzeit eher in Strategiepapieren und Büchern existierenden spontanen Bewegungen mit der Basis in den neuen Mittelschichten mehr gesellschaftlich verändernde Kraft zu erwarten sein soll als von den Angehörigen der Klasse, die die Werte schafft, die die Veränderungen in der Produktion und die Ausbeutung taglich spürt und mit der Verschärfung der Krise des imperialistischen Weltsystems noch mehr spüren wird. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung haben die Verfasser, was die SPD und den DGB nach 1945 anbelangt, wichtiges Material zusammengetragen und treffend analysiert. Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung aber, der die beiden Autoren sich in ihrer Jugend zeitweise verbunden fühlten, haben sie entgegen ihrer hoffnungsvollen Bemerkung im Einband („Es ist eine Lust, neue Erkenntnisse nicht mit der Kritik der ehemaligen Sichtweise zu begründen“) kaum Bemerkenswertes zu Papier gebracht. Der noch interessanten Bemerkung, daß der „militärisch organisierte Fabrikarbeiter“ der „Gleichschritt der Arbeiterbewegung mit dem uniformierten

fallt dabei als Faktor unter den Tisch. Und warum die KP Italiens und die KP Frankreichs trotz Stalin-Kult gescheitert aus den 30er und 40er Jahren hervorgingen, läßt sich mit einer grobschlächtigen These wohl auch kaum klären.

Ökosozialistische Thesen: Mit Marcuse und Fromm gegen Marx und Engels

„Ökologische Krise und gesellschaftliche Umwälzung — Zwölf Thesen“, heißt ein kurzes, aber zentrales Kapitel des Buches. In der ersten These steht wörtlich: „Die Menschheit zerstört gegenwärtig ihre natürlichen Lebensgrundlagen“. Auch wenn dies „offensichtlich mit den inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu tun hat“ (These 2), so wird doch nicht eindeutig der Imperialismus als Verantwortlicher benannt, arbeiten die Autoren hier bewusst (was sie selbst in dem Buch erläutern) mit einem Gattungsbegriff, der die klassenmäßige Verantwortung der Monopolbourgeoisie für die ökologische Krise vernebelt. Thomas Ebermann und Rainer Trampert stehen mit ihren Positionen heute dem Inhalt von Rudolf Bahrs Rede auf dem Karlsruher Gründungsparteitag der Grünen anno 1980 näher als der damals von der legendären Gruppe „Z“ vertretenen Kritik daran (vgl. Z-Sondernummer, Alternative Wahlbewegung nach Karlsruhe, 1.2.1980).

Grundlage für das Gattungsbegriff ist bei den beiden Autoren die Behauptung, die marxistischen Theoretiker einschließlich Engels hätten einen „ungerechtfertigten Optimismus“ vertreten, was die Erkenntnismöglichkeiten und technologischen Möglichkeiten an der gegenwärtigen Auswirkung der Produktion zu vermeiden. „Die gewaltige Palette z.B. neuer chemischer Produkte und ihrer unübersehbar vielfachen Wirkungszusammenhänge“, so unter Autorentenspannung, „hat einen eskalierenden Vorsprung von angewendeten Möglichkeiten menschlicher Produktion gegen über den Erkenntnissen ihrer Folgewirkungen gebracht“. Das angesprochene Problem besteht real nicht darin, daß Substanzen erfunden werden, deren Wirkungen auf den menschlichen Körper nicht genau bekannt sind (dieses Problem gab es schon im Mittelalter), sondern darin, daß alle möglichen Stoffe von der chemischen Industrie massenhaft produziert werden und aus Profitgründen in Umlauf gebracht werden. Daß wir die Wirkungen vieler Substanzen heute noch

Fortsetzung nächste Seite

3. Zum Parteitag der Grünen am 7. Dezember in Hamburg erscheint im KONKRET VERLAG unter dem Titel **„Die Zukunft der Grünen“** ein politisches Konzept für eine radikale Partei. Ein Manifest, das die beiden Exponenten der „ökosozialistischen“ Strömung bei den Grünen verfaßt haben. Rainer Trampert, Vizepräsident der Grünen Bundesversammlung, und Thomas Ebermann, Vizepräsident der „ökosozialistischen“ Strömung, haben das Buch geschrieben. Es ist eine Herausforderung an die Partei, sich mit der Zukunft der Grünen zu beschäftigen. Das Buch ist in der Hamburger Büchergeschäft „Schöner Ort“ und im Verlag „Konkret“ erhältlich. Es kostet 2,50 Mark. Es ist eine Herausforderung an die Partei, sich mit der Zukunft der Grünen zu beschäftigen. Das Buch ist in der Hamburger Büchergeschäft „Schöner Ort“ und im Verlag „Konkret“ erhältlich. Es kostet 2,50 Mark.



Fortsetzung von vorheriger Seite

nicht kennen, heißt im übrigen noch keinesfalls, daß wir sie nicht morgen kennen können. Noch vor 150 Jahren waren z.B. auch Impfstoffe gegen Krankheiten wie Typhus, Gelbfeber und EIB unbekannt. Auf der philosophischen Ebene bedeutet die von Ebermann und Trampert verteilte Kritik an Friedrich Engels letztlich das Bestreben der Erkenntnistheorie der Welt — und damit die Aufgabe der marxistischen Erkenntnistheorie. Von dieser heutigen Position der beiden Genossen aus ist der Weg zum Idealismus und Subjektivismus, und auch zum Mystizismus eines Rudolf Bahro, weniger weit, als mancher annehmen mag. Dazu muß es natürlich nicht unbedingt kommen. Zumal ich die Autoren und ihre politische Arbeit insgesamt sehr schätze, möchte ich daher über den konkreten zukünftigen politischen Weg der beiden ebenso wenig spekulieren, wie sie selbst über die konkreten Durchsetzungschancen ihrer Politik in der grünen Partei. Wenn in den „Thesen“ von „jeder zukünftigen Gesellschaft Momente des bewußten Verzichtes und Abschieds von lieb gewordenen Gewohnheiten“ verlangt wird, wenn an der heutigen Gesellschaft frech nach dem bürgerlichen Philosophen Erich Fromm „die Reduktion aller Bedürfnisse auf das reine Haben“ kritisiert wird, dann fordern die beiden gewiß keine Senkung der Sozialhilfssätze, lassen aber dennoch sehr unbestimmt, was das konkret bedeuten soll, auf Fleischkonsum und Pasteten verzichtet in diesem Zusammenhang von ihnen erwähnt.

Manfred Jendryschik

Die Unsrigen, sagt Ulanow

wählbar jederzeit, von den Beteiligten, aber wer wär's da nicht, abzusetzen bei mäßiger Arbeit, immer, wie sonst soll sie lernen, das gibt ein Rennen nicht nur durch die Korridore, Rennen ist gut, der rannte der erkennt's. (Auch der Lohn bewegt sich, zueinander, dies nebenbei.) Viele, dann alle, üben sich in größeren Hallen am Gerät, sagt er, namens

in größeren Hallen am Gerät, sagt er, namens Staat, vom vielen Begreifen hiebt's sich frei. Das Bedürfnis wird Fähigkeit, Fähigkeit Bedürfnis, einer ist der andere wie er selbst, weg mit den Utopien sagt Ulanow, die Kugel schon im Leib

aus: Manfred Jendryschik
Die Ebene,
Halle-Lepzig (DDR) 1980, S. 75
(in der BRD erschienen bei Suhrkamp)

Hier könnte man zu ihrer Verteidigung noch einwenden, daß ein Mehr an industriell produziertem Konsum für die Gesamtheit der Bevölkerung in den imperialistischen Metropolen (mit Ausnahme der heute verarmten Teile) nach einer gesellschaftlichen Umwälzung und der Beendigung der Ausbeutung der „Dritten Welt“ tatsächlich unwahrscheinlich ist. Wenn Ebermann und Trampert aber in Herbert Marcuse gegen Marx die These „Technik ist Herrschaft“ aufstellen, dann führt diese These zu einer Unterschätzung der Frage der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln, was sich in dem Buch auf eine in sich widersprüchliche Weise niederschlägt. So wird in den „Thesen“ (Nr. 2) behauptet, der real existierende Sozialismus bewiese, „daß eine bestimmte Überwindung des Kapitalismus, die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln (?!), keine Lösung der Krise der äußeren Natur erbringt“. An anderer Stelle des Buches (S. 240) wird jedoch betont, daß die angestrebte ökologische Gesellschaft „unweigerlich die Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln voraussetzt“. Ein paar Seiten davor (u. wiederum von der Notwendigkeit einer „Politik des schrittweisen Umbaus der heute zerstör-

ten Produktionsweise“ die Rede, was ohne weiteres eine reformistische Interpretation ermöglicht. Eine Schwäche der Thesen von Thomas Ebermann und Rainer Trampert besteht in diesem Zusammenhang auch darin, daß sie bei aller Kritik an realer Sozialismus nicht konkretisieren, oder zu meinen was „reale Vergesellschaftung“ für sie heißt. Die im Sindelfinger Programm der Grünen enthaltene Forderung nach „Selbstverwaltung“ wirft gerade auch unter ökologischen Gesichtspunkten das Problem auf, wie verhindert werden kann, daß sich die selbstverwalteten Betriebe in der Volkswirtschaft als konkurrenzlos begegnen, mit allen vom Kapitalismus her bekannten Folgen von A wie Arbeitslosigkeit bis Z wie Zerstörung der Umwelt. Ein Blick auf die „Arbeiterselbstverwaltung“ in Jugoslawien zeigt, daß dies kein rein theoretisches Problem ist.

Bewegungspartei ohne Bewegung?

Was die Vorschläge für die konkrete Taktik der Grünen anbelangt, so propagieren die Verfasser die bekannten und unnötigen Positionen der Hamburger (GAL), inklusive einer Teilerkennungstaktik gegenüber der SPD bei entsprechender parlamentarischer Konstellation. Dazu stellen sie fest: „Es gibt gegenwärtig keinen Weg für die Grünen, grundlegend neue Weichenstellung gegen die eskalierenden ökologischen Schäden, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und des sozialen Elends und gegen die aggressive NATO-Politik durchzusetzen“. Soweit, so gut, und wäre ich nicht so ein mißtrauischer Dogmatiker, dann würde ich mir über das Wortchen „gegenwärtig“ — jedenfalls gegenwärtig — noch keine Gedanken machen und es auch nicht gegen die drei Worte „in diesem System“ austauschen wollen.

In den (dürftigen) staatsrechtlichen Aussagen ihres Buches haben die beiden Autoren nicht zum ersten Mal bei dem französischen Theoretiker Nicolas Poulantzas („Staatslehre“, VSA-Verlag) abgeknippt. Es gebe „keine wirklich emanzipatorische Politik, die sich über den Staat verwirklichen kann“. Den Parlamenten, so ist zu lesen, komme als „zentralen Organen für die Bildung des politischen Willens in und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften besondere Wichtigkeit zu“. Diese Position unterschätzt nicht nur die Repressionsfunktion des heutigen Staates, sie blockiert auch jegliche Diskussion über die Notwendigkeit der Verhinderung konterrevolutionärer Aktionen der bürgerlichen Klassenkräfte nach einer erfolgreichen gesellschaftlichen Umwälzung. Diese Thematik scheint mir aber gerade angesichts der von den Autoren nur beiläufig erwähnten chileni-

erfolgreichen gesellschaftlichen Umwälzung. Diese Thematik scheint mir aber gerade angesichts der von den Autoren nur beiläufig erwähnten chileni-

Wenn die beiden Autoren von den Grünen eine „mutige radikale Politik“ fordern, so sollte dies jeder um Politik fähigkeit bemühte Linke nicht nur begrüßen, sondern auch als Einladung zur Einmischung verstehen. Und wenn die Buchautoren von der Notwendigkeit des „Mitteldrucks in den Bewegungen“ sprechen, berühren sie heute die Achillesferse der Grünen Partei. Denn die Grüne Partei kann eine solche systemverändernde Politik nicht mit ihren 32.000 Mitgliedern allein und schon gar nicht von den Abgeordneten wählen aus machen, durchhalten und schließlich auch durchsetzen. Auch der von den Autoren zurecht hervorgehobene wachsende Anteil junger Arbeiter an der Wählerschaft der Grünen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grünen heute nahezu eine reine Parlamentspartei sind, die ohne den von den bürgerlichen Politikern vielgeschmähten „Druck der Straße“ Gefahr läuft, der SPD und damit diesem System auf dem Leim zu gehen. Denn trotz allen Nutzens, den die Existenz grüner Parlamentsfraktionen heute mit sich bringt, sitzt die Kraft, die die Verhältnisse einmal zum Tanzen bringen wird, nicht im Bonner Hochhaus am Tulpenfeld.

Unser Gdastur Uwe Klöppner ist Mitglied der Grünen und ehemaliger Mitarbeiter der Zeitschrift „Moderne Zeiten“.



Thomas Ebermann,
Rainer Trampert
Die Zukunft der Grünen,
Kiepert in der Verlag
280 S., 24 DM



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG Bundestag 5300 Bonn

Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Die im letzten AK begonnene Überwindung über Aktivisten der Grünen im Bundestag soll hier fortgesetzt werden. Selbstverständlich stellen die dokumentierten Anfragen und Erklärungen nur einen kleinen Ausschnitt des parlamentarischen Alltags der Grünen dar.

„Einstiegsdroge“ Rogers-Plan

Zur Annahme des Rogers-Plan durch die NATO erklärt der Obmann der Grünen im Verteidigungsausschuß Roland Vogt: „Ein Kriegsführungs-konzept wie das des Rogers-Plans erhöht die Gefahr der Eskalation hin zum Atomkrieg. Daran ändern auch die Beteuerungen des Namensgebers nichts, der NATO-Plan diene der Anhebung der nuklearen Schwelle. (...) Die Unterschiede zwischen Rogers-Plan und Air-Land-Battle Konzept (ALB) der US-Streitkräfte sind geringer als vom NATO-Oberbefehlshaber ständig propagiert wird. Beide Konzepte sind verknüpft durch die Absicht und Fähigkeit, dem Gegner in der Tiefe seines Raumes vernichtende Schläge zuzufügen. (...) Der Rogers-Plan dient zugleich als Beruhigungsspiel und als Einstiegsdroge für offensive US-Doktrinen in der NATO-Planung.“ Am 29.11. haben die Grünen zu Rogers-Plan und ALB eine große Anfrage eingereicht.

In einer Erklärung vom 6.12. nehmen die Grünen Stellung zu den Ergebnissen der NATO-Tagung in Brüssel und zur Militärpolitik der SPD: „Da hat die NATO mal wieder Muskeln gezeigt. Die eskalanten 'Lücken in der Verteidigung' sind geschlossen, die Luftverteidigung wird verstärkt, die Munitionsvorräte drastisch aufgestockt, die Maßnahmen für Infrastrukturvorhaben in den nächsten fünf Jahren verdoppelt. Daß dies alles der Kriegsführung dient und schon heute dringend notwendige Investitionen im Sozial- und entwicklungspolitischen Bereich verhindert, erfährt der interessierte Zeitgenosse nur am Rande. (...) Die Grünen im Bundestag werden diesem NATO-Aufrüstungskurs massiv entgegenzutreten; die Vorbereitung des Austritts aus der NATO für die Bundesrepublik wird immer dringender. Die Friedensbewegung ist aufgefordert zu handeln, und die SPD muß eindeutig klären, wo sie steht. (...) Letzten Freitag war das Gegenteil der Fall. Der Antrag der Grünen im Bundestag, den Rogers-Plan abzulehnen, wurde mit den Stimmen der SPD im Bundestag abgelehnt. Sie stört sich offensichtlich am Verfahren, nicht am Inhalt. Eine Zustimmung der SPD zum Rogers-Plan wäre die zweite historische Fehlentscheidung nach dem Anstoß zur Aufstellung neuer atomarer Mittelstreckenraketen Mitte der 70er Jahre.“

Weiterverarbeitung von Atomwaffen

Auch zu der am Beispiel von NUKEM in Heissen deutlich gewordenen forcierten „friedensgefährdenden Verbreitungspolitik und nationalen Aufstockung von Bombenrohstoffen“ haben die Grünen eine große Anfrage in den Bundestag eingebracht. In einer Erklärung dazu wird auf die kontinuierliche bundesrepublikanische Atomexportpolitik hingewiesen. „Schon lange vor dem Machtantritt der Unionsparteien Ende 82 hatte die sozialliberale Koalition mit ihrer skrupellosen Atomexportpolitik (Brüsseler Abkommen 1973) die internationale Öffentlichkeit aufgeschreckt und bei der Weiterverbreitung von Atomwaffen Schutzhilfe geleistet. Bevorzugte nukleare Handelspartner sind seitdem immer noch die Länder, die den Atomwaffen-sperrvertrag nachdrücklich ablehnen: Brasilien, Argentinien, Pakistan, Südafrika. Die Grünen im Bundestag fordern im Bereich der Weiterverbreitungspolitik die SPD auf, endlich eine ge-

radikalere Haltung bei der Abwehr der Zimmermannschen Bestrebungen an den Tag zu legen. Weil die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht getrennt werden kann von der Weiterverbreitung von Atomwaffen, fordern die Grünen im Bundestag ein Exportverbot für alle nuklearen Erzeugnisse.“

Grüne Mittelamerika-Politik

Auf eine mögliche versteckte Unterstützung der Bundesregierung für den Unionsratverband El Salvador ANEP auf dem Wege der „Entwicklungshilfe“ weisen die Grünen in einer Erklärung vom 22.11. hin: „Der extrem rechtsorientierte salvadoranische Unternehmerverband ANEP hat sich am 21.11.84 massiv gegen ein zweites Dialogtreffen zwischen dem salvadoranischen Präsidenten Duarte und der Befreiungsbewegung FDR/FMLN ausgesprochen. Laut ANEP sei die derzeitige militärische Situation für die Streitkräfte von Vorteil, weswegen die Fortführung des Dialogs nur der Befreiungsbewegung nützen könnte. (...) Die Grünen fragen in diesem Zusammenhang die Bundesregierung, ob Teilzuwendungen der 30 Mio. DM Entwicklungshilfe, wie z.B. Warenhilfe im Wert von ca. 30 Mio. DM in El Salvador Wirtschaftssektoren zufließen können, die dem rechtsextremen Unternehmerverband angeschlossen sind oder mit ihm kollaborieren. Die Grünen weisen darauf hin, daß eine direkte oder indirekte Unterstützung für diese Sektoren einer direkten Stärkung derjenigen Gruppen gleichkomme, die eine politische Lösung des Konflikts in El Salvador ablehnen und eine Verlangung und Massierung des Krieges bevorzugen.“

„In eine angemessene Antwort auf die aktuelle und noch zu erwartende Eskalation der USA gegen Nicaragua“

„In eine angemessene Antwort auf die aktuelle und noch zu erwartende Eskalation der USA gegen Nicaragua“

Zu den „Wahlen in Grenada: Ein Jahr nach dem Überfall — Fortsetzung der US-Politik mit zivilen Mitteln“ erklärt Gaby Goltwald: „Ein Jahr nach dem US-Überfall auf Grenada haben dank der Hilfe der Seebewacher des 'freien Westens' in Grenada Wahlen stattgefunden, deren Ergebnis die Kontinuität einer der USA wahrgenommenen Politik garantiert. Die Wahlen haben damit den ihnen von außen zu gedachten Zweck erfüllt. (...) Die Präsenz der ausländischen Interventionsruppen während der Wahlen war eine eindeutige Beeinflussung der Wähler, indem so darauf hingewiesen werden sollte, daß ein Wiedererstarken der Maurice Bishop Bewegung ein erneutes militärisches Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten in der Karibik provozieren würde. (...) Die zukünftige Regierung Grenadas wird die Fortsetzung der US-amerikanischen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen auf Grenada und in der Karibik garantieren. Sie wird für ein günstiges Investitionsklima US-amerikanischer Firmen sorgen, Reprivatisierungen vorantreiben und den Ausverkauf der Insel forcieren.“

Diplomatie: Hochrangige sowjetische Delegation“ bei den Grünen im Bundestag

Im November bewachte eine offizielle sowjetische Delegation, der auch Mitglieder des Obersten Sowjet angehör-

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

5300 Bonn
Bundestag 7583
Fernruf 16
Telex 885589 gruen d

ten, die grüne Bundestagsfraktion. „Nach Ansicht der Grünen kam die vom Besuch der sowjetischen Delegation eine unerwartete zusätzliche Bedeutung zu, nachdem im Nachklang der durch politische Leichtfertigkeit verspielten Möglichkeit zu Gesprächen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem Staatsratsvorsitzenden Honecker nun auch durch mangelnde Sorgfalt in der Vorbereitung der Besuch von Außenminister Genscher in der Volksrepublik Polen geplatzt ist.“ Diskutiert wurden „Fragen der Situation Europas nach der Raketenstationierung sowie außenpolitische Fragen, speziell zum Internationalen Währungsfonds und der Situation der Länder Lateinamerikas.“ Zu den Differenzen bzw. Übereinstimmungen wurde nichts mitgeteilt.

Flick

In einem Artikel für die „Heilbronner Stimme“, der über die Bundestagsfraktion als Pressemittel verteilt wurde, macht sich MdB Willy Hoes-Gedeken zu den „Schlußfolgerungen aus dem Flick-Skandal“. Auch bei „gläsernen Taschen“ der Abgeordneten würde sich nichts Grundlegendes ändern: „Es bliebe weiter das Problem zu klären, wie die Spitzen der Industrie wirtschaftliche und finanzielle Macht ausüben und hinter der Parlamenten wichtige Fäden ziehen und Parlamentsentscheidungen beeinflussen. Meiner Meinung nach gilt es, auch diesen Vorhang zu öffnen und zu zeigen, wie unsere parlamentarische Demokratie funktioniert, wenn sich zuvor die Herren von Henkel, Flick, Oetiker und Daimler-Benz getroffen und sich über Steuerpolitik, Mitbestimmung, Verkehrs- und Energiepolitik, über Subventionen oder Export in die Welt abgesprochen haben. (...) Aus unserer Sicht ergibt sich bei über 'gläserne Taschen' immerhin heute und in Zukunft eine wichtige Aufgabe: die Macht- und Einflußmöglichkeiten solcher Konzerne wie die Flick-Unternehmens durch Entflechtung, durch den Ausbau des Kartellrechts und erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer unter Kontrolle der Bürger und ihrer Parlamente zu bringen.“

16,6 Mrd. DM für die Entgiftung der Umwelt

Einsparungen im Bundeswehrhaushalt in Höhe von 18 Mrd. DM sollen ein 16,6-Mrd.-DM-Entgiftungsprogramm finanzieren, das die Grünen als Schwerpunkt ihrer Anfrage zur zweiten Lesung des Haushaltsplans 1985 vorgelegt haben. „Die Maßnahmen erstrecken sich sowohl auf konstante als auch auf verändernde Maßnahmen und umfassen die Beschaffung neuer Subventionen und Nachhilfen. (...) So werden allein für den Bereich Energieversorgung — sie trägt einen hohen Anteil der Schadstoffemissionen — 7,665 Mrd. DM veranschlagt. Die Mittel dienen der Energieeinsparung (ca. 1,5 Mrd. DM), der Kohlenstaubschwelung (300 Mio. DM), der Umwandlung von Kraftwerken und Industrieanlagen zur Verringerung des Schwefeldioxid- und Stickoxidausstoßes (2,31 Mrd. DM), der Förderung der Wärmebleichtechnologie (1,7 Mrd. DM), dem Umbau der Energieversorgungsstrukturen (dezentrale Nah- und Fernwärmenetze; 2,3 Mrd. DM) und der Förderung von Forschung und regenerativer Energieerzeugung ca. 450 Mio. DM. Erhebliche Mittel sollen auch für die Veränderung der Produktion in der Chemieindustrie aufgewendet werden, um giftige Abfallprodukte und Emissionen zu begrenzen.“

Das Entgiftungsprogramm ist neben der Forderung nach Einsparungen im Verteidigungsbudget und dem Sofortprogramm zur Eindämmung der Atomkraft der dritte Schwerpunkt grüner Alternativen zum Haushaltsplan 1985.

Die »Wende« schleicht sich in die Betriebe ein

1979 wurden die „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion“ des CSU-Generalsekretärs Edmund Stoiber bekannt und wählten einen Stab aus Stöber, der die Überlegungen an, Macht und Einfluß des DGB in den Betrieben zu brechen. Dies war Teil des Programms, mit dem Strauß 1980 für die Handtagswahlen kandidierte. Er scheiterte. Das Programm aber kommt zu späteren Ehren. Von der CSU inspiriert, bereitet eine harte Fraktion von Koalitionsabgeordneten eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes vor, die im Januar 1983 im Bundestag eingebracht werden soll. Diese Maßnahme ist Teil von stückweise vorbereiteten betrieblichen und gewerkschaftlichen Veränderungen.

Da Jüß Blum über sein demagogisch „Beschäftigungsförderungsgezet“ genanntes Vorhaben gewerkschaftliche Schutz- und Mitbestimmungsrechte abbauen, um mehr Flexibilität in den Betrieben zu ermöglichen; da eröffnet das neue Arbeitszeitgesetz neue, flexible Möglichkeiten des Einsatzes der Arbeitskraft; da wird der Jugendarbeitsschutz abgebaut; da weiß man zwar noch nicht, was genau, wohl aber daß an der Überarbeitung des Arbeitskampfrechts gearbeitet wird; da werden Pläne geschmiedet, Urabstimmungen gesetzlich zu regeln (damit Unorganisierte mitbestimmen können), und per Gesetz die Bundesanstalt für Arbeit von der Arbeitslosengeldzahlung bei kalten Aussperrungen zu befreien.

„Bekanntnis zum Gewerkschaftspluralismus“

„Wenn man in der Gewerkschaftsfrage eine nachhaltige Änderung der bestehenden Verhältnisse erreichen will, dann müssen über eine Zeitdauer von mindestens einer bis zwei Legislaturperioden entsprechende Initiativen ergriffen und auch durchgeführt werden“, schrieb Stoiber 1979 („Rohmaterialien“), für „Strauß — Mein danke“, J. Reents-Verlag 1979). Daraus leitete er ab: einerseits „Unterstützung der Minderheitsgewerkschaften“, wie DAG (Angestellte), DBB (Beamtenbund) und CGB (Christliche), andererseits „Das Betriebsverfassungsgesetz muß novelliert werden“ (Abschnitt VI) wichtigste Maßnahme sei der „Schutz für Minderheitsgewerkschaften im Betrieb“.

Auf Initiative mehrerer CDU/CSU-Bundestagabgeordneter (mittelschlächtige Unternehmer) und des CDU-Abgeordneten Müller (ehemaliger DGB-Hauptamtlicher) sollen jetzt zwei solche Novellierungen vorgenommen werden. Aktueller Anlaß für die eine Änderung: Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 16.10.84 einer Klage des Bundesbundes nachgegeben, daß das Unterschriftenquorum (Anzahl erforderlicher Unterschriften) im Personalvertretungsgesetz, daß zur Zulassung einer eigenen Liste notwendig ist, zu hoch sei. Nach dem neuen Gesetz soll ein „Minderheitsquorum“ eingeführt werden.

— der es zwei „Beauftragten“ ermöglicht, eine solche Liste einzureichen; — die freigestellten Betriebsräte sowie die Beiräte der Betriebsratsausschüsse nicht mehr nach dem Verhältniswahlrecht vornehmen, so daß kleinere Gewerkschaften zukünftig an der Postenvergabe beteiligt wären. Darüber erhofft man sich eine Schwächung des DGB-Mehrheitsmonopols in den Betrieben.

Gleichzeitig soll mit der gesetzlichen Legitimierung von „Sprecherausschüssen der Leitenden Angestellten“ die Stellung des Betriebsrats geschwächt werden. Bisher hieß es im Betriebsverfassungsgesetz § 5, Abschnitt 3: „Dieses Gesetz findet, soweit in ihm nicht ausdrücklich anders bestimmt ist, keine Anwendung auf leitende Angestellte, wenn sie nach Dienststellung und Dienstvertrag

1. zur selbständigen Einstellung und Entlassung von im Betrieb oder in der Betriebsabteilung beschäftigten Arbeitnehmern berechtigt sind oder
2. Generalvollmacht oder Prokura haben oder
3. im wesentlichen eigenverantwortliche Aufgaben wahrnehmen, die ihnen regelmäßig wegen ihrer Bedeutung für den Bestand und die Entwicklung des Betriebes im Hinblick auf besondere Erfahrungen und Kenntnisse übertragen werden“.

Der zukünftige Sprecherausschuß der Leitenden Angestellten wird zwar wenig Rechte haben, wird daher vom

DGB als „Oberhaus“ im Betrieb bezeichnet, bekommt aber gesetzliche Konkurrenzrechte gegenüber dem Betriebsrat. So wird es zukünftig einer dreiköpfigen Kommission aus je einem Vertreter des Unternehmens, der Leitenden Angestellten und des Betriebsrats obliegen, zu definieren, wer Leitender Angestellter ist. In Zweifelsfällen dürfte damit die 2:1-Mehrheit gegen den Betriebsrat entscheiden. Der Betriebsrat muß zukünftig bei Betriebsvereinbarungen die Vertretung der Leitenden Angestellten, wenn ihre „rechtlichen Interessen“ hiervon berührt sind. Diese können sogar arbeitsgerichtliche die Aufhebung solcher Vereinbarungen einklagen, wenn sie ihre Interessen verletzt sehen. Damit dürfte eine Schwächung des Betriebsrats und

Das Mitte September gefällte Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG), das Warnstreiks, wenn sie nur wenig über drei Stunden hinausgehen, für rechtmäßig erklärte, ist Anfang Dezember vom Arbeitgeberverband der Metallindustrie Südwürttemberg-Hohenzollern vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten worden.

In der Verfassungsbeschwerde wird eine Verletzung der Grundrechte aus Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes (Koalitionsfreiheit), Artikel 3 Absatz 1 (Gleichheitsgrundsatz) sowie aus Artikel 2 Absatz 1 (Persönlichkeitsrecht), Artikel 20 Absatz 2 und 3 (Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung) gerügt. Durch die im September verlorene Klage vor dem Bundesarbeitsgericht wollten die Arbeitgeber der Metallindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, sowie einige Firmen die Warnstreiks, die die IG Metall 1981 im Rahmen der „neuen Beweglichkeit“ durchgeführt hatte, als rechtmäßig verurteilt wissen. Das Gericht sollte die IG Metall außerdem dazu verurteilen, es künftig zu unterlassen, zu derartigen Warnstreiks vor Abschluß eines eventuellen Schlichtungsverfahrens aufzurufen.

In den mündlichen Verhandlungen argumentierten die Rechtsanwälte der Kapitalisten, die Streikakt der IG Metall verweise die Grenze zwischen Warn- und Erzwangsstreik immer mehr, so daß sich die Frage stelle, ob in Zukunft „überhaupt noch frei verhandelte Tarifverträge abgeschlossen werden könnten.“ (Süddeutsche Zeitung, 12.9.)

Mit der jetzt angestregten Verfassungsklage wollen die Arbeitgeber außerdem erreichen, daß die Arbeitgeberverbände klageberechtigt sind. Das BAG hatte als klageberechtigt nur Beschäftigte oder Kapitalisten, nicht aber Verbände oder Gewerkschaften anerkannt, da diese nicht direkt betroffen bzw. „geschädigt“ seien. Schließlich soll durch die Verfassungsbeschwerde das Streikrecht für Lehrlinge wieder abgeschafft werden. In dem BAG-Urteil war nämlich festgestellt worden, daß kurze Warnstreiks die Ausbildung von Lehrlingen nicht beeinträchtigen.

Das Urteil des BAG vom September dieses Jahres bringt im Prinzip nichts Neues. Schon in den letzten Jahren waren durch die Urteile verschiedener Landesarbeitsgerichte Warnstreiks in der Regel für rechtmäßig erklärt worden, wenn sie in einem gewissen Rahmen bleiben (Ausnahmen: Landesarbeitsgericht Frankfurt und Baden-Württemberg). Auch das BAG hatte schon 1976 kurze Warnstreiks zur Unterstützung von Tarifvertragsverhandlungen nach Ablauf der Friedenspflicht für zulässig erklärt, wenn sie von der Gewerkschaft getragen wurden. Damals argumentierte das BAG, daß durch Warnstreiks ein „leichter Druck“ ausgeübt werden könne, der die Verhandlungen u.U. sogar fördern und einen großen Arbeitskampf möglichweise gar verhindern könne. Bis zu dieser BAG-Entscheidung hatte in der Rechtsprechung das uneingeschränkte „Ultima-ratio-Prinzip“ bestanden. Danach waren Streiks und Aussperrungen erst dann zulässig, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft waren. Von diesen Grundsat-

ziner Stellung als Interessensvertretung der Beschäftigten im Betrieb erreicht werden.

DGB Vorstand jammert

„Die Auseinandersetzung um die Betriebsverfassung und Sprecherausschüsse wird in den nächsten Monaten nicht nur zeigen, wo die Regierungskoalition steht, sondern auch verdeutlichen, daß die Gewerkschaften kampfbereit und kampffähig sind“, schreiben die DGB-Vorstände Muhr und Blecher im „Angestellten-Magazin“ (12/84). Da darf man gespannt sein.

Während in den Monaten nach der Auseinandersetzung um die Wochen-

arbeitszeitverkürzung verschiedene DGB-Führer um Tauwetter bei der Bundesregierung bemüht waren, Kohl sogar Auftritte auf den Gewerkschaftstagen der IG Chemie und IG Bergbau hatte, und die jüngsten Vorstöße ein herber Schlag gegen den DGB und seine betriebliche Monopolstellung. Dennoch trafen Kohl und der DGB-Vorsitzende Breit am 28. November zu einem „Arbeitsfrühstück“ zusammen, um in einem Meinungsaustausch über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes einzutreten, wie lapidar gemeldet wurde. Wenig kompliziert nimmt sich auch das aus, was der Stellvertreter Breits, Gustav Fehrenbach in einer bitteren Klage an Kohl als „Provokation“ und „noch nie zu ver-

zeichnender Vorgang“ bezeichnete. Innenminister Zimmermann ließ Vertreter aller Beamteneinigungen zu einem „berufungspolitischen Grundgespräch“ Mitte November einladen. Das Gespräch führte an seiner Stelle sein Staatssekretär, also zweite Wahl, Vertreter des Beamtenschaftsbundes mit Kohl und Zimmermann zusammen. Das wiederum hat Fehrenbach „empört“, und doch im DGB mehr Beamte als anderswo organisiert.

Offensichtlich haben da immer noch einige nicht begriffen, daß sie als Sozialpartner bei dieser Regelung mehr Klinkenputzer sind, als daß sie etwas erreichen könnten.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Warnstreikurteil: Umkehr im Arbeitsrecht?

zen ging das BAG auch bei dem diesjährigen Urteil wieder aus, obwohl die Warnstreiks in der Metallindustrie 1981, auf die sich die Klage der Kapitalisten bezog, ein wesentlich größeres Ausmaß hatten als der Streik, der 1976 zur Klage führte. Die „neue Beweglichkeit“ — so das BAG — habe sich nicht in längerfristigen und unbegrenzten Streiks, die gemeinhin als „Erzwangsstreiks“ bezeichnet werden, ausgedrückt.

Das Arbeitsrecht ist im hohen Maße „Richterrecht“, d.h. es fehlen zu wichtigen Fragen eindeutige gesetzliche Regelungen. Durch das Warnstreikurteil hat die Debatte unter den Herrschenden wieder neue Nahrung bekommen, ob nicht neue gesetzliche Rahmenbedingungen für Arbeitskämpfe notwendig seien. Seit Anfang dieses Jahres denkt z.B. die FDP laut über ein Verbändegesetz nach. Eine eindeutige Stoßrichtung unter den Herrschenden zu diesem Thema hat sich allerdings noch nicht herausgebildet. Einig sind sie sich jedoch im lauten Klagen. So sieht der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, Esser, nicht nur in dem neuen Urteil, sondern in der gesamten Rechtsprechung von den 70er Jahren „die Chancengleichheit der Arbeitskämpfparteien auf das empfindlichste gestört“ (FAZ, 8.12.)

Gegen schärfere Konturen im Arbeitsrecht hat sich bspw. Bundesarbeitsminister Blum ausgesprochen, der dies für einen „Offenbarungseid in der Tarifpolitik“ halten würde. Recht treffend brachte Michael Jungblut von der „Zeit“ diese Position auf den Punkt als er schrieb: „Ob die nach dem Kasseler Urteil (etwas voreilig) wieder erhobenen Forderungen nach einem Verbändegesetz immer dringlicher und lauter werden, wird deshalb vor allem davon abhängen, welchen Gebrauch die Gewerkschaften von dem Instrument machen, für das ihnen gerade in Kassel der Waffenschein ausgestellt wurde.“ („Die Zeit“, 21.9.)

In der Vergangenheit war es doch so, daß die IG Metall, sich trotz des der „neuen Beweglichkeit“ verantwortungsbewußt verhalten hat. Sie hat bspw. die „neue Beweglichkeit“ nicht in dem Sinne überstrapaziert, daß der Reallohnabbau der letzten Jahre verhindert, oder eine spürbare Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt wurde. Nur wenn dies der Fall gewesen wäre, hätten die lauten Klagen der Kapitalisten („die Grenzen zum Erzwangsstreik sind verwischt“) und die Euphorie in sozialdemokratischen Kreisen („die Wende im Arbeitskämpfrecht wurde zurückgewiesen“, so Künne von der IG Metall) einen realen Kern.

Bisher haben die Herrschenden die Lohnkämpfe in der BRD mit gewissen Ausnahmen (Septemberstreik 1969 z.B.) immer gut im Griff gehabt. Der linke Arbeitstreiter Däubler kommt von diesem Hintergrund zu der realistischen Einschätzung, daß der Streik im Gegensatz zu verbindlichen Lohnverträgen immer noch „das mit den wenigsten „Reibungsverlusten“ verhandelte Mittel zur Regulierung des Lohnkonflikts“ ist. Seiner Einschätzung nach „brauchen die Unternehmer den sparsamen eingesetzten Streik um das bestehende Wirtschaftssystem zu stabilisieren, d.h. um Konfliktpotential zu absorbieren ...“ (Wolfgang Däubler, „Das Arbeitsrecht“, S. 172).

Eine schärfere Gangart im Arbeitsrecht wurde nämlich als Warnstreikurteil von dem ehemaligen Bundes-

wirtschaftsminister Graf Lambsdorff vorgeschlagen. Seiner Meinung nach sollten die Kapitalisten überlegen, ob sie den gezielten Warnstreiks nicht mit Warnaussperrungen begegnen müßten. Außerdem müsse heute festgestellt werden, daß es ein Fehler war, daß der Gesetzgeber das Arbeitskämpfrecht viele Jahre der Rechtsprechung überlassen habe. Es sei nun zu prüfen, ob das bürgerlich liberale Lager nicht zu gesetzlichen Regelungen des Arbeitskämpfrechts schreiten sollte („Welt“, 14.9.).

In eine ähnliche Richtung zieht der „FAZ“-Kommentator F.W. Seiner Meinung nach haben die Arbeitgeber längst begriffen, daß es ein Fehler ist, auf Rechtsverletzungen der Gewerkschaften immer nur im Nachhinein zu reagieren. „In Wahrheit ist diese Er-

kennnis auch bei den Arbeitgebern längst gereift, wie die internen Planspiele zeigen, die im letzten Tarifkampf fünf Minuten vor der Verwirklichung standen. Wenn denn der Punkstreik keinen rechtlichen Bedenken mehr begegnet, dann kann natürlich die Aussperrung kein Tabu mehr sein.“ („FAZ“, 13.9.)

Zum Schluß sei noch angemerkt, daß diese Debatte in den Gewerkschaftstagen wohl auch nicht ohne Wirkung bleiben wird. Für die extrem gesetzestreuen westdeutschen Gewerkschaftsführer verstärkt allein schon eine solche Debatte die Tendenz zur Anpassung an das Gegebene.

BAG-Kommission

Wie sitzt man einen Konflikt aus?

Elf Kündigungen für die Kollegen bei BMW

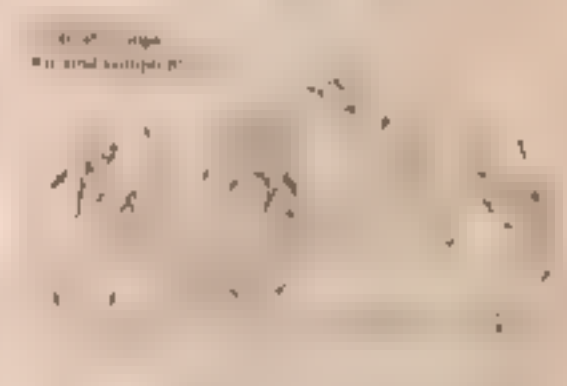
Ausgerechnet im „Jahrhundertwahlkampf“ der IG-Metall ereignete sich ein handfester Skandal um die Betriebsratswahlen. Mit Hilfe der Werksleitung des BMW-Werkes wurde eine Mannschaft von „Vernünftigen“ IG-Metallern in den Betriebsrat geholt. Auf der Strecke blieb eine engagierte Gewerkschaftspolitik. Bemerkenswert die kläglich Rolle der IG-Metall. Elf Kündigungen und neun richterliche Entscheidungen konnten hieran bislang nichts ändern.

Die Betriebsratswahlen bei BMW im April dieses Jahres endeten mit einem Eklat. Drei Gewerkschafter erreichten bei der Persönlichkeitswahl nicht die notwendige Zahl der Stimmen. Stattdessen schnitt eine Gruppe von IG-Metallern, die unter dem Namen „Mannschaft der Vernunft“ antrat, außerordentlich gut ab. Sie stellten den neuen Betriebsrat Rainer Knirsch, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und Vertrauenskörperleiter und Peter Vollmer, Betriebsratsmitglied und Mitglied der Vertrauenskörperleitung waren erst 1984 in den Betriebsrat gewählt worden. Sie standen für eine engagierte Interessensvertretung im Betrieb. Vor allem der Werksleitung war der alte BR ein Dorn im Auge. Den Rückenwind einer nicht so populären Forderung nach der 33-Stunden-Woche nutzend, schürten sie die Stimmung gegen die unangenehmen Betriebsräte. So drohte der Werksleiter auf der letzten Betriebsversammlung vor der Wahl, Sonderrufen zu streichen, wenn die beiden bisherigen Betriebsräte Knirsch und Vollmer wieder gewählt würden. Sie seien „unflexibel“ und „fehl am Platz“. Der Erfolg blieb nicht aus. Alle fünfzehn Sitze gingen an die „Vernünftigen“.

Ein Urteil und keine Folgen

Vollmer, Knirsch und Köbrich, ein ebenfalls gescheiterter Betriebsratskandidat, gaben sich mit dem Ergebnis

nicht zufrieden. Sie fochten die Wahl an. Der Wahlkampf der Liste des Vertrauenskörpers war behindert worden. Besonders peinlich aber, daß sie bewiesen konnten, daß der Wahlkampf der „Mannschaft der Vernunft“ von BMW massiv unterminiert wurde. So wurden deren Hochglanz-Wahlbrochure auf Kosten des Werkes gedruckt. Für die Fotos war extra eine Fotografin aus München eingeflogen worden. Angesichts solcher Fakten wurde die Wahl vom Arbeitsgericht für unwirksam erklärt. Vorher blieb allerdings der derzeitige Betriebsrat im Amt. BMW erkennt das Urteil nicht an, die endgültige Entscheidung wird erst auf dem Instanzenweg gefällt werden. Dies kann nach vorsichtigen Schätzungen bis zum Ende der Amtsperiode 1987 dauern.



Mittlerweile ist eine groteske Situation eingetreten. Dieser Betriebsrat hat über die Kündigungen der drei Kollegen zu befinden. Und er macht davon reichlich Gebrauch. Denn, kaum war die Anfechtungsklage eingereicht und per Flugblatt der Belegschaft mitgeteilt worden, erhielten Vollmer, Knirsch und Köbrich die fröhliche Kündigung wegen Störung des Betriebsfriedens. Aktionen gegenüber Journalisten brachten ihnen im Mai gleich die zweite Kündigung ein — „wegen wiederholter in den öffentlichen Medien

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

durchgeführt. Ihr Verleumdungsselbstverständnis wieder mit Zustimmung der „Vernünftigen“

Kündigungen am Fließband

Ende Juli konnten die Kollegen Kührich und Vollmer ihre Kündigungsentscheidungen in erster Instanz gewinnen. Auch der Klage auf Wiedereinstellung wurde stattgegeben, Eingeklagt wurden sie dennoch nicht. Die richterliche Anordnung der Zwangsvollstreckung unter Androhung von Bußgeldern bis zu 300 DM täglich beantwortete BMW mit einer zweiten bzw. dritten fristlosen Kündigung. Auch der Kollege Knirsch gewann Anfang Oktober seinen Prozeß in erster Instanz. Beide Kündigungen von April und Mai wurden für unwirksam erklärt. Seiner Klage auf Wiedereinstellung möchte der zuständige Richter allerdings nicht mehr stattgeben. Zwar seien die ersten beiden Kündigungen unwirksam, aber die am 18. September ausgesprochene dritte Kündigung sei noch nicht Gegenstand des Verfahrens, so daß sich das Gericht darüber noch kein Urteil erlauben könne.

In nunmehr neun Einzelentscheidungen der ersten Instanz haben verschiedene Kammern des Gerichts entschieden, — daß die Kündigungen gegen jeden der drei unwirksam waren, — daß die Betriebsratswahl wegen der unzulässigen Einflußnahme der Firma unrechtmäßig war, — daß Peter Vollmer und Hans Kührich sofort weiterbeschäftigt werden müssen, — daß BMW im Falle der Zuwiderhandlung — bei Peter Vollmer täglich DM 300, bei Hans Kührich tageweise DM 20 000 zu zahlen habe. Dies alles nicht die Weltfirma BMW nicht an. Mit Hilfe der „Vernünftigen“-Betriebsräte greift sie zum Mittel der Kettenkündigung, das alle Urteile aller Instanzen unwirksam machen könnte. Letzter Stand, am 9. Oktober bekamen Knirsch und Vollmer ihre Verurteilung, Kührich am 26. Oktober die dritte Kündigung.

IG-Metall auf Tauchstation

Die Ortsverwaltung mitten in der Tarifauseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche enthielt sich lange Zeit jeglicher Stellungnahme. Man gewährte den Gefeuerten Rechtschutz, zu den skandalösen Kündigungen aber schwieg sie. Immerhin verabschiedete die Vertreterversammlung Anfang Mai eine Solidaritätsresolution, in der sie die Wahlmanipulation seitens der Werkleitung verurteilte, zum Verhalten der rechten Betriebsräte (nahezu alles IGM Funktionäre) sagte sie nichts. Erst die gerichtliche Annullierung der Wahl veranlaßte die IG Metall zu einer öffentlichen Reaktion. Sie forderte den amtierenden Betriebsrat auf zu rücktutreten, um eine Neuwahl zu ermöglichen, weil ein Betriebsrat „mit einem Urteil nicht leben könne, sondern durch eine Neuwahl den Beweis erbringen muß, daß er ein frei gewählter Vertreter der Belegschaft ist“.

Statt einer gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung insbesondere über das Verhalten der IGM Betriebsräte Worthüben und Rechtsschutz. Die Schonung der rechten Betriebsräte führte mittlerweile dazu, daß der bisherige Vertrauenskörperleiter und Gekündigte Knirsch im November als VK-Leiter abgewählt wurde im Beisein eines Sekretärs der IG-Metall. Die Mehrheitsverhältnisse haben sich geändert. Somit nähert sich dann ja vielleicht auch der Zeitpunkt, wo sich die „Mannschaft der Vernunft“ gefährliches demokratischen Wahlen stellen kann. Damit wäre die IG-Metall das leidige Thema los.

Schon gleich zu Beginn der Auseinandersetzung hat sich ein Solidaritätskomitee gegründet, das eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit leistet. Mittlerweile gibt es eine umfangreiche Dokumentation u.a. mit Zeitungsartikeln und Solidaritätsadressen. Das Solidaritätskomitee bittet zur materiellen Unterstützung der Kollegen und zur Finanzierung der weiteren Öffentlichkeitsarbeit dringend um Spenden.

Postcheckkonto Hainer Knirsch, Berlin-West, Nr. 230114-106, Kennwort „Solidarität“

Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter, c/o Bodo Ziemer, Haberichwerder Allee 10, 1 Berlin 33, Tel. 8312629 / 8314144.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

IG Bergbau — Streikbrecher-Gewerkschaft

In der „Einheit“, der Zeitung der IG Bergbau, gab es bislang nur eine Hetze gegen den Streik der britischen Bergarbeiter, insbesondere gegen den Präsidenten der NUM, Arthur Scargill. Solidarität wurde verweigert, allem zu humanitärer Hilfe sei man bereit, verbaute aus IG Bergbau Kreisen. Auf dem Gewerkschaftskongreß Ende November wiederholte Vorsitzender Adolf Schmidt diesen Standpunkt. Über den Hintergrund des Streiks wurde nicht informiert. Stattdessen wurde betont, daß die Gewerkschaft der privilegierten Steiger, die NAEDM, nicht streikt — die verleihe „die Stimme der Bergarbeiter Großbritanniens“. Die Hilfe der reichen bundesdeutschen Bergarbeiter-Gewerkschaft beschränkte sich daher bislang auf eine „humanitäre“ Spende von DM 60 000 und noch einmal DM 105 000, die für Erholungsaufenthalte in Skandinavien bestimmt sind.

Mit den Streikzielen jedoch wollte man sich nicht identifizieren. Im Gegenteil, man distanziert sich, wie der nachfolgende Brief der IG Bergbau zeigt. Gleichzeitig wird versucht, alle Gewerkschaften auf diesen Kurs zu bringen. Die Hetze gegen das mutige Gewerkschaftsmitglied Fröse, der in einem „Offenen Brief“ die fehlende Solidarität seiner Gewerkschaft beklagt

hatte, zeigt auf, wie offen und demokratisch es in der IG Bergbau zugeht, deren Führer die Gebetsmühle von Freiheit und Demokratie lehren wie sonst nur Gerhard Löwenthal.

Immerhin: Die IG Metall hat nur wenige Wochen nach Einrichtung ihres Spendenkontos DM 325.000 nach Großbritannien überwiesen. Weitere DM 350.000 aus Geldern der 35-Stunden-Wochen-Auseinandersetzung wurden für Ferien der Bergarbeiter-Kinder gespendet.

Zunehmend beteiligen sich Untergliederungen des IGB an Spendensammlungen und Kleider- sowie Lebensmitteltransporten. Nur mit aktiver Solidarität bei den Kohlelieferungen hapert es. Die Streikbrecher-Gewerkschaftsführer der IG Bergbau schweigen zu zehnmal so hohen Kohlelieferungen wie sonst üblich aus der BRD nach Großbritannien. Immerhin hat jetzt auch das erstemal die ÖTV, die solche Transporte verhindern könnte, am 10. Dezember eine Linierrückführung mit britischen Gewerkschaftern gehabt. Bislang ist allerdings außer verbindlichen Solidaritätszusagen keine verbindliche Zusage gekommen, daß man den Transport verhindern wolle.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



NUM-Präsident Scargill

Reaktionäre Stimmen zum Bergarbeiterstreik

„Feinde der Demokratie“ sind die Bergarbeiter-Streikführer, „die für den Staat nicht weniger gefährlich seien, als irische oder libysche Terroristen“, (Margret Thatcher)

„Solidarität gegen Scargill“

„Gewerkschaften, die sich zu Freiheit und zur Demokratie bekennen, können nicht Bündnisse mit Kommunisten eingehen. Dieser Zusammenhang ist für die westdeutsche Bergbau-Gewerkschaft zwingend. Dennoch sind Geldspenden der westdeutschen Arbeiter an die betroffenen Familien in England gestossen. Das ist ein feiner Unterschied. Nicht den Kampf der kommunistisch geführten Organisation will man stützen, sondern den von der Ra-

dikalität ihrer Führer betroffenen Menschen helfen“, interpretiert Ernst Götter Vetter in der FAZ vom 6.12.84 völlig richtig die „Solidarität“ der IG Bergbau.

„Arthur Scargill verleihe internationale Solidarität“, — „Wir können uns nicht mit den Streikzielen der NUM nicht identifizieren“, (Einheit, IG Bergbau-Zeitung, 15.11.84)

„Damit ist das Aufbrechen der Streikfront vor Weihnachten, nach Ablauf der 37. Streikwoche, im Grunde nicht gelungen. Dennoch denkt Margret Thatcher nicht daran, den partikularen Interessen einer vergangenheitsorientierten Organisation nachzugeben“, kommentiert die Welt vom 24.11.84 den Ablauf der Frist, bis zu der die Ausnahme von Weihnacht-Besteuerungsgeldern möglich war.

Streikbruch nicht gelungen
Streikbruch nicht gelungen

Britische Steuerfahnder sind auf der Jagd nach dem Gewerkschaftsvermögen der NUM im Ausland, weil diese sich nach wie vor weigert, eine Gerichtsstrafe von 750 000 DM zu bezahlen. Die Zahl der Streikbrecher, die mit einem zusätzlichen Weihnachtsgeld von bis zu 3.300 DM gekodert werden sollten, hat die Erwartungen nicht erfüllt. Der Streik konnte nicht gebro-

chen werden. Vor diesem Hintergrund beschloß die Delegiertenkonferenz der NUM am 3.12. mit 139 gegen 80 Stimmen: die Strafe wird nicht gezahlt, der Streik wird so lange weitergeführt, bis die Zechenschließungen zurückgenommen worden sind. Der „Guardian“ in London veröffentlichte Anfang Dezember die folgenden Zahlen über Streikende und Nichtstreikende.

Bezirk	Beschäftigte	Zahl der Nicht-Arbeitenden	Zahl der Arbeitenden
Yorkshire	56.000	54.500	1.500
South Wales	21.500	21.416	84
Scotland	13.100	12.300	800
Northwest	23.000	21.954	1.048
Kent	3.000	2.878	122
Derbyshire	10.500	7.000	3.500
Sub-total	127.100	120.048	7.052
Midlands	13.000	4.200	8.800
Lancashire	6.500	4.000	2.500
North Wales	1.000	350	650
Nottinghamshire	30.000	6.000	24.000
South Derbyshire	3.000	330	2.670
Leicestershire	1.500	200	1.300
Sub-total	55.400	15.080	40.320
Total in pits:	182.500*		
Workshops	8.000	6.000	4.000
Total manpower	191.500†	140.128	51.372
Note: * Cokeworks are taken into account, the figures are as follows			
Cokeworks	4.500	4.300	200
	196.000	144.428	51.572
*NCB Report/Accounts 1983/84 Page 31			
†NCB Report/Accounts, 1983/84 Page 29.			

Weiter so ...

370.000 DM hat der in London lebende amerikanische Millionär John Paul Getty an die britische Bergarbeiter, die er als „foine lours“ bezeichnet, überwiesen. „Ich glaube, es wäre mir nicht möglich gewesen, mein Weihnachtsgeld zu genießen, ohne daß ich etwas für ihre Weihnachtswissen getan hätte“, soll er gesagt haben. Eine Garantie, daß das Geld nicht auch an die Streikpoolen gehe, habe er nicht bekommen.

Adresse:
Koordinationsbüro Britische Bergarbeiter c/o GEW, Haarhausstr. 1a, 56 Wuppertal, Tel. 0202 / 30 38 01, Mo. bis Sa., 10 bis 12 Uhr u. 15 bis 17 Uhr

Spendenkonto
Raphaels Krupps, BfG Wuppertal, Bf 7 110 101 11
Kontonr. 201 5123100
Vermerk
Bergarbeiter Großbritannien



Berlinese Polizei im Einsatz gegen streikende britische Bergarbeiter

Aussperrungsverbot:

GRÜNE bringen SPD in Schwierigkeiten

Am 18. Juni dieses Jahres, während der heißen Phase der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, legte die Bundestagsfraktion der Grünen einen Gesetzesentwurf zum Verbot von Aussperrungen vor.

Angesichts der Tatsache, daß Anfang Juni 1984 89.000 Metallarbeiter unmittelbar ausgesperrt und ca. 118.000 kalt ausgesperrt waren, war dies ein demonstrativer Akt der Solidarität. Außerdem sollte diese parlamentarische Initiative einen Versuch dar, die Beschlüsse mehrerer Gewerkschaftstage in praktische Politik umzusetzen. Zuletzt waren entsprechende Beschlüsse auf dem DGB-Bundeskongress 1982 und dem IG-Metall-Gewerkschaftstag 1983 verabschiedet worden.

Das Aufgreifen gewerkschaftlicher Forderungen durch die Grünen stellt die Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaft nun offensichtlich vor ganz neue Probleme. Als die SPD in Bonn noch die Regierungsgeschäfte führte, blockierten führende Sozialdemokraten wie Herbert Wehner entsprechende parlamentarische Initiativen mit der Begründung, daß ein Aus-

Rudolf Driesler entwarf daraufhin für die Parteivorstandssitzung am 7. September eine Diskussionsvorlage. Darin heißt es, Ziel der SPD sei, „die Aussperrung mit einem Artikelgesetz mit gezielten Änderungen von Einzelgesetzen praktisch zu unterbinden.“

Die vom DGB ursprünglich geforderte Grundgesetzänderung wurde auf der SPD-Vorstandssitzung endgültig verworfen, da sie nur mit Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat durchzusetzen sei. „Einige Vorstandsmitglieder, die den Gewerkschaften nahe stehen, warnten vor allzu forschender Reaktion auf die Herausforderung der Grünen. Hessens Holger Börner rief von einer neuen Diskussion über das Arbeitskampfrecht ab.“ Trotz dieser Widersprüche soll sich der SPD-Vorstand dann doch noch darauf verständigt haben, den von Anke Fuchs empfohlenen Kurs weiter zu verfolgen. Drei Tage nach dieser Entscheidung gab es jedoch massive Kritik aus dem SPD-Gewerkschaftsrat. Von Hermann Rapp, dem IG-Chemie-Vorsitzenden kam der Vorwurf, daß SPD und Gewerkschaften sich von den Grünen vereinnahmen ließen. Inzwi-

sprechende parlamentarische Initiativen mit der Begründung, daß ein Aussperrungsverbot eine Klage der Kapitalisten vor dem Bundesverfassungsgericht provozieren könnte. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das dann möglicherweise fällt, würde die juristisch verbrieftene Waffengleichheit im Arbeitskampf feilschreiben und u.U. sogar ein Verbändegesetz, das wesentliche Rechte der Gewerkschaften einengt, zur Folge haben.

Die Reaktion der DGB-Führung auf die Gesetzesinitiative der Grünen entsprach nun völlig der windelweichen Haltung der SPD. In einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten bat der DGB-Vorsitzende Breit „diese parlamentarische Initiative in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages sorgfältig unter politischen und rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen.“ Damit hatte er sich seiner Pflicht entledigt.

Von dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Siratmann wurde dieser Brief in einer Bundestagsrede am 27. Juni noch sehr positiv bewertet. Breit — so Siratmann — „fordert zwischen den Zeilen — ich weiß es — die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion auf, diesen Gesetzesentwurf sorgfältig zu prüfen und — ich darf ihn wohlwollend interpretieren — ihm zuzustimmen.“

Entweder Siratmann hat Breit völlig mißverstanden, oder er wollte mit diesem Teil seiner Rede taktisch geschickt die SPD unter Druck setzen. Auf jeden Fall konnte von einer wohlwollenden Prüfung bei den meisten SPD- und Gewerkschaftsführern nicht die Rede sein. Von den 26 Gewerkschaftsvorsitzenden, denen die Grünen ihren Entwurf zur Prüfung zugesandt hatten, antworteten nur sieben. „Positiv reagierten lediglich die Gartenbaugewerkschaft sowie der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, der SPD-Bundestagsabgeordnete Haas.“ („Spiegel“, 19.11.) Döding, der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gewürst, antwortete, die Forderung der Grünen, auch die „kalten Aussperrungen“ zu verbieten, sei aussichtslos.

Über die Diskussion im DGB berichtet der „Spiegel“, daß eine DGB-Expertenrunde über die Gesetzesinitiative beraten habe. Ergebnis dieser Beratung war die Empfehlung an den SPD-Vorstand, das Verbot der Aussperrung im Grundgesetz zu verankern und außerdem in einem Artikelgesetz näher zu erläutern. DGB-Vorstandsmitglied Ilse Brusius, sowie die SPD-Vorständler Anke Fuchs und

SPD und Gewerkschaften sich von den Grünen vereinnahmen ließen. Inzwischen hofft die SPD-Spitze dem „Spiegel“ zufolge, daß sich das Thema von selbst erledigt, indem es erstmalig in dem Bundestagsausschuß schmort und dann allmählich in Vergessenheit gerät.

Das Verhalten der meisten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer angesichts der Gesetzesinitiative der Grünen ist offensichtlich nur so zu erklären, daß ihnen der dominante sozialdemokratische Einfluß in den Gewerkschaften wichtiger ist als das Verbot der Aussperrung. Außerdem haben SPD und Gewerkschaftsführer kein Interesse daran, daß sich die Grünen in ihrem traditionellen Terrain politisch profilieren.

Allerdings gibt es auch in der Gewerkschaftslinken Kritiker der Gesetzesinitiative. Inhaltlich bewegen sie sich auf der eingangs erwähnten sozialdemokratischen Linie. Von den SPD-Führern unterscheidet sie, daß sie für ein Verbot der Aussperrung bei einer stärkeren gesellschaftlichen Bewegung schon zu haben wären.

Einer dieser Kritiker ist Horst Peter Zahn, „express“-Redakteur und SB-Sekretär. Seiner Meinung nach ist die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung „eine bequeme Drohbärde. Sie bringt nichts, oder sie würde unter den gegebenen Verhältnissen gar zu einer verfassungsrechtlichen Anerkennung der Aussperrung führen und zu einer politischen Regelung des gesamten Arbeitskampfrechts ermuntern.“ („express“ 7/8-84)

Es erscheint allerdings fraglich, ob es zu einer Verschärfung des Arbeitskampfrechts eines solchen Anlasses bedarf. Die Vergangenheit zeigt doch eindeutig, daß die Herrschenden, wenn sie in einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich demokratische Rechte abbauen wollen, schon immer genug Anlässe und Begründungen gefunden haben. Dazu bedarf es wahrlich keiner Gesetzesinitiative der Grünen.

B&G-Kommission

Literaturhinweis

Nicht nur zum Verbot der Aussperrung sondern auch zum Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes und über die Diskussion der Grünen zur 35-Stunden-Woche informiert eine kürzlich erschienene Broschüre der „Grünen im Bundestag“ mit dem Titel „Arbeitszeit Forum: Arbeitszeitpolitik der Grünen“.



Hungerstreik in den BRD-Knästen

Zwangsernährung schon nach 10 Tagen angedroht

Am 4.12.84 sind Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Seitdem haben sich den Forderungen nach Zusammenlegung in große Gruppen und Behandlung nach der Genfer Konvention weitere 34 Gefangene angeschlossen (Stand 14.12., nach „faz“, 15.12.84). Schon nach zehn Tagen hängt Brigitte Mohnhaupt am Tropf, weil ihr Körper durch die Haftbedingungen schon so geschwächt war, daß sie nun keine Flüssigkeit bei sich behalten kann.

Für einige Gefangene ist dieses seit 1970 der zehnte Hungerstreik gegen die Isolation, gegen die immer häufigeren und aggressiver werdenden Leibverletzungen und Zellenrazzen. Gegen die immer massiveren Einschränkungen der Kommunikation nach draußen, wie Bezugsverbot von Büchern in einigen Knästen, den Abbruch von Brief- oder Besuchskontakten durch Gerichtsbeschlüsse; durch vermehrte Kriminalisierungsversuche, indem kriminelle Vereinigung im Knast vorgeworfen wird. Und gegen das immer wieder stattfindende willkürliche Auseinanderreißen von bestehenden Gruppen.

Bei diesem Kampf um ihr politisches und ihr physisches Überleben im Knast sind Holger Meins 1974 und Sigurd Debus 1981 während eines Hungerstreiks zu Tode zwangsernährt worden.

In der Presse wird dieser Hungerstreik nahezu totgeschwiegen. Springers „Bild“ hingegen kann mit einem kompletten „Schlachtpan“ aufwarten. „Ein Anstaltsleiter“ wird zitiert: „Der Befehl kam von außen, die Gefangenen haben oft Besuch von ihren Anwälten.“ (Bild 11.12.84) Und neuer Terror droht: „In einer Frankfurter RAF-Wohnung fand die Polizei diesen Plan: 1. Phase: Hungerstreik, um die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen, 2. Phase: Demos und Kundgebungen, 3. Phase: Anschläge auf Politiker, Richter, hohe deutsche und amerikanische Offiziere.“ (ebd.)

Drinnen ...

Sofort nach Beginn des Hungerstreiks ist Jürgen Adolphs in den Trakt nach Bielefeld verlegt worden. In Westberlin ist die Gruppe von Frauen auseinandergerissen worden und sie haben jetzt nur noch einzeln Hofgang. Und die Bundesanwaltschaft hat angefangen, die juristische Vorbereitung für die Zwangsernährung zu treffen. Für die Gefangenen Helmuth Pohl, Stefan Frey und Volker Staub liegt eine detaillierte Verfügung vor. Wie das dann durchgeführt werden soll, ist allerdings noch offen, weil nach Beginn des Hungerstreiks die Ärzte aus vielen Knästen

geäußert haben, daß sie es ablehnen, die Zwangsernährung durchzuführen.

... und draußen

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Hungerstreiks kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen. In Münster, Stuttgart, Hamburg, Karlsruhe und Berlin wurden Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt. In Hamburg wurde auf einer Veranstaltung mit gut 300 Besucher/innen über den aktuellen Stand des Hungerstreiks berichtet und von den Anwälten/innen über die Ausdehnung des Begriffs „terroristische Vereinigung“ auf Gruppen aus der Antikriegsbewegung, Hausbesetzer, auf einzelne oder Gruppen von Leuten, die über Brief- oder Besuchskontakte zu Gefangenen als „Unterstützer“ definiert werden.

Die Absichten des BRD-Staats gegenüber den politischen Gefangenen werden deutlich aus einer Äußerung Scherers, der den MAD (Militärischer Abschirmdienst) von 1972-77 leitete. Die Anwälte von Barbara Ernst zitierte bei der Hamburger Veranstaltung aus dem „Siern“ (18.10.84): „Nachhaltig warnte Scherer vor Folter und Mord — nicht etwa aus moralischen Gründen. Ein toter Terrorist sei ein Märtyrer, ein gefangener Terrorist dagegen eine Informationsquelle. Folter ist dumm, dozierte Scherer, er halte mehr von der Zirkusmethode. Man müsse Gefangene etwa so behandeln, wie Tiere dressiert würden, mit Zuckerbrot und Peitsche. Das ehemalige Mitglied der RAF, den früheren Anwalt Horst Mahler, habe man auf diese Weise umdrehen können, behauptet Scherer, und der OPEC-Attentäter Hans Joachim Klein sei gar von deutschen Diensten als geheimer Informant angeworben worden.“ Perfekte Isolation heißt das, bis die Gefangenen gebrochen sind, bis sie keine Widerstandskraft mehr haben.

Hungerstreik 1981 und jetzt

Der Hungerstreik 1981 wurde nach elf Wochen im Vertrauen auf Zusagen des Bundesstaatsanwaltes abgebrochen. Die vage Zusage: „Keiner bleibt in Einzelisolation“ wurde nicht eingehalten. Diesmal werde es, so die Gefangenen, ohne die Durchsetzung der Forderungen kein Ende des Hungerstreiks geben.

Hieß es in der Hungerstreikerkklärung vom 6.2.81 noch: „Wir fordern Anwendung der Genfer Konvention auf die Gefangenen der RAF und anderer ant imperialistischen Widerstandsgruppen (...). Zusammenlegung dieser Gefangenen...“, ist diese Forderung in der Hungerstreikerkklärung von Dezember 1984 erweitert: „Zusammenlegung (der Gefangenen der RAF, Anm. AK) mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen“.

Solidarität und Öffentlichkeitsarbeit

Ebenso wie 1981 stellt sich die Frage, wie eine möglichst breite Solidarität mit und Öffentlichkeit zu den Hungerstreikenden hergestellt werden kann. Mit dem Hungerstreik alleine — und wird er auch mit allen Konsequenzen geführt, — wird eine Veränderung der Haftbedingungen nicht erkämpft werden können.

Bisher gab es Grußadressen und Solidaritätsveranstaltungen und zumindest in Hamburg eine gut besuchte Informationsveranstaltung. Aber dies geht über das „bekannte linke Spektrum“ in- und ausländischer Gruppen und Organisationen nicht hinaus.

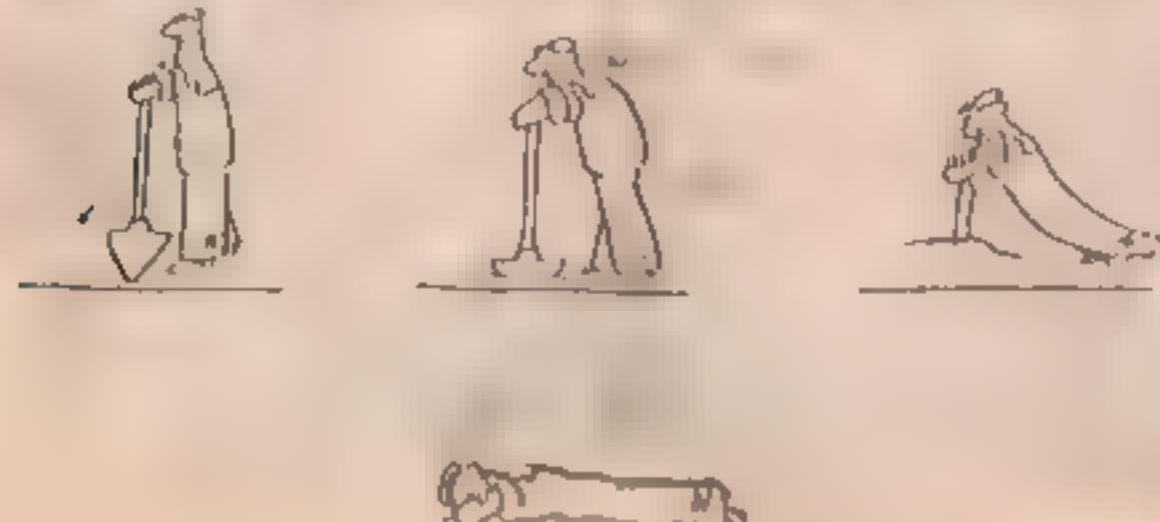
Die Unterstützer draußen sollten nicht den gleichen Fehler machen wie 1981 und mit der Hungerstreikerkklärung (oder anderen ant imperialistischen Plattformen) als Grundlage nach solidarisierenden Kräften suchen.

Humanistische und demokratische Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen müssen angesprochen werden. Sie müssen aufgefordert werden, für die Erlösung der hier in der BRD so viel beschworenen demokratischen und humanistischen Rechte zu sorgen. Mit diesen Schritten sollte nicht wieder gewartet werden, bis die ersten Gefangenen so geschwächt sind, daß sie in Lebensgefahr sind.

gn. antirep, Hamburg.

Im Hungerstreik sind:

Stammheim: Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Manuela Happe
Aichach: Helga Root, Christa Fackes
Köln: Adelheid Schütz
Düsseldorf: Rolf Clemens Wagner
Straubing: Rolf Heißler, Bernd Rössner
Paderborn: Dorothee Peters
Bielefeld: Anne Holling, Barbara Ernst, Ingrid Jakobsmeier, Jürgen Adolphs
Celle: Karl-Helmuth Dellwo, Andreas Vogel, Knut Folkert, Lutz Tauser
Jülich: Hanna Krabbe, Ingrid Möller, Inga Kreuzer, Christiane Kuby
Frankfurt: Inge Kroba, Gisela Dutz
Frankenthal: Helmuth Pohl, Volker Staub, Stefan Frey
Westberlin: Gabriele Rollnik, Angelika Gerden, Monika Berberich
Bruchsal: Günther Sonnenberg, Roland Meyer
Hamburg: Manfred Klein, Jens Stuhlmann
Oswaldorf: Sieglinde Hoffmann.
(Stand 14.12.84)



Dokumentation

Hungerstreikerklärung und Erklärung zur Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF

Dezember 1984

Wir sagen, daß die Dialektik revolutionärer Kämpfe gewichtiger ist als die imperialistische Doktrin der harten Haltung.

In den Trakten, den Gefängnissen, auf dem gesamten gesellschaftlichen Terrain der internationalen Imperialisten für den Krieg und Repressionen, Mittel aufeinander, um die Geschichte, die weltweit den Bruch mit dem Kapitalismus verlangt, zu etablieren.

Ihre Macht ist Militärstrategie, Aufstandsbekämpfung, Maschine — aber hohl, nur Gewalt, sonst nichts. Es ist ihre Reaktion auf die sich vereinheitlichende Kraft der internationalen Kämpfe für Befreiung. Auch in Westeuropa.

Wir kämpfen im Bewußtsein der Einheit der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand jetzt mit dem Hungerstreik für die Zusammenlegung in große Gruppen. Wir fordern die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention. Gegen die Institutionalisierung von Folter und Kriminalisierung in der NATO-Demokratie ist das politische Forderung, für die die Kriegsgefangenen gemeinsam kämpfen, und der mögliche Schutz.

Auch in unserer Lage ist das aus der gesamten Situation die gleiche Entscheidung vor der sie alle Teile der revolutionären Linken stehen: Aus einem langjährigen Kräfteverhältnis die Defensive zu durchbrechen — die Suche, die Anfänge des Wunsches in Kampf zu verwandeln und neue politische Durchbrüche zu schaffen.

Für uns heißt das, von der Tatsache der Isolation, der erzwungenen Vereinzelung auszugehen und auf die eigene Kraft zu vertrauen. Gegen eine Situation, in der der imperialistische Staat aus seiner substantiellen Instabilität und dem fortschreitenden Verlust an Legitimität nur noch seine Potenz zu herrschen demonstrieren will, und jede Veränderung auch für Gefangene als Machtforderung bekämpft.

Unser Kampf schließt sich den Kämpfen der Kriegsgefangenen in Frankreich, Irland, der Türkei, Spanien, Italien und in besetzten Palästina an und eröffnet neue und ist integriert in die Aufgabe, die sich der ganzen revolutionären Linken hier stellt.

Entweder sie kämpft sich in der Praxis des Widerstands zum außerrechtlichen revolutionären Prozeß in Westeuropa vor, indem sie Subjekt des Kampfs um Befreiung ist, oder sie kann nur als marginale Opposition die Verbrechen des Imperialismus und den Weg in den durchstrukturierten faschistischen Staatsschulzettel kommentieren.

Einheit des Kampfes in der anti-imperialistischen Front.

Wir wollen die Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen in großen Gruppen.

Wir können sie nur erkämpfen. Im Widerstand gegen das ganze eskalierte Vernichtungsprogramm verteidigen wir uns und eignen uns auf neuer Stufe an, was sie mit aller Gewalt zerschlagen wollen.

Wir wollen die Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen in großen Gruppen.

Wir können sie nur erkämpfen. Im Widerstand gegen das ganze eskalierte Vernichtungsprogramm verteidigen wir uns und eignen uns auf neuer Stufe an, was sie mit aller Gewalt zerschlagen wollen.

Wo Herrschaft durch Trennung, Differenzierung, Vernichtung einzelner, um alle zu treffen und den ganzen Prozeß zu lähmen funktioniert ist Solidarität eine Waffe. Es ist die erste starke subjektive politische Erfahrung für jeden, der hier zu kämpfen anfängt, der Kern revolutionärer Moral: Solidarität als Waffe — konkret, materiell, Aktion aus der eigenen Entscheidung für diesen Krieg.

Und die geht es — sie ist Bedingung unseres Kampfs und der Sprung dahin, der das für jeden von uns in neuer Qualität ist, ist auch für die Gefangenen aus dem Widerstand wie für jeden, der im Kampf um Identität gegenmacht kämpft, genau aus dieser gemeinsamen Situation raus: Gefangen, isoliert und wie wir mit der ganzen Schärfe ihrer Kriegsführung konfrontiert, — notwendig und möglich: Indem wir zusammen kämpfen. Und uns in diesem fight Kollektivität und Einheit erkämpfen, die Moral und Struktur, an der die Wirkung des konterrevolutionären Kriegs bricht.

Wir wollen das Kollektiv der Gefangenen und die Zusammenlegung als seine praktische Bedingung — weil es da wo Stillstand und Unterwerfung unter ihre Macht laufen sollten, lebendiger und materieller Prozeß ist, neue Gedanken und Erfahrungen aufeinander helfen und wir uns neue Möglichkeiten, Begriffe, Politik erkämpfen.

Es ist so der praktische Schutz gegen Folter, gegen den permanenten Terror dieser Bedingungen, weil er da, wo wir zusammen sind, nicht mehr greifen kann, die Totalität der Belagerung im kollektiven Prozeß bricht.

Kollektivität ist Struktur und Ziel des Befreiungskriegs. Wo ist der Raum, in dem sie sich Verbindlichkeit lernen

prozesse, selbstbestimmte bewußte Beziehungen zueinander entwickeln können. Sie ist die Konstruktion einer neuen Wirklichkeit unter uns und für uns, die vom Feind nicht mehr erreichbar und erfassbar ist. Subjektiv und objektiv notwendige Struktur, besonders in der Metropole. Aus dem Fehlen revolutionärer Massenkämpfe, der Schwäche breiter legaler Organisationsformen gegen den Faschismus hier, aus der Erfahrung der Unverbindlichkeit ihrer politischen Struktur, ihrer Spontaneität und der Unmöglichkeit, in vom Staat kontrollierten und manipulierten Strukturen Subjekt der eigenen Aktion zu sein.

Kollektivität bestimmt sich übers Ziel. Zum Angriff kommen — nicht zu einem einzigen, sondern als dauernder, gemeinsamer Prozeß der politischen Bestimmung und Aktion. Sie existiert nur im Kampf und nur gegen Herrschaft und Unterdrückung, sie ist zu entwickeln. Sie ist nicht bloße Mobilisation all dessen, was Staat und Kapital sind, sondern die gesellschaftliche Organisation freier Menschen, wie sie hier und jetzt — überall wo gekämpft wird — schon möglich ist.

Wir wollen die Einheit aller politischen Gefangenen im Kampf um Befreiung — um Perspektive im Kasten geht es uns sicher nicht, wie es überhaupt im Imperialismus keine Lebensperspektive gibt — und zusammenkommen mit allen, die den Bruch mit diesem System gemacht haben, die gegen Kasten Staat, Imperialismus und Staatsdenken von den revolutionären Kämpfen, Initiativen und Erfahrungen der letzten Jahre ausgehen, die Konsequenz daraus wollen im gemeinsamen Angriff jetzt.

Gegen das in Westeuropa vereinheitlichte und eskalierte NATO-Programm zur Fortsetzung des Kriegs gegen Guerilla und Widerstand auch in der Gefangenschaft verlangen wir Haftbedingungen, wie sie in den Genfer Konventionen als Mindestgarantien gegen Folter und Vernichtung für Kriegsgefangene festgehalten sind:

— Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen

— Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle

— Aufhebung der Kommunikationszensur: Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information.

Daß die Konfrontation, um unser Ziel durchzusetzen, total sein wird, ist klar. Dieser Krieg hat keine Vermittlung — sie haben sie längst selbst beseitigt und führen ihn offen, weil es ihnen nicht nur um unsere Vernichtung, sondern vor allem um unsere schnelle Vernichtung geht. Denn je länger wir kämpfen, umso mehr klopft ihr faschistisches Projekt, die Eskalation, auf und führen ihn offen, weil es ihnen nicht nur um unsere Vernichtung, sondern vor allem um unsere schnelle Vernichtung geht. Denn je länger wir kämpfen, umso mehr klopft ihr faschistisches Projekt, die Eskalation, auf die sie aus sind gegen sie entwickelt dieser liegt eine Dialektik für uns, setzt sich die Spur der Politik, die sie auslösen wollen, durch.

Die Eskalation ist mit den Händen greifbar. Rebmann im Dezember 83: Die Aktion „Größe an die politischen Gefangenen“ sei der Versuch, das Kommunikationsverbot zu durchbrechen — eine neue Stufe in ihrem alten Programm, das seit 13 Jahren die Realität der politischen Gefangenen in der BRD ist — 8 tote Gefangene, Isolation, Sicherheitstrakt, Kontaktaperte.

Sie haben alles versucht: Gehirnwäsche durch totalen Trakt, Zwangspsychiatrie bis zu differenzierter

und total überwachter Isolation im sogenannten Normalvollzug. Prügel und Überfälle, Zwangsarbeits und CS-Gas, gynäkologische Körperdurchsuchung unter Gewalt, stundenlange Fesselung von nackten Gefangenen beim Transport, Zwangsversorgung und Wasserentzug, Straßmanipulation, Zellenrazzien jeden Tag, mehrmals täglich Durchsuchungen bis auf die Haut, Bunker, Isolationsfesselung auf Pritschen, Schlafentzug, Verhinderung ärztlicher Versorgung.

Registrierung und Überwachung jeder Lebensäußerung und entsprechender Veranschaulichung des Terrors an die einzelne Person.

Entzug von Information und Orientierungsmöglichkeiten an der Wirklichkeit innerhalb und außerhalb der Kastenmauern, Entzug von Helligkeit und Sichtblenden tagsüber und von Dunkelheit durch Dauerbeleuchtung nachts, von Umgebung, Luft, Geräuschen, Abwechslung, Farben, Rückzugsmöglichkeit und Raum für sich selbst, Radio, Bücher, Zeitungen, von Bewegung außerhalb des Isolationscontainers jahrelang, von allem und jedem, was einem Menschen überhaupt entzogen werden kann bis zu dem, was ihn vom Tier unterscheidet: der Möglichkeit zur sozialen Interaktion — Abschneiden letzter Briefkontakte zwei Wochen Kasten und Razzia in der WG wegen einem Brief an einen von uns. Terrorisierung von Besuchern, um sie abzuschrecken, Mischreiben von jedem Wort durch LKA und BKA, Verbot fast aller Besuche bis hin zu engen Familienangehörigen wegen Öffentlichkeitsarbeit gegen Folter und Vernichtung (= „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“). Abhören der Gespräche mit unseren Anwälten, Razzien in Anwaltsbüros, Verhaftungen.

Selt 82 auch: Eigenmächtige Kontaktsperre der Kastei und Kontaktsperre bei BKA-Razzien.

Und jetzt: Kommunikationsverbot und Rebmann: „Wir werden die Zusammenlegung in Zukunft noch stärker bekämpfen“.

Im Klartext: Gegen uns und jetzt auch gegen die Gefangenen aus dem Widerstand die nach außen hermetisch abgedichtete Einzelisolation in Hochsicherheitsstrakten und -zellen.

Nach 8,10,13 Jahren dieser Gefangenschaft jetzt Kontaktsperre auf Dauer als faschistische Normalität gegen uns, in der dann wie 77 alles möglich sein soll.

Gegen ihr terroristisches Programm gibts allerdings nur eine: zu kämpfen und auch aus der äußersten Defensive der Isolation raus sie anzugreifen, mit dem, was sie uns auch hier nicht nehmen können, ohne zu töten: unser kollektives Bewußtsein und unseren Willen zu siegen.

Es ist eine Machtforderung, weil es uns auch hier eine ganze geht und die Frage, ob wir jetzt diese Staatsschutzkolonnen konfrontieren können, unser kollektives Bewußtsein und unseren Willen zu siegen.

Es ist eine Machtforderung, weil es uns auch hier eine ganze geht und die Frage, ob wir jetzt diese Staatsschutzkolonnen brechen, nicht davon zu trennen ist, wie ihre konterrevolutionäre Offensive insgesamt zu brechen ist und weil sie fürchten, daß für die revolutionäre Bewegung hier neue Bedingungen durchgesetzt sind, wenn wir die Einheit der revolutionären Gefangenen im Kampf sind — uns durchsetzen.

In dieser Situation, wo die imperialistischen Staaten Westeuropa mit dem US-Kernstaat BRD zur strategischen Zone ausbauen gegen die Befreiungskämpfe weltweit, wird jeder Durchbruch, den der Widerstand zur Front im Innern schafft, zur Machtforderung.

Denn nach der Niederlage des US-Systems in Vietnam und seiner Rekon-

struktionsphase, in der sie die NATO zum strategischen Militärbündnis für die US-Politik nach innen und außen faschistisch ausrichten, weil sie bei jeder Intervention dabei sein soll, ist es für sie zu einer existenziellen Frage geworden, die westeuropäischen Metropolen im Griff zu haben und zu halten.

Gegen den anhaltenden Druck der Befreiungskriege und seine Rückwirkungen in den imperialistischen Zentren, gegen die jungen Nationalstaaten und die sozialistischen Länder im Osten und gegen die Entstehung von Front im Zentrum selbst, die sich durch mehr als 10 Jahre bewaffneter Politik in Westeuropa in ihren strategischen Angriffen als antiimperialistische Front konkretisiert und in der sich die verschiedensten revolutionären Kämpfe hier zum Antagonismus und offensiven Funktion für die globale Front entwickeln werden.

Wenn Zimmermann wegen seiner faschistischen Ausdehnungspolitik erst von der UNO angegriffen wird, sie anschauen, aber zwingen kann die Menschenrechtsverletzungen gegen Asiaten zu schlucken, wenn sein Staatssekretär nach der US-Intervention nach Grenade fährt, um zu demonstrieren, was sie mit „Vollinnenpolitik“ meinen, wenn die neue Antifolterkonvention von der BRD und den anderen NATO-Staaten von vornherein ignoriert werden kann, wenn die BRD weiter kurdische und türkische Genossen an ihren NATO-Verbündeten Türkei ausliefern kann, weil sie dafür gesorgt hat, daß Folter und Mord dort inzwischen auf EG-Ebene als normal sanktioniert sind, wenn sie mit einem Vertreter wie Jäger in der UN-Menschenrechtskommission vorzusagen programmatisch klarstellt, welches Verhältnis zu den Menschenrechten sie durchsetzen will, dann darf Rebmann natürlich auch die öffentliche Hinnahme der Folter hier als normal verlangen, kann er das machen, worauf er schon lange tunbar ist und was von der UNO International als Form der Folter geächtet wurde. Kommunikationsverbot.

Wie es ihnen überhaupt um die repressive Durchsetzung einer anderen Normalität geht — um die Militarisierung von Politik, Staat und Gesellschaft, einer Norm, die die auf Gewöhnung aus ist, weil die Gewöhnung wieder die Ruhe darüber schallt nichts zu fühlen, nichts zu denken, nichts zu verstehen. Es geht also nicht um Aufklärung über die Tatsache der Folter, es geht um revolutionäre Gegenmacht und Aktion.

Diese ganze Arroganz imperialistischer Machtforderung kennt nur eine Grenze: wo starker, selbstbewußter Widerstand aus der Illegalität und aus der Legalität ihr zusammen eine setzen.

Nachdem die BRD die polizeiliche Integration Westeuropas präventiv gegen den Widerstand aus der Illegalität und aus der Legalität ihr zusammen eine setzen.

Nachdem die BRD die polizeiliche Integration Westeuropas präventiv gegen den bewaffneten Antagonismus im Innern der Metropolen als offen militärische Maßnahme durchgesetzt hat, ist das imperialistische Projekt jetzt die Transformation dieses Staatsschutzblocks zur „europäischen Säule der NATO“ — wobei die militärische Klammer die „politische Einheit“ der Staaten mit der US-Militärpolitik erzwingen soll — auf der Basis der Stationierungen — weil es umgekehrt nicht geklappt hat.

Die Struktur, die unabhängig vom Konsens der Nationalstaaten für die Interessen des strategischen Machtblocks funktionieren soll. Dagegen blieb millionenfacher Protest wirkungslos, konnte auch Widerstand, der

den BRD-Staat, seine gewachsene Macht und wachsenden Machtansprüche nicht als identisch mit der US-imperialistischen Ausrottungspolitik begriff, in der Konfrontation mit der präventiven totalen Mobilisierung des Apparats kein Faktor sein im internationalen Kräfteverhältnis, in und aus dem wir hier kämpfen.

Rebmanns Kommunikationsverbot jetzt, als Drohung gegen uns und alle, die mit uns diskutieren mit denen wir zusammen kämpfen und die wir kennen, ohne sie je gesehen oder ein Wort mit ihnen „kommuniziert“ zu haben, weil sie wissen, daß viele nach einer radikalen Lösung, einer konkreten Kampfperspektive suchen, ihre Erfahrungen in den letzten Jahren mit den Erfahrungen der Gefangenen aus dem bewaffneten Kampf zusammen und weiterbringen wollen — für einen Durchbruch. Denn darum geht es jetzt im Durchbrechen der konterrevolutionären Blockade der Vielfalt antagonistischer Initiativen, Erfahrungen, Strukturen erneut Sinn zu geben: Gegen die Logik der Vernichtung, gegen das Lebenslänglich in der Metropole die blockierten Erfahrungen, Bedürfnisse, Hoffnungen, Ziele und den eng gewordenen politischen Horizont vom Fatale staatlicher Übermacht zu befreien, die neue Phase in der Entwicklung des revolutionären Kriegs hier trotzzukämpfen — den Sprung jetzt zu machen, der das für jeden von uns ist — hier in den Gefängnissen und an jedem Abschnitt der Konfrontation: Die revolutionäre Lösung gegen die konterrevolutionäre durchkämpfen, das globale Projekt der Reaktion zerschlagen und die strategischen Pfeiler, auf denen sie es aufrichten wollen — präventive Konterrevolution, Verpolizisierung des Kriegs, totaler sozialer Krieg, Organisierung der Metropolen als totaler, alle sozialen Bereiche und Beziehungen durchdringendes, zerstörendes und selbstzerstörendes Gewaltverhältnis. Vernichtungslagerzüge gegen die Befreiungsbewegungen, Völker, Revolutionen in Asien, Lateinamerika, Afrika. Die Organisierung dieser Gesellschaften zwischen Kasernen, IWF und dem jetzt kulminierenden Einsatz der Hungerwaffe gegen Millionen von Menschen, damit sie ihren Weltverhältnissen nicht gefährlich werden wenn sie sich das geraubte Leben mit Gewalt widerholen wollen.

Die auf der Basis ihrer globalen Übermacht betriebene Politik der Drohung und Provokation rund um den Erdball und vor allem gegen die sozialistischen Staaten im Osten, die Host mit der sie als imperialistischen Verbrechen zusammen in den Schallenspiegeln wollen, mit der sie den konventionellen und atomaren Krieg organisieren.

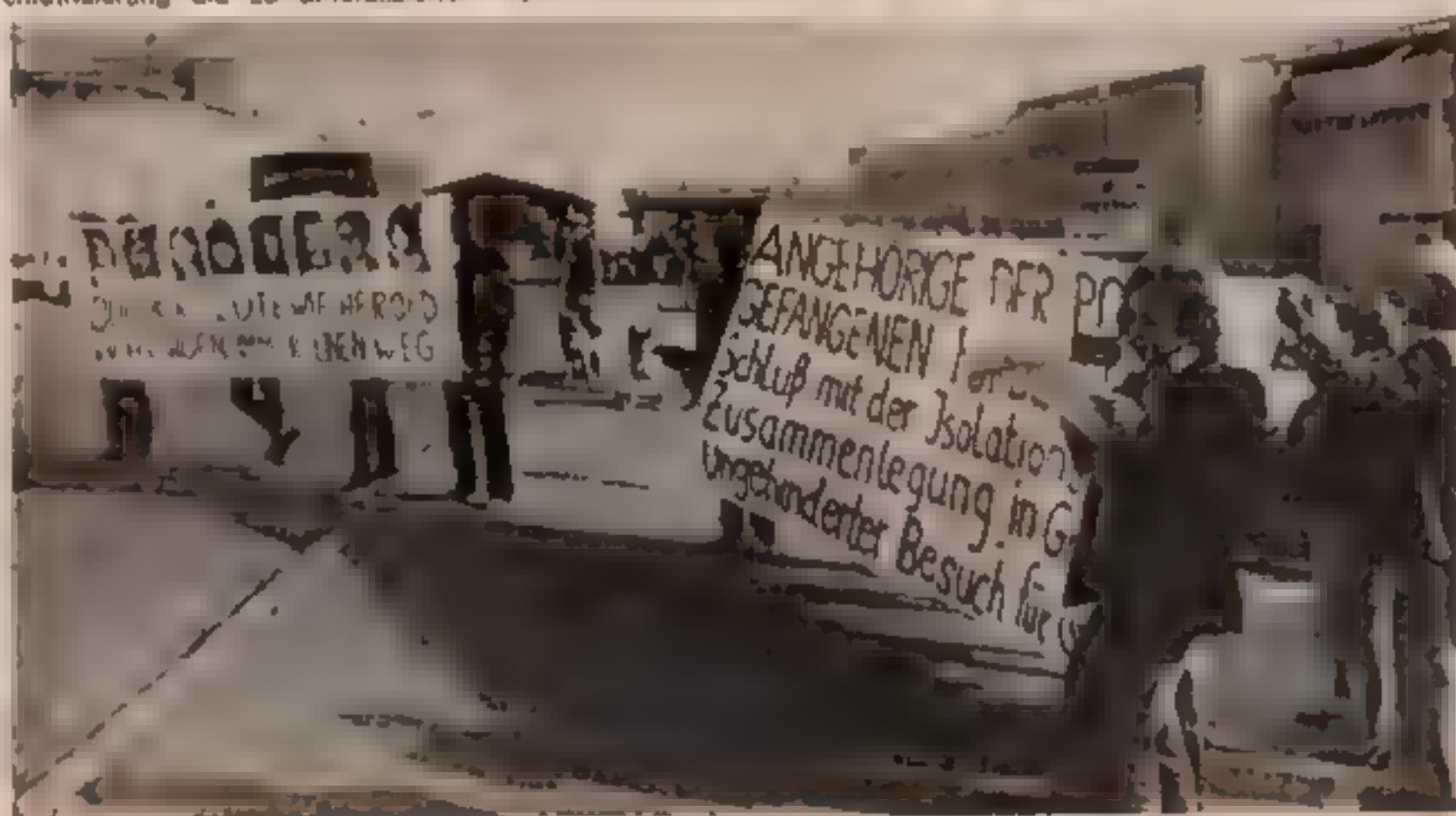
Der Wettlauf gegen die Verwandlung der objektiven Reife der Metropole zur Front im Befreiungskrieg, gegen die „ich wohnt“, mit der sie Weltverhältnisse und atomaren Krieg organisieren.

Der Wettlauf gegen die Verwandlung der objektiven Reife der Metropole zur Front im Befreiungskrieg, gegen die Befreiungskämpfe und sozialen Explosionen auf allen Kontinenten.

Weil die Situation so ist, weil der Widerstand das ganze gesellschaftliche System des Kapitals erfaßt wollen die Imperialisten die Trakte und KZs zur Fabrik der Vernichtung des Klassenwiderstands machen, und die Kriegsgefangenen in Westeuropa mit den vereinheitlichten Maßnahmen des NATO-Staats konfrontiert. Den irischen Genossen wurde auf NATO-Entscheidung der politische Status wieder aberkannt, bis Spanien, Italien etabliert sich das westdeutsche Modell der Schreibblattnote und gewaltsamen Verenzung. Jetzt wird es gegen die massenhaften Kämpfe der türkischen und kurdischen Gefangenen eingesetzt: 38 neue Hochsicherheits- und Isolationsstrakten, die kollektiven Widerstand unmöglich machen sollen.

Sie zielen auf die revolutionäre Moral und das Neue, das die Kriegsgefangenen aus den antiimperialistischen und kommunistischen Guerillas, Volkskämpfen und Bewegungen erfahren haben, sind und wofür sie weiterkämpfen.

Die Kriegsgefangenen in Westeuropa sind sich nahe. Ihre Kämpfe sind Antagonismus und Offensive gegen das System des Kapitals und die Konterrevolution der NATO. Sie zerschlagen den totalitären Anspruch des imperialistischen Projekts auf dem Terrain, wo er die größte Macht besitzt. Wenn es das Projekt der NATO-Staaten ist, die Entwicklung der Front an diesem Abschnitt — den Gefangenen — auszuweichen, so ist es unsere Sache, sie genau hier mit Strategie und Moral der Front, die wir wollen, zu konfrontieren. Der Streik der irischen Gefangenen ist eine Orientierung und die Kämpfe der türkischen und kurdischen Gefangenen — ihre besondere internationalistische Kraft, Kämpfe, die den Sieg



116 Seiten umfaßt die Anklageschrift gegen das u.a. durch Fernsehbeiträge nach bundesweit bekannt gewordenen Trio. Vorgeworfen wird ihnen eine ganze Reihe von Vergehen, die in den Jahren 1980/81 begangen wurden. Herstellung, Lagerung und Verbreitung verfassungsförderlicher Propaganda, Verwendung nazistischer Kennzeichen, Aufzettelung zum Rassenhaß, Sachbeschädigung, Diebstahl, z.T. menschenverachtende Brandstiftungsversuche, Verabredung zu Straftaten sowie Verstöße gegen das Waffengesetz, wobei die ersten drei Straftaten allein etwa dreiviertel der Anklage ausmacht. Bei Hausdurchsuchungen wurden massenhaft zum Teil mehrfach kopierte Flugblätter der NSDAP/AO u.a. vorgefunden.

Entgegen richterlichen Vorankündigungen wurde die Öffentlichkeit kurzfristig ausgeschlossen. Begründung: „Schutz der z.T. damals noch Jugendlichen.“ Daran darf gewiss werden, denn gerade eine der schwersten Anschuldigungen, ein versuchter Brandanschlag am 31.12.81, entspringt sich gleichzeitig auch als eine der dramatischeren. An diesem Tage nämlich wurden Bayerer, Hamphoff und Tomalak gemeinsam mit dem Emdener Neonazi Joachim Apel und Robert Hotopp in flagranten Verstoß gegen ein Verbot der Konkurrenzgruppe „Nationale Jugend Ostfriesland (NJO)“ zur KNS kamen, um dort Racheaktionen für die in München erschossenen VSDB-ler Uhl und Wolfgram vorzuschlagen.

„Die trieben die ganze Sache an“, ließen sich die Angeklagten am zweiten Prozeßtag aus. „Sogar Waffen wollte uns der Apel besorgen, um Aktionen durchzuführen.“

Während die drei KNS-Mitglieder am Silvestertag 1981 nach erfolgter Festnahme in U-Haft wanderten, wurden Apel und Hotopp noch am Abend wieder auf freien Fuß gesetzt, kehrten wieder in ihre NJO zurück und organisierten dort in der Folgezeit an diversen Aktionen kräftig mit. Bis heute unbelehrt für die Tatbeteiligung, tauchen beide Namen mit keinem Wort in der Anklageschrift auf. Kein Wunder also, daß Hamphoff erbozt verkündete: „Apel ist Mitarbeiter der Polizei!“ Und damit liegt er gar nicht so verkehrt.

Der Neonazi

Beginnen wir mit dem ersten Leben des 1956 in Emden geborenen und aufgewachsenen Druckers Joachim Apel. Mit dem Leben, durch das er überhaupt bekannt wurde: als Neonazi.

Ende 1979, die NJO existierte bereits ein gutes dreiviertel Jahr, tauchte Apel gemeinsam mit seinem Neffen Stefan Sieckmann bei einem Treffen der Gruppe auf, stellte sich als „Stahlhelmer“ vor und bot sich als Flugblattversteher an. Begeistert aufgenommen

Gruppe an, stieg sehr als „Stahlhelmer“ vor und bot sich als Flugblattversteher an. Begeistert aufgenommen insbesondere durch den damaligen NJO-Führer Hermann Mietz, wurde Apel schnell als einer der militantesten Neonazis der Region bekannt. Unter seiner Regie wurden bewaffnete Übungen abgehalten; er war es, der die Truppe ermunterte, an Treffen und Seminaren in England und Belgien teilzunehmen. Er organisierte Fahrten zum traditionellen Nazitreffen in Oksmünde, er reiste auch im Herbst 1981 mit Hermann Mietz nach Südafrika. Weiter noch: Nachdem Mietz und Konsorten, durch einen Prozeß wegen verbotenen Uniformtragens sowie durch die folgende öffentliche Empörung über die Emdener Neonazis sichtlich verunsichert, auf taktischen Rückzug orientieren wollten, gelang es Apel kurzfristig, wieder Schwung in den Laden zu bringen. So führte er z.B. einen Teil der NJO an, als dieser im April 1982 der Gründungsveranstaltung der „Wilhelmshavener“ Liste für Ausländerstopp beiwohnen wollte.

Spätestens seit dieser Zeit hatte der Mann, der oft genug vom Leiter der politischen Polizei Ausich, Windgatter, zur „bedeutungslosen Randfigur“ verhandelt wurde, das Ruder in der Hand. Über ihn liefen die Kontakte zur „Göttinger Runde“ des langjährigen NPD-Vorstandsmitglieds Hans Michael Fiedler; Apel war es, der Anfang 1983 unter dem Namen „National Freische Jugend“ Aktionen zum Jahresfest der Machtergreifung in Gang brachte. Um den auch „Kelly“ gerufenen Drucker scharten sich vornehmlich die jüngeren NJO-Mitglieder wie Roland Smidt, Vilko Kosc, Stefan Sieckmann, Fritz Pärber, Detlev Klein und Herold Klauen, mit denen u.a. Veranstaltungen mit Udo Walendy organisiert oder auch die Teilnahme an den A-Ittachen der „Konservativen AK“ im Sommer 1983 geplant wurde.

Eine bedeutungslose Randfigur

Das Netz von Neonazis, Kriminellen und Geheimdiensten in Ostfriesland

Seit dem 27.11.1984 läuft vor der Jugendkammer des Landgerichts Aurich in nichtöffentlicher Sitzung ein längst falliges Verfahren gegen die Mitglieder der Emdener „Kampfzelle Nationaler Sozialisten (KNS)“. Der mittlerweile auf zehn Tage angesetzte Prozeß lohnt kaum eine genaue Betrachtung, wurde nicht eine Behauptung im Raum stehen, die ein hereditäres Zeugnis über das staatliche Eingreifen in die Naziszene liefert: Ein versuchter Brandanschlag der drei Beschuldigten Thomas Hamphoff (21), Michael Tomalak (21) und Hans-Joachim Bayerer (21) soll überhaupt erst von einem V-Mann der Polizei initiiert worden sein. Der „Arbeiterkampf“ aus der Gelegenheit, einen Mann mit vier Gesichtern vorzustellen und damit beispielhaft das enge Netzwerk von Neonazis, Kriminellen und Geheimdiensten anzudeuten.



Joachim Apel



Robert Hotopp

Der „Arbeiterkampf“ (Nr. 239) erwähnte im Oktober 1983 Apel-Kontakte zu Michael Kühnen. Tatsächlich ging am 7.1.1984 — die ANS/NA war mittlerweile verboten worden — eine Kühnen-Veranstaltung ausgerechnet in Oldersum bei Emden hoch. Lediglich zur Personalienfeststellung wurden die 12 Teilnehmer kurzfristig festgenommen; bei dieser Aktion wurden nicht nur Propagandamaterial, sondern auch Waffen beschlagnahmt.

Der Kriminelle

Der Kriminelle

Und da sind wir auch schon beim Leben Nr. 2 des sauberen Herrn Apel. Er nämlich war es, der ständig für die Versorgung der Nazis mit Waffen sorgte. Was Wunder, denn der Drucker gehörte schon seit langem zur Creme der kriminellen Szene. In allen Bereichen hatte er etwas zu bieten. Handel mit harten Drogen, mit Waffen aller Art (z.B. Handfeuerwaffen Smith & Wesson 38 special, Trümpfrevolver etc.) und Hehlwaren galten als sein Metier. Seine „Kundschaft“ belieferte er prompt kurz mal etwas bestellt, reagierte der eloquente Herr mit einem geschäftigen „Ja, da muß ich mich mal umhören“ und stand wenig später mit dem gewünschten Herr mit einem geschäftigen „Ja, da muß ich mich mal umhören“.

Eine Geschichte wollen wir hier zum Besten geben. Sie hilft uns, den Bogen zu seinem dritten Leben zu schlagen. In der Nacht zum 18.8.82 wurde aus dem Emdener Verwaltungsgebäude ein Stadtwappen, das sogenannte „Engelke up de Muer“ geklaut. Ein Skandal, so die örtliche Presse, denn das aus den fünfziger Jahren stammende Schnitzwerk wäre von „nicht einzuschätzender ideeller Wert“. Man bat die Diebe, ihre Beute doch zurückzubringen, „da es sich nicht verkaufen lasse“. Da war Herr Apel allerdings völlig anderer Ansicht. Dessen Neffe Stefan Sieckmann nämlich — in der Dealerszene ebenfalls nicht ganz unbekannt — hatte das Wappen mitgehen lassen und seinem großen Verwandten übergeben. Der bot es ausgerechnet einem Kontaktmann der Emdener Kripo an, und die nahm Apel bei der Übergabe fest. Nach offizieller Darstellung der Polizei hieß es Ende August schließlich, nach

„umfangreichen und z.T. recht schwierigen Ermittlungen“ hätten ein 18- und ein 20-jähriger festgenommen werden können. Vom damals 26-jährigen Apel kein Wort. Und auch das Verfahren im Frühjahr 1983 wegen Hehlerei endete glimpflich. „Der kam mit einem blauen Auge davon“, wußte ein Prozeßbeobachter über Apel zu berichten.

Der V-Mann

Auch das verwundert eigentlich nicht, wenn man Leben Nr. 3 kennt: Apel war V-Mann des niedersächsischen Landeskriminalamtes. Spätestens im Frühjahr 1981 wurden Under-Cover-Agents auf ihn angesetzt. Unter den Decknamen „Harry“ und „Uwe“ arbeiteten die Agenten ein erstes Treffen. „Uwe“, knapp 30 Jahre jung, etwa schmal, mit dunkelblondem Haar, tauchte als Zuhälter verkleidet in Begleitung einer stillos wasserstoffblond aufgemachten Kollegin in Emden auf. Einschlägige Kräfte verblieben vor der Realität. In der weiten nächtlichen Einsamkeit des Emdener Hinterlandes, das müde Plätschern des Dollars in den Ohren, trafen sich Punkt 21.30 Uhr die Geschäftspartner. Apel bot dem als „Stader Mischelmann“ vorgeschellten UCA zunächst Haschisch, dann aber auch Heroin („das Gramm 250 Mark, ab Unze 2000“) an. Und „Uwe“ griff nach 20minütigem Gespräch zu. Zur Ware, versteht sich.

In der Folgezeit gab es weitere Treffen auch mit „Harry“. Über den illegalen Verkaufsfriesen wanderten Drogen, Video- und Musikrecorder. Sogar eine gefälschte Druckplatte für 30-Dollar-Noten wollte Apel verkaufen. Die Finger sollte er davon lassen, riet man ihm, das sei im Moment zu gefährlich. Interesse hingegen erregten gefälschte Personalpapiere sowie sauber verpackte und gut geölte Maschinenpistolen.

Wie das niedersächsische Innenministerium inzwischen bestätigte, konnte Apel tatsächlich als V-Mann gewonnen werden. Aber wohl nicht nur für die Dienste im zwischenzeitlich befristeten, konnte Apel tatsächlich als V-Mann gewonnen werden. Aber wohl nicht nur für die Dienste im zwischenzeitlich befristeten, konnte Apel tatsächlich als V-Mann gewonnen werden. Aber wohl nicht nur für die Dienste im zwischenzeitlich befristeten, konnte Apel tatsächlich als V-Mann gewonnen werden.

Zum Schluß: Die Fassade

Vor diesem Hintergrund wird nur zu verständlich, weshalb Apel für seine kriminellen Delikte nie ernsthaft belangt wurde. Die Geheimdienste im Rücken, gelang es ihm sogar, dem Vorwurf der räuberischen Erpressung ohne Haftstrafe zu entgehen. Und es ist mittlerweile auch verständlich, weshalb Apel immer dann neofaschistischen Aktivitäten fernblieb, sobald diese mal ausnahmsweise durch die Polizei hochgenommen wurden.

Weder war er beteiligt am uniformierten Aufmarsch von sieben NJO-Mitgliedern im April 1980 in Jever (was diesen einen Prozeß einbrachte), noch wurde die Wohnung seiner damaligen Freundin — bei der Apel lange wohnte — im Zusammenhang mit einer Durchsuchungsaktion gegen 17 Emdener Neonazis 1981 aufgesucht. Ebenso tauchte Apel entgegen seiner eigenen Ankündigung beim Treffen mit Kühnen erst gar nicht auf. Und letztlich war es es, der das Foto einer NJO-„Wehrsportübung“ schoß, bei der Bayerer, Tomalak, Smidt, Kosc und Peter Bracker „Juden liquidieren“ übten. Auch die Weiterleitung dieser Fotos an den STERN ist Apel zuzuschreiben.

Das heißt nun nicht, daß er im positiv gemeinten Sinne eines angeblichen „staatlichen Verfolgungsinteresses“ erfolgreiche Arbeit geleistet hätte.



Die KNS v.l.n.r.: Hamphoff, Tomalak, Bayerer

Ganz im Gegenteil war er der staatlich beauftragte Anstichter der Szene, der p u n k t u e l l

„Aufklärungsfolge“ für die Öffentlichkeit produzierte. Dann nämlich, wenn es wirklich nicht anders ging.

bleibt (bis auf weiteres...) nur noch die — Leben Nr. 4 — bürgerliche Fassade zu nennen. Im April 1984 eröffnete Apel gemeinsam mit seinem in Rauschgiftungen ebenfalls nicht unbewanderten Kompagnon Johann Kretzmer die wohl modernste Offset-Druckerei Emdens. Die Investition von mindestens 200.000 DM ruft bislang

bei der Konkurrenz heftigen Kopfschütteln hervor. Sie, krisengeplagt und im eifrigen Kampf um die mageren Aufträge in der Region, kann weder verstehen, wie der Herr Apel an die Kredite gekommen ist, noch, wovon der neue Betrieb eigentlich lebt. „So viele Aufträge“, äußern sie vielfach, „kann es gar nicht geben.“

Aber vielleicht läßt das Innenministerium ja bald die jährlichen VS-Berichte bei ihrem ewigen V-Mann drucken. Weiß man's?

KB/Gruppe Emden

Emdener Neonazis und das Schweigen der Behörden

— Eine unvollständige Chronologie —

Eine unvollständige Chronologie

„1981 wurde bekannt, daß sich im Vorjahr in Emden eine wehrsportähnliche Gruppe betätigt hatte. Die führenden Mitglieder hatten Kontakte zum rechts-extremistischen Lager.“ (Erste und letzte offizielle Nennung der Nationalen Jugend Ostfriesland im niedersächsischen VS Bericht 1982)

Anfang 70er: Die ehemaligen BHJ-Mitglieder Hermann und Werner Mietz beginnen unter diversen Gruppennamen rechtsextremistische Aktivitäten in Emden. Schnelle Bildung eines breiten Kontaktfeldes in Norddeutschland. Verbindungen zum Oldenburger VS-Agenten Werner Gottwald, der die Mietz-Aktivitäten regelmäßig dem VS meldet (bis 1980).

26.9.74: Gründung des „Deutschen Jugendbundes“ durch diverse Gruppen des norddeutschen Raumes. Kontakte zu H.M. Fiedler und Jürgen Rieger. Bis Ende 78: DUB-Lager, Unterstützung von NPD-Veranstaltungen in Friesland, Flugblattaktionen etc. Langsamer Niedergang des DUB. Gründung der Emdener „WSG Peiper“.

Frühjahr 78: Gründung der „Nationalen Jugend Ostfriesland (NJO)“. Aktivitäten des DUB & Gründung der Emdener „WSG Peiper“.

Frühjahr 79: Gründung der „Nationalen Jugend Ostfriesland (NJO)“. Aktivitäten: Wehrsportübungen, Veranstaltungen, Agitation.

Ende 79: Joachim Apel tritt in die NJO ein. Ein Flugblattstreit geht auf Emden nieder. Uniformierte Aufmärsche, Überläufe auf Linke und Drohbriefe.

Frühjahr 1980: Apel organisiert Wehrsportübungen, auf denen u.a. „Juden liquidieren“ geübt wird.

17.4.80: Sieben NJOler marschieren uniformiert bei einer Veranstaltung in Jever mit H.M. Fiedler auf Festnahme Juli 80: Teilnahme der NJO am Nazitreffen in Oksmünde/Beig on Kurz der aufspaltet sich die Kampagne des Nationalen Sozialisten.

Bis 12/80: KNS baut Kontakte in die gesamte NSDAP/AO-Szene auf. Briefkontakte mit Roderich Christophersen, Otto v. S. Sie erhalten finanzielle Unterstützung.

Anfang 81: Diverse Veranstaltungsalternativen der NJO unter der Leitung von Mietz und Apel. Teilnahme an Treffen in England und Belgien. Flugblattaktionen des KNS. Das ganze Jahr über reist das Trio durch die BRD, um Verbündete zu besuchen.

22.3.81: Die KNS wird nachts mit brennbarer Flüssigkeit gestreift. Geplant war ein Anschlag auf ein portugiesisches Freizeithotel in Emden.

1981: Bayerer und Tomalak kommen vor dem Jugendrichter wegen verbotenen Uniformtragens in Jever mit einer Ermahnung davon.

10/81: Mietz und Apel reisen nach Südafrika. Die KNS taucht in München unter bei Karl Joachim Armin.

20.10.81: Schießerei in München. Uhl und Wolfgram werden getötet. Wenig vorher hatte die KNS Gelder vom in diesem Zusammenhang festgenommenen Pascal Coetta erhalten.

20.10.81: Der STERN veröffentlicht das Foto einer NJO-„Wehrsportübung“.

Bayerer, Tomalak, Kosc, Smidt und Bracker üben „Juden liquidieren“.

Rückkehr der KNS nach Emden.

10.11.81: „Mon-Jor“ läßt in einem Beitrag die KNS vorformiert zu Wort kommen. Zu dieser Zeit organisierte Tomalak einen Teil von Kühnens Schriftverkehr. Apel und Hotopp tauchen in der KNS auf.

12.11.81: Prozeßbeginn gegen Hermann und Werner Mietz sowie Rainer Geerken wegen des Aufmarsches in Jever. Urteile. Geringe Geldstrafen.

25.11.81: 10 Hausdurchsuchungen bei Emden. Neonazie in Zusammenhang mit dem STERN-Foto.

28.12.81: Gemeinsam mit Apel und Hotopp plant die KNS Aktionen für die Silvesternacht.

31.12.81: Versuchter Brandanschlag auf das Emdener Staatshochbauamt. Die KNSler landen in U-Haft für drei Wochen. Apel und Hotopp werden am gleichen Tag freigelassen.

14.4.82: Apel führt einen NJO-Trupp zur Veranstaltung der Wilhelmshavener Liste für Ausländerstopp.

Sommer 82: Hamphoff wirbt mehrfach offen für eine neonazistische Sekte in Emden.

September 82: Die KNSler lassen sich im Gesundheitsamt Aurich gegen Tropenkrankheiten impfen und fliehen mit Hilfe des Söldnerwerbers Horst Kienz am.

2.10.82: zunächst angeblich nach München. Hamphoff steigt bereits in der Nähe von Bielefeld aus und übernachtet dort bei der heutigen HNG-Vorsitzenden Christa Goerth. Am folgenden Tag stellt er sich der Polizei.

3.10.82: Bayerer und Tomalak gelingt der Grenzübergang nach Österreich. Finanzielle Unterstützung durch Michael Wrosch.

November 82: Kienz bringt die Flüchtlinge in Paris unter Kontakte mit Frederiksen und Caignel (FNE).

29.1.83: Aktionen der „Nationalen Freische Jugend“ in Emden.

Februar 83: Bayerer und Tomalak gehen nach Antwerpen, nachdem Kienz sie in Frankreich hat sitzen lassen.

6.4.83: Festnahme Bayerers im Antwerpen. Beamteneinsatz. Tomalak setzt sich ab zur Fremdenlegation in Frankfurt.

Juni 83: Die NJO organisiert in der Region diverse Veranstaltungen, u.a. mit Udo Walendy und H.M. Fiedler.

3.8.83: Bayerer wird in die BRD ausgeliefert.

Oktober 83: Apel erwähnt Treffen mit Kühnen. Planung eines „Gau Niedersachsen“ der ANS/NA.

7.1.84: Festnahme Kühnens in Oldersum bei Emden.

Februar 84: Tomalak stellt sich den westdeutschen Behörden.

April 84: Apel eröffnet sein Druckerei in einem von ihm mit herausgegebenen Anzeigenblatt inseriert u.a. Vorkost für den „Studentenbund Schlesien“.

20.7.84: Die Apel-Kameraden Smidt, Fiedler und Kausen verschieben einen Barkebetrieb und werden am folgenden Tag bei einem weiteren Überfall verhaftet.

28.9.84: Veranstaltung der DVU mit Irving wird durch Knüttelinsätze von ca. 70 Polizisten in Emden ermöglicht. Teilnehmer u.a. Hamphoff und Tomalak.

27.11.84: Prozeßbeginn gegen die KNS.

Der Hoffmann-Prozeß

— Eine Farce —

Am 12.9.84 begann in Nürnberg mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit im In- und Ausland der Prozeß gegen Karl-Heinz Hoffmann und Franziska Birkmann. Neben zahlreichen anderen Delikten ist vor allem die Mittäterschaft an dem Erlanger Doppelmord angeklagt, dem vor vier Jahren Shlomo Lewin und Frida Poeschke zum Opfer fielen. Wer dachte, die bundesdeutsche Justiz hätte ihre sprichwörtliche Blindheit auf dem rechten Auge abgelegt, muß sich eines Besseren belehren lassen. Nach rund 30 Verhandlungstagen zeichnet sich ab, daß der Prozeß eher ein Selbstdarstellungs-Forum für Hoffmann ist als ein Tribunal gegen neonazistischen Terror. Über 30 Stunden lang konnte der Chef der 1980 verbotenen Wehrsportgruppe Vortrags im Gerichtssaal halten, in denen er sich (ausgerechnet) als Opfer von Polizei und Justiz darstellte und seine Vorstellungen zu allen möglichen Themen verbreitete, ohne daß ihm in irgendeiner Weise entgegengetreten worden wäre. Im Gegenteil — er scheint fast die Bedingungen zu diktiert, unter denen dieser Prozeß geführt wird. Mit einer Verurteilung rechnet schon kaum jemand mehr.

Die Opfer

Am 19. Dezember 1980 wurden Shlomo Lewin und Frida Poeschke in ihrem Haus in Erlangen erschossen. Shlomo Lewin, jüdischer Verleger, war ehemaliger Vorsitzender der israelischen Kibbuz-Gemeinde in Nürnberg und Vorsitzender der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. In diesen Eigenschaften hatte er häufig öffentlich für christlich-jüdische Verständigung geworben und vor neonazistischen Tendenzen in der BRD gewarnt. So hatte er auch in der italienischen Zeitschrift „Oggi“ einen Bericht über Hoffmann und die WSG veröffentlicht.

In einer ersten Stellungnahme nach der Ermordung von Lewin und Poeschke sprach ein Vertreter der Polizei von einer regelrechten Hinrichtung und vermutete ein politisches Motiv.

Bereits am 22.12. jedoch war in den „Nürnberger Nachrichten“ (NN) zu lesen, die Polizei halte auch ein persönliches Motiv für möglich, da Lewin eine „schillernde Vergangenheit“ gehabt habe. Spekulationen über diese Vergangenheit bestimmten in der Folgezeit

die Presseerklärungen der Behörden und die Berichterstattung über den Doppelmord.

Am 29.12. äußerte sich die Staatsanwaltschaft: „Als wahrscheinlich gelten jedoch persönliche Hintergründe für den Mord... Es gebe Momente im Leben Lewins, die ein solches Motiv ausgelöst haben könnten“ (NN, 30.12.80). Kurz darauf hieß es: „ein sehr persönliches Motiv“ ist wahrscheinlich, und im selben Atemzug: „Bekannt wurde, laut Oberstaatsanwaltschaft, daß Lewin seit vergangener Sommer telefonische Drohungen erhalten habe.“ (NN, 10.1.81) Von politischen Hintergründen des Mordes war nicht mehr die Rede. In der Folgezeit wurde immer wieder von einem persönlichen Motiv bis hin zu einer „komplexen Beziehung“ gesprochen und nach dunklen Punkten in der Vergangenheit von Shlomo Lewin gesucht.

Die Spuren

Bereits am 24.12.80 wurde berichtet, daß eine Damenbrille, die am Tatort

gefunden wurde, die wichtigste Spur sei: „Das Gestell wurde in dem Heroldsberger Betrieb Schubert vor einigen Jahren hergestellt. Es handelt sich um ein exklusives Modell.“ (NN, 24.12.80) Bald war auch klar, daß die Brille direkt aus dem Herstellerwerk abgegeben worden war (NN, 24.1.81). Heroldsberg ist ein kleiner Ort in der Nähe von Nürnberg, die Firma Schubert ist unter der Adresse Sophienhöhe 5 ansässig. Hoffmann und Birkmann wohnten vor einigen Jahren dort an der Sophienhöhe 6.

Am 10.1.81 meldeten die „Erlanger Nachrichten“ (EN), an Fußspuren sei erkennbar, daß eine Frau an der Tat beteiligt gewesen sei. Außerdem wurde das Phantombild eines Mannes veröffentlicht. Darauf trägt dieser Mann ebenfalls eine Sonnenbrille, die aber ausdrücklich nicht mit der gefundenen Damenbrille identisch sein sollte (EN, 10.1.81). Unter der Überschrift „Eine neue Spur im Mordfall Lewin?“ schrieben die „Nürnberger Nachrichten“ 3 Monate (!) nach dem Mord: „Nach einer Meldung des Hamburger Magazins „Stern“ konnte angeblich festgestellt werden, daß die am Tatort in Erlangen gefundene Brille Franziska Birkmann gehört.“ (NN, 21.3.81) Als weitere Indizien wurden genannt, daß die am Tatort gesicherten Fußspuren mit der Schuhgröße von Franziska Birkmann übereinstimmten, und daß Patronenhüllen vom Tatort zu einer Waffe passen würden, die in Hoffmanns Wohnung gefunden wurde.

Die Staatsanwaltschaft hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als eine Presseerklärung herauszubringen, in der sie darauf hinwies, „daß sich die am Tatort gefundene Brille durchaus früher einmal im Besitz von Franziska Birkmann... befunden haben könnte. Es sei



als Mussolini

aber nicht geklärt, wer sie als letzter besaß. Auch die Fußabdrücke, die nach dem Bericht des Hamburger Magazins „Stern“ mit der Schuhgröße von Franziska Birkmann übereinstimmen sollen, habe man bisher keiner bestimmten Person zuordnen können. Eine als Tatwerkzeug in Betracht kommende Waffe ist nicht gefunden worden. Man prüfe jetzt, ob möglicherweise Zusammenhänge mit der Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz-Herbert Karry bestehen. Es dürfe aber nicht außer Acht gelassen werden, daß im Erlanger Fall auch „persönliche Gründe“ mitspielen könnten.“ (NN, 22.5.81) Am 18.6.81 wurde Hoffmann dann endlich verhaftet. Als Haftgrund wurde der Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung genannt. Am 19.6.81 übernahm die Generalbundesanwaltschaft den Fall und erließ Haftbefehl wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (§129a). Drei Tage später ließ die Bundesanwaltschaft auch Franziska Birkmann verhaften. Erst zwei Monate später wurde ein neuer Haftbefehl gegen Hoffmann und Birkmann im Zusammenhang mit den Morden in Erlangen erlassen.

Die „geheime Fahndung“ der Staatsanwaltschaft

Am 7.9.81 gab die Staatsanwaltschaft bekannt, der Doppelmord in Erlangen sei weitgehend geklärt. „Hoffmann habe „in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem seiner Gefolgsleute den Doppelmord begangen“. Die Täter seien dabei von Franziska Birkmann, der Lebensgefährtin Hoffmanns, „unterstützt worden“. Nach dem flüchtigen Mörder von Karl-Heinz Hoffmann werde mit Nachdruck gefahndet.“ (NN, 8.9.81) Dabei werde „bewußt auf eine Öffentlichkeitsfahndung verzichtet, weil sie unter den gegenwärtigen Umständen für die Ermittlungen keine wesentlichen Erfolge verspreche.“ (NN, 8.9.81) Zum Namen des Verdächtigen wollte sich die Staatsanwaltschaft nicht äußern. Wenn diese Geheimhaltung nützte, liegt auf der Hand. Der Betreffende und die WSGler wußten sicher, wer gemeint war, und alle anderen sollten es nicht erfahren. Ein „Fahndungserfolg“ war offensichtlich nicht beabsichtigt. Weiter wurde erklärt, daß Hoffmann und Birkmann kein Geständnis abgelegt hätten, aber die Indizienkette so gestärkt sei, daß mit Sicherheit Anklage erhoben werde. Zu der Indizienkette gehörten auch die Brille und Fußspuren am Tatort (vgl. NN, 8.9.81).

Wer nun angenommen hatte, daß bald Anklage erhoben würde, sah sich getäuscht. Da gab es offensichtlich noch einige Hindernisse zu beseitigen.

Der lange Weg zur Anklageerhebung

Zunächst hob der Bundesgerichtshof den Haftbefehl gegen Hoffmann und

Birkmann wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung auf, da der §129a nicht angewendet werden könne, wenn die terroristische Vereinigung ausschließlich im Ausland bestünde (vgl. NN, 14.1.82). Demnach war der Erlanger Doppelmord also nicht das Werk einer terroristischen Vereinigung. Franziska Birkmann wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, obwohl die Staatsanwaltschaft sie nach wie vor verdächtigte, beteiligt gewesen zu sein (vgl. NN, 16.3.82).

Am 12.1.83 meldeten die „Nürnberger Nachrichten“, der mutmaßliche Täter von Erlangen sei das WSG-Mitglied Uwe Behrendt gewesen. Dieser habe nach Erkenntnissen der Justizbehörden im Spätsommer 1981 im Libanon Selbstmord begangen. „Zufälligerweise“ hatte Hoffmann zwischenzeitlich eine Aussage gemacht, wonach Behrendt ihm die Tat gestanden habe. Ein polizeilicher Vermerk darüber, daß Frau Birkmann in einem Verhör am 25.3.81 bestätigte, Hoffmann habe ihr gegenüber von seiner eigenen Tatbeteiligung gesprochen („Plärrer“ 10/84), paßte nun nicht mehr in das neue Muster und geriet gänzlich in Vergessenheit. Erst jetzt schienen der Justiz die Voraussetzungen (keine terroristische Vereinigung, toten Täter...) zu stimmen, und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen Hoffmann und Birkmann wegen Mittäterschaft und Beihilfe zum Mord. Damit, so scheint es, wurden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einerseits konnte die Staatsanwaltschaft nach außen — vor allem gegenüber dem Ausland — dokumentieren, daß sie etwas gegen den Terror der Neonazis unternimmt, andererseits hieß dies noch lange nicht, daß Hoffmann und Birkmann ernstlich etwas passieren müßte.

Und nichtig — am 20.9.83 lehnte die 5. Strafkammer des Langerichts Nürnberg-Fürth die Eröffnung des Hauptverfahrens mangels ausreichender Beweise ab. Das Oberlandesgericht ließ auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft die Anklage dann doch zu. So entstand von Anfang an der Eindruck, die Mordanklage stiehe auf tönernen Füßen. Logisch wäre es eigentlich, daß eine Staatsanwaltschaft versucht, diesen Eindruck zu korrigieren, sei es durch Offenlegung weiterer Fakten oder gar, sogar durch Nachermittlungen.

Die Anklageschriften

Die Nürnberger Staatsanwaltschaft ging da ganz andere Wege. Sie erhob im Februar '84 eine weitere Anklage gegen Hoffmann mit einer ganzen Ladung von Punkten: Anwerben für fremden Wehrdienst in 14 Fällen, Strafrechtliche in 9 Fällen, Freiheitsberaubung in 5 Fällen, gefährliche Körperverletzung in 4 Fällen, Geldfälschung in 2 Fällen, Verstöße gegen das

Interessant: Hoffmann-Bande und VS

Zu Beginn seiner Einlassungen vor dem Nürnberger Gericht beschuldigte Karl-Heinz Hoffmann seinen ehemaligen (?) Gefolgsmann Walter Ulrich Behle, ein Agent des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes zu sein („laz“, 14.9.84). Da hätte man noch denken können, Hoffmann wollte die Glaubwürdigkeit eines für ihn unangenehmen Zeugen erschüttern. Zwei Monate später jedoch stellt der „Spiegel“ (Nr. 47/84) lapidar, und ohne sich weiter Gedanken darüber zu machen, fest: „Verbindungsmann zum Verfassungsschutz war das WSG-Mitglied Ulrich Behle. Erst pflegte er Kontakte mit dem Düsseldorfer Landesamt, später mit Dienststellen in Süddeutschland“. Behle habe aufgrund seines Aufenthaltes bei der WSG Libanon Informationen über die PLO an die westdeutschen Dienststellen weitergegeben. Vielleicht hat er auch noch andere Informationen weitergegeben? Hoffmann, jedenfalls bringt (ungefragt) den Behle, der noch als Zeuge gegen ihn antreten soll, und damit auch den VS mit dem Attentat auf das Oktoberfest in München in Verbindung. Der Zweck dieser Vorwärtsstrategie, die man nun vom WSG-Führer zur Genüge kennt, ist ziemlich klar. Damit Behle und der VS nicht ihn, Hoffmann, mit dem Bombenanschlag vom 26.10.1980 in Verbindung bringen.

Hoffmann ist nicht gerade zimperlich mit seinen Anschuldigungen gegen den VS. Behle habe am 26.9.80 einen Fahrzeug-Konvoi der WSG zusammen mit drei weiteren Kompanen (Klinger, Funk, Faber) in Richtung Libanon steuern sollen. Die Planung dieses Konvois habe ursprünglich so ausgesehen, daß man gegen 22 Uhr München erreichen wollte (Explosion der Bombe: 22.20 Uhr). Nur wegen einer zufällig auftretenden Fahrzeug-Panne habe dieser Trupp die Route geändert, um in Neuburg/Donau eine Reparatur durchzuführen. Übrigens habe auch er, Hoffmann, ursprünglich selbst mitfahren wollen. Wie es ein weiterer Zufall wollte, überlegte er es sich dann doch anders.

Behle, so der WSG-Chef, habe diese ganze Planung an den VS weitergegeben. Aufgrund dieses Wissens hätten die Attentäter Tatort und -zeit genau so gewählt, daß der Verdacht sofort auf die WSG hätte fallen müssen. Direkt beschuldigt Hoffmann den VS fälschlich nicht, die Tat begangen zu haben. Er gibt ihm noch eine Chance:

„Das tut überhaupt kein Deutscher, das tut auch kein europäischer Geheimdienst. Das tun nur Leute, die alles, was deutsch ist, fürchtbar hassen. Aber es gibt radikale Juden in Israel, denen ich das zutraue.“ (zitiert nach „Deutsche Tagespost“, 28./29.9.84) Soweit die faschistische Version vom Oktoberfest-Anschlag.

Hoffmann legt also großen Wert darauf, in Neuburg in jener Nacht vom 26. auf den 27.9.80 nicht dabeigewesen zu sein. Deshalb weist er auch das A.B.U. zurück, das ihm Herr Langemann, ehemaliger und kürzlich ausgesprochener milde verurteilter Abteilungsleiter „Staatschutz“ im bayerischen Innenministerium (damals Tandler), vorsorglich für den Bombenanschlag ausgestellt hatte: „BLFV berichtet, daß Hoffmann selbst zur Tatzeit in Neuburg/Donau war“. Er will lieber daheim in Nürnberg gewesen sein.

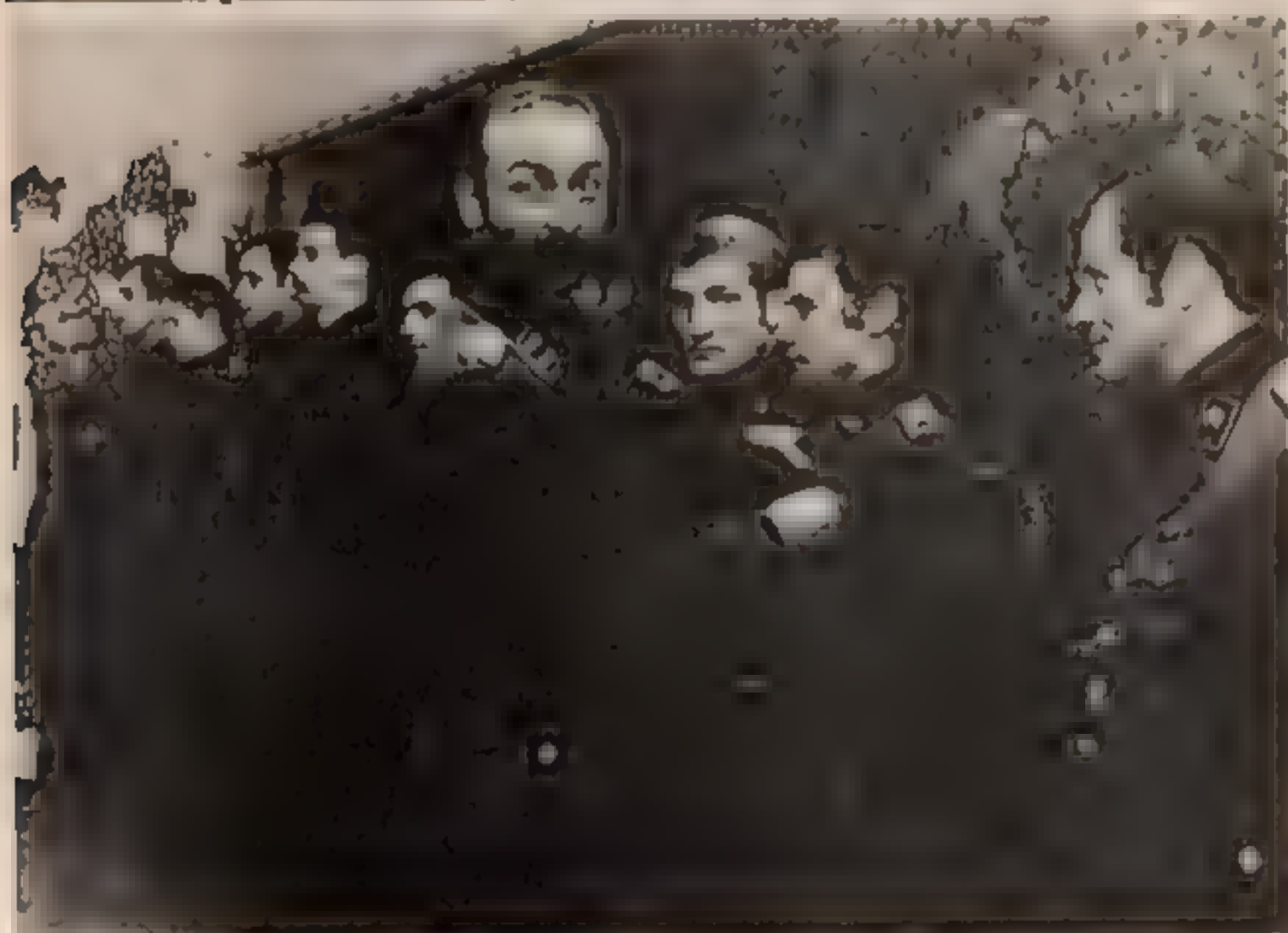
Behle, Klinger, Funk, Faber und Uwe Johann Mainka wurden am 27.9. bei dem Versuch, mit ihren drei Unimogs die Grenze nach Österreich zu passieren, festgenommen, bald darauf jedoch wieder freigelassen. Daß auch Mainka zu den Festgenommenen gehörte, wurde von ihm selbst und Behle ausgesagt, als die beiden im Sommer 1981 die WSG Libanon verlassen hatten und eine Pressekonferenz bei den Falangisten in Beirut gaben: „Die beiden Kronzeugen sagten, sie hätten jenen Hoffmann-Gruppe angehört, die kurz nach dem Oktoberfest-Attentat mit Militärfahrzeugen in den Libanon wollte und an der österreichisch-deutschen Grenze festgehalten wurde. Im zweiten Anlauf, mit dem Flugzeug über Zürich nach Damaskus, hatten sie dann doch wenig später ihr Ziel erreicht.“ („Spiegel“ Nr. 27/81). Uns interessiert hier vor allem die Frage, ob zu dem Konvoi Begleitern am nächsten Morgen noch jemand hinzutraf, oder ob überhaupt jemand zeitweise diesen Trupp verließ (eventuell um einen Abstecher nach München zu machen?). Daß dies unter den Augen des VS geschehen wäre, geht ziemlich klar aus den Andeutungen des Dr. Langemann hervor.

VS-Behle machte dann in Damaskus am 7.10.80 an der Bar des Hotels „Hybla“ diejenige Aussage, die Hoffmann zu seiner Vorverurteilung veranlaßt, ohne daß München überhaupt zu der gegen ihn erhobenen Anklage gehört. Zum Oktoberfestanschlag sagte Behle: „Wir waren das selbst. Eigentlich waren es zwei Bomben. Eine lag im Papierkorb, die andere irgend-

wo in einer Ecke.“ (nach „Plärrer“ 3/83) Der Öffentlichkeit wurde diese Aussage erst durch eine ap-Meldung vom 27.81 bekannt. Behle's Arbeitgeber vom Verfassungsschutz dürften gewiß schon vor jenem Bar-Gespräch davon erfahren haben. Ihre diskrete Geheimhaltung kostete u.a. zwei Menschen das Leben: Shlomo Lewin und Frida Poeschke.

Hoffmann beschuldigt den Verfassungsschutz, der Verfassungsschutz beschuldigt Hoffmann aber nicht. Diese Asymmetrie ist bemerkenswert. Der WSG-Chef scheint mit seinem scheinbar dreisten Vorgehen denjenigen, für die es bestimmt ist, etwas vermitteln zu wollen, was der von der Justiz — wie gesagt, aber man kann es nicht oft genug wiederholen — überaus milde behandelte Langemann mit seiner derben Art so auszudrücken pflegte: „Ich habe noch viele Ässe auf der Hand“ oder „Ich bin der stärkste Mann Bayerns“. Von den „Diensten“ war bisher lediglich bekannt, daß sie von der Planung dieses größten Attentats der BRD-Geschichte vorab wußten. „Eine Woche vor Beginn des Oktoberfestes trafen sich hohe bayerische Polizei- und Sicherheitsexperten zu einer vertraulichen Besprechung im Münchner Penta-Hotel. Eines der Themen: Bombendrohungen gegen das Oktoberfest. Ein Teilnehmer warnte vor einer Besonderheit: „der zu befürchtende Anschlag kommt von rechts“. Dieses Wissen wurde von den Behörden bis heute geheim gehalten.“ („Stern“, 10/84). Vielleicht hatten sie dieses Wissen von ihrem Mitarbeiter Behle. Vielleicht aber ist die Wahrheit auch noch schlimmer. Eigenartig, sehr eigenartig im ja der Umstand, daß Langemann, wie er selbst erklärte, in den Tagen des Anschlags den „Auftrag“ (!) erhielt, „Nebelkerzen zu werfen“. Auftraggeber kann in diesem Fall nur Tandler gewesen sein.

Wie dem auch sei. Das Vertrauen in dieses unser Land, in dem ja wieder Sauberkeit herrscht und wo es wieder aufwärts geht, gebietet es, davon auszugehen, daß die unschönen Reibereien zwischen Hoffmann und dem Staatsschutz, die ja für beide so schädlich sind, bald aus dem Weg geräumt werden. Einige CSU-Seilschaften in der Justiz werden dabei bestimmt behilflich sein. Notfalls haben eben wieder ein paar Leute, die schon längst „Selbstmord“ begangen haben, auf eigene Faust gehandelt, um ihre Chefs mit völlig undeutschen Taten in Verfall zu bringen.



als Röhm

Fortsetzung von vorheriger Seite

Waffen-, Sprengstoff- und Kriegswaffenkontrollgesetz. Allein die Aufzählung der anzuwendenden Paragraphen umfaßt in der Anklageschrift zusammengekommen 27 Zeilen. Die meisten Anklagepunkte beziehen sich auf Folterungen von WSG-Mitgliedern im Libanon. Freilich ist es löblich, wenn Hoffmann möglichst vieler Vergehen angeklagt (und hoffentlich auch verurteilt) wird. In diesem Fall entstand jedoch (gewollt?) der Eindruck, die Staatsanwaltschaft schiebt nach, weil sie selber an einer Verurteilung im Hauptpunkt, der Mordanklage, zweifelt. Vielleicht ist sie ja gar nicht daran interessiert?

Insgesamt gibt es drei Anklageschriften: eine gegen Hoffmann und Birkmann wegen Mittäterschaft und Beihilfe zum zweifachen Mord, eine gegen Birkmann wegen Nichtanzeige geplanter Straftaten, gefährlicher Körperverletzung und Beihilfe zur Geldfälschung und eine gegen Hoffmann wegen Geldfälschung, Körperverletzung u.ä. (siehe oben) mit mehr als 40 Anklagepunkten.

Die drei Anklageschriften umfassen insgesamt ca. 40 Seiten, dabei wird der Erlanger Doppelmord — der eigentliche Hauptanklagepunkt — inhaltlich auf ganzen zwei (!) Seiten abgehandelt. Von einer politischen Motivation Hoffmanns ist nur einmal die Rede und zwar in der Einleitung zur ersten Anklageschrift. Dies wirkt wie ein billiger Zugeständnis an die demokratische Presse. Ansonsten werden die Straftaten als rein kriminelle Handlungen beschrieben. Bei allen anderen Verbrechen und Vergehen wird nicht ein einziges Wort über den faschistischen background Hoffmanns verloren.

Die Staatsanwaltschaft hat sich beim Erlanger Doppelmord Hoffmanns Version insofern angepaßt, als auch sie davon ausgeht, daß Behrendt die Tat allein ausgeführt habe. Sie nimmt an, Hoffmann habe ihm den Auftrag und Birkmann die Brille gegeben; schließlich hätten beide ihm zur Flucht verholfen. Die Hinweise (Brille, Fußspuren — sie sollen der Schuhgröße 36 entsprechen) auf die Anwesenheit einer zweiten Person am Tatort — vermutlich einer Frau — bleiben unerwähnt. Auch bei den anderen Anklagepunkten bleiben eine Reihe von Fragen offen, beispielsweise: *Weshalb sollte Hoffmann im Zeitraum August/September 1980 zwei Millionen oder mehr Dollar Falschgeld her? Für welchen Zweck benötigte er solche Geldsummen? Warum ließ Hoffmann Ende September 1980 ein Behälter mit Sprengstoff (TNT-Gemisch), Abreißzunder und Detonator in einem Stein einmauern? Beim Münchner Attentat am 26. September 1980 wurde ebenfalls TNT und ein Abreißzunder verwendet (vgl. AK 251, S. 30). Solche Zusammenhänge interessieren die Strafverfolgungsbehörden nicht. Die Staatsanwaltschaft begründet diesen Anklagepunkt ganz lapidar: „Das vorbereitete Gemisch aus Hexogen und TNT sowie die mit diesem verbundene Zündladung gelten (!) als explosionsgefährliche Stoffe. Der Angeschuldigte bezog — wie er wusste — für ihre Aufbewahrung nicht die erforderliche behördliche Erlaubnis“ (3. Anklageschrift, S. 6).*

Wird ein Freispruch vorbereitet?

Im Frühjahr 1984 gab es wiederholt anonyme Anrufe, offenbar aus Insider-Kreisen, die inzwischen auch in die Akten Eingang gefunden haben. Bei diesen Anrufen wurde behauptet, Hoffmann selbst sei an der Tat unmittelbar beteiligt gewesen, und Behrendt sei noch am Leben! Jetzt plötzlich — zwei Wochen vor Prozeßbeginn — reisten zwei bayrische LKA Beamte nach Beirut, um im nahegelegenen Lager Bir Hassan nach Behrendts Leiche zu suchen. Wenn diesen Nachforschungen wirkliches Aufklärungsinteresse zugrundelegen würde, hätte man die Reise schon vor Jahr und Tag unternehmen können (und müssen). So aber darf man eher annehmen, daß eine Leiche gebraucht wird, um die ganze Tatversion zu stützen.

Und siehe da — trotz Bürgerkrieg und Chaos wurden die Beamten „fundig“. Sie brachten eine Leiche mit nach München, über die zwar bis heute (!) kein Obduktionsergebnis vorliegt, von der aber überall verlautet, daß es sich um Behrendt handle. Im Fall des WSG-Manns Kai-Uwe Bergmann dagegen, von dem Zeugen sagen, er sei durch Folterungen Hoffmanns und seiner eigenen Kameraden gestorben, wollte das LKA nicht nach der Leiche suchen. „Im Libanon hätten wir wahrscheinlich mehr Leichen gefunden, als wir überhaupt suchten“, erklären LKA Beamte dem „Spiegel“ (alle Angaben nach „FRAZ“, 6.9.84). *„Wir hätten wahrscheinlich mehr Leichen gefunden, als wir überhaupt suchten“*, erklären LKA Beamte dem „Spiegel“ (alle Angaben nach „FRAZ“, 6.9.84). Was dies bedeutet, ist klar: Einen toten Einzelhändler braucht man eben, ein weiteres Mordopfer nicht.

Zwei Monate vor Prozeßbeginn wurden gegen zehn wichtige Belastungszeugen gesonderte Anklagen erhoben, die sich auf ihre Aussagen über Hoffmanns Verbrechen (an denen sie beteiligt waren) beziehen. Damit haben diese Zeugen im Hoffmannprozeß ein Aussageverweigerungsrecht, um sich selbst nicht zu belasten. Wieder ein paar Klippen weniger für den WSG-Chef.

Die Hauptverhandlung wurde dann vor der 3. Strafkammer eröffnet, die sonst nur Rauschgiftdelikte verhandelt, also mit Mordprozessen bisher wenig zu tun hatte.

Der Prozeß beginnt

Von Anfang an hat Hoffmann die Bedingungen diktiert, unter denen dieser Prozeß stattfinden. Zunächst forderte er, bei seinen Ausführungen müsse ein Tonband mitlaufen, dann brauchte er ein Rednerpult. Zu seinem persönlichen Werdegang wollte er nichts erzählen, dafür jedoch ausführliche allgemeine Stellungnahmen abgeben. Diese Ausführungen wurden 30-40 Stunden in Anspruch nehmen. All dies wurde vom Gericht selbstverständlich gestattete. Seinen Ausführungen, die sich dann über mehr als 50 Stunden hinzogen, wurde geduldig zugehört.

Lang und breit erläuterte Hoffmann dann seine angeblichen politischen Standpunkte. Er sei kein Antisemit, da er auch Juden als Bekannte habe (der gleichen Argumentation bediente sich Julius Streicher — Herausgeber des antisemitischen Heftblattes „Der Stür-

VORSITZENDER: „Wann wollen Sie über die Erlanger Sache sprechen?“

HOFFMANN: „Zunächst möchte ich mich allgemein zur Judenfrage äußern“

mer“ — vor 38 Jahren im selben Gerichtssaal“; er sei kein Nationalsozialist, er denke nur „deutsch“. Zu seinem Demokratieverständnis: „Ich bin dagegen, daß tausend Dummköpfe zehn Vernünftige überstimmen können.“ Zu den Anklagepunkten konkret sagte er relativ wenig. Die Herstellung des Falschgeldes räumte er ein, die Blüten habe er allerdings nie in Umlauf bringen wollen. Die Folterungen kritisierte er ab, gab jedoch „Disziplinärmaßnahmen“ gegenüber seinen Untergebenen zu. Man/frau konnte den Eindruck gewinnen, wenn Hoffmann erst einmal redet, ist er kaum zu bremsen und sagt dann aber auch — ohne es zu merken — Dinge, die ihn belasten, z.B. über eine Serie von Ohrfeigen: er habe „die körperliche Unversehrtheit (eines WSGlers, Ann d.V.) vorübergehend ignoriert“ oder einen Untergebenen „mittels eines Lederkoppels so verdröschen, daß der

keinen Schlag vergessen wird“.

Die Strategie von Hoffmann zielt darauf ab, einerseits den Libanon wegen der Bürgerkriegssituation zum „rechtsfreien Raum“ zu erklären und andererseits eine Bestrafung der dort begangenen Verbrechen nicht möglich war, andererseits sämtliche Belastungszeugen unglaubwürdig zu machen.

Die Zeugen

Bislang sind 42 Zeugen gehört worden. Die meisten Belastungszeugen scheinen von einem mysteriösen Virus befallen zu sein, sie können sich an nichts mehr erinnern, schon gar nicht an belastende Äußerungen, die sie bei der Polizei und der STA gemacht haben. Darüber will te man/frau sich allerdings nicht wundern, gehören doch fast alle Zeugen zur militanten Neonaziszene. Zeugen, die sich wenigstens dunkel noch an etwas erinnern können, werden von Hoffmann und seinem Verteidiger so lange befragt, bis sie ihre Aussagen zurücknehmen. Alibizeugen von Hoffmann dagegen haben ein gutes Gedächtnis. Jörg Haushalter z.B. wurde nach Hoffmanns Alibi für die Mordnacht gefragt. Dies konnte er natürlich bestätigen; daß Haushalter selbst in Hannover eine WSG aufbauen wollte und noch vor vier Wochen bei einem ANS-Nachfolgetreffen aufgeflogen ist, kam im Gerichtssaal selbstverständlich nicht zur Sprache. Ein anderer Zeuge gab schließlich zu, daß Hoffmanns Verteidiger am Tag vor seiner Aussage noch mit ihm telefoniert hat.

Gegen einen weiteren Zeugen, der vor zwei Monaten bei der Polizei ausgesagt hatte, Hoffmann habe vor dem Doppelmord zu ihm gesagt: „Shlomo Lewin muß umgelegt werden“, war rechtzeitig vor seiner Vernehmung ein Ermittlungsverfahren „wegen Nichtanzeigen eines drohenden Verbrechens“ — eben des Erlanger Mordes — angehängt worden. Seine Aussageverweigerung vor Gericht war damit eine klare Sache! Zwei wichtige Belastungszeugen waren von der Polizei gemeinsam (!) vernommen worden, nachdem sie zuvor ebenfalls gemeinsam in einer Zelle waren — ein wirklich gefundenes Fressen für die Verteidigung. Und so kommen immer mehr „Ermittlungsspannen“ ans Tageslicht.

Der bisher wichtigste Belastungszeuge, Hans Peter Fraas, machte ebenfalls eine „schamhafte“ Wandlung durch. Zunächst belastete er Hoffmann zwei Prozeßjahre lang. Er berichtete über Pläne, einen Schalldämpfer zu bauen (in Erlangen wurde ein Schalldämpfer benutzt), Folterungen an WSGlern und geplante Mord- und Terroranschläge. Er erklärte, Hoffmann sei ein Faschist, der Verbindungen zum Großkapital habe. Hier fragte keiner der Prozeßbeteiligten nach, ebenso wenig wie bei den „Hintermännern von Hoffmann“, die Fraas erwähnte. Das

interessant offenbar niemanden. An zwei weiteren Verhandlungstagen nahm Fraas diese Aussagen teilweise wieder zurück. Oberstaatsanwalt Horn bekam daraufhin einen gut gezielten Wutausbruch: „Ich bin staunungslos sprachlos. Wozu sitzen wir denn überhaupt vor Gericht, wenn sie jetzt sagen, das stimmt nicht und jenes stimmt nicht?“ und verzichtete auf die Befragung seines Hauptbelastungszeugen (!). Hier wird die beleidigte Leberwurst herausgehängt und „Empörung“ geheuchelt, um von der einfachen Frage abzulenken, warum die STA das Thema Zeugenbedrohung und -Einschüchterung nicht anspricht. Einen Zusammenhang zwischen der Rücknahme der Aussage und der Tatsache, daß Fraas für die Dauer seiner Vernehmung z.B. im selben Knaat wie Hoffmann sitzt, sah Horn natürlich nicht.



und als Morat Mahler-Verschnitt) auf der Anklagebank im Nürnberger Prozeß

Die Vernehmung der Zeugen dauert noch an, der vorläufig letzte Zeuge ist für Ende Mai 1985 geladen.

Dieser Mammulprozeß mit 1400 Blatt Akten, einer Flut von Anklagepunkten und mehr als 60 geladenen Zeugen soll die Öffentlichkeit beeindrucken und den Anschein erwecken, hier sei gründlich ermittelt worden, und Hoffmann solle für alle seine Verbrechen angeklagt und verurteilt werden. Die „Ermittlungsspannen“, die so zahlreich sind, daß man/frau an Zufall nicht mehr glauben mag, und der Prozeßverlauf machen jedoch deutlich, daß es eher darum geht, einen Strafverfolgungswillen der bundesdeutschen Behörden unter Beweis zu stellen, frei nach dem Motto: „Wir hätten ihn ja so gerne bestraft, aber leider reichen die Beweise nicht aus“. Zu beobachten ist das eigenartige Bild einer Justiz, die sich die Knüttel, über die sie stolpert, selber zwischen die Beine wirft. Leider fällt bei dieser Art des Stolperns keiner der Beteiligten auf die Schmeize, oder wie ein bekannter Siegfriedmann zu sagen pflegte: Niemand fällt, wenn er nicht getreten wird. Allerdings ist auch nicht auszuschließen, daß sich noch jemand zum Treten bereit findet. AG/AB Nürnberg

Buchbesprechung

Buchbesprechung

»Wenn die Messer blitzen und die Nazis flitzen ...«

„Navajos“, „Kittelbach“, „Kanal“, oder „Ruhrpiraten“, „Läuscher“, „Heidepenner“, „GPU-Banden“, das waren einige Namen von Arbeiterjugendcliquen im 3. Reich. Es gab sie in allen größeren Städten des Reiches, von Hamburg über Berlin, Dresden bis München. Sie bildeten sich in Arbeiterverteln und Zechenkolonien aus dem traditionellen Arbeitermilieu heraus. Entsprechend stark war ihre Verbreitung in und ums Ruhrgebiet.

Die Geschichte der unorganisierten antifaschistischen Arbeiterjugendbewegung ist nicht die Geschichte einer faschismusspezifischen Widerstandsbewegung: Banden und Cliquen von Arbeiterjugendlichen gab es solange es Arbeiterverteil gab. Nachgewiesen sind sie bereits für die Krisenjahre Anfang der 20er Jahre und besonders Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre. Diese „wilden Cliquen“ bildeten sich in den von der Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Arbeiterverteil der Industriestädte, z.B. gab es in Berlin um 1940 etwa 600 solcher Cliquen mit mehreren tausend Mitgliedern.

Sie entstanden nicht etwa als Anhang der bürgerlichen Wandervogelbewegung, bzw. der Bundischen Jugend — ein Ansatz übrigens, der heute noch unter den Fachhistorikern vorwiegend — oder der kommunistischen Jugendgruppen, sondern stellten einen eigenständigen Versuch dar, den miserablen Lebensbedingungen selbstorganisiert entgegenzutreten.

Die Clique bildete die Gemeinschaft, mit der Arbeiterjugendliche gegen die ihnen feindlich gesonnene Umwelt bestehen konnten. Politisch waren sie eindeutig links, beteiligten sich an

antifaschistischen Aktionen während der Weimarer Republik, was sie für die KPD interessant machte. Die versuchte Einbindung der Cliquen in den kommunistischen Jugendverband scheiterte jedoch an der ablehnenden Haltung der Cliquenmitglieder gegenüber hierarchisch strukturierten Parteiorganisationen.

Nach der Zerschlagung der organisierten Arbeiterjugend sahen die Nazis ab etwa 1935/36 die Arbeiterjugendcliquen als Hauptgegner bei der Gleichschaltung der Jugend durch die HJ an. Dabei war für die NS-Verfolgungspolitik ihre für Außenstehende undurchsichtige Organisationsform und ihre Verankerung in den Arbeiterverteil besonders hinderlich. Die Ausbreitung der Cliquen im Faschismus ist bisher kaum erforscht. Die wenigen bisher bekannten Zahlen aber zeigen völlig überraschend, wie stark die Nonkonformität der Jugendlichen im „3. Reich“ war. Die HJ konnte längs nicht die Überwachungsfunktion erfüllen, die ihr zugemessen wurde. So gab es beispielsweise in Leipzig 1937 ca. 1.500 Cliquenangehörige, in Köln 1943 mindestens 1.500 und in Oberhausen wurde von 3 bis 4.000 erzählt.

Ihren Hauptgegner sahen die Cliquen in der HJ, die den totalitären Machtanspruch des Staates unter den Jugendlichen durchzusetzen hatte. Häufig wurden HJ-Patrouillen verfolgt und verprügelt, bis sie sich in den letzten Kriegsjahren in bestimmte Stadtteile und Straßen nicht mehr hineintrauten. Innerhalb des Betriebes versuchten sich die Cliquenmitglieder dem Arbeits- und Konformitätsdruck durch Bonmoten, Krankfeiern und

kleinere Sabotageakte zu entziehen. Im Krieg verteilten sie Antikriegsflüglblätter und malten entsprechende Parolen an die Hauswände.

Die Aktionen der Cliquen zogen eine brutale Verfolgung durch den NS-Apparat nach sich. Cliquenmitglieder wurden verhaftet, gefoltert und in Umerziehungslager überführt. Doch nicht Einschüchterung war die Folge, sondern aus Ablehnung entwickelte sich bewußter Widerstand gegen das NS-Regime.

Die Autoren Alfons Kenkmann und Gerrit Helmers zeichnen mit ihrem Buch ein detailreiches und präzises Bild des Alltagslebens von Arbeiterjugendlichen in der Weimarer Republik und im „3. Reich“. Anhand der Auswertung der gesamten bis 1983 erschienenen Literatur zu dem Thema, zahlreicher bisher unveröffentlichter Interviews mit ehemaligen Cliquenmitgliedern und des internen NS-Schulverkehrs belegen sie eindrucksvoll, daß es sie nicht gab, die gleichgeschaltete Jugend im „3. Reich“. Vielmehr gelang es vielen Arbeiterjugendlichen, sich durch autonome Organisationsstrukturen dem faschistischen Machtanspruch zu widersetzen.

Helmers, Kenkmann, „Wenn die Messer blitzen und die Nazis flitzen ...“, Der Widerstand von Arbeiterjugendcliquen und -banden im „3. Reich“, Münster 1984 (Verlag Walter Lohmeier, Lippstadt), 267 S., Bezug gegen 12,- DM Vorratungsscheck über Alfons Kenkmann, Amberg Fidel 138, 4400 Münster.

Berufsverbote: »Wollen Sie, daß Beamte die Verfassungsordnung unserer Demokratie bekämpfen und einen kommunistischen Staat anstreben?«

„Radikalerlaß gegen Beamtenrecht?“

Das Bundesverwaltungsgericht hat durch das Peter-Urteil vom 29.10.1981 und durch das Hans-Meister-Urteil vom 10. Mai 1984 entschieden, „daß der aktive Einsatz eines Beamten für die DAP einen Verstoß gegen die beamtenspezifische Treupflicht darstellt und zur Entfernung aus dem Dienst

„Zu den Kernpflichten des Beamten gehört ... die Verpflichtung, sich durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhalt einzutreten.“

Postministerium, November 1984

führt“ (aus dem Meister-Urteil).

Zufrieden stellte die Postdirektion fest, daß nun eine „gültige Rechtsgrundlage“ geschaffen sei und leitete umgehend die Disziplinarverfahren gegen die Postler ein und suspendierte sie vom Dienst, bevor die Verhandlung vor dem Disziplinargericht überhaupt begann. In einem fünfseitigen Schreiben begründete Schwarz-Schilling die Suspendierung von Repp: „Der Fall ist nicht anders zu beurteilen, wie wenn ein Beamter Beförderungsgut oder dienstliche Gelder unterschlägt, was als schwerwiegende Verletzung der Verfassungstreue konkreter Amtspflichten gilt, aber noch hinter einer Verletzung der Verfassungstreue rangieren muß.

„Wer Beamte, die sich verfassungsfeindlich betätigen, unterstützt, sollte bedenken, daß er damit die Grundfesten unseres Staates beeinträchtigt.“

Postministerium, November 1984

Gebühren kommt es nicht darauf an, ob

„Bei dieser Logik sind Beamte, die sich nicht als aktive Verteidiger dieser „wehrhaften Demokratie“ verstehen,

Wir berichteten im letzten „Arbeiterkampf“ über die neue Welle von Berufsverböten im öffentlichen Dienst, die sich dadurch auszeichnet, daß als Begründung für ein Berufsverbot nicht mehr ein konkretes Dienstvergehen verlangt ist, sondern allein das Eintreten für die Ziele einer „verfassungsfeindlichen Organisation“. Besonders das Bundespostministerium drängt auf eine Wiederanwendung des KPD-Urteils von 1956.

Das Frankfurter Bundesdisziplinargericht beschloß nun im November die Aufhebung der Dienstsuspendierung der beiden Postbeamten Bastian und Repp, die im Sommer von Postminister Schwarz-Schilling wegen „aktiver Mitgliedschaft in der DAP“ verurteilt worden war. Beiden wurden 20% der Bezüge gestrichen.

Obwohl sich für die Betroffenen nichts ändert — sie bleiben weiterhin suspendiert, da der Disziplinaranwalt Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt hat — spricht u. a. die TAZ vom 4.12.84 von einer „Schlappe“ für die Berufsverböter. Hat die Postdirektion den Bogen überspannt? Ist gar eine Gerichtsentscheidung gegen die verschärfte Praxis der Berufsverböte zu erwarten? Bei genauerem Hinsehen muß das bezweifelt werden.

besonders „kriminell“. Gleichzeitig wird das alte KPD-Verbotsurteil integraler Bestandteil der praktischen Anwendung des Beamtenrechts.

Nicht aber diese Entwicklung ist es, die das Bundesdisziplinargericht veranlaßt hat, die Suspendierungen von Repp und Bastian aufzuheben, sondern „schwere, nicht aufhebbarer Mangel im Verfahrensablauf“ (FR 12.11.84).

Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß der „Hauptpersonalrat der Post bei der Einleitung des Verfahrens nicht beteiligt worden war“ (FR 12.11.), das Postministerium habe die Akte mit dem Stempel „VS-vertraulich“ versehen und dadurch erreicht, daß nur der aus drei Personalräten bestehende „Geheimausschuß“

des Bundesverwaltungsgerichtes nicht vereinbar. Im übrigen habe eine Beteiligung des Personalrats bereits dann stattgefunden, wenn der „Geheimausschuß“ mit einem Fall befaßt war, im

„...die inhaltlichen politischen Bestrebungen der früheren Kommunistischen Partei Deutschlands und der DKP (sind) identisch...“

Postministerium, November 1984

Falle Bastian habe dieser ein Disziplinarverfahren abgelehnt. Der Minister habe dann aber sein „Recht“ wahrgenommen, auch ohne Zustimmung des

Fehlverhalten am Arbeitsplatz vorzuwerfen.

Diese Logik der „Einzelfallüberprüfung“ beinhaltet demnach folgerichtig, daß konkrete Vorwürfe gegen ei-

nen Beschäftigten im Staatsdienst bewiesen werden müssen, was den Berufsverbötern in der Regel unmöglich sein dürfte. In diese „Schwachpunkte“ stoßen dann die Personalräte auch immer wieder hin ein.

Deshalb und die Herrschenden geradezu beglückt über die Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes im Fall Peier und Meister, weil sie festgeschrieben haben, daß allein schon die aktive Mitgliedschaft in einer „in ihrer Zielsetzung verfassungsfeindlichen Organisation“ als Verstoß gegen das Beamtenrecht zu werten sei. Die gängige Gegenargumentation der Berufsverböter-Gegner zielt darauf ab, daß die Betroffenen schon langjährige Mitarbeiter ihrer Dienststellen sind, ohne daß ihnen irgendwelche Vergehen vorgeworfen worden seien. Ihre Suspendierung sei

„Das Bundesverfassungsgericht hat somit ganz offensichtlich auch die durch intensive Propaganda und Agitation angesteuerten Übergangsstadien von zeitlich unbegrenzter Dauer für unvereinbar mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung erklärt...“

Postministerium, November 1984

oder gar verhindert werden kann.

Im Fall eines der DKP-Mitgliedschaft verdächtigten Gewerkschaftsführers in Schleswig-Holstein scheiterte vorläufig der Versuch, diesen zu entlassen, daß der Personalrat, dem der Lehrer angehört, die Entlassung ablehnte. Daraufhin versuchte das Postministerium vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig eine gerichtliche Korrektur zu erzwingen. Das Gericht urteilte, das vom Landtag be-

„Ich bitte nunmehr zu überlegen, wer hier die Freiheit und Demokratie achtet, der Dienstherr und die Verwaltung... oder Bürger, die sich für Beamte einsetzen, die ... unsere Verfassungsordnung bekämpfen.“

Postministerium, November 1984

schlossene Personalvertretungsgesetz lasse so eine Korrektur nicht zu.

Die CDU-Landtagsregierung legte dar auf im Oktober 84 eine Novellierung des Gesetzes vor. „mit dem u. a. den Verwaltungsgerichten auch die Möglichkeit gegeben werden soll, solche Beschlüsse des Personalrats zu „ersetzen“ (FR 9.10.84). Die Entscheidung steht noch aus.

Bisher haben die Bundesdisziplinär

„Instinktslogiken“, „Amoklauf der Herrschenden“ und ähnliches mehr. Dieser, für die Betroffenen verständlichen, aber auch sehr defensiven Argumentation, teilen Bundesverwaltungsgericht und Postministerium offensiv gegenüber: Sie zielen darauf ab, daß gerade im Hinblick auf den „Einsfall“ es darauf ankomme, die „sicherheitsempfindlichen Bereiche des Staates“ flächendeckend (mit Hilfe des KPD-Verbots-Urteils) von „Verfassungsfeinden“ zu säubern.

Bundesdisziplinaranwalt Clausen erklärte, daß nicht der „immer wieder zitierte Radikalerlaß“ die Grundlage der Verfahren sei, sondern die „Verletzung der politischen Treupflicht des Beamtenrechts“ (FR 10.12.84).

Nach Protesten vor allem aus der Postgewerkschaft gegen die Aufrechterhaltung der Suspendierung von Repp und Bastian, die dem Postministerium „Instinktslogiken“ vorwirft, erstellte das Postministerium für die Postgewerkschaft eine „Argumentationshilfe“, die am 13.11.84 in der Frankfurter Rundschau dokumentiert wurde. Sie kommt einer programmatischen Erklärung gleich. Sie belegt die schrittweise Reaktivierung des KPD-Verbots durch die Übernahme ins Beamtenrecht und macht deutlich, daß es dieser Staat ernst damit meint, „für den Ernstfall“ Vorsorge treffen zu wollen, daß der Apparat wie „geschmiert“ funktioniert.

Bj., Antifa-Kommission/KB Hamburg

Das Säubern geht weiter

Nicht mehr allein DKP-Mitglieder und von Berufsverböten bedroht; in allen von der Bundesregierung als „sicherheitsempfindlichen“ eingestuftem Bereichen werden Demokraten und Sozialisten aller Schattierungen aufs Korn genommen.

Auf Anweisung des Postministeriums sollte der Fernmeldelandwerker Hans Webersberger ab 1.9.84 von Ansbach nach Nürnberg versetzt werden. Einkommensverlust: 500,-DM, Begründung: Webersberger sei ein „Sicherheitsrisiko“. Er ist Kreisvorsitzender der DkP in Ansbach. Der Personalrat hat abgelehnt. (LZ, 24.11.84).

Der Lehrer Ulrich Folz wird mit Ablauf dieses Jahres aus dem Schuldienst entlassen. Der Lehrer „biete keine Gewähr dafür, daß er — besonders in Krisenzeiten — aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt“, erklärte die Schulaufsicht bei der Bezirksregierung Neubrandenburg. Dem Lehrer wird seine Mitgliedschaft in der DFU vorgeworfen. Diese Organisation verfolge „verfassungsfeindliche Ziele“. (FR, 15.11.84).

Im Zusammenhang mit dem Prozeß um den aus dem Schuldienst entlassenen Lehrer Udo Paulus aus Hildesheim wurde bekannt, daß die „hannoversche Bezirksregierung neuerdings von Lehramtsbewerbern im Einstellungsgespräch zur Entlassung von Lehrern, die der DkP angehören, deren Zustimmung fordern. Der Anwalt Paulus zitierte aus dem Protokoll des Einstellungsgesprächs der Musikpädagogin Sibylla Dukamp.“ (FR, 24.10.84).

Wer es nach den Vorstellungen der bayerischen Landesregierung geht, dann sollen Lehramtsbewerber, „deren Verfassungstreue unstrittig“ ist, und denen deshalb der Beamtenstatus verweigert wird, keine Möglichkeit haben, ihre Ausbildung zu beenden. Dagegen hatte ein Nürnberger Gericht entschieden, daß auch DkP/MSB-Angehörige das Recht haben, ihre Ausbildung zu beenden, „auch wenn sie danach nicht in den Staatsdienst übernommen werden“. Gegen diese Entscheidung hat die bayerische Landesregierung Widerspruch eingelegt. (FR, 18.10.84).

Zum 31.10.84 wurde der Sozialpädagoge J. „Pfeiffer“, vom Mitglied (FR, 18.10.84).

Zum 31.10.84 wurde der Sozialpädagoge I. Pfeiffer vom Münchner Arbeitslosenzentrum gekündigt. Begründung: Sie sei Mitglied der DkP und darüberhinaus lege sich die DkP auf den wissenschaftlichen Sozialismus und damit auf den Atheismus fest — so Walter Allgeier, Sprecher des Landeskirchenamtes, dem das Arbeitslosenzentrum, unterstellt ist. (FR, 27.9.84).

Der Westfälische Justizsenator Oxford hat einer Juristin die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft verweigert, weil sie an der Besetzung eines Hauses beteiligt war und gegen sie ein Verfahren im Zusammenhang mit der Räumung eines anderen Hauses läuft. Oxford verweigerte die Zulassung damit, daß zu erwarten sei, daß sie „unwürdig“ sei, den Rechtsanwaltsberuf auszuüben. Außerdem mußten Ratsuchende, die sich an einen Rechtsanwalt wenden, „geschützt werden“. Sie mußten sich auf die „Integrität von Rechtsanwälten als unabhängigen Organen verlassen“ können. (TAZ, 4.10.84).

Dem Antrag eines italienischen Staatsbürgers auf „Einbürgerung“ in die BRD wurde auf Initiative des Bundesinnenministeriums und der Ausländerbehörde Freiburg/Breisgau nicht stattgegeben, weil aufgrund seiner Mitgliedschaft im MSB-Spartakus „Zweifel an seiner Verfassungstreue“ bestünden. (DVZ, 9.11.84).

Sieben Gewerkschafter, die 1983 gegen eine Nazi-Veranstaltung demonstriert hatten und von diesen angezeigt wurden, sprach ein Gericht in Landshut frei für die Postdirektion war die Teilnahme der Fernmeldesekretärin Siegfriede Deger-Creek an der antifaschistischen Aktion Anlaß für eine „Sicherheitsüberprüfung“. Dabei kam die Post zu 23 „Erkenntnissen“, die jetzt Grundlage für ein Disziplinarverfahren sein sollen. (WdA, 1.11.84).

Bj., Antifa-Kommission/KB Hamburg

Die Justiz der Mitte:

Über 20 Verfahren gegen Linke in diesem Jahr... Vier Verfahren in sechs Jahren gegen NPDler

Im jüngsten VS-Bericht — Abschnitt „Urteile gegen Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst“ — werden vier Urteile seit 1978 genannt:

„Der frühere stellvertretende Parteivorsitzende der NPD und Bundeswehr-Major Karl-Heinz Lindner, war nur mit einem befristeten Beförderungsvorstoß und einer befristeten Kürzung seiner Dienstbezüge belegt worden, weil er inzwischen aus der NPD ausgetreten war.“

„Der frühere stellvertretende Parteivorsitzende der Landesregierung ist während des gegen ihn laufenden Disziplinarverfahrens aus der NPD ausgetreten.“ „Er wurde durch ein noch nicht rechtskräftiges Urteil vom 28.3.1984 vom Oberstufenrat zum Studienrat zurückgeführt.“

Noch nicht rechtskräftig sind die Urteile gegen

den stellvertretenden Parteivorsitzenden und Bundesgeschäftsführer Jürgen Schlichting, Seine Entlassung als Beamter auf Probe als Polizeimeister wurde am 11.1.1984 bestätigt.

„Das Mitglied des Parteipräsidiums der NPD, der Bundesbahnsekre-

itär Ulrich Eigenfeld, wurde durch Urteil des Bundesdisziplinargerichtes aus dem Dienst entfernt“ (Innere Sicherheit Nr. 75/2.11.84).

Gibt es keine weiteren Rechtsradikalen im Staatsdienst?

Aber sicher doch, nur haben diese sich eine Empfehlung des Postministeriums zunutze gemacht. Der Parlamentarische Staatssekretär im Postministerium, Rowe, stellte fest, wer aus der NPD ausgetreten ist, habe sich von seinem pflichtwidrigen Verhalten gelöst und „sich somit von der Verletzung der Verfassungstreupflicht distanzieren“ (FR 12.10.84).

Im Gegensatz zu Mitgliedern linker Organisationen fühlt sich doch ein Rechtsradikaler auch ohne offizielle Parteizugehörigkeit recht zuhause in diesem Land. Und gegen die „Staatsfeinde von links“ ist er ja schließlich schon immer angestrebt. Nur die ganz unflexiblen Parteigänger kriegen halt mal einen Dämpfer.

Bj., Antifa-Kommission/KB Hamburg

Westeuropäische Rüstungskooperation

»Größtes Projekt seit Christi Geburt« und andere Kleinigkeiten

Auf mehreren Konferenzen haben die westeuropäischen Imperialisten in den letzten Wochen einen weiteren Ausbau ihrer Rüstungskooperation vereinbart, u.a. in der Parlamentarischen Versammlung der WEU, die vom 3. bis 6.12. in Paris tagte — die nächste Tagung soll im April 1985 erstmals in Bonn stattfinden — sowie auf der NATO-Wintertagung in Brüssel am 4. und 5.12. Die für den weiteren Ausbau dieser Rüstungskooperation wichtigste Konferenz aber fand in Den Haag statt. Hier trafen sich am 22. und 23.11. die zwölf Verteidigungsminister der „Independent European Program Group“ (IEPG, Unabhängige europäische Programmgruppe). Mitglieder der IEPG sind sämtliche westeuropäischen NATO-Staaten und Frankreich. Die IEPG ist 1976 von diesen Staaten gebildet worden, um die Rüstungskooperation innerhalb der „Forogroup“ der NATO voranzutreiben. Die Konferenz in Den Haag war das erste Treffen „auf Ministerbene“, d.h. der Verteidigungsminister. Diese berieten in Den Haag über insgesamt 30 Rüstungsprojekte der nächsten Jahre, darunter das Projekt „Jäger 90“, einen neuen schweren Panzer als Nachfolger von Leopard I und II, den Panzerabwehrhubschrauber (PAH-2), ein neues militärisches Transportflugzeug als Nachfolger der Transall, eine Boden-Luft-Fernlenkrakete, zusammen Rüstungsprojekte von vermutlich mehr als 200 Mrd. DM. Die Minister gaben eine Studie über die Kapazitäten und Rationalisierungsmöglichkeiten in der „europäischen Verteidigungsindustrie“ in Auftrag und vereinbarten, eine weitere Studie über „ein europäisches System elektronischer Bauteile“ für militärische Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssysteme bis Mitte 1985 fertigstellen zu lassen.

Rüstungskooperation und „Politische Union“

Die Bedeutung dieser Rüstungskooperationen für die militärische Seite der „europäischen Einigung“ und den Ausbau der EG als Kriegspakt wird in der Öffentlichkeit oft unterschätzt. Damit einher geht eine Unterschätzung der aggressiven Ziele, die die BRD und die anderen westeuropäischen imperialistischen Staaten mit der „europäischen Einigung“ verbinden. Tatsächlich kommt der Rüstungskooperation bei der politischen Einigung der EG in den vergangenen Jahren eine wesentliche Rolle zu. Beim Aufbau „europäischer Industrien“ etwa bzw. „europäischer Kapitale“ sind Rüstungsfirmen seit langem die Vorreiter. In der Rüs-

„westeuropäische“ Kooperationen vorangetrieben worden. Die kürzlich beschlossene „Wiederbelebung der WEU“ (vgl. Politische Berichte 13/84, Arbeiterkampf 252) gehört in diesen Plan. Dies ist nicht der Anfang einer „sicherheitspolitischen Zusammenarbeit“ unter den westeuropäischen Imperialisten, sondern markiert den erfolgreichen Abschluß der „ersten Stufe“ einer von westdeutschen „Europasirategen“ schon vor 15 Jahren konzipierten „europäischen Einigung“, deren Konzept schon zur Zeit der großen Koalition 1966 bis 1969 zwischen allen staatstragenden Parteien in der BRD vereinbart worden war.

Schon 1971 hatte die SPD in ihrem Buch „Der Imperialismus der BRD“ auf diese aggressiven Ziele der westdeutschen Finanzbourgeoisie bei der

net westeuropäischen „Verteidigungsgemeinschaft“ im Rahmen der NATO. Diese imperialistische Staatsengruppierung soll territorial umfassender als die heutige EWG angelegt sein und sowohl den skandinavischen als auch den ibersischen Raum einbeziehen. Der Versuch zur Schaffung einer solchen „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (IEVG) soll auf der Grundlage der Westeuropäischen Union (WEU) eingeleitet werden.“ (S. 478)

Daß diese Beurteilung richtig war, bestätigt schon ein Jahr später für die westdeutsche Bourgeoisie Carl Carstens. In einem Buch von 1972 (1) wird der jetzige Stand als 1. Stufe einer westeuropäischen militärischen Einigung beschrieben. In dem Buch von Carl Carstens und anderen Experten der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ unter dem Titel „Westeuropäische Verteidigungskooperation“ wird detailliert auf den Umfang der zum damaligen Zeitpunkt bereits eingeleiteten Rüstungskooperationen eingegangen und die damit verbundenen Absichten der westdeutschen Finanzkapitals dargestellt.

Zum Abschluß zahlreicher Einzeluntersuchungen über die Bewaffnung, militärstrategische Diskussion usw. in den einzelnen westeuropäischen Ländern entwickelten die Autoren dann unter der Überschrift „Die Weiterentwicklung der westeuropäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich“ einen bemerkenswerten „Stufenplan“, über den wir schreiben: „Diese in der Form eines Stufenplans präsentierte Skizze orientiert sich an den bereits vollzogenen politischen Entscheidungen und den mit einiger Sicherheit noch für die unmittelbare Zukunft zu erwartenden Beschlüssen sowie an einigen in die Diskussion befindlichen Vorschlägen.“

Die „Erste Stufe“, in der man sich bereits befindet, sei eine „Planungs- und Experimentierphase“. Hier sollen „pragmatische Methoden“ angewandt werden, um überall dort zu „sicherheitspolitischer Zusammenarbeit“ zu kommen, wo es möglich ist. Als Beispiele dieser „Zusammenarbeit“ werden dann ausdrücklich „Rüstungsplanung, Beschaffung, militärische Infrastruktur, Rationalisierung usw.“ genannt. Außerdem müsse auf dieser Stufe versucht werden, innerhalb der „Eurogroup“ eine Art „Westeuropäisches Verteidigungszentrum“ zu schaffen, das in der Anfangsphase die Rüstungskooperation organisieren solle.

Die „zweite Phase“ müsse dann in der „Systematisierung der Verteidigungszusammenarbeit“ bestehen. Hierzu heißt es wörtlich: „Der Generalsekretariat der WEU könnte die Kerntätigkeit für das Generalsekretariat der gemeinschaftlichen Verteidigungsorganisation werden. Das Europäische Parlament könnte die Funktion der WEU-Versammlung übernehmen.“ Auf jeden Fall komme es dann darauf an, „auf der Grundlage eines reformierten WEU-Vertrags“ — gemeint ist nach dem inzwischen erreichten Wegfall sämtlicher Rüstungsbeschränkungen für die BRD — sowie unter Einbeziehung der „Eurogroup“ zum institutionellen Aufbau einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ zu schreiten.

„Drit e Phase“ und Abschluß dieses „Stufenplans“ wäre dann die „Politische Union“ zu der dann auch ein „europäischer Generalstab“ gehören müsse, „dessen Funktionen voraussichtlich große Ähnlichkeiten mit denen der deutschen Führungsstäbe der Streitkräfte (H u S) haben werden.“

Unschwer läßt sich erkennen, daß die gegenwärtige „Wiederbelebung der WEU“ nicht etwa eine neue Idee der Regierungen Kohl und Mitterand gewesen ist und auch nicht der „Anfang“ einer militärischen Kooperation der EG-Staaten, sondern der Abschluß einer ganzen Phase von zehn, 15 Jahren militärischer Kooperation insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungsproduktions, der Bewaffnung, der Entwicklung neuer Waffen

und der sogenannten „Standardisierung der Waffen“. Unschwer läßt sich auch erkennen, welche zentrale Rolle die BRD-Imperialisten von Anfang an der Rüstungskooperation bei der „europäischen Einigung“ beimaßen. „Wie sehr nun diese Rüstungskooperation heute aus, wie hat sie sich entwickelt, und welche Pläne bestehen für die nächste Zeit?“

Ein Kampfflugzeug für die 90er Jahre

An diesem Projekt, hierzulande unter dem Namen „Jäger 90“ bekannt, sind die BRD, Frankreich, England, Italien und Spanien beteiligt. Interesse an der Mitarbeit haben inzwischen auch die Niederlande angemeldet. Formal soll der Startschuß zur Entwicklung und Produktion des „Jäger 90“, der ab 1995 eingesetzt werden soll, im nächsten Frühjahr fallen, jedoch haben sich sowohl die Luftwaffenchefs schon im Dezember 1983 auf ein Konzept der militärisch-taktischen Anforderungen an den Jäger wie die Verteidigungsminister im Juli 1984 auf ein Rahmenabkommen über Durchführbarkeitsstudien geeinigt.

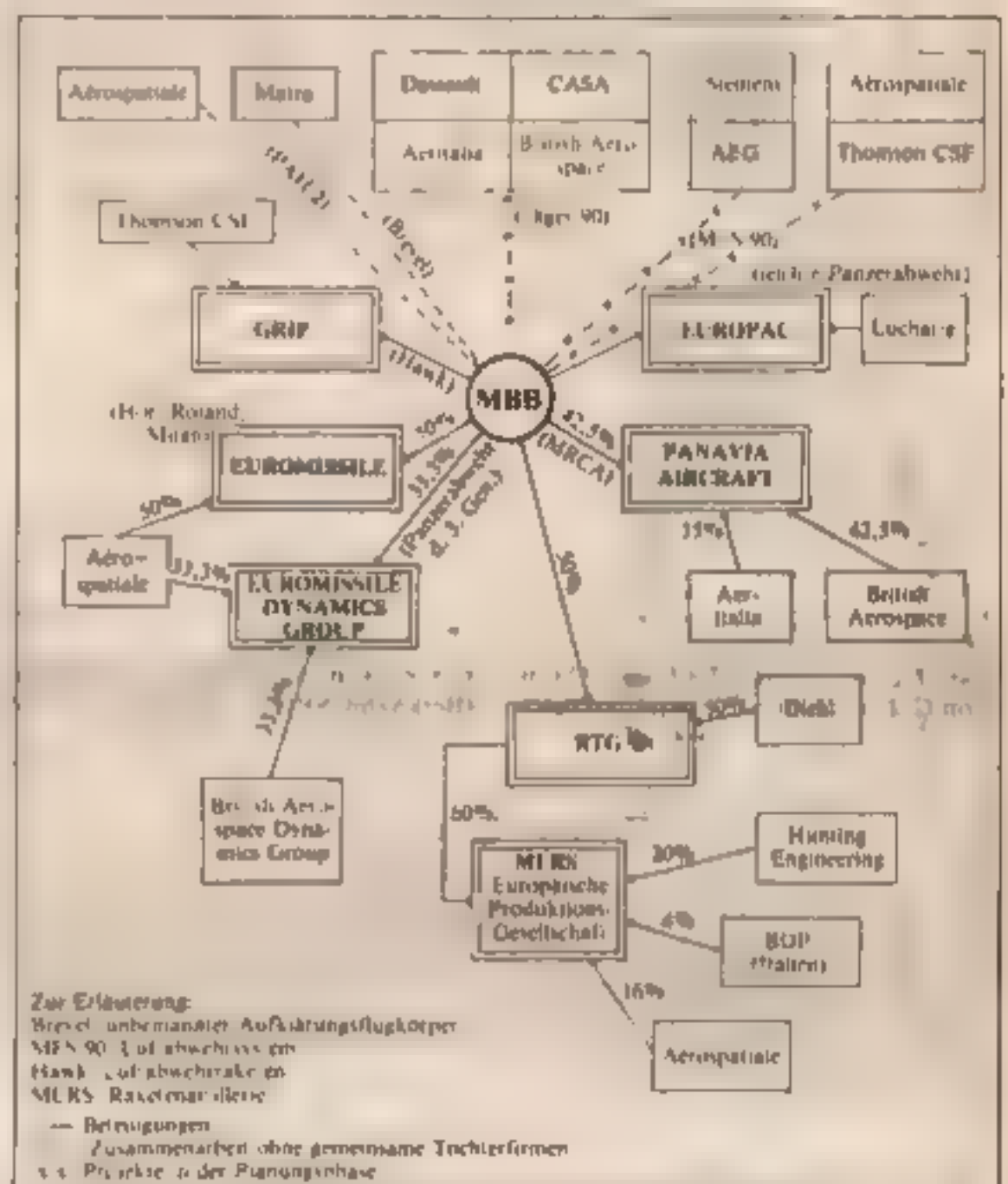
kurz vor dem EG Beitritt Großbritanniens.

Panzerabwehrhubschrauber 2

Eine weitere Variante westeuropäischer Kooperation sind zweiseitige Rüstungsprojekte, die es zwischen der BRD und Frankreich in großer Zahl gibt. Dazu gehört die Entwicklung und der Bau des PAH-2 (vgl. AK 217 bis 239), der ab 1991 eingesetzt werden soll. Gegen Panzerverbände des Warschauer Paktes soll der PAH-2 als „Panzerjagdhubschrauber“ operieren (Internationale Wehrschau 5/84). Frankreich legt außerdem Wert darauf, daß zwei spezielle französische Versionen, die bei der schnellen Eingreiftruppe eingesetzt werden sollen, Wüstenskampflichkeit aufweisen, also für den Einsatz in kolonialen Kriegen konzipiert werden.

Im Mai dieses Jahres unterzeichneten die Kriegaminister Wörner und Hensu das „Memorandum of Understanding“ über die gemeinsame Entwicklung des PAH-2. Auch bei diesem Projekt soll die BRD als Pilotnation mit dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) als durchführender Behörde und der Firma MBB als Generalunternehmer fungieren. Die

MBB: Spinnweb im Netz



Mit geschätzten Entwicklungskosten von 6-9 Mrd. DM und einem Beschaffungspreis pro Maschine von 70 Mio. DM wird der Jäger 20 bis 40% teurer als eine entsprechende US-Neuentwicklung sein, doch geht es erstens darum, „die Unabhängigkeit der entsprechenden Luftwaffen bzw. Rüstungsindustrien von der Technologie aus den Vereinigten Staaten (zu) ver stärken“ (Neue Zürcher Zeitung, 12.7.1984), und zweitens der westeuropäischen Industrie ein Gesamtumsatz von um rund 100 Mrd. DM zu sichern. Die Entwicklungskosten für das Flugzeug sollen die BRD, Frankreich und Großbritannien je zu rund einem Viertel, Italien mit 15 bis 19% und Spanien mit 8 bis 14% tragen.

Ab 1995 sollen für den Absatz in den Vertragsstaaten ca. 800 Jäger produziert werden, von denen die BRD 240, Frankreich 140, England 200, Italien und Spanien je 100 Maschinen erwerben wollen. Auf den Export von weiteren 800 Jägern wird derzeit spekuliert. An der Produktion sollen MBB, British Aerospace, Avions Marcel Dassault (F), Aerospatiale (I) und Spaniens Construcciones Aeronauticas (CASA) beteiligt werden. Vorabgespräche über die Entwicklung eines neuen Triebwerks laufen zwischen Motoren- und Turbinen Union (MTU), SNECMA (F), Fiat und Rolls Royce.

Polnisch bemerkenswert ist die Einbeziehung Spaniens in das JF 90-Projekt, geht es doch darum, Spanien noch vor dem EG-Beitritt faktisch zu integrieren und bereits vor der Entscheidung um die spanische NATO-Mitgliedschaft die wirtschaftlichen und militärischen Interessen der spanischen Bourgeoisie mit denen der EG-Staaten zu verknüpfen. Insofern hat dieses Projekt auch Ähnlichkeit mit der britischen Teilnahme am MRCA-Projekt.

Leitung des Programms wurde einem von beiden Nationen paritätisch besetzten Lenkungs-Ausschuss übertragen.

Vorgesehen ist die Entwicklung eines gemeinsamen Basis-Hubschraubers und dreier daraus abgeleiteter nationaler Versionen, eine für die BRD, zwei für Frankreich. Die Entwicklungsarbeiten für die Basisversion sollen „quantitativ und qualitativ gleichwertig aufgeteilt“ werden (Wehrdienst 94/84), während die nationalen Versionen jeweils in eigener finanzieller und technischer Verantwortung entwickelt werden sollen. Neben MBB tritt für die französische Seite Aerospatiale als Mitauftragnehmer auf; für die Entwicklung des Triebwerks gründeten die Motoren- und Turbinen Union MTU und Turbomeca die Managementfirma MTM.

Wie fast alle anderen Kooperationsprojekte zwischen NATO-Staaten auch, ist das PAH-2-Projekt für die Beteiligung weiterer Staaten offen. Hinweise auf einen möglichen Einstieg gibt es aus England und den Niederlanden.

Taktische Flugkörper

Die Lenkwaffenysteme Hot und Milan (Panzerabwehr) sowie Roland (Luftabwehr) werden von den Konzernen MBB und Aerospatiale gefertigt, die für diesen Bereich seit 1965 zusammenarbeiten. Für die Abwicklung dieser Projekte wurde die Tochterfirma Euromissile gegründet, an der MBB und Aerospatiale mit je 50% beteiligt sind.

Die Serienfertigung findet bei MBB und Aerospatiale statt; der Umfang dieser Kooperation wird daran deutlich, daß von den 1,8 Mrd. DM, die der MBB-Unternehmensbereich Appa-



Unterm Zaun durch

Typischer „Verteidigungsauftrag“! Werbung der „Panavia“ für MRCA Tornado

Munungsindustrie ist wie in keiner anderen Branche ist die Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten verschiedener Länder und auch die Konzentration und Zentralisation von Kapital durch

„europäischen Einigung“ hingewiesen. „Die langfristigen Überlegungen der Bonner Militärexperten zielen weiter auf die schrittweise Heranbildung ei-

rate 1983 umsetzte, 1,44 Mrd. DM (80%) auf die Gemeinschaftsvorhaben entfielen; bei Aerospace waren es im Unternehmensbereich faktische Flugkörper 1983 mehr als 3 Mrd. FF bei einem Gesamtumsatz von 5,5 Mrd. FF.

Für die Produktion von Milan wurden von Euromissile Lizenzen an British Aerospace Dynamics Group, an Italien und Indien vergeben. Exportiert wurden Hot und Milan u. a. nach Südafrika, Saudi-Arabien, Ägypten und Argentinien. Wie bei allen Gemeinschaftsprojekten mit Frankreich umgehen die BRD-Konzerne die bundesdeutschen Rüstungsexportbeschränkungen dadurch, daß die Ausfuhr über

Indien spielte das „größte Rüstungsprogramm seit Christ Oehm“ (Helmut Schmidt), der Bau des Mehrzweckflugzeugs MRCA Tornado (Multi Role Combat Aircraft). Auf dem Preisstand von 1981 beliefen sich die Gesamtkosten für dieses britisch-italienisch-westdeutsche Projekt auf rund 80 Mrd. DM, der westdeutsche Anteil auf ca. 32 Mrd. DM.

In einem „Memorandum of Understanding“ (Juli 1983) vereinbarten Italien, Großbritannien, die BRD und die Niederlande, die kurz darauf aus dem Projekt ausstieg, die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und beim Bau des MRCA. Diese Länderkonstellation er-

schäftigte ein gleiches Auftragsvolumen von 40% zuzugereichen, die restlichen 20% fielen an FIAT. Für den Bereich der Flugzeugelektronik wurde im Dezember 1983 auf Betreiben des Bundesverteidigungsministeriums die Elektronik System GmbH (ESG) gebildet, die von AEG, Siemens, SEL und Rohde & Schwarz getragen wird, (vgl. Mechtersheimer). Auch auf diesem Sektor wurden die gesteckten Ziele erreicht: IBM wurde ausgelastet und gegenüber der englischen ESAMS und der italienischen SIA die Federführung bei den MRCA-Arbeiten durchgesetzt.

Neben diesen, die BRD-Industrie betreffenden Fakten ist noch zu erwähnen, daß im Lauf der Jahre mehrere französische Firmen — Hispano-Suiza, SFENA, TRT — mit Arbeiten für das MRCA beteiligt wurden.

Mit der Einstufung des MRCA als NATO-Projekt wurde eine Regierungsorganisation der beteiligten Staaten gebildet, die NAMMO (NATO MRCA Development and Production Management Organisation), der die militärische Koordinierungsbehörde NAMMA (NATO MRCA Management Agency) untergeordnet ist. Auch in der NAMMA konnte ein Westdeutscher den Vorsitz übernehmen. Inwiefern damit real die NATO über die Vorstellungen der beteiligten Länder hinaus Einfluß auf das Projekt nahm, ist allerdings strittig.

Über die Abnahme von Flugzeugen aus den Partnerstaaten (GB 344, BRD 322, Italien 99) hinaus erhoffte sich die westdeutsche Industrie einen Ausbau ihrer Rüstungsexporte. Hier war der BRD ein weiterer Erfolg bei der Verwirklichung ihrer Zielsetzungen beschieden, denn England einigte sich mit Saudi-Arabien, 40 Tornado dort zu liefern, und selbst Japan prüft, ob es das MRCA zur Erweiterung seiner Luftwaffe ankaufen soll.

Rüstungskonzerne — eine „europäische“ Bilanz

Ausgedehnter als auf jedem anderen Sektor haben sich bei der gemeinsamen Auftragsverteilung verschiedene Formen der westeuropäischen Zusammenarbeit herausgebildet: Lizenzproduktionen, projektgebundene Tochtergesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften und Tochtergesellschaften wie Euromissile oder Panavia, die nicht mehr an ein einzelnes Projekt gebunden sind. Die Rüstungskonzerne sehen sich hier selbst in der Rolle eines Vorreiters in Sachen „europäische Einigung“. Der heutige BDI-Hauptgeschäftsführer und frühere Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Mann, erklärte 1976/77 im „Jahrbuch der Wehrtechnik 10“: „Niemand

der Industrie erfaßt ebenfalls ohne Ausnahme und die großen Elektronikkonzerne an Rüstungsvorhaben auf westeuropäischer Ebene beteiligt.“

Staatlicherseits macht die Einbeziehung in diese Kooperation erst recht vor keinem Land halt, da kein westeuropäischer Staat mehr in der Lage ist, das gesamte Kriegswaffenarsenal der NATO auf nationale Kosten zu beschaffen.

Die politisch gewollte westeuropäische Einigung läßt sich über den Rüstungssektor in besonderem Maße vorantreiben, da dieser von der staatlichen Nachfrage abhängt. Mit anderen Worten: über die jeweiligen nationalen Rüstungshaushalte, aus denen alle diese Kooperationsvorhaben bezahlt werden sind und weiterhin werden, leisten sämtliche Lohnabhängigen in den EG-Staaten ihren beständigen Steuerbeitrag an diese Sorte „Einigung“, während die geschäftlichen Interessen der an diesen Rüstungsprojekten direkt oder indirekt beteiligten Konzerne durch die Aussicht auf noch größere und noch ertragreichere Rüstungsprojekte zu nehmend miteinander verklammert

„Standardisierung der Bewaffnung“ an die Niederlande, Belgien, Italien, Norwegen, Dänemark verkauft werden. Zahlreiche andere westliche Rüstungskonzerne sind über das Leopard Projekt mit Flick bzw. Krauss-Maffei verbunden. Dazu gehören die zum Krupp-Konzern gehörenden Mahle und Krupp Atlas Elektronik in Herford, die Zahnradfabrik Renk in Augsburg (Gießerei/Fabrikation), Robert Bosch GmbH, Varta Batterien (Quandt-Gruppe), die MTU Friedrichshafen (Daimler-Benz und MAN), die Zahnradfabrik Friedrichshafen (Zeppelin-Stiftung), Blohm & Voß in Hamburg (Thyssen), die Diehl Gruppe sowie Rheinmetall (Rohrberg Industrie Verwaltung).

Die MBB-Gruppe ist das zweite große westdeutsche Rüstungsunternehmen, das im Zuge dieser Kooperationen entstanden ist und mit dem die BRD heute an fast jedem Luftwaffen- und Raketenprojekt in Westeuropa wieder führend beteiligt ist. Auch MBB ist mit einer Vielzahl weiterer westdeutscher Kapitale eng verbunden: Thyssen, Siemens, die Allianz, Bosch,



Der Transportpanzer „Fuchs“ von Thyssen-Henschel bei der Wüstenprobung Geeignet für EG-Interventionen in Nahost und Nordafrika.

die in Frankreich ansässige Gemeinschaftsfirma abgewickelt wird. Alle Koproduktionen fallen unter ein 1972 abgeschlossenes Geheimabkommen, in dem auch die BRD und Frankreich der gegenseitigen Garantie der freien Exportierbarkeit aller gemeinschaftlich entwickelten Waffensysteme versicherten.

Gemeinsam mit BAeDG haben MBB und Aerospace die Euromissile Dynamics Group (EMDG) gegründet, die die Kampfverdränger der Milan und die PARS 3 (Panzerabwehraktensternsysteme der 3. Generation) entwickelt. Neben den genannten sind auch die Firmen Eltro und Bodensee-Geßler-Technik sowie TRT und Thomson CSF am PARS-3-Programm beteiligt.

Gleich dem deutsch-französischen Bureau de Programmes Franco-Allemand (BPFA), das für die regierungsseitige Durchführung der Lenkwaffenprogramme von Euromissile gegründet wurde, ist für die Abwicklung des PARS-3-Programms ein Bureau Trilateral de Programmes (BTP) eingerichtet worden, das von den Regierungen der BRD, Frankreichs und

gab sich, nachdem einmal der geplante Einstieg der BRD in laufende britisch-französische Programme nicht zustande gekommen war und ein anderes Mal am französischen Ausstieg aus dem Forschungsarbeiten für ein Militärflugzeug mit variabler Geometrie scheiterte. Neben den o. g. allgemeinen Interessen der Westeuropäer an vermehrter Rüstungskonzerne verfolgt die BRD speziell mit der MRCA-Entwicklung zwei Ziele: Zum einen wurde die Aussicht eröffnet, erstmals nach dem Ende des 2. Weltkrieges wieder ein Kampfflugzeug — mit der Fähigkeit zur atomaren Bewaffnung — von der Forschungsphase bis zur Serienfertigung in der BRD herzustellen (Berkahn/SPD: „Wir werden bei der Entwicklung dieses Flugzeugs den größten Anteil haben und müssen daher auch die Führung beanspruchen“), zum anderen war es das besondere politische Anliegen der BRD, im Vorfeld des englischen EG-Beitritts eine faktische Integration zu schaffen.

Die westdeutsche Strategie, über die Konzentration der nationalen Kapazitäten die Führungsrolle in einem westeuropäischen Konsortium zu überneh-



„Die Panzerabwehrkanone — die französische Regierung will das Gerät für nordafrikanische Einsätze brauchbar gestatten lassen.“

Englands gemeinsam betrieben wird. Damit ist sowohl von industrieller wie institutioneller Seite die Basis für westeuropäische Raketenprogramme im großen Stil geschaffen worden, die von der BRD nach der Aufhebung der letzten WIL-Beschränkungen für strategische Raketen angestrebt werden.

MRCA Tornado

Eine äußerst bedeutende Rolle bei der Verbesserung der Konkurrenzsituation der westdeutschen und der westeuropäischen Luft- und Raumfahrtindu-

men, spiegelt sich in drei Vorgängen jener Zeit. Mitte 1968 fusionierten die Messerschmidt Werke und die Bolkow GmbH, zu denen bis 1970 noch die Hamburger Flugzeugbau GmbH stieß, zum MBB-Konzern, dem 1969 die Systemführerschaft beim MRCA-Projekt übertragen wurde.

Im Juli 1969 fusionierten die Daimler-Benz AG und MAN im Bereich des Triebwerksbaus und gründeten die Motoren- und Turbinen-Union GmbH (MTU). Der größte, aber krisenge-schüttelte westeuropäische Triebwerks-hersteller Rolls-Royce (80000 Beschäftigte) wurde genötigt, MTU 19000 Be-

macht sich aber klar, daß die Gründung des Unternehmens (Euromissile) gelungen ist, ohne ein bestehendes europäisches Gesellschaftsrecht, das eigentlich die Grundlage dafür hätte sein müssen.“

Die engste Verbindung hat sich zwischen MBB und Aerospace entwickelt. Sie umfaßt neben den dargestellten Projekten auch die Airbus-Produktion und die Entwicklung von Satelliten. Mit einigen Ausnahmen ist auch British Aerospace an dieser intensiven Zusammenarbeit beteiligt.

In der Breite hat die Rüstungskonzerne praktisch alle westeuropäischen Konzerne der Luft- und Raumfahrtin-

der Kampfwagen Übernahme und 1983 die Ausrüstungsbetreuung aller italienischen MRCA.

Vermittels der Kooperation haben sich die EG-Staaten sowohl gemeinschaftlich wie einzeln in einer Weise militärisch gestärkt, wie sie es in nationalen Alleingängen nicht hätten erreichen können. Die Zusammenarbeit hat die industrielle und politische Grundlage dafür geschaffen, auch national geführte Kolonialkriege (Maurenen, Tschad) mit der vereinten Kraft der EG zu unterstützen, sei es auf dem Wege des Nachschubs, sei es mit den nationalen schnellen Eingreifstruppen (die auch Italien jetzt aufstellen will). Ebenso ist die EG als Block heute sehr viel eher in der Lage, ihre weltweiten Interessen militärisch zu vertreten.

... und die Bilanz für die BRD

Die Ergebnisse dieser Sorte „europäischer Kooperation“ für die BRD sind beunruhigend. Den westdeutschen Imperialisten ist es gelungen, im Zuge der Rüstungskonzerne sämtliche aus der Niederlage des deutschen Faschismus herrührenden Produktionsbeschränkungen für ihre konventionelle Rüstungsindustrie wieder aufzuheben. Die westdeutschen Rüstungskonzerne, die etwa im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie erst 1955 wieder offiziell tätig werden durften — vorher hatten Firmen wie Messerschmidt, Dornier u. a. im Ausland, insbesondere in Argentinien und im faschistischen Spanien ihre Produktion wieder aufgenommen (siehe dazu u. a.: U. Albrecht, P. Lock, H. Wulf, Mit Rüstung gegen die Arbeitslosigkeit?, Hamburg 1982, S. 60f.) — gehören heute wieder zu den größten Rüstungsunternehmen in Westeuropa.

Der Flick-Konzern etwa ist mit Krauss-Maffei heute wieder mit Abstand größtes Panzerbauunternehmen in Westeuropa. Dieser Wiederaufstieg von Flick ist untrennbar verbunden mit den Programmen Leopard I und II, die nicht nur für die Bundeswehr erstellt wurden, sondern unter der Leitung der

Krupp, die Messerschmitt-Stiftung, Bolkow, Wismar sowie das Bundesland Bayern und die Hansestadt Hamburg sind direkt oder indirekt an MBB beteiligt.

Die Eigentümer dieser beiden großen westdeutschen Rüstungskonzerne bzw. der mit diesen Konzernen über große gemeinsame Projekte verbundenen Firmen sind bekannte Namen. Alles, was schon als Wehrwirtschaftsführer zu Zeiten des Faschismus sich blühend hervorgetan, hat sich heute wieder um diese beiden Rüstungsmonopole geschart und bereits in den vergangenen Jahren mit der „westeuropäischen Rüs-

te“ diese beiden Rüstungsmonopole geschart und bereits in den vergangenen Jahren mit der „westeuropäischen Rüstungskonzerne“ bzw. der dadurch ermöglichten Expansion der westdeutschen Rüstungsproduktion enorme Vermögen neuerlich aufgebaut.

Nun soll dieses Geschäft — parallel zur Inangriffnahme neuerlicher, von uns oben geschilderter „Kooperationsvorhaben“ und im Zuge der „Wiederbelebung der WEU“ — noch einmal auf eine neue Stufe gehoben werden. Seit Monaten ist bekannt, daß von Seiten der Bundesregierung, der bayerischen Landesregierung und der mit MBB verbundenen Kapitale, aber auch scheinend auch von Flick, eine Fusion von MBB und Krauss-Maffei vorbereitet wird. Angeblich soll auch noch ein „alternatives“ Fusionsprojekt bestehen: Die Quandt-Gruppe will Krauss-Maffei übernehmen und damit ihrerseits die Führung in der Panzerproduktion gewinnen. Wie auch immer diese Fusionsvorhaben ausgehen werden, eines steht schon jetzt fest: Am Ende wird die westdeutsche Panzerproduktion noch weiter zentralisiert sein, wenn nicht gar MBB und Krauss-Maffei fusionieren und weitere Firmen beteiligen. Ein neuer Schritt nach vorn für das Bestreben der westdeutschen Imperialisten, zur dominierenden Rüstungsmacht und Waffenschmiede in Westeuropa zu werden, steht bevor.

Lo., KB und rül. BWN

Quellenhinweis: Wehrtechnik, Wehrdienst, Flugrevue, Intervista, ffd. Ausgaben; F. Schmidt, Der Militär-Industrie-Komplex, 1972; A. Mechtersheimer, Rüstung und Politik in der Bundesrepublik, MRCA Tornado, 1977; W. Klank, Ausbau der Kooperationsbeziehungen zwischen den Rüstungsmonopolen der NATO-Staaten, in: IPW-Berichte 1982; K. Carlsson und D. Mahnkne (Hrsg.), Westeuropäische Verteidigungskooperation, München 1972; K. Engelhardt, W. Klank, Fortschritt Rüstungsintegration in Westeuropa, in: IPW-Berichte 1978;

Die „Wende“ von 1978

Schon einmal, nämlich vor 6 Jahren, war von einem bevorstehenden oder drohenden Zusammenbruch des internationalen Währungssystems die Rede. Der Dollar erreichte im Jahre 1978 seinen vorläufigen Rekord-Tiefpunkt von DM 1,73.

Westeuropa oder genauer: die EG mit Ausnahme Großbritanniens entschlossen sich unter Federführung der IHD zur Errichtung eines Schutzsystems gegenüber dem Dollar, der nach wie vor auf die privaten Kapitalmärkte strömt und die Wechselkurse unberechenbarer machte. Diese EG Staaten errichteten das „Europäische Währungssystem“ (EWS). Ohne im einzelnen auf die inneren Widersprüche des EWS einzugehen, bedeutet das EWS zweifellos den regionalen Versuch, ein System einigermaßen stabiler Wechselkurse innerhalb der EG zu schaffen — nach außen hin vor allem gegen die ständigen Schwankungen des Dollar gerichtet.

Aber bekanntlich gab es nicht nur eine währungspolitische Krise, sondern eine allgemeine Krise der Kapitalakkumulation. Vor diesem Hintergrund kam es zwischen 1977 und 1979 zu wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den USA einerseits und der EG und Japan andererseits. Der damalige US-Präsident Carter forderte vor allem von der BRD und von Japan, die „Lokomotive“ zu spielen und die Weltwirtschaft aus der Krise herauszuführen. U.a. verlangte Carter von seinen Konkurrenten eine expansive Geldpolitik, niedrigere Zinsen und statt der finanzierten Konjunkturprogramme — also vor allem die Dinge, die die USA selbst eben nicht betreiben wollten. Doch die US-Konkurrenten widersetzten sich dieser Carter'schen Angebote. Die BRD befürchtete hohe Inflationsraten und eine sinkende Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, sowie negative Folgen für ihre Zahlungsbilanz. Im Unterschied also zu den sechziger Jahren, wo die USA infolge des Vietnamkriegs und steigender Staatsausgaben munter Dollars druckten und in die Welt schleuderten — und die Konkurrenten beim System fester Wechselkurse durch Dollarläufe den Kursstabil halten mußten — spielten die EG und Japan das Spielchen dieses Mal nicht mit. Sollten die USA doch selber sehen, wie sie mit ihren Schwierigkeiten klarkommen, so etwa lautete der Tenor des Ex-Kanzlers und „Weltökonom“ Helmut Schmidt auf die Carter'sche Offerte.

Die damalige Carter-Schmidt-Konversation zeigte also, daß die USA ihre Dollarprobleme nicht mehr ohne weiteres auf ihre Konkurrenten abwälzen konnten, letztere sich sogar strikt weigerten, für die US-Interessen die Kohlen aus dem Feuer zu holen.

Die USA waren zum damaligen Zeitpunkt dazu gezwungen, nun selbst ihre währungspolitische Strategie zu definieren, ohne den Rückgriff auf die Zusammenarbeit oder das Abwälzen ihrer Probleme auf ihre wichtigsten Konkurrenten.

Im Prinzip gab es damals für die USA zwei Möglichkeiten:

— Die USA hätten den auf einen Kurswert von DM 1,73 abgefallenen Dollar noch tiefer sinken lassen können, um die negative Handelsbilanz umzudrehen. Dies hätte auf der anderen Seite die Instabilität des Weltwährungssystems und die Dollarflucht noch erheblich verstärkt.

— Die USA stoppen den weiteren Verfall des Dollar durch eine konsequente Hochzinspolitik unter Inkaufnahme stärker steigender Waren- und Kapitalimporte aus dem Ausland. Hohe Zinsen für Leihkapital hatte außerdem dessen Verteuerung zur Folge, was die Investitionen abwürgte.

Bekanntlich wählten die USA die letztgenannte Option — und zwar schon unter Carter! Unter Reagan wurde der eingeschlagene Kurs der Hochzinspolitik nur konsequent weiterentwickelt.

Peinlich bleibt, daß die Binstellung der Hochzinspolitik eine bewußte politische Entscheidung des US-Kapitals war — unter Abwägung der Vor- aber auch Nachteile.

USA gewinnen Hegemonie zurück

Der Hauptgrund der amerikanischen Hochzinspolitik mit negativen, restriktiven Auswirkungen auf die US-Binnenkonjunktur lag darin zu sehen, die in den sechziger Jahren verloren gegangene dominierende Stellung des Dollar zurückzugewinnen. Und in der Tat hat dies den USA gelungen. Der „starke“ Dollar hat seine alte dominierende Stellung als Leih- und Reservewährung voll wiederherstellen können.

Zur Weltwährungskrise, Teil II

Die Renaissance des Dollars verschärft die Krise

In den letzten Wochen erlebte der US-Dollar gegenüber der DM einen Wechselkurswert von über 3 DM und liegt damit so hoch wie vor etwa 11 Jahren — vor dem damaligen Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse. Und in den Wirtschaftsmagazinen wurde der 21. September 1984 als der „Schwarze Freitag“ gehandelt, in Anspielung auf den gleichnamigen Freitag im Jahre 1929, dem Zusammenbruch des internationalen Währungssystems an der New Yorker Börse. Was war geschehen? Am 21. 9. kletterte der Dollarkurs auf über 3,15 DM und die westdeutsche Bundesbank intervenierte massiv: sie verkaufte 500 bis 700 Millionen Dollar, um den Kurs wieder etwas abzurücken. Tatsächlich fiel der Dollar auf Werte von etwa 3,05 DM, und stieg Mitte Oktober wieder auf 3,14 DM.

Wiederum intervenierte die Bundesbank mit etwa 200 Millionen Dollar. Hier scheint sich etwas zu wiederholen, was bereits in den sechziger Jahren praktiziert wurde — nur unter umgekehrten Vorzeichen: damals druckten die USA zusätzliche Dollarsnoten und exportierten ihr entwertetes Kapital ins Ausland; die westeuropäischen Zentralbanken waren eine Zeit lang gezwungen, diese Dollars zur Kursstützung zu kaufen. Heute importieren die USA Kapital aus dem Ausland, halten die Zinsen hoch und den Dollar knapp. Nunmehr sind die Zentralbanken gezwungen, durch Devisenverkäufe den Kurs zu drücken.

Im folgenden zweiten Teil dieses Artikels sollen Ursachen und Hintergründe der Wiederkehr des „starken“ Dollar erläutert werden.

Aufgrund des „Doppelcharakters“ des Dollar als nationale wie auch internationale Währung müssen auch diese beiden Seiten im Hinblick auf die Folgen für die US-Binnenwirtschaft und die Weltwirtschaft betrachtet werden.

Hohe Zinsen, knapper Dollar, Haushaltsdefizite: der Dollarkurs stieg an

Zunächst also ein kurzer Überblick über die wirtschaftspolitischen Auswirkungen des Dollar auf die US-Konjunktur.

Die hohen Zinsen allein, die bereits unter Carter zu steigen begannen, können den seit dieser Zeit steigenden Wechselkurs des Dollar allein nicht erklären. Neben den hohen Zinsen wurde denn auch — unter Reagan verschärft — eine restriktive Geldmengenpolitik eingeleitet. Zum einen bedeutete dies, daß die amerikanische Zentralbank die Dollarsnoten knapp hielt (im Unterschied zu den sechziger Jahren, wo dies die ausländischen Notenbanken durch Dollarläufe besorgen mußten). Zum zweiten wurden die Inflationsraten nach unten gedrückt — eine Voraussetzung dafür, daß die hohen Zinsen auch „greifen“, denn erforderlich und hohe reale Zinssätze (abzüglich der Inflationsrate), um die Nachfrage nach Dollars zu erhöhen.

Aber diese restriktive Geldpolitik, verbunden mit hohen Realzinsen, beschleunigten und verursachten die tiefe wirtschaftliche Rezession in den USA etwa ab Mitte 1979 (1). Die industriellen Wachstumsraten stagnierten oder gingen sogar zurück. Binnenwirtschaftlich schafften sich die USA ein weiteres Problem: die extrem hohe Staatsverschuldung. Sie wurde mit dadurch verschärft, weil die Reagan-Administration erhebliche Steuererleichterungen und insbesondere wesentliche Abgabenverzicht von Unternehmen anordnete, so daß die

Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates sich vergrößerte.

Die Haushaltsdefizite stiegen in den USA von 60 Mrd. US-D. (1980) auf 195 Mrd. US-D. im letzten Jahr (1983).

Erheblich mit dazu beigetragen haben die extrem ausgeweiteten Rüstungsausgaben; sie stiegen im genannten Zeitraum von 133,9 Mrd auf 210,5 Mrd. US-D. und stiegen 1984 und 1985 beharrlich weiter. Nach den derzeitigen Planungen soll der prozentuale Anteil der Rüstungsausgaben am Gesamthaushalt von 23,6 % (1980) auf 33,5 % im Jahre 1988 steigen.

Die gewaltigen Rüstungsausgaben bedeuten umgekehrt eine Verminderung der Sozialausgaben zu Lasten der Bevölkerung, was u.a. zur Ausbreitung der Armut in den USA führte; außerdem werden damit riesige Geldmittel den „zivilen“ Investitionen entzogen.

Das Haushaltsdefizit muß also gedeckt werden, was durch Kreditaufnahme des Staates erfolgt. Und genau das bedeutet umgekehrt eine Verminderung der Sozialausgaben zu Lasten der Bevölkerung, was u.a. zur Ausbreitung der Armut in den USA führte; außerdem werden damit riesige Geldmittel den „zivilen“ Investitionen entzogen.

Das Haushaltsdefizit muß also gedeckt werden, was durch Kreditaufnahme des Staates erfolgt. Und genau dafür sorgen die ungewöhnlich hohen Zinsen, um die knapp gehaltenen Dollars nicht nur von US-Kreditgebern, sondern zunehmend von ausländischen Kapitalmärkten zu leihen.

Und an diesem Punkt tritt ein weiterer Faktor hinzu: die Anlagebedingungen auf den amerikanischen Kapitalmärkten sind vielfach — dank hoher Zinsen — so profitabel, daß der enorme Haushaltsbedarf der USA permanent, geradezu magnetisch, Geldkapital aus aller Welt anlockt: die Anlageform von Kapital in Geldkapital ist profitabler als etwa industrielle Investitionen. Auch dieser Mechanismus funktioniert nur dann, wenn der Dollar knapp gehalten wird, wofür die US-Zentralbank sorgt, denn würde der wachsende Kapitalbedarf durch Ausgabe neugedruckter Dollarsnoten erfolgen, würde dies die Inflation anheizen und den Dollar entwerten.

Die Bruttoverschuldung der USA, also die Gesamtverschuldung gegenüber ihren eigenen Kreditgebern und

Geldgebern im Ausland, liegt derzeit bei 1,4 Billionen (= 1400 Mrd.) Dollar. 14 % aller Schulden liegen derzeit bei ausländischen Geldgebern. Im 1984 müssen die USA allein 108,2 Mrd. Dollar für Zinszahlungen aufbringen. Wenn dieser Trend anhält, werden die USA im nächsten Jahr zu einem Schuldnerland, d.h. sie werden dann über mehr Schulden als Vermögen im Ausland verfügen. Diese wenigen, autarkisch anmutenden Zahlen machen deutlich, welch enormen Kapitalbedarf die USA haben. Schon aus diesem Grund wird es auch künftig bei den anhaltend hohen Zinsen und dem „starken“ Dollar bleiben.

Die hohen Budgetdefizite besorgten denn auch — ganz entgegen der neoklassischen Wirtschaftstheorie — in typisch „keynesianischer“ Weise den wirtschaftlichen Aufschwung in den USA, denn etwa 1982/83 begannen die Steuererleichterungen zu wirken und führten zu einer extremen Nachfragestimulierung, die in den USA den „Aufschwung“ mit ungewöhnlich hohen Wachstumsraten verursachte. Flankiert wurde dieser Aufschwung durch eine leichte Lockerung der Geldmengenpolitik und zusätzliche staatliche Borgerei von Kapital im In- und Ausland (Diese Politik führte im übrigen zum Rücktritt des ökonomischen Chefs Berkeleys, Martin Feldstein, der mit einer weiteren anhaltenden Verschuldung nicht einverstanden war).

Im Rahmen dieses Aufschwungs wuchs die Kreditnachfrage seitens der privaten Wirtschaft um 25 %, was zum „crowding-out“, zur Kreditübernachfrage führte. Da die US-Zentralbank die Geldmenge nicht erhöhte, stieg auch von der industriellen, privaten Seite her die Nachfrage nach Dollars im In- wie im Ausland enorm an. Die Folge war wiederum ein weiterer Zinsanstieg sowie eine Kurssteigerung des Dollar.

Der neue Kapitalbedarf der USA führt innenwirtschaftlich zwangsläufig zu einem weiteren Aufblühen der Kapitalmärkte und der Dominanz des Bank- und Geldkapitals gegenüber dem industriellen Kapital. Die Geldhäuser in den USA haben schon 1980 Zinssätze von 30 % des gesamten Nationalinkommens erwirtschaftet (1960: 14,5 %). Während die Finanzaktiva der US-Banken auf 4 Billionen Dollar stiegen, betrugen die Finanzanlagen der amerikanischen Industrie lediglich rund 1 Billion Dollar.

Konkret läuft dann die Deckung des öffentlichen und privaten Kapitalbedarfs etwa so ab: Reagan's Schulzamt wirft wöchentlich ca. 15-17 Mrd. US-Dollar staatlicher Schuldscheine aus und verkauft diese Schuldscheine an sog. Broker (Anleihekäufer). Und diese Broker-Agenturen wiederum wenden sich an die in- und ausländischen privaten Kapitalmärkte, um die Schuldscheine in geborgtes Leihkapital, mit profitablen Zinssätzen für die Käufer, zu veräußern. Damit einher geht nicht nur eine dominante Stellung des Dollar, sondern die USA überhäufen sämtliche ausländi-

ge Broker-Agenturen wiederum wenden sich an die in- und ausländischen privaten Kapitalmärkte, um die Schuldscheine in geborgtes Leihkapital, mit profitablen Zinssätzen für die Käufer, zu veräußern. Damit einher geht nicht nur eine dominante Stellung des Dollar, sondern die USA überhäufen sämtliche ausländischen Kapitalmärkte mit ihren Regierungen. Nach dem Motto: „Wir müssen die Schulden der Regierung unter die Käufer bringen“ — so laßt die „Wirtschaftswoche“ einen New Yorker Broker zu Worte kommen, „sacken wir den Euromarkt ein“. In der Tat: es reichte nicht aus, den Kapitalhunger nur in Manhattan zu befriedigen, wobei ganz nebenbei dieser Ort inzwischen zum größten Kapitalmarkt der Welt avanciert ist, sondern die Regierungsanleihen werden inzwischen genauso in London, Frankfurt und Tokio gehandelt. Der „Dollarimperialismus“ zeigt sich, nach einem Tief in den sechziger Jahren, in neuem Glanz, nun aber nicht in Form von Kapitalexporten, sondern Kapitalimporten. Wie lange diese Blüte anhalten wird, ist eine andere Frage, dazu noch später (2).

Doch die öffentliche und private Verschuldung der USA gegenüber ihren in- und ausländischen Kreditgebern sind nicht die einzigen Ursachen für den hohen Kurswert des Dollar und das hohe Zinsniveau. Hinzu kommt eine defizitäre Handelsbilanz der USA, die sich seit Reagan noch stark ausgeweitet hat: Allein in diesem Jahr beläuft sich die Außenhandelsbilanz auf minus 120 Mrd. Dollar. Diese negative Handelsbilanz ist einfach zu erklären: die imperialistischen Konkurrenten können dank des „starken“ Dollars ihre Waren billiger in die USA exportieren, während sich die USA-Exporte aus dem gleichen Grund auf dem Weltmarkt verteuern. Diese hohen Defizite müssen mit Dollars bezahlt werden, die wiederum über Kapitalimporte gebogen werden müssen. Auch aus diesem weiteren Grund ist auf absehbare Zeit nicht mit einem sinkenden Zinsniveau oder gar einem Verfall des Dollar zu rechnen.

Der hohe Dollarkurs schwächt somit die internationale Konkurrenzfähigkeit der USA im Warenhandel, was jedoch keineswegs hingenommen wird: sondern fester Bestandteil der amerikanischen Strategie ist Rimmer de Vries, Ökonom der US-Bank Morgan Guaranty Trust, meint dazu, daß die USA „die Herausforderung, die mit dem hohen Dollarkurs verbunden sei, annehmen hätten. Man werde fortführen, die Schwierigkeiten in der amerikanischen Wirtschaft abzubauen“ (FAZ, 18.10.84).

Damit ist gesagt, daß die USA im Rahmen des weltweiten Konkurrenzkampfes ihre führende Position im Weltmarkt dadurch zurückerobern wollen, indem sie kostengünstiger im Vergleich zu ihren Konkurrenten produzieren und verbunden damit eine totale Modernisierung ihrer Volkswirtschaft, ausgerichtet auf hochtechnologische Warenmärkte, betreiben. Das ist ein längerfristiger Prozeß und außerdem schließt die Konkurrenz nicht. Anders ausgedrückt: ob das Kal der USA aufgehen wird, ist noch fraglich.

Die Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz

Der hohe Wechselkurs des Dollar hat im Weltmarkt daher folgende Auswirkungen. Die US-Konkurrenten — vor allem Japan und die BRD — profitieren reichlich vom Warenexport in die USA. Allein die BRD konnte in diesem Jahr im Rahmen ihrer Exportoffensive ihre Warenlieferungen in die USA um knapp 30 % erhöhen! Insofern profitieren also die schärfsten US-Konkurrenten von dem hohen Wechselkurs des Dollar. Dies wiederum führt zu einer Zuspitzung der innerimperialistischen Widersprüche, denn die US-Industrie — vor allem in den Bereichen Stahl, Textilien und Automobilindustrie — verlangt Einfuhrbeschränkungen und hohe Zölle, kurz: protektionistische Maßnahmen, die zu regelrechten Handelskriegen vor allem zwischen den USA und der EG eskalieren. Denn als Antwort protektionistischer Maßnahmen in den USA bei Einfuhrbeschränkungen im Stahlbereich z.B. drohte die EG (hierzu seit Einfuhrbeschränkungen bei Futtermittelimporten auf den USA).

An die Stelle des sogenannten „freien Weltmarktes“ sind zunehmend „freiwillige Exportkontrollen“ getreten, der ehemalige Bundeskanzler Schmidt sprach davon, daß über die Hälfte des gesamten Welt Handels bereits protektionistischen Maßnahmen unterliegen. Neben den eher traditionellen Industrien wie Stahl, Automobilindustrie und Textilien hat die US-Industrie auch auf dem Gebiet der Hochtechnologien den Handelskrieg eröffnet: mit dem Argument, die Sowjetunion dürfe keine hochtechnologischen Waren erhalten, weil sie damit nur neue Erkenntnisse für die Modernisierung ihrer Rüstung erhalte, werden so auch Erkenntnisse und Entwicklungen insbesondere auf dem Gebiet von neuen Schaltkreisen, digitalen Großrechnern usw. den Konkurrenten aus Japan und der EG vorenthalten.

Natürlich tritt Protektionismus immer auf, erst recht in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, aber der hohe Dollarkurs verschärft diese Maßnahmen noch.

Jedoch sind die zahlreichen US-Einfuhrbeschränkungen, die das weltweite GATT-System (2 a) durchlöcher haben, nur die eine Seite. Zwar profitieren die amerikanischen Konkurrenten aus Japan und vor allem der BRD vom hohen Dollarkurs, umgekehrt verteuern sich für diese Länder die US-Importe und bergen die Gefahr in sich, die Inflationsraten zu erhöhen. Daß dies bisher nicht eingetroffen ist, ist den nach wie vor äußerst niedrigen Rohstoffpreisen, einschließlich des Öls, zu verdanken, die den hohen Dollar kompensieren.

Dennoch überwiegen bei weitem — jedenfalls für Japan und die BRD — die Vorteile aus dem hohen Dollarkurs, und so ist es kein Wunder, daß nunmehr kaum noch Klagen über hohe Zinsen und den überbewerteten Dollar aus der BRD zu hören sind.

Hohe Zinsen und schwankende Wechselkurse

In der Tat beeinflusst das hohe amerikanische Zinsniveau die Wirtschaftspolitik ihrer Konkurrenten sowie die der „3. Welt“ (4). Derzeit sind etwa 170 Mrd. US-Dollar ausländischen Kapitals infolge der hohen Zinsen in amerikanischen Staatsanleihen angelegt. Damit werden die Kapitalanleger aus aller Welt zu Mitfinanziers der US-Haushaltsdefizite einschließlich der hohen Rüstungsausgaben. Außerdem bedeutet der massive Kapitalexport in die USA einen realen Abzug von Kapi-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

dungsroute für Atom-U-Boote zwischen Pazifik und Indischem Ozean — Andererseits aus ökonomischen Gründen: Bis vor kurzem noch war Neu Kaledonien der 3. Nickel-Weltproduzent, die Hälfte der Nickel-Worldreserven befindet sich auf dem Territorium der Insel. Außerdem kontrolliert Frankreich über seine Kolonien im Pazifik 40 Millionen Quadratkilometer Seeswasser.

Die Konflikte auf der Insel und keine neuen. Seit Jahrzehnten versucht die sogenannte Metropolenregierung, die Insel in einer sanften, aber festen Abhängigkeit zu halten. Die Kontrolle über die Wirtschaft der Insel liegt außerhalb der Hände der Bevölkerung bei der Gruppe IMETAL, die die SLN (Société de Nickel) besitzt, und beim kanadisch-amerikanischen Trust INCO (International Nickel Company). Auch die weiteren Ressourcen der Insel wie Chrom, Kaffee, Kobalt sind in Händen der Caldoches (Europäer, s.o.). Dies besitzen auch die größten und besitzenden Ländereien und produzieren die Hälfte der Kaffee-Ernte.

Die Caldoches leben in Luxus-Villen in der Hauptstadt Nouméa oder auf ihren Landsitzen, die sie bewachen und mithilfe von Hunden schützen lassen.

Nach der Annexion von 1853 wurden die Kanaken in Reservaten gesperrt, christianisiert und ihrer kulturellen Identität beraubt. Nur wenige leben in den Städten. Dort verrichten sie die meiste Arbeit für Löhne, die unterhalb der Löhne der Weißen liegen. Sie wohnen in Ghettos, wo der Alkoholismus grassiert. Von 100 Kanaken schafft nur einer den Weg in ein Hochschulstudium. Die schulische Unterprivilegierung drückt sich auch darin aus, daß es bislang keinen einzigen Kanaken-Arzt oder Kanaken-Rechtsanwalt gibt. In den Reservaten, wo nach wie vor die meisten leben, arbeiten sie in der Landwirtschaft.

Die französische Kolonialmacht hat stets die Kanaken ignoriert. Zwar versprach Mitterand unter anderem die ökonomische Unterstützung und Förderung der Kanaken, so etwa eine progressive Landabgabe an die Kanaken — indes hat sich nichts geändert.

Die Caldoches ihrerseits haben die gleiche Mentalität wie damals die „pieds-noirs“ in Algerien und scheinen zu allererst bereit zu sein, um ihre Privilegien zu verteidigen. Erwogen werden jetzt eine massive weiße Einwanderung, die Verstärkung der (bereits stattfindenden) bewaffneten Ge-

waltunterdrückung, der Verdrückung der bereits stattfindenden) bewaffneten Gegenwehr oder auch die Proklamation einer Unabhängigkeit Neu-Kaledoniens nach südafrikanischer oder rhodesischer Façon.

In Frankreich selber haben die Caldochen naturgemäß treue Verbündete von der faschistischen FN bis zur RPR (Chirac) und UDF (Giscard). In der Hafenstadt Marseille wurde gar eine Gesellschaft „für ein französisches Neu-Kaledonien“ gegründet. Wie in den besten Algerien-Kriegszeiten Auf den Vorschlag von PS-Generalsekretär Jospin, zunächst zwei getrennte Abstimmungen über die Zukunft der Insel durchzuführen (um dann zu einer sogenannten „pluriethnischen Unabhängigkeit auf föderaler Grundlage“ zu gelangen) reagierten die Rechten mit einem schamlosen „Apartheid Rassismus“-Geschrei. Alles in allem ist die einzige Partei im französischen Parlament, die auf Seiten der FLN steht, die KPF, während die PS es zunächst einmal recht machen will. Der Präsident der neukaledonischen Regierung, D. Ukelew (RPRC), hat bereits erklärt: „Wir können nicht mit Rebellen, mit Außergerichtlichen, mit Terroristen verhandeln. Neu-Kaledonien muß französisch bleiben“ („LM“, 4.12.84).

Jean-Marie Tjibaou, Präsident der provisorischen Kanaken-Regierung, ein ehemaliger Priester, betonte unlänglich des ersten Kongresses der FLNKS: „Unser Konzept der Unabhängigkeit ist ein offenes. Diejenigen, die es akzeptieren, werden bei uns willkommen sein. Diejenigen, die es ablehnen, werden den gleichen Status ausländischer Mitbürger haben wie in allen anderen Ländern der Welt. Sie werden Lebens- und Arbeitserlaubnis auf Kanaky beantragen können. Jeder wird das Asylrecht und die Kanaky-Staatsangehörigkeit beantragen und genießen können“ („LM“, 3.12.84).

Die FLNKS strebt die Ausrufung einer unabhängigen, kanakischen und sozialistischen Republik „Kanaky“ 1985 an. „Unser Kampf hat nicht den Tod als Ziel, er ist aber Bestandteil der Kampfslogik kolonisierter Völker. Das Schwierigste ist nicht das Sterben, das Schwierigste ist, am Leben zu bleiben und sich gleichzeitig als Ausländer im eigenen Land zu fühlen“ (J.M. Tjibaou, Führer der FLNKS, „LM“, 3.12.84).

Frankreich-Kommission

Rainer Werning über Mindanao/Südphilippinen

Hintergründe eines vergessenen Krieges

Wie keine andere Region in Südostasien erfuhr die südphilippinische Insel Mindanao eine gerade in der letzten Dekade „wirtschaftspolitische Erschließung“, die an die Durchdringung des „Wilden Westens“ erinnert.

Die an den Bodenschätzen überaus reiche (u.a. stammen aus Mindanao 90 % des Nickels, Kobalts und Eisens, 72 % der Exportholzer sowie nahezu sämtliche Bauxit- und Gummivorkommen) und vor allem für Plantagenwirtschaften (Ananas und Bananen) hervorragend geeignete Insel wurde für internationale Konzerne zunehmend interessant, als das Marcos-Regime im Herbst 1972 das Kriegsrecht verhängte.

Stets galt der Süden — d.h. Mindanao neben den sich gegen Borneo erstreckenden Inseln — in den Augen der Zentralregierung in Manila als „integrationsunwillig“, „rückständig“ und „primitiv“. Das widerspiegelte sich nicht zuletzt in der bereitwilligen Übernahme der noch aus der spanischen Kolonialzeit stammenden dramatischen Moro-Moro-Spiele, in denen die „Heiden“ (i.d.F. die Muslimen) als verkörpert Böses figurieren, welches das Licht der Christianisierung scheut.

Vergleichenbar den massiven militärischen „Befriedungsfeldzügen“ der Amerikaner um die Jahrhundertwende, verfolgte Manila nach der Verhängung des Kriegsrechts einschneidende „entwicklungspolitische“ Maßnahmen wie „Landaufbereitung“, „Erschließung des Südens“ und „beschleunigte Weltmarktintegration“. Kurz: eine erzwungene exportorientierte Entwicklungsstrategie schlug schrittweise um in eine entwickelte Strategie der Pazifizierung, deren sichtbarster Ausdruck Militarisierung, Aufbau KZ-ähnlicher sog. „Wehrdörfer“ und staatlicher Mord („salvaging“) sind. Reichlich 400.000 Menschen sind mittlerweile in diesen Wehrdörfern zusammengepfercht, während der größte Teil der — inklusive paramilitärischer Truppen und von Großgrundbesitzern gedungenen pseudoreligiöser Terrorkommandos — über 400.000 Mann zählenden philippinischen Militärstreitkräfte auf Mindanao zusammengezogen ist.

Zur jüngsten Eskalation der Gewalt zählen neben Bombardierungen von Dörfern in der Provinz Agusan del Norte (Nordostmindanao) und dem Einsatz von Scharfschützen im Zivil, den sog. „secret marshalls“, auch die Ermordung so relativ gemäßigter Oppositionspolitiker wie Alex Orullo von der Mindanao Alliance und Cesar Chiraco (ehemaliger Bürgermeister der Stadt Zamboanga).

All diese Maßnahmen wurden notwendig, da parallel mit der Verhängung des Kriegsrechts auch der Widerstand der Masse der unterdrückten Klassen und Schichten (ethnische Minderheiten, kleine nordphilippinische Stämme, Plantagenarbeiter, Kleinbauern und -pächter wie das Gros der muslimischen Bevölkerung, der Moros) stetig anwuchs.

Über 70.000 Tote, ungezählte Verletzte und weit mehr als eine halbe Million Flüchtlinge bzw. Vertriebene — das ist die vorläufige Bilanz eines Krieges, der zu Beginn der 70er Jahre im Süden des fernöstlichen Inselstaates offen ausbrach.

Schenkt man der Marcos-Regierung Glauben, so sind dessen Ursprünge denkbar einfach; laut Manillas Interpretation nämlich reduziert sich der Konflikt schlicht auf religiöse Zwistigkeiten zwischen Muslimen und Christen.

So eingängig eine solche Lesart klingen mag, so weit ist sie davon entfernt, den komplexen Ursachen des Konflikts nachzuspüren.

Vier zentrale Aspekte gilt es im Auge zu behalten, welche — sich historisch teilweise überlappend — die Entstehung der Widerstandsbewegung in Gestalt der Moro National Liberation Front (MNLF) zu Beginn der 70er Jahre begünstigten.

1. Der Bevölkerung in den Südphilippinen war es während der spanischen Kolonialzeit (von ca. 1570 bis 1898) weitgehend gelungen, aufgrund einer relativ fortschrittlichen Sozialstruktur mit ausgeprägter Arbeitsethik die Unabhängigkeit zu wahren.

2. Mit Beginn der US-Herrschaft (1898-1946) setzte ein Prozeß direkter Kolonialisierung und Kolonisierung ein, wodurch der vormals wirtschaftlich blühende Süden von seinen regionalen Handelspartnern abgeschnitten und sukzessiv peripherisiert wurde.

3. Die in dieser Zeit unter der Ägide Washingtons genährte und protegierte (christliche nord-)philippinische Elite (vorwiegend Großgrundbesitzer) übernahm nach der Unabhängigkeit 1946 gegenüber dem Süden die Funktion einer zentralen Ordnungsmacht, deren Wirtschaftspolitik auf Exportorientierung und Weltmarktintegration abzielte und zwangsläufig die Einbindung des „rückständigen Südens“ in die Republik der Philippinen forcierte. Sichtbarer Ausdruck dieses Prozesses war die Verhängung des Kriegsrechts im Herbst 1972, durch das jedweder politischer Protest gegen diese Strategie ausgeschaltet werden sollte.

4. Dies wiederum markierte folgen schwere Konsequenzen innerhalb der Widerstandsbewegung selbst.

1. Beginn des organisierten Widerstands

Am 1. Mai 1968 unterzeichnete der frühere Gouverneur von Cotabato (der „Reichskammer Mindanaos“), Datu Udtog Matalam, ein Manifest in Pagulungan (Cotabato), das die Errichtung eines islamischen Staates — der Republik von Mindanao und Sulu — vorsah, in dem alle muslimischen Regionen der südlichen Philippinen vereint sein sollten. Dies signalisierte den Beginn der auf Secessions drängenden Muslim Independence Movement, die später in Mindanao Independence Movement (MIM) umbenannt wurde. Am 4. Juli 1969 sollte der neue Staat offiziell aus der Taufe gehoben werden (1).

Durch solche Ereignisse alarmiert, begannen christliche Großgrundbesitzer, vielfach Holzindustrielle, mit der Rekrutierung von Mitgliedern diverser Bürgerwehrruppen zum Zweck des Aufbaus von Privatarmeen und bewaffneten Banden, die wenig später unter der Bezeichnung Ilagas (Ratten) unter der Zivilbevölkerung Furcht und Schrecken sahen sollten und von der Constabulary und den regulären Streitkräften bei zunehmender Eskalation der Gewalt gedeckt wurden. Ende 1975/Anfang 1976 sollen sie gut 35.000 Mann stark gewesen und vielfach von Bürgermeistern und Provinzgouverneuren angeführt worden sein.

Massaker im März, Juni, Juli und August 1971, denen Moslems durch Terroranschläge von Ilagas gegen Moscheen und Barios zum Opfer fielen, führten unter den Moslems nunmehr ihrerseits zur Aufstellung bewaffneter Truppen, die in Cotabato als Blackwirts und in Lanao als Barracudas firmierten. Bis September/Oktober 1971 sind in beiden Lanao-Provinzen Cotabato und Bukidnon mindestens 100.000 Menschen zu Flüchtlingen geworden. Seit dieser Zeit wandten die philippinischen Streitkräfte in größerem Stil „search and destroy“-Operationen an, was Libyen, Malaysia und Kuwait auf internationaler Ebene erstmals von einem „beginnenden Völkermord“ sprachen ließ. Operationen der Streitkräfte hielten unvermindert an und kisten einen Aufschwung der Entrüstung aus, als Militäre nach den Regional- und ligh nachgezogenen Senatswahlen im November 1971 auf einen Trupp gerade



Organisierte Träger dieses Widerstandes sind neben der größten revolutionären Oppositionsbewegung im Lande, der Nationalen Demokratischen Front (NDF), die Moro National Liberation Front (MNLF) mit ihrer Bangsa Moro-Armee.

Die Entwicklungsgeschichte der MNLF steht im Vordergrund dieses Beitrages. Aufgeheilt wird dadurch nicht nur der Hintergrund des Mindanao-Konflikts. Es geht um mehr — über das Verständnis der sich dort abspielenden tages- und sozialpolitischen Prozesse hinaus könnte die innere Dynamik der MNLF (nicht zuletzt ihr Verhältnis zur NDF) dazu beitragen, eine auch für die Region (sü Thailand, Malaysia und Indonesien) wegweisende Alternative zu eröffnen, die nicht in den sog. eknes reaktionären islamischen Fundamentalismus gerät.

von den Wahlurnen zurückgekehrter, unbewaffneter Moslems im Barrio Tabuc (Kauswagon, Provinz Lanao del Norte) das Feuer eröffneten und über 40 Menschen töteten.

Die Verfahren gegen die dafür als verantwortlich angeklagten 21 Soldaten, darunter 3 Offiziere, sind im Laufe der Zeit versandet.

Manila war nun seinerseits bemüht, im Ausland eine diplomatische Offensive einzuleiten und lud zu Beginn des Jahres 1972 zwei Delegationen mit Beobachtern aus Ägypten, Indonesien, Malaysia, Singapur, Pakistan, Iran, Irak, Saudi-Arabien und (später dann auch) Libyen ein, um den Vorwurf des Genozids zu entkräften. Die Delegationen schlossen sich zwar in offiziellen Verhandlungen dem Vorwurf einer „massiven gezielten Völkermordkampagne“ nicht an, wiesen aber nachdrücklich auf die Gefahr verstärkter, teilweise religiös motivierter kriegerischer Auseinandersetzungen hin.

Genau einen Monat nach Verhängung des Kriegsrechts, am 21./22. Oktober 1972, stürmten 500-1.000 vorwiegend jugendliche Maranaos aus sieben verschiedenen Untergrundorganisationen Marawi-City, drangen auf das Gelände der „Mindanao State University“ vor, bemächtigten sich der dort installierten Radiostation, über die sie als „Revolutionär für die Unabhängigkeit Mindanaos“ (MRCI) die Besetzung der Regierung propagierten, die sie als Nachfolgerin des spanischen und amerikanischen Regimes und als Instrument zur Unterdrückung des Islams werteten.

Sie attackierten ein nahegelegenes Hauptquartier der Constabulary, plünderten Laden christlicher Geschäftleute und töteten einige der von ihnen zuvor als Geiseln genommenen Christen.

a. MIM und MNLF

Führend in der MIM waren außer Datu Udtog Matalam der frühere Kongreßabgeordnete Raschid Lucman und der einzige Senator aus Lanao del Sur, Domoxan Alonto. Innerhalb der Moro-Gesellschaft zählten alle drei zur dünnen Elite und verfügten über weitreichende Beziehungen. Ihre ausgeprägt religiöse, mitunter fundamentalistisch gewendete Argumentation, derer sie sich in ihrer Kritik gegen die Regie-

rung in Manila bedienten, verschaffte ihnen beträchtliche finanzielle Zuwendungen aus dem In- und Ausland (Naher und Mittlerer Osten). Die genaue Höhe dieser Finanzhilfen ist unbekannt. Die secessionistische Ausrichtung der MIM, also ihre angestrebte vollständige Loslösung Mindanaos und der anderen südlichen Inseln aus dem philippinischen Staatsverband, muß unter zwei Aspekten gesehen werden: Erstens war es nicht länger mehr möglich, angesichts der Durchdringung der Region durch die vereinte Gewalt multinationaler Konzerne und des ihren Interessen dienenden Marcos-Regimes in politischer Abstinentz zu verharren, was zumindest der MIM-Führung die politische Legitimation entzogen hätte, und zweitens sollte ihr Insistieren auf staatliche Eigenständigkeit einer politischen Avantgarde entsprechen bei gleichzeitiger Umgehung/Ausklammerung einzelner sozialpolitischer und wirtschaftlicher Zielvorstellungen, zu deren Opfer sie schließlich selbst werden könnten. Mit anderen Worten: die muslimische Elite war, wollte sie sich des Rückhalts in der Bevölkerung vergewissern, in die Rolle eines nach außen sich antkolonial, antimperialistisch gebenden Kämpfers gedrängt, dem jedoch schon aus materiellen Erwägungen daran gelegen sein mußte, antkoloniale, antimperialistische Inhalte zu verschleiern bzw. sie durch die Propagierung eines noch zu schaffenden Staates darin selbst aufgehoben zu wissen.

Berichte, wonach Malaysia und Indonesien die MIM mittels finanzieller Hilfe zum politischen Durchbruch ihres Ziels zu verhelfen gedachten, sind nicht eindeutig beweisbar. Diesem Ansinnen dürften angesichts der Innerhalb der seit 1967 bestehenden ASEAN (1 a) strikt auf Vermeidung jeglicher staatlichen Grenzverschiebung und/oder secessionistischer Ambitionen bedachten Politik kaum reale Erfolgswahrscheinlichkeiten gewesen sein, zumal seit der Niederlage der USA in Indochina und dem unruhigen Ableben der SFATO (Südostasische Paktorganisation) die übergeordnete Staatsraison in den jeweiligen Mitgliedsstaaten der ASEAN es gebot, „interne Unruheherde“ und ein Über-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schwappen wie immer auch gestreiter zentralistischer Tendenzen im Keim zu entstehen. Die „Befriedung“ Davao und das Einfließen des seit den 60er Jahren zwischen Kuala Lumpur und Manila schwelenden Grenzproblems (der von Manila geltend gemachte Anspruch auf den osmanischen Staat Sabah) bekräftigen dies.

Auf Initiative der MIM-Führung sollen muslimische Jugendliche zum militärischen Training nach Malaysia, ins Grenzgebiet zu Thailand, entsandt und dort von Palasinsu und britischen Soldaten im Dschungelkampf ausgebildet worden sein. Die Zahl dieser ersten Gruppe wurde auf 90 Mann veranschlagt — 67 Maranaos, 8 Maguindanaos und 15 Tausugs/Samals. Ein Mitglied dieser Gruppe war Nur Misuari, einst Politikologie-Lehrer an der „University of the Philippines“ und später führender Organisator der Moro National Liberation Front (MNLF). Misuari soll diese Zeit im Ausbildungslager gemeinsam mit Freunden (zusammen bildeten sie 1969 den Nukleus der später offiziell vollzogenen Gründung der MNLF) genutzt haben, um politische und wirtschaftliche Probleme Mindanaos zu diskutieren, was innerhalb der MIM weitgehend unterblieben war.

Nach einem mehr als einjährigen Auslandsaufenthalt kam die Gruppe 1971 nach Mindanao zurück. Bald darauf erfolgte in Zamboanga City ein Treffen der politisch fortschrittlichsten und aktivsten Mitglieder der Gruppe, auf dem die historischen Erfahrungen des Moro-Kampfes und die Rolle der MIM analysiert wurden. Dabei wurde letzterer vorgeworfen, keine überzeugende Perspektive zu haben und über kein klares Programm zu verfügen. Die MIM, so ein weiterer Kritikpunkt, sei aufgrund ihrer Kollaborationsbereitschaft mit Marcos außerstande, die Unabhängigkeit der Moros zu garantieren. Nach eingehenden Diskussionen über Formen des bewaffneten und parlamentarischen Kampfes wurde die MNLF formal gegründet und Misuari zum Vorsitzenden ihres Zentralkomitees gewählt.

Die MNLF begann mit einer gezielten Rekrutierungskampagne unter muslimischen Jugendlichen. 1972 gingen 300 Jugendliche aus dem Cotabato-Gebiet nach Malaysia und unterzogen sich dort einer militärischen Ausbildung. In Laos wurden, nachdem dort die als militärischer Arm der MIM konzipierten „Blackshirts“ entstanden waren, die **Shock Troops** und die **Revolutionary Army** gegründet, um sich gegen Übergriffe der Großgrundbesitzer und paramilitärische Constabulary-Einheiten (PC) zu verteidigen. Die gesamte Lanao-Region zählte mit Cotabato zu den ersten Gebieten, wo die PC präsent seit 1970.

„search and destroy“-Kampagnen durchführte, was Regierungssoldaten (z.B. die „Social Welfare Administration“) im September 1971 bereits von 30 000 Flüchtlingen allein in Lanao del Norte sprechen. In Lanao del Norte sprechen sich Constabulary-Einheiten (PC) zu verteidigen. Die gesamte Lanao-Region zählte mit Cotabato zu den ersten Gebieten, wo die PC präsent seit 1970.

„search and destroy“-Kampagnen durchführte, was Regierungssoldaten (z.B. die „Social Welfare Administration“) im September 1971 bereits von 30 000 Flüchtlingen allein in Lanao del Norte sprechen ließ. Außerdem entstand unter den Moros die **IKHLAS-Bewegung** (Jugendliche für den Islam), die von religiösen Führern, **ulamas**, befehligt wurde und maßgeblich an dem bereits erwähnten „Marawi-Aufstand“ Ende 1972 war.

Die Rekrutierungskampagne muß zumindest in militärischer Hinsicht spektakuläre Erfolge gezeitigt haben, schon wenige Monate nach Verhandlung des Kiepsrechts kam es überall im Süden zu großen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und MNLF Verbänden bzw. deren militärischen Arm in Form der **Bangsa Moro Army**, deren Stärke Mitte der 70er Jahre gut 20 000 Mann betragen haben dürfte. Im März 1973 griffen Moro-Guerrillas in 27 Bezirken Cotabatos Kontingente der philippinischen Streitkräfte (AFP) an, sprengten Brücken, bemächtigten sich strategischer Verbindungswege, stürmten Militärlager und übernahmen etliche militärische Kontrollposten. In nur wenigen Wochen verloren über 1 000 AFP Soldaten ihr Leben. Diese hohen Verluste in der Frühphase des Mindanao-Krieges erklärten sich aus der Tatsache, daß von jungen Rekruten und aus dem Norden und den Visayas abkommandierten, kampfunerfahrenen Leutnants ein Kampf geführt wurde, dessen Ursprünge/Gründe, Terrain und Mittele ihnen völlig fremd bzw. feindselig gewesen war.

b. Eskalation des Gewalt

Kampfbomber und -hubschrauber wurden nebst aufgestockten Truppenkontingenten verstärkt im Süden eingesetzt, Kriegsschiffe kreuzten in allen

größeren Häfen auf und begannen mit der gezielten Bombardierung bestimmter Küstenstreifen. In dieser Zeit wurden erstmalig Napalm-Einsätze gegen „verdächtige Rebellengebiete“ von Mactan und Zamboanga City aus geflogen. Daß US-Piloten einen Teil dieser Einsätze selbst flogen, ist mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Als gesichert indes gilt, daß amerikanische Instrukteure von der Clark Air Base philippinische Bomberpiloten u.a. auch in der „Technik“ des Napalmkrieges unterwiesen.

Mitte 1973 bildete die Region Zamboanga den Hauptschauplatz des Krieges, der sich zum Jahreswechsel 1973/1974 zunehmend auf Tawi-Tawi und Jolo verlagerte. Ortschaften wie Parang, Bilan und Mambung waren bereits von Moro-Einheiten gestürmt worden, am 7. Februar 1974 folgte der Angriff auf die Hauptstadt Jolo. Nach der Bombardierung von Militärinstallationen der Regierungstruppen bemächtigten sich die Moros des Flughafens, des Hafengebietes und des gesamten Stadtkerns, der „Notre Dame University“ sowie des Militärkomplexes „Camp Asturias“. Die Kommunikationslinien zwischen den verschiedenen AFP-Einheiten in Sulu und dem Hauptquartier in Zamboanga City waren zeitweise unterbrochen.

Bald wurden von Zamboanga City aus Bombengeschwader und Kriegsschiffe gegen Jolo in Bewegung gesetzt. Hatte die MNLF zunächst versucht, die Regierungstruppen in die umliegenden Berge zu locken, so setzte sie jetzt auf einen Entscheidungskampf zweier Armeen in der Stadt. Aus politischen Erwägungen traute die MNLF den Regierungstruppen nicht zu, gegen die Zivilbevölkerung dieser stolzesten aller muslimischen Städte im Süden mit offenem Terror vorzugehen. AFP-Verbände schossen die Stadt aus der Luft und von der See buchstäblich in Schutt und Asche. In nur einer Nacht gab es 2 000 Tote und 60 000 Flüchtlinge!

Hatte die MNLF (nicht zuletzt durch die im Ausland genossenen Trainingsmethoden) bis zur Zerstörung Jolos eine militärische Taktik konventioneller Kriegsführung und statischer Defensive verfolgt, so wurde sie seit Februar 1974 gezwungen, Aspekte der Mobilität, der Überraschungsangriffe in den Vordergrund zu rücken, um die eigenen Kräfte zu schonen und die soziale Massenbasis zu vergrößern. Diese Taktik zielte mehr auf die Zermürbung/Aufweichung denn auf einen Entscheidungssieg in offener Feldschlacht ab.

Die AFP beantwortete dies ihrerseits mit einer Überführung massiver militärischer Unterdrückung in eine Politik verstärkter Okkupation. Parallel mit einer ca. 700%igen Aufstockung der Militärausgaben von 1972-76, dem Anschwellen der Ist-Stärke der AFP von reichlich 60 000 auf 250 000 Mann im gleichen Zeitraum und wachsendem militärischem Engagement der USA wurde das Entstehen von Banden wie den **Civilian Home Defense Forces (CHDF)** und pseudoreligiöser Sektoren gefördert, deren Mitglieder einige einer ca. 700%igen Aufstockung der Militärausgaben von 1972-76, dem Anschwellen der Ist-Stärke der AFP von reichlich 60 000 auf 250 000 Mann im gleichen Zeitraum und wachsendem militärischem Engagement der USA wurde das Entstehen von Banden wie den **Civilian Home Defense Forces (CHDF)** und pseudoreligiöser Sektoren gefördert, deren Mitglieder einige Zehntausende stellten. Der Einsatz von Napalm, Splitterbomben und Giftgasen und die nicht nur der Terrorologie, sondern auch dem Charakter nach dem Modell des Vietnamkrieges folgenden Operationen und Programme — wie „base denial“, „resource con-

trol“, „rural development“, „salvaging“, „search and destroy“, „strategic hamlets“, „zona“ — bedeutet die Klammerung, um die Bevölkerung in Botmäßigkeit zu halten. Aus dem Okkupationscharakter der AFP machten führende Militärs wie Marcos und sein Verteidigungsminister Enrile keinen Hehl. „Wer immer die Fähigkeit der AFP testen möchte“, so erklärte Juan Ponce Enrile damals, „mag dies tun. Sollte Blut vergossen werden, so muß halt Blut fließen.“ (2)

Außer der Eingliederung von Polizeieinheiten in die Armee fand innerhalb derselben eine Zentralisierung der Kommandostruktur statt, welche Manila seit 1976 im Kampf gegen die MNLF als notwendig erachtete.

Am 1. Mai 1976 wurde Mindanao unter ein vereintes Militärkommando, das **Sudkommando**, gestellt, an dessen Spitze Admiral Romulo Espaldon trat (3), der heute das Amt eines „Ministers für muslimische Angelegenheiten“ bekleidet. Der damalige AFP-Oberbefehlshaber, General Romeo C. Espino, begründete die Zusammenfassung ehemaliger Teilverbände in ein integriertes Kommando mit der Dringlichkeit, die Truppenmobilität zu erhöhen und die sich als hinderlich erwiesenen Kompetenzschwierigkeiten in Einsatzfällen auszumerzen (4).

Vorab war die Bereitstellung eines 5 Mio. US-Dollar umfassenden militärischen Beschaffungskredits erfolgt. „Ich möchte“, so äußerte sich Marcos, „keinen Befehlshaber sehen, der mir mit dem Argument in den Ohren liegt, er habe soundsoviel Mann verloren, nur weil Waffen und Gerät veraltet seien.“ Nach der Zerstörung Jolos wurde die Flottenkapazität der Kriegsmarine um 60% erhöht, Flugzeuge vom Typ „Phantom FA“ wurden durch neuere „F4 E“-Mehrzweckkampfbomber, die veralteten „F86 Sabre“ durch „Skyhawk A4“-Maschinen ersetzt und das Arsenal brutaler „Scorpion“-Panzer beträchtlich aufgestockt (5). Ergänzt wurde dieses Anschaffungs- und Modernisierungsprogramm durch eine Heraussetzung der US-Militärhilfe um 64% (6), wobei Sondererwägungen für die verschiedenen Geheimdienste des Landes noch unberücksichtigt blieben.

Trotz all dieser Maßnahmen konnte der MNLF nicht das Rückgrat gebrochen werden: Unter der muslimischen Bevölkerung genoss die Organisation wachsende Sympathie und stellte einen zumindest militärisch ernstzunehmenden Faktor dar. Ausschlaggebend für das Überleben der MNLF waren ihre den Erfordernissen eines langwährenden Zermürbungskrieges angepaßte militärische Taktik einerseits und die Expansion der **Neuen Volksarmee (NPA)** auf der anderen Seite.

War es den AFP Mitte der 70er Jahre gelungen, strategisch bedeutsame Verbindungslinien der NPA im Nordosten (Provinz Isabela) und Süden (Provinz Quezon) Luzons zu durchschneiden, so vermochte die NPA dort schon bald ihre Kräfte im Westen, in der **Bicol-Region** wie im zentralen Hochland neu zu gruppieren und auf mehreren Inseln der Visayas Fuß zu fassen. Um einen Krieg an zwei oder gar mehreren Fronten zu vermeiden, setzte Manila 1975/76, freudig nicht ungeschickt, auf die Karte politischer Annäherung durch Verhandlung, was angesichts wachsender Proteste im Inland

(dort vor allem seitens bürgerlicher Oppositioneller und erstmals größerer Teile der Kirchen) und Ausland immer dringlicher wurde. Für die MNLF sollte Marcos' Verhandlungspolitik, die ihr zugrundeliegenden konkreten Schritte und schließlich die Reaktion im Lager ausländischer Befürworter zu einer schweren Belastungsprobe werden.

2. Vom Schlachtfeld zum Verhandlungstisch

Die 6. Islamische Außenministerkonferenz, welche vom 12. - 15. Juli 1975 in der saudi-arabischen Stadt Dschidda tagte, verabschiedete eine Resolution, in der die Regierung in Manila zu Konsultationen mit der MNLF auf der Basis eines vom ministeriellen „Komitee der Vier“ entworfenen Arbeitspapiers unter Aufsicht des Islamischen Sekretariats aufgefordert wurde. Diese Komitee, gebildet von den Außenministern (bzw. ihren Repräsentanten) Libyens, Saudi-Arabiens, des Senegal und Somalias, hatte einen Text vorgelegt, dessen Kernpunkt die Gewährleistung einer Selbstregierung der Inseln Mindanao, Basilan, Sulu und Palawan „im Rahmen der nationalen Souveränität der Philippinischen Republik“ bildete. Während die Diplomaten um geschliffene Textformulierungen bemüht waren, bekundete Manila nach kurzem Zögern sein allgemeines Einverständnis mit diesem Vorschlag und nutzte die Zeit, da die MNLF durch die Befolgung der Dschidda-Empfehlung in ihren Aktionen zweifelhaft paralysiert war, zur Straffung seiner militärischen Verbände auf Mindanao. Munitionsdepots konnten ungestört angelegt bzw. aufgefüllt, die Feuerkraft somit erhöht und eine Reorganisation der Kommandostruktur fernab größerer Gefechte geplant werden.

Marcos' Haltung gegenüber der MNLF blieb unverändert. Eine verschlagene Zuckerbrot- und Peitsche-Politik, Bombenterror und Bestechung, signierte Konsultationsbereitschaft und das Unterlaufen einmal getroffener Vereinbarungen erlebten unter seiner Ägide eine bemerkenswerte Synthese. Gewiß ist, daß jene Zeit der Konsultationen Manila weitaus größere Erfolge bescherte als der MNLF, aus deren Reihen denn auch etliche Kader und Mitglieder depressiv auswichen, sei es auch Verbitterung über die zeitweilige Einstellung des Kampfes, was einmal mehr ihre mehr muslimische als politische Linie unterstrich, oder aus der Erwartung materieller Prämien, die man sich durch ein Arrangement mit Marcos versprach. So verließ, um nur eins von vielen Beispielen zu nennen, der ehemalige Rechtsanwalt Abdul Hamid Lucman die Reihen der MNLF, wurde von Marcos mit Schmiergeldern reichlich bedacht und reiste 1975 als Berater zu dem MNLF-Verhandlungsteam nach Dschidda. Während eines am 8. März 1976 geführten Gesprächs erklärte Admiral Romulo Espaldon, Kommandeur des wenig später geschaffenen Sudkommandos, daß Hady Hamid Camilan, ehemals Präsident der im Frühjahr 1974 ausgerufenen **Bangsa Moro Republic**, der sich Ende 1975 in Manila ergab, nunmehr Gouverneur von Basilan sei.

Mit reichlichem Propagandaspomp

wurde eine Amnestie für Mitglieder der MNLF/BMA verkündet. Und es vergingen kaum Tage, an denen nicht irgendwelche Rebellen aus dem „Süden“ im Malacanang-Palast zur zereemoniellen Waffenübergabe aufkreuzten. Der überwiegende Teil dieser „Deserteure“ war indes niemals in der MNLF/BMA aktiv. Vielfach handelte es sich schlicht um Banditen oder herumstreunende Abenteuerer, die gewinnbringend auf der „Amnestiewelle“ zu reiten vermochten. In der Berichterstattung sollte so die Nutzlosigkeit jedes wegen regimetricischen Protests unterstrichen, die angeblich wohlwollende, auf Ausgleich und Versöhnung bedachte Politik der Regierung hervorgekehrt und die MNLF/BMA diskreditiert werden.

Anfang 1976 erklärte Marcos, daß seine Regierung 133 Mio. US-Dollar für ein Moslem-Rehabilitationsprogramm bereitgestellt habe (7). Da von allerdings seien, so meldete das „Minneapolis-Bulletin“ im Januar 1976, Unkommen an Schmiergeldern prominenten Deserteuren der MNLF/BMA zugeschoben worden (8).

Während eines Rotary Club-Treffens unterstrich der damals in Manila akkreditierte US-Botschafter, William H. Sullivan, anlässlich der Zusammenkunft zwischen Ford und Marcos Ende 1975, daß Washington die „sektaristischen Tendenzen im Süden“ als Bedrohung amerikanischer Sicherheitsinteressen in Südostasien betrachte (9). Als ehemaliger Botschafter in Laos (10) und letzter Botschafter seines Landes unter dem persischen Schah Reza Pahlavi-Regime war Sullivan wegen seiner engen Beziehungen zur CIA bekannt und aufgrund langjähriger Antiquilleraufklärung nicht ohne Hintergedanken auf den Botschafterposten in Manila berufen worden.

a. Die Phase der Konsultationen — das Abkommen von Tripolis

Bis Mitte 1974 propagierte die MNLF die Loslösung des Südens aus dem philippinischen Staatsverband und die Errichtung einer unabhängigen islamischen Republik. Die Resolution Nr. 18 der 5. Islamischen Außenministerkonferenz (11) in Kuala-Lumpur (21. - 25. Juni 1974), die Gesprächsrunden zwischen Vertretern der MNLF und der Marcos-Regierung im Januar 1975 im saudi-arabischen Dschidda, die bereits erwähnte 6. Islamische Außenministerkonferenz im Sommer desselben Jahres und weitere gemeinsame Konsultationen in Libyen im November 1976 bildeten die entscheidenden Etappen auf dem Wege des schließlich am 23. Dezember 1976 in der libyschen Hauptstadt Tripolis unterzeichneten Abkommens zwischen Manila und der MNLF. Im Vordergrund all dieser Gesprächsrunden wie im **Tripolis-Abkommen** selbst standen erstens die politische und friedliche Lösung des Konflikts im Süden wie zweitens Autonomie für die Moros „innerhalb der nationalen Souveränität und territorialen Integrität der Philippinischen Republik“, folglich eine von der MNLF selbst vollzogene Rücknahme ihrer maximalistischen Forderung nach staatlicher Eigenständigkeit (12).

Im Abkommen wurden folgende wesentlichen Punkte aufgeführt:

- a. Die autonome Region der Moslems im Süden umfaßt 13 Provinzen — Basilan, Tawi-Tawi, Sulu, Zamboanga del Sur, Zamboanga del Norte, North Cotabato, South Cotabato, Maguindanao, Sultan Kudarat, Lanao del Norte, Lanao del Sur, Davao del Sur und Palawan nebst allen dort gelegenen Städten und Dörfern;
- b. die Außenpolitik fällt in den Zuständigkeitsbereich der Zentralregierung in Manila;
- c. im autonomen Gebiet haben die Moslems das Recht, ihre eigene Gerichtsbarkeit (Scharia-Gesetze) auszuüben. Sie sollen außerdem in allen Gerichten, den Obersten Gerichtshof inbegriffen, vertreten sein;
- d. den Moslems wird das Recht eingeräumt, in ihren Gebieten Schulen und Universitäten zu errichten;
- e. im autonomen Gebiet sollen eine Legislativversammlung und ein Exekutivrat auf dem Wege direkter Wahlen entstehen;
- f. nicht später als am 20. Januar 1977 soll ein Waffenstillstandsabkommen in Kraft treten;
- g. durch eine vollständige Amnestie, durch die Freilassung politischer Gefangener wie durch die Rückführung der Flüchtlinge soll die Bewegungsfreiheit und Versammlungsfreiheit garantiert werden;
- h. eine spezielle regionale Friedenssicherungstruppe soll innerhalb der autonomen Region geschaffen und
- i. die Errichtung einer provinziellen



Regimetruppen durchkämmen Dörfer in der Region, die von Befreiungskämpfern kontrolliert werden

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Regierung vorgegeben werden, um die Wahl der Mitglieder der Legislativversammlung einzuleiten. Details des Tripolis-Abkommens sollten auf bilateralen Wege in der ersten Hälfte des Jahres 1977 ausgehandelt werden, was Manila außerordentlich entgegenkam.

Kaum war das Abkommen unterzeichnet, beschloß Manila die MNLF, AFP-Truppen aus dem Hinterland abzuziehen, während die MNLF der Regierung vorwarf, „unserer, verräterisch und scheinheilig“ zu handeln und das Abkommen bewußt zu unterlaufen. Nur Misuari richtete eine interne Kritik an die Adresse Manilas, indem er Marcos beschuldigte, auf die Teilung der autonomen Regierung in zwei Exekutivteile mit einem Regionalparlament hinzuwirken, wodurch der im Abkommen vorgesehene einheitliche Charakter der autonomen Regierung gesprengt würde. Ferner weigerte sich Manila, so Misuari, seine bewaffneten Streitkräfte abzuziehen, bewaffnete Banden aufzulösen und Platz für den Aufbau einer speziellen Friedenssicherungstruppe, deren Kern aus BMA-Einheiten zu rekrutieren sei, zu machen. Seinen beiden letzten Kritikpunkten war besonders Gewicht beizumessen; Manila beanspruchte nach wie vor die völlige Kontrolle sämtlicher Bodenschätze und Ressourcen in der anvisierten autonomen Region und führte ein Referendum-Plebizit durch, das nirgends im Abkommen vorgesehen war.

Dieses Referendum-Plebizit wurde am 17. April 1977 abgehalten. Dabei ging es um die Frage, ob Mindanao eine oder zwei Verwaltungen erhalten und ob die MNLF die autonome Regierung allein oder gemeinsam mit anderen Kräften bilden sollte. Unter Kriegsrechtsbedingungen wäre es schon einer Sensation gleichgekommen, hätten sich die Wähler nicht mit einem „eindeutigen Nein“ entschieden. Das Referendum-Plebizit entbehrte nicht nur einer juristischen Basis; selbst in formaler und prozeduraler Hinsicht war es fragwürdig. Es wurde zu einem Zeitpunkt durchgeführt, da die provisorische Regierung nicht einmal bestand, Marcos fünf Schlüsselprovinzen kurzerhand als bereits halbautonom einstuft, welche keiner politischen Reorganisation bedurften, und Manila erst noch im Prozeß der Schaffung des Vorbereitungsausschusses für den Aufbau dieser provisorischen autonomen Regierung war. Des weiteren wurden Einladungen zur Teilnahme am Referendum-Plebizit bezeichnenderweise bestimmten Einzelpersonen der MNLF, nicht aber ihrer Führung zugeleitet. Was als Autonomie konzipiert war, entpuppte sich als grobschlächtiger Regierungsakt; 15 von 29 Sitzen der provisorischen Regierung waren für die MNLF reserviert, aus deren Reihen Manila aber selbst die ihnen gemachten Vertreter ernannte. Die MNLF boykottierte — schon aus Gründen politischer Glaubwürdigkeit — das Referendum-Plebizit und kehrte zu ihrem ursprünglichen Ziel der Session zurück.

3. Die MNLF zwischen Anpassung und Widerstand

Wie zu erwarten stand, entfalteten die zwischenzeitlich aufgerüsteten AFP- und paramilitärischen Truppen unter dem Vorwand des MNLF-Vertragsbruchs eine militärische Großoffensive (vor allem in Zamboanga del Norte und Basilan), in deren Verlauf es ihnen gelang, über die Ausdehnung ihrer Operationsradius und Erweiterung ihrer Gebietskontrolle hinaus seltene der im Zuge vorangegangener Verhandlungen bekannt gewordenen MNLF-Führer aufzuspiren, zu liquidieren oder durch Bestechungsmanöver auf die Regierungsschritte herüberzu ziehen. Letzteres traf nicht selten schon deshalb auf fruchtbaren Boden, weil schwankende MNLF-Kader in der Unterzeichnung des Tripolis-Abkommens einen modus vivendi mit Manila erblickten, der weitere Opposition hinlänglich zu machen schien. Aus diesen Kräften rekrutierte sich denn auch die Führungsspitze in der von Manila eigenmächtig geschaffenen „Provisorischen Regierung der muslimischen Autonomen Zone“ (MAZ).

a. Interne Widersprüche

Zu keiner Zeit war die MNLF weiter von ihrem ursprünglichen Ziel eines souveränen Staates im Süden (der eventuell einmal das palenaysische Sabah einschließen sollte) entfernt, was das im Jahre 1977 der Fall war. Die qua MNLF-Propaganda ausgegebenen

Erfolgsmeldungen vermochten dagegen die innere Probleme nicht zu kaschieren, die durch außenpolitische Konstellationen noch vertieft wurden.

Zum einen erwies sich die Dezentralisierung der Kommandostruktur und das Aufbrechen großer Kontingente in kleine, mobile und regional operierende Einheiten als schwierig und wirkte sich nachteilig auf den gesamten Organisationszusammenhang aus. Regionalistische Tendenzen und die für ein Kriegsherrenum instrumentalisieren persönlichen Loyalitätsbeziehungen waren unverkennbar. Zudem hielten sich seltene ZK-Mitglieder, darunter auch Nur Misuari, in Libyen und anderen Nahoststaaten auf, so daß Direktiven nur durch Emisäre übermittelt werden konnten. Ethische Rivalitäten, nie ganz verstummt, brachen unter solchen Bedingungen hervor und schürten Querelen zwischen Auslandsführung und lokalen Kommandeuren ebenso wie zwischen den vor Ort selbst agierenden Befehlshabern.

Eine politisch ausgewiesene Einheit innerhalb der MNLF-Führung blieb streckenweise — gelinde ausgedrückt — zweifelhaft und der Praxis persönlicher Loyalitäten untergeordnet. Während Nur Misuari an der Vision eines souveränen Moro-Staates im wesentlichen festhielt, propagierte sein damaliger Stellvertreter und Angehöriger einer einflussreichen Grundbesitzerfamilie, Abul Khayr Alonto, unverblümt eine kompromissfähige Politik (13), was Marcos für seine Zwecke zu nutzen wußte.

Die finanzielle und diplomatische Unterstützung der MNLF erfolgte durch muslimische Länder, deren konservative Regimes in der islamischen Konferenz (IC) stets das Übergewicht stellten. Deren Untersuchungskommission ging niemals so weit, Marcos des Völkermords zu bezichtigen und offen die Propagierung eines eigenständigen Moro-Staates auf ihre Fahnen zu schreiben. Die Marge der Entscheidungsfreiheit blieb für die MNLF nicht nur schmal, sondern wurde durch die Empfehlungen der IC weitgehend eingeengt. Misuari machte daraus keinen Hehl, als er erklärte: „Aufgrund der Vermittlung der IC opierte die MNLF nur für eine „vollständige politische Autonomie“, anstatt „die Befreiung der gesamten nationalen Heimat — Mindanao, Basilan, Sulu und Palawan — mit einer Gesamtfläche von 116 895,3 qkm anzustreben. Von dem gesamten von uns beanspruchten Gebiet bleiben nurmehr ungefähr 60% der nationalen Heimat unseres Volkes übrig, beschränkt auf 13 Provinzen und 11 Städte.“ (14)

Wenn dennoch die IC der MNLF trotz ihres Festhaltens am Konzept staatlicher Eigenständigkeit nicht die Unterstützung versagt, so resultiert das aus der Einsicht, daß die MNLF unter Unterstützung versagt, so resultiert das aus der Einsicht, daß die MNLF unter

Größere amerikanische Militärhilfe, Zusicherungen verstärkter Kapitalinvestitionen aus Japan und Europa, ein mit Indonesien getroffenes Abkommen über die Überwachung der Seegrenzen, gemeinsame indonesisch-malaysisch-philippinische Flottenmanöver und die Vermeidung aller gegen die Zentralregierungen der ASEAN gerichteten separatistischen Bestrebungen steckten den außenpolitischen Rahmen ab, innerhalb dessen zusätzliche Einschränkungen maximalistischer Forderungen der MNLF erfolgten.

Dies wiederum verstärkte den Druck auf die MNLF, die zunehmend ihre Legitimation durch interne Kritik angekratzt sah. Auf dem Höhepunkt der AFP-Großoffensive im Sommer 1977 gab eine Gruppe von Moros in Dschidda die Gründung der **BANGSA MORO LIBERATION ORGANIZATION (BMLO)** als „wahre Organisation des Moro-Volkes“ bekannt. Ihre Führer, Sultan Harun al-Rashid Lucman, Salipada Pendatun, Macapanton Abbas Jr., sind prokapitalistisch ausgerichtet, unterstützen den antikommunistischen Kurs der Reperung in Mind und genießen freie Verfügung über die Einrichtungen des saudischen **INSTITUTE OF MUSLIM MINORITIES AFFAIRS**. Lucman war einst Kongreßabgeordneter und ist einer der größten Landbesitzer in Lanao. Pendatun war früher einmal Senator und verfügt in Cotabato über Großgrundbesitz, während der in Jura ausgebildete Eaburokrat Abbas zeitweilig dem zivilen Arm der Anti-MNLF-Kräfte des Marcos-Regimes, der sog. **TASK FORCE FOR SOUTHERN PHILIPPINES**,

NES, Vorstand.

Für die MNLF wurde die Situation noch komplizierter, als der bis dahin als Nr. 2 in ihrer Organisationshierarchie geführte Mann, Hashim Salamat, aus Mekka ein Papier („Instrument of Take-Over“) zirkulieren ließ, in dem er die angebliche Absetzung Nur Misuaries und seine Übernahme der MNLF-Führungsspitze bekanntgab. Der MNLF-Führung unter Misuari warf Salamat finanziellen Betrug und ein Abbrechen von islamischen Grundwerten, Lehren und Ansätzen vor. Ausgebildet an Kaurod stehender Al-Azhar-Universität und längere Zeit in Ägypten lebend, bildete er das „geistige“ Gegenstück zu dem „profanen“ Misuari, dessen Umgang mit politischen Aktivitäten und marxistischen Kräften wie Beeinflussung durch und Sympathien mit kommunistischen Befreiungsbewegungen fundamentalistisch eingestellten Leuten wie Salamat auf kurz oder lang ausreichte werden mußte.

b. Spaltungsmanöver

Ende 1977 reiste Abbas in die Vereinigten Staaten und wurde in Washington mit der Bitte vorstellig, die philippinische Regierung zur offiziellen Anerkennung der BMLO zu bewegen und Salamat als wahren Vertreter des Moro-Volkes anzuerkennen. Im Februar 1978 wurde Salamat aus der MNLF ausgeschlossen, während sich Abul Khayr Alonto, einst ein Vizevorsitzender der MNLF, mit einer auf ihn eingeschworbenen Gefolgschaft von 2 000 Mann dem Marcos-Regime stellte. Marcos belohnte ihn reichlich. Alonto ließ sich als frisch Amnestierter in einem der besten Wohnbezirke Manilas nieder.

Trotz seines Ausschlusses aus der MNLF gab sich Salamat, dazu von Lucman, Pendatun und Abbas ermuntert, als „rechtmäßiger MNLF-Führer“ aus und sandte noch 1979 eine diesbezügliche Petition an die islamische Konferenz. Diese legte Salamat die Beilegung des Konflikts nahe, indem er sich gegenüber der MNLF-Führung unter Misuari verantworten sollte. Misuari blieb folglich anerkannter ZK-Vorsitzender der MNLF, was auch die 1978 in Dakar (Senegal) abgehaltene 9. islamische Außenministerkonferenz ausdrücklich unterstützen sollte.

Das zweischneidige Schwert komplexer Probleme, geschmiedet aus der Verquickung unterschiedlicher klassenmäßiger, ethnischer, ideologischer und imperialistisch beeinflusster Elemente — nämlich der Obstruktionspolitik der BMLO (15) auf der einen und der nach Marcos' Fäçon errichteten „Provisorischen Regierung in der muslimischen Autonomen Zone“ (MAZ) (16) unter Vorsitz des gegenüber Manila loyal gesonnenen Landbesizers und zeitweiligen Gouverneurs, Muhammad Ali Dinaporo, auf der anderen Seite — traf ins Mark der MNLF, für die diese Periode die wohl härteste Bewährungsprobe seit ihrem Bestehen bedeuten mußte.

Die Haltung Manilas im Mindanao-Konflikt änderte sich, wenngleich nicht strukturell, so doch in der unterschiedlichen Akzentsetzung, mit eskalierender Gewalt. Bis zum Kriegszustand herrschte die Meinung vor, daß der Süden im Vergleich zum Norden unter der Last ungleicher historischer Prozesse, Vorurteilen und wirtschaftspolitischer Rückständigkeit zu leiden habe, was allesamt auf die Mächenschaften der Kolonialmächte Spanien und die USA reduzierbar sei: die „grundlegende Einheit der Filipinas“ wurde als zeitweise gewendet und zurück blieb „das Erbe sozialen Ungleichgewichts im Mindanao und den benachbarten Inseln“ (17). Zur Behebung dieses Mißstandes wurde eine wirtschaftspolitische Strategie verfolgt, durch die der Süden an die Entwicklung des Nordens angeknüpft werden sollte. Unterschlagen wurde dabei die Rolle, welche der philippinische Staat einnahm — nämlich die eines subimperialistischen Instruments, das Komplize und Wegbereiter einer Politik der Kolonialisierung und Kolonisierung war.

Nach der Verhängung des Kriegszustands machten Regierungsstellen keinen Hehl daraus, daß die kulturellen Belange der Moros vernachlässigt, ihr Grund und Boden von skrupellosen Individuen und Firmen in Besitz genommen und die Erschütterung ihrer traditionellen Wertvorstellungen manifest wurden, als durch den Zustrom aggressiver christlicher Siedler das soziale Leben tief eingeschnitten wurde. Das vielfach bemühte Etikett des Religionskrieges zur Beschreibung des Konflikts im Süden wurde zurückgezogen. In seinem weitverbreiteten Aufsatz „Encounter of Cultures“ schrieb Butchaler Leon Ma. Guerrero, daß die Zen

religiöser Kriege im Lande vorüber sei und „niemand auf den Philippinen die Treulosigkeit oder kaffrisch gewalttätig zu bezeichnen gedachte, was das Wesenmerkmal eines Religionskrieges ausmacht.“ (18)

Alejandro Melchor, Mitte der 70er Jahre der einflussreiche **PRESIDENTIAL EXECUTIVE SECRETARY** und von 1973 bis 1977 Vorsitzender der maßgeblich mit der Regierungsplanung vis-à-vis dem Süden betrauten **PRESIDENTIAL TASK FORCE FOR THE RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT OF MINDANAO**, anerkannte, daß die Ausbeutung eines ungebildeten und machlosen Volkes durch Fremde, die relative Unterentwicklung der Region wie die Mangelhaftigkeit sozialer Leistungen unter den Moslems das Gefühl schürte, diskriminiert zu werden. (19)

Gab hier nun die Zentralregierung andeutungsweise ihre Mitschuld am Mindanao-Konflikt zu, so ließen daraus ableitbare praktische Verbesserungen auf sich warten. Das „Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm für Mindanao und Sulu“ wurde als integraler, unbedingte Priorität genehmigt. Der Teil der nationalen Entwicklungsstrategie misamt all seinen der Bevölkerung abstrakt im Aussicht gestellten Vorreden gepriesen. Einmal bestandene Ungleichheiten, so Melchor, würden durch die Entwicklung des Südens endgültig ausgeräumt. Somit wurde das Pendel dann zugunsten der früher Benachteiligten ausschlagen (20).

Infrastruktur, Ausweitung der Plantagenwirtschaft, Errichtung industrieller Komplexe, die Holz- und Fischfangindustrie etc. und die damit verbundene Verelendung waren zur Einlösung des Regierungsversprechens ungeeignet. Sie blieben Ideologie, die von dem ihr von Anfang an innewohnenden imperialistischen Charakter ablenken sollte.



Ein gewisser Erfolg kann ihr dennoch nicht abgesprochen werden — gegenüber dem (islamischen) Ausland war diese Entwicklungsstrategie als Apparatentwurf ausweisbar, gegenüber

den USA, Japan und Westeuropa mußte sie stimulierend für Kapitalinvestitionen wirken und schließlich vermochten gewisse den Moslems gewährte Konzessionen (im religiösen und Erziehungs- und Ausbildungssektor) die internationale Öffentlichkeit zeitweilig einzulösen und Manila den Maßstab einer Austrohung- bzw. gezielten Repressionspolitik zu nehmen.

Trotz aufwendiger Regierungspropaganda fand eine Militarisierung statt, die in dieser systematischen und massiven Form — selbst im Verhältnis zu anderen Landesteilen — beispiellos und als Strukturmerkmal der Entwicklungsstrategie anzusehen ist.

Die jüngste Terrorwelle, der selbst relativ gemäßigte Oppositionspolitiker wie Cesar Climaco (ehemaliger Bürgermeister von Zamboanga) zum Opfer fielen, beweist dies aufs Anschaulichste.

Anmerkungen:

- (1) Diese und die weiteren Ausführungen basieren auf Interviews, die der Autor im Sommer 1977 in den Lanao-Provinzen und im Sommer 1978 auf Jolo, Sulu, und Tawi-Tawi (Sulu-Archipel) mit MNLF-Kadern führte wie auf folgenden Quellen: verschiedenen Ausgaben von Mahardika, dem offiziellen MNLF-Bulletin, das *Far Eastern Economic Review* (Hongkong), von „*Liberation*“, dem offiziellen Organ der Nationaldemokratischen Front (NDF) von „*Ang Bayan*“, dem zentralen Organ der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), sowie auf Robert O. McManis, *Muslims in the Philippines* 1970, 2. Aufl., Solidarity 86 378 Manila 1973, Solidarity Publishing House, Peter G. Gowing, *Contrasting Agenda for Peace in the Muslim South*, in: *Philippine Quarterly of Culture and Society* 84 288-302 Cebu City Dec 1980, University of San Carlos, Ateneo C. G. G. Mus, *50 Years of Integration*, Quezon City 1969, R. P. Garcia Publishing Co. Manila; A. Tamayo, „Report on Defeating the Peace and Order Commission in Cotabato“, filed by the Commission on National Morals, Senate of the Philippines, Manila Apr. 1973 und „An Analysis of Philippine Muslim Affairs“, Manila/Rizal 1973, Philippine Foundation Inc.

(11) Vereinigung 4000 sozialer Nationen, zu deren Mitgliederstaaten neben den Philippinen Indonesien, Singapur, Malaysia, Brunei und Thailand gehören.

(12) Zitiert nach: „Moving Heaven and Earth: An Account of Filipino Struggles to Change Their Lives and Society“, ed. by the Commission on the Churches' Participation in Development (CCPD), World Council of Churches and the Philippine Ecclesiastical Working Group, Manila 1982, p. 163.

(13) Bericht an James Subkommando wurde den folgenden Leuten an 1. das Südwestkommando, 2. die 1. Kommando, 3. die 2. Kommando, 4. die 3. Kommando, 5. die 4. Kommando, 6. die 5. Kommando, 7. die 6. Kommando, 8. die 7. Kommando, 9. die 8. Kommando, 10. die 9. Kommando, 11. die 10. Kommando, 12. die 11. Kommando, 13. die 12. Kommando, 14. die 13. Kommando, 15. die 14. Kommando, 16. die 15. Kommando, 17. die 16. Kommando, 18. die 17. Kommando, 19. die 18. Kommando, 20. die 19. Kommando, 21. die 20. Kommando, 22. die 21. Kommando, 23. die 22. Kommando, 24. die 23. Kommando, 25. die 24. Kommando, 26. die 25. Kommando, 27. die 26. Kommando, 28. die 27. Kommando, 29. die 28. Kommando, 30. die 29. Kommando, 31. die 30. Kommando, 32. die 31. Kommando, 33. die 32. Kommando, 34. die 33. Kommando, 35. die 34. Kommando, 36. die 35. Kommando, 37. die 36. Kommando, 38. die 37. Kommando, 39. die 38. Kommando, 40. die 39. Kommando, 41. die 40. Kommando, 42. die 41. Kommando, 43. die 42. Kommando, 44. die 43. Kommando, 45. die 44. Kommando, 46. die 45. Kommando, 47. die 46. Kommando, 48. die 47. Kommando, 49. die 48. Kommando, 50. die 49. Kommando, 51. die 50. Kommando, 52. die 51. Kommando, 53. die 52. Kommando, 54. die 53. Kommando, 55. die 54. Kommando, 56. die 55. Kommando, 57. die 56. Kommando, 58. die 57. Kommando, 59. die 58. Kommando, 60. die 59. Kommando, 61. die 60. Kommando, 62. die 61. Kommando, 63. die 62. Kommando, 64. die 63. Kommando, 65. die 64. Kommando, 66. die 65. Kommando, 67. die 66. Kommando, 68. die 67. Kommando, 69. die 68. Kommando, 70. die 69. Kommando, 71. die 70. Kommando, 72. die 71. Kommando, 73. die 72. Kommando, 74. die 73. Kommando, 75. die 74. Kommando, 76. die 75. Kommando, 77. die 76. Kommando, 78. die 77. Kommando, 79. die 78. Kommando, 80. die 79. Kommando, 81. die 80. Kommando, 82. die 81. Kommando, 83. die 82. Kommando, 84. die 83. Kommando, 85. die 84. Kommando, 86. die 85. Kommando, 87. die 86. Kommando, 88. die 87. Kommando, 89. die 88. Kommando, 90. die 89. Kommando, 91. die 90. Kommando, 92. die 91. Kommando, 93. die 92. Kommando, 94. die 93. Kommando, 95. die 94. Kommando, 96. die 95. Kommando, 97. die 96. Kommando, 98. die 97. Kommando, 99. die 98. Kommando, 100. die 99. Kommando, 101. die 100. Kommando, 102. die 101. Kommando, 103. die 102. Kommando, 104. die 103. Kommando, 105. die 104. Kommando, 106. die 105. Kommando, 107. die 106. Kommando, 108. die 107. Kommando, 109. die 108. Kommando, 110. die 109. Kommando, 111. die 110. Kommando, 112. die 111. Kommando, 113. die 112. Kommando, 114. die 113. Kommando, 115. die 114. Kommando, 116. die 115. Kommando, 117. die 116. Kommando, 118. die 117. Kommando, 119. die 118. Kommando, 120. die 119. Kommando, 121. die 120. Kommando, 122. die 121. Kommando, 123. die 122. Kommando, 124. die 123. Kommando, 125. die 124. Kommando, 126. die 125. Kommando, 127. die 126. Kommando, 128. die 127. Kommando, 129. die 128. Kommando, 130. die 129. Kommando, 131. die 130. Kommando, 132. die 131. Kommando, 133. die 132. Kommando, 134. die 133. Kommando, 135. die 134. Kommando, 136. die 135. Kommando, 137. die 136. Kommando, 138. die 137. Kommando, 139. die 138. Kommando, 140. die 139. Kommando, 141. die 140. Kommando, 142. die 141. Kommando, 143. die 142. Kommando, 144. die 143. Kommando, 145. die 144. Kommando, 146. die 145. Kommando, 147. die 146. Kommando, 148. die 147. Kommando, 149. die 148. Kommando, 150. die 149. Kommando, 151. die 150. Kommando, 152. die 151. Kommando, 153. die 152. Kommando, 154. die 153. Kommando, 155. die 154. Kommando, 156. die 155. Kommando, 157. die 156. Kommando, 158. die 157. Kommando, 159. die 158. Kommando, 160. die 159. Kommando, 161. die 160. Kommando, 162. die 161. Kommando, 163. die 162. Kommando, 164. die 163. Kommando, 165. die 164. Kommando, 166. die 165. Kommando, 167. die 166. Kommando, 168. die 167. Kommando, 169. die 168. Kommando, 170. die 169. Kommando, 171. die 170. Kommando, 172. die 171. Kommando, 173. die 172. Kommando, 174. die 173. Kommando, 175. die 174. Kommando, 176. die 175. Kommando, 177. die 176. Kommando, 178. die 177. Kommando, 179. die 178. Kommando, 180. die 179. Kommando, 181. die 180. Kommando, 182. die 181. Kommando, 183. die 182. Kommando, 184. die 183. Kommando, 185. die 184. Kommando, 186. die 185. Kommando, 187. die 186. Kommando, 188. die 187. Kommando, 189. die 188. Kommando, 190. die 189. Kommando, 191. die 190. Kommando, 192. die 191. Kommando, 193. die 192. Kommando, 194. die 193. Kommando, 195. die 194. Kommando, 196. die 195. Kommando, 197. die 196. Kommando, 198. die 197. Kommando, 199. die 198. Kommando, 200. die 199. Kommando, 201. die 200. Kommando, 202. die 201. Kommando, 203. die 202. Kommando, 204. die 203. Kommando, 205. die 204. Kommando, 206. die 205. Kommando, 207. die 206. Kommando, 208. die 207. Kommando, 209. die 208. Kommando, 210. die 209. Kommando, 211. die 210. Kommando, 212. die 211. Kommando, 213. die 212. Kommando, 214. die 213. Kommando, 215. die 214. Kommando, 216. die 215. Kommando, 217. die 216. Kommando, 218. die 217. Kommando, 219. die 218. Kommando, 220. die 219. Kommando, 221. die 220. Kommando, 222. die 221. Kommando, 223. die 222. Kommando, 224. die 223. Kommando, 225. die 224. Kommando, 226. die 225. Kommando, 227. die 226. Kommando, 228. die 227. Kommando, 229. die 228. Kommando, 230. die 229. Kommando, 231. die 230. Kommando, 232. die 231. Kommando, 233. die 232. Kommando, 234. die 233. Kommando, 235. die 234. Kommando, 236. die 235. Kommando, 237. die 236. Kommando, 238. die 237. Kommando, 239. die 238. Kommando, 240. die 239. Kommando, 241. die 240. Kommando, 242. die 241. Kommando, 243. die 242. Kommando, 244. die 243. Kommando, 245. die 244. Kommando, 246. die 245. Kommando, 247. die 246. Kommando, 248. die 247. Kommando, 249. die 248. Kommando, 250. die 249. Kommando, 251. die 250. Kommando, 252. die 251. Kommando, 253. die 252. Kommando, 254. die 253. Kommando, 255. die 254. Kommando, 256. die 255. Kommando, 257. die 256. Kommando, 258. die 257. Kommando, 259. die 258. Kommando, 260. die 259. Kommando, 261. die 260. Kommando, 262. die 261. Kommando, 263. die 262. Kommando, 264. die 263. Kommando, 265. die 264. Kommando, 266. die 265. Kommando, 267. die 266. Kommando, 268. die 267. Kommando, 269. die 268. Kommando, 270. die 269. Kommando, 271. die 270. Kommando, 272. die 271. Kommando, 273. die 272. Kommando, 274. die 273. Kommando, 275. die 274. Kommando, 276. die 275. Kommando, 277. die 276. Kommando, 278. die 277. Kommando, 279. die 278. Kommando, 280. die 279. Kommando, 281. die 280. Kommando, 282. die 281. Kommando, 283. die 282. Kommando, 284. die 283. Kommando, 285. die 284. Kommando, 286. die 285. Kommando, 287. die 286. Kommando, 288. die 287. Kommando, 289. die 288. Kommando, 290. die 289. Kommando, 291. die 290. Kommando, 292. die 291. Kommando, 293. die 292. Kommando, 294. die 293. Kommando, 295. die 294. Kommando, 296. die 295. Kommando, 297. die 296. Kommando, 298. die 297. Kommando, 299. die 298. Kommando, 300. die 299. Kommando, 301. die 300. Kommando, 302. die 301. Kommando, 303. die 302. Kommando, 304. die 303. Kommando, 305. die 304. Kommando, 306. die 305. Kommando, 307. die 306. Kommando, 308. die 307. Kommando, 309. die 308. Kommando, 310. die 309. Kommando, 311. die 310. Kommando, 312. die 311. Kommando, 313. die 312. Kommando, 314. die 313. Kommando, 315. die 314. Kommando, 316. die 315. Kommando, 317. die 316. Kommando, 318. die 317. Kommando, 319. die 318. Kommando, 320. die 319. Kommando, 321. die 320. Kommando, 322. die 321. Kommando, 323. die 322. Kommando, 324. die 323. Kommando, 325. die 324. Kommando, 326. die 325. Kommando, 327. die 326. Kommando, 328. die 327. Kommando, 329. die 328. Kommando, 330. die 329. Kommando, 331. die 330. Kommando, 332. die 331. Kommando, 333. die 332. Kommando, 334. die 333. Kommando, 335. die 334. Kommando, 336. die 335. Kommando, 337. die 336. Kommando, 338. die 337. Kommando, 339. die 338. Kommando, 340. die 339. Kommando, 341. die 340. Kommando, 342. die 341. Kommando, 343. die 342. Kommando, 344. die 343. Kommando, 345. die 344. Kommando, 346. die 345. Kommando, 347. die 346. Kommando, 348. die 347. Kommando, 349. die 348. Kommando, 350. die 349. Kommando, 351. die 350. Kommando, 352. die 351. Kommando, 353. die 352. Kommando, 354. die 353. Kommando, 355. die 354. Kommando, 356. die 355. Kommando, 357. die 356. Kommando, 358. die 357. Kommando, 359. die 358. Kommando, 360. die 359. Kommando, 361. die 360. Kommando, 362. die 361. Kommando, 363. die 362. Kommando, 364. die 363. Kommando, 365. die 364. Kommando, 366. die 365. Kommando, 367. die 366. Kommando, 368. die 367. Kommando, 369. die 368. Kommando, 370. die 369. Kommando, 371. die 370. Kommando, 372. die 371. Kommando, 373. die 372. Kommando, 374. die 373. Kommando, 375. die 374. Kommando, 376. die 375. Kommando, 377. die 376. Kommando, 378. die 377. Kommando, 379. die 378. Kommando, 380. die 379. Kommando, 381. die 380. Kommando, 382. die 381. Kommando, 383. die 382. Kommando, 384. die 383. Kommando, 385. die 384. Kommando, 386. die 385. Kommando, 387. die 386. Kommando, 388. die 387. Kommando, 389. die 388. Kommando, 390. die 389. Kommando, 391. die 390. Kommando, 392. die 391. Kommando, 393. die 392. Kommando, 394. die 393. Kommando, 395. die 394. Kommando, 396. die 395. Kommando, 397. die 396. Kommando, 398. die 397. Kommando, 399. die 398. Kommando, 400. die 399. Kommando, 401. die 400. Kommando, 402. die 401. Kommando, 403. die 402. Kommando, 404. die 403. Kommando, 405. die 404. Kommando, 406. die 405. Kommando, 407. die 406. Kommando, 408. die 407. Kommando, 409. die 408. Kommando, 410. die 409. Kommando, 411. die 410. Kommando, 412. die 411. Kommando, 413. die 412. Kommando, 414. die 413. Kommando, 415. die 414. Kommando, 416. die 415. Kommando, 417. die 416. Kommando, 418. die 417. Kommando, 419. die 418. Kommando, 420. die 419. Kommando, 421. die 420. Kommando, 422. die 421. Kommando, 423. die 422. Kommando, 424. die 423. Kommando, 425. die 424. Kommando, 426. die 425. Kommando, 427. die 426. Kommando, 428. die 427. Kommando, 429. die 428. Kommando, 430. die 429. Kommando, 431. die 430. Kommando, 432. die 431. Kommando, 433. die 432. Kommando, 434. die 433. Kommando, 435. die 434. Kommando, 436. die 435. Kommando, 437. die 436. Kommando, 438. die 437. Kommando, 439. die 438. Kommando, 440. die 439. Kommando, 441. die 440. Kommando, 442. die 441. Kommando, 443. die 442. Kommando, 444. die 443. Kommando, 445. die 444. Kommando, 446. die 445. Kommando, 447. die 446. Kommando, 448. die 447. Kommando, 449. die 448. Kommando, 450. die 449. Kommando, 451. die 450. Kommando, 452. die 451. Kommando, 453. die 452. Kommando, 454. die 453. Kommando, 455. die 454. Kommando, 456. die 455. Kommando, 457. die 456. Kommando, 458. die 457. Kommando, 459. die 458. Kommando, 460. die 459. Kommando, 461. die 460. Kommando, 462. die 461. Kommando, 463. die 462. Kommando, 464. die 463. Kommando, 465. die 464. Kommando, 466. die 465. Kommando, 467. die 466. Kommando, 468. die 467. Kommando, 469. die 468. Kommando, 470. die 469. Kommando, 471. die 470. Kommando, 472. die 471. Kommando, 473. die 472. Kommando, 474. die 473. Kommando, 475. die 474. Kommando, 476. die 475. Kommando, 477. die 476. Kommando, 478. die 477. Kommando, 479. die 478. Kommando, 480. die 479. Kommando, 481. die 480. Kommando, 482. die 481. Kommando, 483. die 482. Kommando, 484. die 483. Kommando, 485. die 484. Kommando, 486. die 485. Kommando, 487. die 486. Kommando, 488. die 487. Kommando, 489. die 488. Kommando, 490. die 489. Kommando, 491. die 490. Kommando, 492. die 491. Kommando, 493. die 492. Kommando, 494. die 493. Kommando, 495. die 494. Kommando, 496. die 495. Kommando, 497. die 496. Kommando, 498. die 497. Kommando, 499. die 498. Kommando, 500. die 499. Kommando, 501. die 500. Kommando, 502. die 501. Kommando, 503. die 502

Nach den dramatischen Ereignissen Anfang bis Mitte November dringt kaum noch eine Nachricht über die Lage in Mittelamerika in die Öffentlichkeit. Fast merklich ruhig geworden.

Der große militärische Schlag der in Stellung gebrachten US-Kriegsmaschinerie ist ausgeblieben; die Lage habe sich entspannt lautet die — je nach Standpunkt — enttäuschte oder erleichterte Diagnose.

Das Entspannungsgerede ist doppelt falsch: Erstens kann von Entspannung nur reden, wer die Bombardierung der Revolverung El Salvador und den täglichen Terror der US-Contras in Nicaragua für ganz normal, nicht der Rede und keiner Nachricht wert hält. Zweitens sind sämtliche militärischen Instrumente für einen Blitzkrieg gegen Nicaragua (oder gegen die FMLN) nach wie vor in unmittelbarer Nähe möglicher Kriegsschauplätze präsent: die im Golf von Fonseca laufenden Seemannsverbände können aus dem Stand auf den Einsatz umgeschaltet werden. Der Sinn dieser Karibikmanöver in Permanenz ist es ja gerade, eine schlagkräftige Interventionsarmee aller Waffengattungen aufzustellen, die jederzeit zu einem Überraschungsschlag ausfallen kann. Wie teuerlich die Ruhe ist, wird besonders deutlich, wenn man das Drehbuch analysiert, nach dem die Krise im November von der US-Regierung inszeniert worden ist.

Mit Geister-MIGs...

Am 7.11. berichtet die Meldung über die Fernschreiber aller Presseagenturen, der sowjetische Frachter „Bakurani“ steuere mit Abfangjägern des Typs MIG 21 an Bord den nicaraguanischen Häfen Corinto an. Am 8.11. hat es der CIA wieder einmal geschafft, in die

USA — Nicaragua:

Wie eine Krise gemacht wird!

sozialisationsgeladene Retzwort. Es steht für die militärische Verkörperung des Bösen, das sich nun endgültig in Nicaragua eingenistet habe. War es nicht eine MIG, die damals den koreanischen Jumbo vom Himmel schoss? Aha, denkt der Bürger, die Russen wollen also in Nicaragua Fuß fassen, logo, daß die Amis da was machen müssen. Diese durch eine Falschmeldung massenhaft verbreitete Assoziation ist die psychologische Grundlage, auf der die nordamerikanische Propaganda ihre interventionsvorbereitende Kampagne aufbaut.

Prompt erscheint wenig später auf den Titelseiten einer Reihe von Tageszeitungen ein im Blickfang platzierter dpa-Foto von einem russischen Panzer in den Straßen von Managua. „Tageszeitung“ und „Heute“ zeigen Filmberichte von den Verteidigungsmaßnahmen des nicaraguanischen Volkes. Im optischen Mittelpunkt stehen — russische Panzer. Die Dinger sehen zwar recht vornehmlich aus. Das macht aber nichts. Entscheidend ist die Herkunft: russische Panzer!

Über Nacht steht Nicaragua im Endkreuz der „Ost-West-Konfrontation“, die von der US-Regierung bis hart an den Rand einer militärischen Eskalation angeheizt wird. Zwei Kriegsschiffe „escortieren“ den sowjetischen Frachter bis tief ins nicaraguanische Hoheitsgewässer, ein Flugzeug von Typ SR 71 donnert rund ein Dutzend Mal über Managua hinweg, Kriegsschiffe mit über 15.000 Marines an Bord nehmen Kurs auf Nicaragua, in Honduras landet die gleiche „El-Fallschirmtruppe“, die vor einem Jahr an dem Überfall auf Grenada beteiligt war, die in der Panamakanalzone stationierte 193. US-Brigade wird in Alarmbereitschaft gesetzt.

Auf der Grundlage einer einzigen Falschmeldung inszeniert die US-Regierung binnen kurzer Zeit eine Weltkrise, in der nicht nur Nicaragua mit einem militärischen Überfall bedroht wird, sondern die auch auf eine direkte Konfrontation mit der Sowjetunion hin angelegt ist.

— gegen die Nachbarländer

Nachdem die MIG-Story ihre Schuldigkeit getan hat, wird sie dementiert.

— gegen die Nachbarländer

Nachdem die MIG-Story ihre Schuldigkeit getan hat, wird sie dementiert. Berichte über angeblich mitgeführte MIG-21-Dusenzjäger erwiesen sich offenbar als falsch“, meldet die FAZ am 13.11. lakonisch. Das kann sie auch ganz unbefangenen zugeben, denn inzwischen geht es längst nicht mehr um eine spezielle, angeblich besonders gefährliche Waffe, sondern um Waffen schlechthin, die nach Nicaragua geliefert werden.

Denn jene, egal ob Kalschinkovs oder Abfangjäger „verändern das Kräftegleichgewicht in der Region“ und „gefährden die Nachbarländer“.

Am 13.11. erklärt Außenminister Shultz vor der OAS bereits den bloßen Besitz von sowjetischen Waffen zu einer „Aggression“. „Wir werden unseren Freunden in der Region helfen, der durch die sowjetischen Waffen geschaffenen Aggression zu widerstehen.“ (FR, 14.11.) Einen Tag zuvor hat Weinberger bereits von „konstanten sowjetischen Waffenlieferungen“ gesprochen, die aus Nicaragua ein „zweites Kuba“ zu machen drohen, was die USA unter keinen Umständen hinnehmen würden. „Ein zweites Kuba würde die Schwierigkeiten verdoppeln, die wir schon jetzt mit Kuba haben.“ (TAZ, 13.11.)

„Konstant“ und die sowjetischen Waffenlieferungen nunmehr, „Managua im Waffenrausch“, beobachtet die „Neue Zürcher Zeitung“, und am 14.11. wird enthüllt, daß vier weitere Frachter nach Nicaragua unterwegs seien, wodurch sich die Lage „weiter verschärft“. Über das Frachtgut der Schiffe werden keine Angaben gemacht, den Inhalt erakt zu bestimmen, überläßt man der zuvor einschlägig geweckten Vorstellungskraft des Lesers. Die spanische Zeitung „El pau“ meldete wenige Tage später, die Frachter hätten Traktoren und andere zivile Hilfsgüter gelieft. Würden die USA

endlich den russischen Waffenstrom nach Nicaragua unterbinden? „Die nächste Stufe der Ereignisse im mittelamerikanischen Konflikt könnte eine massive Seeblockade sein, von der die sowjetischen Schiffe betroffen wären, die immer mehr Waffen nach Nicaragua bringen“, frohlockte die FAZ am 15.10. Grundlage dieser Hoffnung war eine gezielte Indiskretion aus US-Regierungskreisen, von der die New York Times am 11.11. berichtete. Demnach erwäge die Reagan-Administration

— den US-Botschafter aus Managua abzuberufen;
— sowjetische Schiffe, die Nicaragua anlaufen „zu überwachen, zu bedrängen oder auf See abzufangen und auf ihren Inhalt zu kontrollieren“;
— eine totale Seeblockade Nicaraguas aufzubauen.

Noch am 15. November wird stündlich damit gerechnet, daß die US-Regierung eine dieser Maßnahmen ergreift oder gar einen direkten Angriff auf Nicaragua startet. Dafür spricht nicht nur der drohende Aufmarsch von 25 US-Kriegsschiffen im Golf von Fonseca, sondern auch die von verschiedenen US-Sprechern immer häufiger ausgesprochene aberwitzige Behauptung, Nicaragua plane einen Angriff auf die Nachbarländer.

„Mein Land wird Honduras und El Salvador mit allen erforderlichen Mitteln gegen einen Überfall der Nicaragua zu Hilfe kommen“, erklärt der Sprecher des Pentagon Michael Burch (FR 14.11.)

Einen Tag später sind Nicaragua, dessen geplanter Angriff auf die Nachbarländer, die US-Invasion und die sowjetischen Frachter vollständig aus der Presse verschwunden. Von einem Tag auf den anderen! Alles nur ein Nervenkrieg? Eine Propagandaschlacht?

Die „Opposition“ in den USA zieht mit

Auf dem Höhepunkt der Krise erklärte US-Außenminister Shultz vor der OAS, daß die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens der USA im Stile der vor einem Jahr durchgeführten Grenada-Invasion nicht ausgeschlossen werden könne. „Wenn es der Präsident nach einmal tun müßte, so werde er es tun.“ (FR, 14.11.)

Der Überfall auf Grenada war ein Überraschungscoup, der sich vor allem aus dem kalkulierbaren schnellen Erfolg der Invasion legitimierte. Hinzu kam der Mord an Bishop, der den Yankees die Eintrittskarte zum Überfall frei Haus lieferte.

Die Ausgangssituation für ein militärisches Eingreifen in Nicaragua ist völlig anders. Die zu erwartende heftige

ge militärische Gegenwehr des nicaraguanischen Volkes und die (sicher nicht nur verbalen) weltweiten Proteste verlangen ein hohes Maß an politischer Übereinstimmung innerhalb der herrschenden Klasse, den politischen Parteien und den Massenmedien in den USA. Zweifellos hat die inszenierte MIG-Krise erheblich zu einer inneren Frontbegradigung in den USA beigetragen. Die (tatsächlich motivierten) Widerstände einflussreicher demokratischer Politiker gegen ein militärisches Abenteuer sind dramatisch kleiner geworden. Bereits einen Tag nach der MIG-Meldung hatte der demokratische Senator Christopher Dodd, der bislang einer der schärfsten Reagan-Kritiker im Senat war, nichts Eiligeres zu tun, als dem Präsidenten seine Unterstützung für eine militärische Aktion, wenn sie notwendig sei, zu versichern. Begünstigt durch die Niederlage der



Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen kann Reagan nunmehr mit einer breiten Unterstützung seines Kriegskurses in beiden Abgeordnetenhäusern rechnen.

Ebenso erfolgreich verlief die Gleichschaltung der großen Medien, die die Dramaturgie der MIG-Krise journalistisch aufbereiteten und jede Behauptung des Pentagon zu untermauern wußten. Als unabwiesbar klar wurde, daß die MIG-Story eine Legende war, haben sie nicht etwa nach den Absichten derer gefragt, die sie in die Welt gesetzt hatten, sondern sind überganglos auf die neue Propagandamasche eingeschwenkt. Nicaragua rüste zum Angriff auf seine Nachbarn, war, haben sie nicht etwa nach den Absichten derer gefragt, die sie in die Welt gesetzt hatten, sondern sind überganglos auf die neue Propagandamasche eingeschwenkt. Nicaragua rüste zum Angriff auf seine Nachbarn.

Drittens schließlich muß befürchtet werden, daß erhebliche Teile des nordamerikanischen Volkes bereit sind, sich in den für ein militärisches Unternehmen gegen Nicaragua notwendigen chauvinistischen und nationalistischen Taumel reißen zu lassen.

Wenn denn die Krise ein „Propagandakrieg“ war, dann hat ihn die US-Regierung zumindest im eigenen Land „gewonnen“. Von Anfang an wurde

in den USA unterbewußt die Frage aufgeworfen, ob Nicaragua das Recht habe, sich zu verteidigen. Die Frage aufwerfen ist schon unverzichtbar genug. Die eindeutige Antwort nicht nur der Reagan-Regierung lautet: NEIN! Die Lieferung von MIG-Flugzeugen wäre bereits ein Kriegsgrund gewesen, wenig später wären es bereits MIGs und Waffen, die sich Nicaragua anschafft oder je anschaffen werde, die die „Sicherheit der USA bedrohen“. Ab sofort ist jede Flugabwehrakete, die Nicaragua gegen Luftüberfälle und Bombardierungen einsetzen könnte, eine „Offensivwaffe“, die die Nachbarstaaten bedroht. Ab sofort ist jeder Hubschrauber, den die Sandinisten gegen die Contras einsetzen, ein „subversiver und aggressiver Akt“ (Shultz) — kurz: Während die USA auf allen Ebenen einen militärischen Überfall auf Nicaragua plant, androhen und vorbereiten, ist jede Verteidigungsmaßnahme der Angegriffenen eine „gefährliche Aggression“, fordert also einen Angriff geradezu heraus. Dieser imperialistische Größenwahn, der ganze Völker vor die Alternative Kapitulation oder Tod stellt, ist in den USA offenbar weniger umstritten denn je.

Die Propaganda der USA, Nicaragua betreibe eine Hochrüstungspolitik, hat jedoch auch einen realen Kern. Die Sandinisten haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie mit allen Mitteln versuchen wollen, eine schlagkräftige Luftabwehr aufzubauen. Bislang ist Nicaragua so gut wie hilflos den ständigen Angriffen aus der Luft ausgeliefert. Eine effektive Bekämpfung der Contrastützpunkte im Landesinneren ist nur aus der Luft, z.B. mit Kampfhubschraubern, möglich. Eine moderne Luftabwehr würde aber vor allem auch eine geplante US-Intervention noch schwerer machen als ein solches Unternehmen schon wäre. Aus diesem Grund war die inszenierte MIG-Krise auch der Beginn eines Entwaffnungskrieges, dessen Planer schnurstracks auf die Bombardierung nicaraguanischer Militäranlagen und Flughäfen auszielen.

Aus dem gleichen Grund muß aber auch die Solidaritätsbewegung daran festhalten, daß die nicaraguanische Regierung das Recht hat, sich je d e W a f f e — egal woher — zu beschaffen, die sie zur Verteidigung des Landes und zur Beendigung des Contrakrieges für notwendig hält. Genau das ist die zeitgemäße Übersetzung der Forderung nach Selbstbestimmung für Nicaragua. Und all jenen, denen heute die Floskel vom dem Selbstbestimmungsrecht des nicaraguanischen Volkes so leicht und selbstverständlich über die Lippen geht, sollte die Frage vorgelegt werden, ob das denn für sie auch das Recht der Sandinisten einschließt, sich Waffen, beispielsweise aus der Sowjetunion, zur Verteidigung gegen den Imperialismus zu besorgen.

Aktive Neutralisierung der Sowjetunion

In der offiziellen Ideologie der nord-

Aktive Neutralisierung der Sowjetunion

In der offiziellen Ideologie der nordamerikanischen und westdeutschen Rechten wird Nicaragua nur noch als „Stellvertreter Moskaus“ gehandelt. Im Auftrage des Kreml destabilisieren die Sandinisten die gesamte Region, wobei Castro Kuba als aktiver Befehlüberbringer, als Ideologie- und Waffenexporteur fungiert. Diese unkomplexierte Sicht der Dinge bringt die nebensächliche Karikatur in angemessener Primitivität zum Ausdruck. Was aber soll die Bildunterschrift „Hände weg von Nicaragua“ bedeuten? Unterstellen wir dem Zeichner ein gewisses Maß an weltpolitischen Vorsicht, so wäre sie nicht nur die Verbalhornung einer Parole aus der Solidaritätsbewegung, sondern gleichzeitig auch eine Warnung an die USA, das militärische Kesseltreiben gegen Nicaragua nicht zu weit zu treiben. Wenn ihr Nicaragua überfällt, dann riskiert ihr das unkalkulierbare Abenteuer einer militärischen Konfrontation mit der nächst größeren Figur im Marionettenspiel, schließlich mit dem Drahtzieher im Hintergrund selber, also einen Weltkrieg!

Leider spricht alles gegen diese wohlmeinende Interpretation. In der gleichen Ausgabe der Zeitung heißt es in einem Kommentar: „... aber bislang treibt alles immer mehr auf eine Blockade zu, die, zur See und in der Luft ausgeübt, nicht mehr den Stellvertreter Nicaragua betrafte, sondern unmittelbar sowjetische Transportmittel.“ (FAZ, 13.11.)

Für die Kriegsplaner im Pentagon ist ein möglicher Zusammenschluß mit der Sowjetunion und mit Kuba kein — möglichst zu minimierender — Risikofaktor in der Abrechnung mit der unendlichen Revolution, sondern ein

Schlagrollen der Weltpresse eine geniale „Desinformation“ zu lancieren. „MIGs für Nicaragua an Bord“ lautet die alarmierende Nachricht, die gleichsam als Kriegserklärung Nicaraguas an die USA gehandelt wurde. Na, auch hat der CIA nicht den geringsten Beweis dafür, daß der sowjetische Frachter tatsächlich MIG-21-Flugzeuge gelie-

Und das läuft so! Die Presse meldet, daß ein Frachter von MIGs in Nicaragua



Hände weg von Nicaragua!

Fortsetzung auf übernächster Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

treibendes Motiv ihrer Eskalationsstrategie.

Die Kriegsschiffe Eskorte der sowjetischen Frachter sowie die öffentlichen Diskussionen über Seeblockade und direkte Übergriffe auf sowjetische Schiffe überbrachten der Sowjetunion die unmittelbare Bedrohung. Wenn ihr weiteres Kriegsmaterial nach Nicaragua schifft, riskiert ihr einen direkten Angriff auf eure Transportmittel! Also in diesem Sinne und drohend an die Adresse der Sowjetunion schickte: „Hände weg von Nicaragua!“

In einem Interview behauptete Shultz, die Frage der MIG-Jäger betreffe die sandinistische Regierung nur „oberflächlich“, da sie „unter strategischen und politischen Gesichtspunkten zunächst die UdSSR“ angeht. (FAZ, 12.11.) Das „oberflächlich“ ist natürlich Unsinn, denn es geht den USA grundsätzlich um die Vernichtung des Modells Nicaragua. Aber eben auch um mehr: Um die aktive Neutralisierung der Sowjetunion in dem US-Kampf gegen Befreiungsbewegungen und um die Rückeroberung an imperialistischer Staaten. Die militärische Vernichtung der sandinistischen Revolution setzt eine internationale Isolierung des Landes voraus. Insbesondere muß der sandinischen Führung demonstriert werden, daß sie im Falle eines Überfalls nicht auf kubanische und sowjetische Hilfe rechnen können. Die FAZ hat — bezeichnenderweise nachdem die Ente von den MIG-Lieferungen aufgeklungen

Aufruf zur Unterstützung politischer Gefangener in Chile

Liebe AK-Leser/innen!

Es gibt zur Zeit in Chile etwa 200 politische Gefangene „auf Dauer“, d.h. Gefangene, die längere Strafen zu erwarten haben oder bereits verurteilt sind. Gegen 13 von ihnen wurde die Todesstrafe beantragt; einen von ihnen, Rolando Cariagena, kennt ihr von seinen Briefen, die er voriges Jahr aus dem KZ an den AK geschrieben hat (er war in Göttingen im Exil, von dort aus nach Chile zurückgekehrt und nach gut anderthalb Jahren im Untergrund in Chile verhaftet worden).

Gegen zwei von diesen 13 Gefangenen ist das Todesurteil in erster Instanz im Oktober gefällt worden. Gegen drei sollen die berühmten Kriegsräte, „consejos de guerra“, eingesetzt werden, die in 48 Stunden das Urteil fällen, gegen das es keinerlei Einspruchsmöglichkeit mehr gibt. Die Verteidiger hatten beim Obersten Gerichtshof einen Antrag auf Nichtanwendbarkeit dieser „consejos de guerra“ gestellt, darüber wird jetzt in Kürze (wahrscheinlich Anfang Dezember) vom Obersten Gerichtshof entschieden.

Es ist zu befürchten, daß die augenblickliche enorme Repressionswelle der Diktatur und der Belagerungszustand dazu benutzt werden, um die Höchststrafen gegen die Gefangenen durchzusetzen. Die letzte Meldung (bisher noch nicht bestätigt und konkretisiert) besagt, daß gegen sieben weitere Gefangene das Todesurteil gefällt wurde.

Einige der Gefangenen sind wegen Anschlüssen auf hohe Militärs oder Militäreinrichtungen angeklagt (Tod des Chefs der Counter-Insurgency Schule des Heeres, Tod des Ex-Intendanten von Santiago), viele sind wegen „illegaler Einwanderung“ oder wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt. Fast alle Gefangenen wurden nach ihrer Verhaftung inlagert (zum Teil wochenlang) von der CNI festgehalten und gefoltert.

Etwa 90% dieser „dauerhaften“ politischen Gefangenen sind Mitglieder des MIR oder der KP bzw. der Frente Patriótico Manuel Rodríguez (die KP betont immer wieder, daß die Frente Patriótico nicht der bewaffnete Arm der KP sei, distanziert sich aber nicht, sondern betont ihren Respekt und ihre Sympathie). Die Vicaría de Solidaridad (Kirche) und die chilenische Menschenrechtskommission (mehrheitlich christdemokratisch) lehnen die Verurteilung von Gefangenen, die „Gewalttaten“ dieser Art begangen haben, ab. Sie helfen aber in humanitärer Hinsicht (Essen, ärztliche Versorgung, Hin und wieder Unterstützung von Familienangehörigen etc.).

Alle Gefangenen arbeiten im Gefängnis, meist Kunsthandwerk, das von der Vicaría und anderen Hilfsorganisationen gekauft wird. Von dem bescheidenen Erlös müssen Essen, Kleidung usw. beschafft werden. Alle politischen Gefangenen versprechen sich selber — die Lebensmittel werden von Familienangehörigen gebracht — nachdem vor ca. zwei Jahren versucht worden ist, einige politische Gefangene mit der Gefängnisverpflegung zu vergiften (ein „gemeiner Häftling“ starb an der Vergiftung, einer der politischen Gefangenen hat dadurch seine Stimme verloren).

Die Vicaría und die Menschenrechtskommission helfen also, sie unterstützen aber in keiner Weise den politischen Kampf, den die Gefangenen aus dem KZ heraus führen. Sie haben eine nationale Koordination der politischen Gefangenen, die machen Kampagnen- und Arbeitsvorschläge für die Solidaritätsarbeit außerhalb der Gefängnisse, und sie geben in allen größeren Städten Zeitungen heraus, die im KZ geschrieben und draußen gedruckt und verteilt werden. Die Organisationen der Familienangehörigen (Agrupación de Familiares de Presos Políticos) diskutieren die Vorschläge und setzen sie bei Einverständnis in die Praxis um. Alle Ausgaben für Papier

und Druck der Zeitungen, für Plakate und Flugblätter und andere Aktionen der Familienangehörigen müssen irgendwie zusammengekratzt werden. Nur ein Beispiel: eine billige Fotokopie kostet in Santiago etwa 13 Pfg. Es gibt keine Copy-shops wie in der BRD, sondern es sind immer Angestellte, die die Fotokopien machen, d.h. es gibt keine Möglichkeit zu fotokopieren ohne das Dritte den Text lesen oder unter der Hand eine Extra-Kopie ziehen können.

Politisch werden die politischen Gefangenen und die Agrupación der Familienangehörigen (ähnlich wie in der BRD) in die äußerste linke Ecke gestellt. Sie erhalten längst nicht den politischen und internationalen Rückhalt wie z.B. die Vereinigungen der Verhaftet-Verschwindenden.

Insgesamt gibt es in Chile fünf Gruppierungen, die für die Opfer der Repression arbeiten: 1) die Vereinigung der Familienangehörigen der Verhaftet-Verschwindenden, 2) der politischen Gefangenen, 3) der Exilierten, 4) der Ermordeten (Ejecutados) und 5) der Rekrutierten (Reclutados). Alle fünf Gruppierungen arbeiten in allen größeren Städten und haben ihre nationale Koordination. Eine gemeinsame Front dieser fünf Vereinigungen existiert leider nicht. Es gibt in Santiago und Concepción gemeinsame Treffen zur Planung und Durchführung praktischer Aktionen, es gibt aber keine gemeinsame politische Plattform. Das Problem ist, daß die christdemokratischen Strömungen innerhalb dieser Gruppen und auch Teile der Sozialisten und KP eher kompromiß- und verhandlungsbereit sind, was z.B. die Forderung nach Bestrafung der Verbrecher gegen die Menschenrechte, der Folter, anberührt, oder die Forderung nach vollständiger Auflösung des Geheimdienstes. Die Gefangenen und die Vereinigung der Familienangehörigen vertreten weiterhin offensiv die Notwendigkeit und das Recht auf bewaffneten Widerstand. Deswegen gibt es bei einigen der anderen Gruppierungen

gen und Oppositionsparteien Berührungspunkte und eine Tendenz zur Disziplinierung.

Das ist der Hintergrund, vor dem wir den ARBEITERKAMPF für die richtige Adresse halten, um um Spenden für die politische Arbeit der Gefangenen und ihrer Familienangehörigen zu bitten.

Wenn ihr überlegt, ob ihr eine Spende für diesen Zweck geben wollt, bedenkt bitte, daß die Zahl der politischen Gefangenen im Moment sprunghaft ansteigt. Viele der Gefangenen, die bei den letzten Protesttagen oder jetzt im Rahmen des Ausnahmezustandes verhaftet wurden (und die noch vor einiger Zeit noch ein paar Tagen wieder freigelassen worden wären) haben jetzt mit schweren Anklagen vor Militärgerichten zu rechnen. In den Tagen vor dem Nationalstreik am 30. Oktober wurden rund 140 Leute verhaftet und in den Norden nach Pisagua „verbannt“. Das Wort Verbannt ist allerdings eine Beschönigung. Tatsache ist, daß in Pisagua nach dem Putsch 73 ein KZ eingerichtet worden war, daß jetzt wieder eröffnet wurde. Inzwischen sitzen dort über 100 Leute — bestenfalls in Zelten am Strand, eingekerkert vom Meer und der Atacama-Wüste. Bei den Überfällen auf die Sätze von Gewerkschaften und politischen Organisationen (Cable Socialista und MDP) wurden ca. 50 Leute verhaftet, einige davon waren mehrere Tage „verschwinden“. Jede Nacht werden unter dem Schutz des Ausnahmezustandes die Außenviertel von Santiago überfallen und die Leute aus den Häusern rausgeholt. Bei dem letzten Überfall auf La Victoria (ein sehr kämpferisches Viertel, in dem im September der französische Pastor ermordet wurde) wurden nach offiziellen (!) Angaben 1.000 Menschen verhaftet.

Die gesamte Opposition (Gewerkschaftskoordination CNT, Demokratische Allianz, Sozialistischer Block und MDP) hat zuletzt zum 13. Dezember zu einem neuen Protesttag aufgerufen.

Spenden für die politischen Gefangenen auf das Konto:

E. Hafner
Konto-Nr.: 470 980 - 209
Postfachamt Hamburg
Bl. / 200 100 20
Stichwort: „Libertad“

„Horizontale Eskalation“

Da nach offizieller US-Lesart, die Sowjetunion bzw. Kuba für alle Konflikte, Aufstände und Bürgerkriege in der „3. Welt“ verantwortlich sind, haben die US-Strategen eine dieser „Theorien“ entsprechende militärische Doktrin ausgearbeitet: die sog. „horizontale Eskalation“. Sie besagt folgendermaßen: Falls die SU in irgendeiner Weltregion ein „feindliches Verhalten“ an den Tag legen sollte, werden die USA ihr nicht nur am Ort des unmittelbaren Geschehens entgegenzutreten, sondern die Konfrontation auch auf andere Kriegsschauplätze (bevorzugt Mitteleuropa mit seinem Mittelstreckenraketenpotential) auszuweiten. „Wir müssen darauf vorbereitet sein, Gegenoffensiven in andere Regionen in Gang zu setzen, sowie darauf, die Schwächen des Angreifers auszunutzen, wo immer wir sie finden.“ (Weinberger) Falls also die Sowjetunion auf die Idee käme, einem direkt angegriffenen Nicaragua (oder Kuba) zur Hilfe zu kommen (was unter Umständen schon eine logistische Unterstützung sein könnte), dann würden die USA der Sowjetunion mit Krieg drohen. Die glaubhafte Androhung einer solchen horizontalen Eskalation soll durch den zügigen Ausbau der militärischen Überlegenheit und der Erschlagungsfähigkeit der USA so überzeugend ausfallen, daß die Sowjetunion es erst gar nicht in Betracht ziehen würde, etwas zu riskieren.

war — berichtet, daß die sowjetische Führung die Bitte, Daniel Ortega, Abfangjäger zu liefern, bereits im Sommer abgelehnt habe. Über die Gründe des „nein“ wurde nichts bekannt, aber westliche Kommentatoren vermuten, daß die SU-Führung trotz scharfer verbaler Attacken „wegen Nicaragua“ keinen Konflikt mit dem USA riskieren würde. Der sowjetische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Trojanowski, hatte bereits zu Beginn der Krise betont, die USA hätten „keinerlei Grund zur Sorge“, was die FAZ so gleich so übersetzte: „Machtpolitisch ist Nicaragua nur ein Bauer im geostrategischen Schachspiel zwischen Moskau und Washington; und ein Bauer wird zuweilen geopfert.“ (9.11.)

Reichen etwa schon ein paar Kriegsschiffe aus, um der Sowjetunion die faktische Zusage abzuverleihen, sich aus der Entscheidungsschlacht um Nicaragua in jeder Form herauszuhalten? Was aber wurde passieren, wenn die Sowjetunion diesem Aninnen nicht folgen würde? Die Planer des Weltkrieges Nr. 3 im Pentagon haben sich für diesen Fall eine Strategie ausgedacht (und die entsprechenden Waffensysteme bereitgestellt), die unter dem Namen „horizontale Eskalation“ bekannt geworden ist.

Kl., Göttingen

El Salvador: »Wir wissen, wie man einen politischen Kampf führt«

Im November schien es so, als sei der Dialog, von Duarte am 15. Oktober in La Palma kunstvoll in Szene gesetzt, beendet. In dem Kommuniqué der FMLN/FDR vom 13.11. wird gemeldet: „Die salvadoranische Regierung hat keine Reaktion bezüglich der Bildung der von beiden Seiten zu besetzenden Kommission gegeben, die die Fortsetzung des Dialogs garantieren sollte, und hat so die Abkommen von La Palma gebrochen.“

Am 30. November findet dennoch die zweite Begegnung in dem Ort Ayagüero 20 km entfernt von San Salvador statt. Mit einigen Überraschungen: die FMLN/FDR durchläuft einen „dreistufigen Friedensplan“ vor, am dessen Ende die Durchführung von allgemeinen Wahlen steht. Ihr gegenüber sitzt diesmal statt Duarte der Vizeverteidigungsminister Lopez Nulla, einer der Führer der ESA-Todeschwadronen!

Das internationale Gestrüpp um diesen Dialog ist staatsberaubend. Willy Brandt hat zusammen mit dem kolumbianischen Staatspräsidenten Betancour die entscheidende Vermittlung bei der Delegationszusammensetzung der ersten Runde in La Palma geliefert. Die Einzelheiten dieses Treffens waren von einem westdeutschen Buschof vorbereitet worden! (1) Zugeworfen war desweiteren ein direkter Botschafter von Papst Wojtyla aus Rom: ein Monsignore Giacomo Antonello.

Das Fieber der Reisen, Verhandlungen, Abbruch der Verhandlungen, Erklärungen, Dementierung der Erklärungen entspringt dem Zustand, in den Mittelamerika versetzt wurde: dem Zustand der militärischen Eskalation.

Die FMLN hat die Initiative

Unmittelbar nach La Palma starteten die Regierungstruppen eine Großoffensive gegen Morazan. Eines der Ziele war die Zerstörung des Guerillastützpunktes Radio Venceremos. Zwei Stunden nachdem der Chef des salvadoranischen Generalstabes, Oberstleutnant Monterrosa, bei einer eigenständigen Pressekonferenz die Vernichtung des Radios verkündete, um sich anschließend auf Besichtigung zum Ort des Volltreffens zu begeben, meldete das „soeben zerstörte“ Radio Venceremos den Abschuß seines Helikopters.

Mit Monterrosa verloren die Regierungstruppen drei weitere hohe Off-

ziere, darunter den Befehlshaber der Provinz Morazan und den Chef des in den USA ausgebildeten Mörderbataillons „Atacail“. Die Offensive selbst hatte die Armee 87 Tote gekostet und war ansonsten, da die FMLN sich vorher zurückgezogen hatte, ins Leere gelaufen (Washington Post, 4.11.).

Die Befreiungsfront antwortete am 9.11. mit der Besetzung der letzten von der Armee in Morazan gehaltenen Stadt Suchitoto, 40 km östlich von San Salvador. Erst nach heftigen Bombenangriffen der salvadoranischen Luftwaffe, die die Zerstörung einer Kirche, eines Kindergartens und eines Schuls einschlossen, zogen sich die Kämpfer/innen zurück. Trotz der fast totalen Luftaufklärung der Völkermordarmee durch nordamerikanische Spezialflugzeuge konnte die FMLN etwa 1.000 Guerilleros (!) für die Aktion



zusammenziehen. Es gelang ihr, drei Hubschrauber abzuschießen und drei weitere sowie einen A-37 Kampfbomber zu beschädigen (IDES, 218). Die FMLN entscheidet gegenwärtig, wo Kampfhandlungen stattfinden, und wo nicht. Darüber hinaus ist sie weiterhin auch zu sehr großen strategischen Schlägen in der Lage.

Der erste Fehlschlag des Duarte-Regimes war der Glaube, die Befreiungsfront befände sich in einem Zustand der Schwäche und könnte mit dem plötzlichen Dialogvorschlag gespalten werden. Der zweite Fehlschlag war die Friedensdemagogie Duartes in La Palma, die die FMLN/FDR klagend gekostet hat. Der dritte Fehlschlag war die geschickte Militäroffensive gegen Morazan und die hohen Verluste der Armee bei der Rückeroberung Suchitotos.

Pentagon legt Linien fest

Damit stand die Fortführung des Dialogs, dessen Beginn noch gegen die FMLN/FDR gerichtet war, schon unter schlechteren Bedingungen für das Regime. Wie ist dennoch die Wiederaufnahme des Treffens und vor allem die Beteiligung Nullas zu erklären, dessen Kriegerorganisationen noch vor wenigen Wochen jedem Verhandler den Tod angedroht hatte?

Die entscheidende Veränderung innerhalb der herrschenden Klassen El Salvadors während der letzten zwei Jahre ist die Verdrängung der Großgrundbesitzer von der Führung des Militärapparates. Heute sind es die USA, die die Schlüsselpositionen im

Fortsetzung auf Seite 38



CHILE

Die Situation in Chile hat sich weiter zugesplittert. Nach der Verhängung des Belagerungszustandes am 6. November wiederholen die Sicherheitskräfte bis in die symbolischen Details den Terror des Putsches von 1973. Pinochet macht seine Drohung vom August dieses Jahres wahr.

Selt einem Monat sind kaum noch Nachrichten aus Chile zu erhalten. Direkt vor dem 6. November haben wir Bilder aus chilenischen Zeitungen erhalten, die wir, mit den wichtigsten Informationen kommentiert, dokumentieren wollen.

Lateinamerika-Kommission

Streik

Der elfte Nationale Protesttag am 30. und 31. Oktober schloß einen relativ erfolgreichen Streik der Arbeiter in vielen kleinen und mittleren Betrieben ein. Der öffentliche Verkehr wurde blockiert, Barrikaden in den Elendsvierteln, Straßenkämpfe und Demonstrationen. Es gab mehrere Bombenanschläge gegen öffentliche Einrichtungen. Am 1. November entging Pinochet knapp einem Attentat.

Die Lage sei normal,

verkündete das Regime. Die Lage war normal — Pinochet drohte mit der Ausrufung des Belagerungszustandes, über Santiago wurde die Ausgangssperre verhängt, die Presse total zensuriert. Mindestens neun Menschen starben, hunderte Verhaftete und dutzende Verletzte. Am Tag zuvor sind über 140 Menschen in das KZ Pisagua verschleppt worden.

Belagerungszustand

Fünf Tage später wird ein Kabinettsstückchen inszeniert, um den Vorwand für die Verhängung des Belagerungszustandes zu liefern: Das gesamte Kabinett tritt zurück, um bis auf eine Ausnahme am nächsten Tag die Ämter wieder zu übernehmen.

Der Belagerungszustand ist eine Verschärfung des geltenden Ausnahmezustandes: U.a. können Verhaftete ohne Haftbefehl bis zu 90 Tagen in Isolationshaft

gehalten werden, das Regime wird der letzten geringen „juristischen Kontrolle“ entzogen.

Im Morgengrauen

umstellt die Armee mit Panzerfahrzeugen und Hubschraubern innerhalb weniger Tage die kämpferischsten Elendsviertel und durchkämmt mehrere Stunden lang jedes Haus. Alle männlichen Bewohner über 15 Jahre, mal sind es 3.000, dann 5.000, werden festgenommen, in Fußballstadien festgehalten und verhört. In wenigen Tagen sind über 560 Menschen verhaftet, über 460 sind in KZs verschleppt, es gibt mindestens 32 Verschwundene.

Der Widerstand

radikalisiert sich, u.a. finden mehrere bewaffnete Aktionen gegen Carabineros statt, bei denen mindestens sechs umkommen. Mehrere Bombenanschläge, einer davon in der Nähe der Regierungsgebäude.

Auf der anderen Seite versucht die christlich demokratisch dominierte Demokratische Allianz mit Appellen an die „Einheit des Widerstands“ die Proteste zu kanalisieren. Die Kirche bezieht das erste Mal seit dem Putsch Position gegen das Regime, nach dem sich ihre Beziehungen drastisch verschlechtert haben.

Am 26. November findet der erste Protesttag unter Belagerungszustand statt, mit geringerer Beteiligung. Santiago ist wieder von Soldaten besetzt.



Fortsetzung von Seite 37

salvadorianischen Offizierscorps kontrollieren ihre Militärberater sitzen direkt im Generalstab und in den wichtigsten Kabinetten des Landes. Die berühmtesten Elitetruppen wurden in Fort Benning und Fort Benning, North Carolina, USA, zusammengekauft und trainiert. Im salvardorianischen Atlantik haben die USA ein großes Lager, in dem 3.400 salvadorianische Soldaten von 1.500 Ausbildern für den Antiquerrilla-kampfabgerichtet. Die Bombardierungen der letzten zwölf Monate wurden direkt von US Aufklärungsflugzeugen geleitet. Die dafür eingesetzte Computerzentrale des mittelamerikanischen Krieges befindet sich auf Key West an der Südspitze Floridas.

Die großen Linien im Kampf gegen die „Subversion“ werden nicht mehr von der Oligarchie, sondern im Pentagon festgelegt. Duarte spricht dies sogar offen aus: „Die Entscheidung darüber, wie viele Hubschrauber und Flugzeuge wir kaufen, wie wir unser Geld ausgeben, wie viele Lastwagen wir kaufen, wie viele Patronen und von welchem Kaliber, wie viele Panzer, wie viele und wo unsere Prioritäten liegen sollten — all das wird von dem bestimmt, der das Geld gibt.“ (zit. nach „Zeit“, 7.12.) 1983 wird es eine halbe Milliarde Dollar sein.

Zwar stehen sich die Oligarchie, deren politische Schlüsselfigur D'Abuison und Reagan ideologisch sehr viel näher als etwa Duarte und die US-Administration, aber sie sind sich im praktischen Vorgehen uneinig. Die alte Linie der ausschließlichen militärischen Repression und der geradezu besessenen Verweigerung auch des kleinsten ökonomischen und politischen Zugeständnisses konnte die FMLN nicht beiseite bringen. Spätestens 1982 war klar, daß der „Krieg ohne Reformen“ nicht zu gewinnen war. Der Kissinger-Report von 1982 zu Mittelamerika schrieb die da schon existierende US-Linie programmatisch fest: „Krieg mit Reformen“.

Krieg mit Reformen

Um diesen Kurs durchzusetzen, mußten die USA als erstes die Militärführung, der Oligarchie entzogen und zweitens Duarte als demokratische Führungsfigur gegen den faschistischen D'Abuison aufbauen. Dies hatte zu nicht-nur eher geringe Ergebnisse.

Die „Wahl“ zur Nationalversammlung 1982 erbrachte eine rechtsradikal-faschistische Mehrheit. Zum Jahreswechsel 83/84 mußte Shultz in einer großangelegten politischen Drohkampagne die Kontrolle über die Todeschwadronen fordern, deren Opfer gerade 1983 viele christdemokratische Bürgermeister und Funktionäre waren. Der schließlich ausgehandelte Kompromiß bestand in der endgültigen Liquidierung der „Agrarreform“. Dafür gab die Oligarchie ihr Einverständnis zu Präsidentschaftswahlen.

Diese „Wahlen“ vom März und Mai '84 verlaufen in einem heillosen Chaos, brachen zumindest aber (vielleicht deswegen) den beabsichtigten Sieger Duarte!

Die Christdemokratie unter Duarte verfügte über eine, sogar organisierte Massenbasis (den großen Gewerkschaftsverband UOP), aber nach wie vor über keine Macht in El Salvador. Was Duarte vor der Oligarchie schützte und sowohl politisch als auch physisch am Leben hielt, ist Reagan.

Die Kriegsführung wird nicht mehr von der Oligarchie bestimmt, sondern von der USA. Aber das ökonomische Überleben der Oligarchie wird nicht angetastet oder in Frage gestellt. Es wird keine Agrarreform geben. Andererseits ist ihr Einfluß auf die Politik durch die Kontrolle über den Unternehmerverband ANEP, die Todeschwadronen, einige Teile der Armee, den obersten Gerichtshof und die Nationalversammlung nach wie vor gegeben, aber eben zurückgegangen. Sie hat La Palma nicht verhindern können.

Innerhalb der herrschenden Klassen repräsentiert Duarte einen, allerdings ökonomisch unbedeutenden Sektor der reformorientierten Bourgeoisie, der keine Reformen durchsetzen kann. Politisch gibt es ihn nur, und nur insofern, wie Washington es für richtig hält. Allerdings geht es Duarte, einem offenbar großen Teil des Kleinbürgertums und der städtischen Massen durch die Reform- und Friedensversprechungen an sich zu binden. Von diesem Sektor wird Duarte einerseits gestützt, andererseits unter Druck gesetzt. Seit dem Wahlkampf 84 der damit vorhandenen gegenteiligen politischen Öffnung, aber auch schon davor, haben die Streikbewegungen immer größere Ausmaße angenommen. Zu den Forderungen sind politische For-



Salvadorianische Polizei bewacht das Eingangstor des Treffpunktes in Ayacucho, an dem die zweite Gesprächsrunde zwischen Regierung und Guerilla stattfand

derungen gekommen, vor allem die nach Dialog und Friedensverhandlungen.

Was will das Regime mit dem Dialog?

Nach wie vor kann nur darüber spekuliert werden, ob es Duartes Privativative war, den Dialog vor der UNO vorgeschlagen zu haben, oder ob dies ein Plan Washingtons war. Fest steht in jedem Fall, daß die Dialogführung von den USA diktiert wird. Seit der zweiten Dialogrunde geschieht dies in direkter Zusammenarbeit mit der Oligarchie und deren Vertreter Nuila. Schon D'Abuissons Kritik an La Palma war sehr verhalten ausgefallen. Es ist anzunehmen, daß die US-Botschaft ausreichend zusichern konnte, daß dort nichts Beunruhigendes passieren werde. Von dieser Seite bezweckt der Dialog:

- die Abschreibung der für 85 vorgesehenen 132 Mio. durch den US-Kongress
- den Schein, die US-Administration sei, trotz ihres Platzenlassens des Contadorplans, an politischen Lösungen interessiert und
- Verwirrung und Ablenkung durch das ständige Abwechseln von Invasionsdrohung und deren Dementi, durch die Fortführung des Dialoges und dessen Abbruch, Waffenstillstandsangebot und Invasionsdrohung soll der Eindruck der Undurchschaubarkeit der Konflikte und Interessen entstehen. Es soll den Blick auf die damit vorbereitete militärische Eskalation verstellen.

Eine zweite Linie innerhalb des Regimes, vertreten durch Figuren der Christdemokratie, wie den Regierungsberater und Duartestellvertreter Abraham Rodriguez, den Rektor der salvadorianischen Universität, Ellacuria, sowie Teile der Kirchenführung verfolgen mit dem Dialog eine sogenannte „Salvadorianisierung des Konfliktes“. Die Sicht der Dinge dieser Linie fällt besagter Rodriguez so zusammen:

„Unsere Einladung zum Dialog in La Palma war kein spontaner Akt, sondern das Ergebnis eines langen Prozesses. Wir haben uns gefragt, was der Ursprung des salvadorianischen Konfliktes war, und wir stimmen mit der Guerilla darin überein, daß dies alles aus einer Situation tiefen sozialen Unrechts entstanden ist. Danach haben sich ausländische Mächte eingemischt, ich habe den Commandantes gesagt, daß unsere Regierung noch viel stärker von den Vereinigten Staaten abhängt, als sie sich das vorstellen können. Gegenwärtig gibt Washington fast zwei Millionen Dollar pro Tag für El Salvador aus. Wir müssen diesen Konflikt nationalisieren.“

Heute ist eine politische Lösung möglich. Hier hat sich vieles geändert. Die Armee unterstützt uns. Sie ist nicht mehr im Dienst der Oligarchie. Die Offiziere sind mit uns im demokratischen Prozeß. Aber hier in El Salvador ist kein Platz für zwei Armeen. Deshalb schlagen wir der FMLN/FDR vor, sich in eine politische Partei umzuwandeln und im kommenden März an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Sie müssen Vertrauen zu uns haben und sie müssen verstehen, daß eine Lösung nur im Rahmen der Verfassung möglich ist.“ (zit. nach „Zeit“, 7.12.)

Das Dilemma dieser Strömung ist, daß sie nur unter dem Dach der Christdemokratie agieren kann und damit völlig von dem Schutz und der Entscheidung der USA abhängt. Gleichzeitig aber Vorstellungen hegt, die gegen den Willen der USA nicht durchsetzbar sind. Anders gesagt, der „Antimperialismus“ oder richtiger der zaghafte Nationalismus und Antiolearchismus dieses Sektors lebt nicht aus eigener Kraft, sondern weil der US-Imperialismus ihn am Leben läßt. Und zwar in genau dem Maße, wie es für den heimischen Nationalismus brauchbar ist.

Hingegen ist die Vorstellung, diese Linie der „Salvadorianisierung“ stärken zu müssen und zu können, aus dem Wissen, daß die Befriedung Mittelamerikas, d.h. die Beendigung auch der sandinistischen Revolution ohne militärischen Einmarsch über die Befriedung El Salvadors verläuft, der Hintergrund des heftigen Vermittlungsinteresses westdeutscher Bischöfe und Sozialdemokraten.

Die Orientierung der FMLN

In diesem außerordentlich komplizierten Spiel, in dem sie alle mitmischen und das umso verwickelter wird, je mehr die USA militärisch drohen, sind die einzigen, die ein ernennendes Programm zur „Salvadorianisierung“ haben — die FMLN/FDR.

Dieses Programm zur Zurückdrängung und Vermeidung der US-Intervention heißt: „Provisorische Regierung der Breiten Beteiligung“. Die praktischen Vorschläge, dorthin zu gelangen, wurden in La Palma am 30.11. in Ayacucho vorgebracht. Das Mitglied der 15-köpfigen gemeinsamen Führung der FMLN, Santiago Lopez, beschreibt die Linie der FMLN so:

„Wir wollen Frieden und keine Befriedung. In El Salvador ist der Kampf für Frieden untrennbar mit dem Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit verbunden. Eine Beendigung des Krieges ohne das Erreichen dieser Ziele kann eine Befriedung gleich, und das eben schlägt Duarte uns vor. Die FMLN/FDR ist für eine Salvadoriani-

sierung des Konfliktes. Solange die Einmischung der Vereinigten Staaten in unsere Angelegenheiten nicht aufhört, wird es keine Fortschritte in Richtung Frieden geben.“

Aber wir bezweifeln, daß Duarte sich von der Schutzherrschaft der nordamerikanischen Regierung befreien kann oder dies auch nur will. Das Treffen von La Palma entsprach einer konjunkturellen Notwendigkeit, sowohl für Duarte als auch für Reagan. La Palma bedeutet keinesfalls eine Änderung der militaristischen Politik Washingtons. Die US-Regierung ist fest entschlossen, den Sieg der salvadorianischen Volks zu verhindern und wir sind fest entschlossen, zu siegen. Der Krieg geht weiter.

Wir werden niemals die Waffen niederlegen. Niemals werden wir unser Volk schutzlos den Verbrechen Duartes und Reagans aussetzen. Unter dieser Voraussetzung sind wir bereit, mit aller Kraft und gutem Willen eine politische Lösung des Konfliktes zu suchen.“ (zit. n. Zeit, 7.12.)

Die erste Voraussetzung einer solchen Lösung ist die Anerkennung der gegebenen Kräfteverhältnisse in El Salvador. Deshalb das nachdrückliche Beziehen der FMLN/FDR auf die Existenz zweier Armeen. Auf die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und die Festlegung der jeweils kontrollierten Gebiete. Die politische Tribüne zur Beförderung dieser Vorschläge ist der Dialog. Deshalb das dringende Interesse der FMLN/FDR an der Fortführung der Begegnungen.

Das Treffen von Ayacucho

Bei dem zwölfstündigen Treffen war die Befreiungsfront mit den FMLN-Vertretern Guardado und Gutierrez und den FDR-Führern Zanoza und Oqueli anwesend. Die Regimedelegation bestand aus dem Präsidentschaftsminister Rey Prendes, dem Planungsminister und Christdemokratenhardliner Chavez-Mena, dem stellvertretenden Verteidigungsminister und ESA-Führer Nuila und dem oben zitierten Präsidentenberater Rodriguez.

Der Vorschlag der FMLN/FDR war ein Dreistufenplan. Die erste Phase zielte auf „die Rückverlangung der nationalen Souveränität“, die „Humanisierung des Konfliktes“ sowie die „Wiederherstellung der politischen Freiheiten“. Unter internationaler Aufsicht müsse ein sofortiger und totaler Einheitsstopp für Waffen und Munition erfolgen. Weitere Schritte seien der Abzug der US-Militärberater, die Abschaffung der Folter und die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Die FMLN werde die Sabotageaktionen einstellen. Außerdem solle ein „Nationales Forum“ geschaffen werden, in dem „alle politischen und sozialen Kräfte des Landes“ eine Lösung suchen sollen.

Die 2. Phase beinhaltete ein „Ende der Feindseligkeiten“ und „Abkommen über Sicherheitsgarantien und die Markierung der jeweils kontrollierten Zonen“.

Die 3. Phase müsse schließlich die Bildung „einer Regierung des Nationalkonsensus“ ermöglichen und die Schaffung nationaler Streitkräfte, „ausgehend von den heute bestehenden zwei Armeen“ und „die Durchführung allgemeiner Wahlen“ (zit. n. taz, 3.12.)

Nach Darstellung von „El Pais“ bezeugen sich die Gespräche vor allem um die Frage eines Waffenstillstandes über Weihnachten, vorgeschlagen von dem „Vermittler“ Erzbischof Rivera y Damas. Als einzige Ergebnisse wurden die Übereinkunft bekannt gegeben, eine Regelung über die Bildung einer gemischten Kommission auszubereiten sowie die Zusage der „freien Verkehrs aller Zivilpersonen auf allen Straßen vom 22.12.-2.1.“

Waffenstillstand?

Weit aufschlußreicher ist dagegen die Dialogführung von Seiten der Regimedelegation. Ihr Vorschlag war ein einseitiger Waffenstillstand, der nur für die FMLN gelten solle und der weiterhin durch die Armee überwacht werden müsse, die zu dem Zweck die Straßen in den von der FMLN kontrollierten Gebieten „vor Gruppen sichern soll, die den Waffenstillstand verletzen wollten“ (El Pais, 2.12.)

Die USA und die extreme Rechte machen absurde Vorschläge, die ein inneres Zusammenrücken der FMLN/FDR offenbar in Kauf nehmen. Eine Linie, die den Dialog von Regimedelegationen bzw. Aufbrechung innerer Differenzen der FMLN/FDR benutzen könnte, etwa entlang der christdemokratischen „Salvadorianisierung“, ist, sofern sie jemals Einfluß hatte, endgültig zurückgedrängt.

Politischer Erfolg für die FMLN

Interessant ist ferner die Reaktion Duartes. Dadurch, daß er, am Ayacucho-Dialog nicht teilnehmend, konnte er ihn von „außen“ kommentieren. „Er, Duarte, sei bereit, „alles zu geben, und wenn es sein Leben kostete, um den Frieden für sein Volk zu sichern“, allerdings müsse dies „nein Grenzen im Rahmen der Verfassung haben“. Insbesondere wies Duarte die Vorschläge der FMLN/FDR nach Zusammenlegung der beiden Armeen scharf zurück und erklärte, er werde sich „keine Sekunde von der Verfassung wegbewegen“. (Die Verfassung ist von der rechtsradikal-faschistischen Mehrheit der Nationalversammlung festgelegt worden). Der Dialog, so Duarte, könne nur fortgeführt werden, „wenn die aufständischen verfassungsgemäßen Vorschläge“ machen. Es war Roberto D'Abuison, der Duarte öffentlich zu dieser Haltung beglückwünschte, für die er „schon immer eingetreten“ sei. (Alle Zit. El Pais, 3.12.).

Die Befreiungsfront hat mit ihrer politischen Initiative Duarte der Maske des „Vermittlers zwischen den Fronten“ entblößt und ihn veranlaßt, sich sichtbar im Lager USA-Armee-Oligarchie zu zeigen. Sie hat den Dialog, der für sie politisch gefährlich sein sollte, zu einer Waffe im Kampf um die schwankenden Mittelschichten und die städtischen Massen gemacht.

Es ist durchaus möglich, daß es weitere Überraschungen auf der politischen und diplomatischen Ebene geben wird. Aber es schält sich deutlich heraus, daß die christdemokratische „Salvadorianisierung des Konfliktes“ keine Chance hat. Gleichzeitig spricht wenig dafür, daß sich der strategische Plan der FMLN/FDR durchsetzt, zu einer „antimperialistischen Regierung ohne Invasion“ zu kommen.

Vieles spricht dafür, daß die USA binnen kurzer Zeit zu direkten militärischen Schlägen in Mittelamerika übergehen. Die Politik der FMLN/FDR zwingt deshalb die Christdemokratie und alles, was daran hängt, zu einer Entscheidung: Entweder Unterwerfung unter dem politischen militärischen Plan der USA oder aber Anschluß an die Revolution im Kampf gegen die USA!

Internationalismus-Kommision Lüttichgen

Anmerkungen:
1) In einem von Radio Venceremos geleiteten Interview dankt FMLN-Commandant VIL CALLOS Brandt für die „entscheidende Vermittlung“ (Monitor-Dienst, 13.12.). Der Name des Bischofs wird in dem „Zeit“-Artikel nicht genannt, von der Richtigkeit der Information ist aber auszugehen.

Quellen:
— Tagespresse Nov./Dez.
— Mittelamerika-Magazin Dez. 84
— 2.12.1984

Lateinamerika

Grenada: Democracy made by Uncle Sam

Anfang Dezember 1984 wählten die Menschen auf Grenada eine bürgerliche Regierung. 13 Monate nach dem Auseinanderbrechen des New Jewel Movement, der Erschießung der Leitfigur Maurice Bishop, und der US-Invasion auf der Insel ist nahezu alles zerstört, was in den vier Jahren der Revolution aufgebaut wurde.

Die Invasion im Oktober 1983 war mit dem Versprechen der USA verbunden, die Truppen in ein paar Tagen oder Wochen wieder abzuziehen, und in einem Jahr Wahlen abzuhalten. Denn

durchführen zu können blieb der US-Regierung nichts anderes übrig, als Anfang Oktober 1984 die bürgerlichen Politiker zusammenzurufen und ihnen eine Partei zu gründen: die New National Party. Mit Blaize und der NNP sollte eine politische Kraft geschaffen werden, die im Gegensatz zu Gairy nicht mit einer diktatorischen Vergangenheit belastet war und gleichzeitig Marionette genug war um auf Puff zu agieren. Folgerichtig wurde Blaize und die NNP im Wahlkampf massiv unterstützt. Sie konnten kostenlose T-Shirts verteilen, Alkohol auf den Wahlparties verschleudern, und sogar Ronald Reagan ließ es sich nicht

nicht frei von dem Niedergang und dem Zerfall der alten Partei. Zwar war rein personell der Stützpunkt, die vor einem Jahr M. Bishop erschossen hatte, der Zutritt zum MBPM verboten. Aber immer noch überschatteten die Ereignisse vom Oktober 1983 die Gegenwart. Z.B. wollte George Louison, einer der zentralen Politiker des NJM und bis zu Letzt Unterstützer von M. Bishop, vor dem Gericht als Zeuge auftreten, das über die Gruppe um Coard urteilen wird. Coard u.a. werden für die Erschießung von M. Bishop verantwortlich gemacht. Jedoch ist ganz offensichtlich, daß dies ein Prozeß ist, der nach dem Drehbuch der USA vollzogen wird, und ist kein revolutionäres Tribunal gegen einen ehemaligen MKämpfer. So ist es schon verständlich, wenn mancher Zweifel daran hatte, ob es moralisch zu verteidigen sei, vor einem Gericht von US-Grenada gegen ein ehemaliges NJM-Mitglied auszusagen. Das MBPM war jedoch bereit in der Forderung des Abzugs aller US-Truppen — und somit die einzige Partei auf der Insel, die sich offen gegen eine Unterwerfung unter die USA aussprach.

Bis zum Ende der amtlichen Registrierung Anfang Oktober hatten sich 65 bis 75% der Wahlberechtigten registrieren lassen. Als sich das MBPM nach langen Debatten offensiv für eine Teilnahme entschied, und durch Kundgebungen und Mobilisierung viele ehemalige Anhänger nun doch den beschwerlichen Weg der Einschreibung gehen wollten, war ihnen die Tür formal-bürokratisch versperrt: die Frist war abgelaufen. Einem Begehren des MBPM um eine Fristverlängerung wurde zunächst stattgegeben, aber die US-Regierung meinte schließlich, der Termin sei abgelaufen, der Leiter des Wahlamts wurde entlassen, und nach heftigen Auseinandersetzungen 21 weitere Mitarbeiter der ehemals 35-köpfigen Wahlbehörde.

Der strahlende Sieger von US-Grenada war wie erhofft Blaize: von 48 000 registrierten Wahlberechtigten stimmten ca. 80% für seine Partei, das MBPM erhielt ca. 10%. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts — ein Kandidat ist gewählt, wenn er oder sie im jeweiligen Wahlkreis die einfache Mehrheit erhält — besetzten Blaize & Co. 14 von Gairys Mann einen Sitz im Parlament. Das MBPM ging leer aus. Wieso die Menschen nach den Zerstörungen durch die USA eine offensichtlich Marionette der Invasoren wählen ist schwer erklärlich. Gairy war keine Alternative. Blaize ist der Mann, der viel versprechen kann, und von dem sich leicht viele eine sanfte Politik mit Hilfe der USA versprechen. Das katastrophale Abschneiden des MBPM liegt zum einen in der Hypothek des Scheiterns des NJM begründet. Bestimmt liegt dem auch ein politisches Kalkül der Menschen zugrunde, die bei einer Mehrheit des MBPM verstärkten Terror durch die USA voraussahen. Und wieso sollte ein Volk jetzt in führungsloser Zeit revolutionäre Risikobereitschaft beweisen, wo es doch die Fehler ihrer politischen Idole am eigenen Leibe erfahren hatte.

Der dreifache Tod der Revo

Mit dem Sturz des Diktators Gairy 1979 und der Übernahme der politischen Gewalt durch das New Jewel Movement begann eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft auf Grenada. Die Menschen lernten Lesen und Schreiben, viele erhielten zum ersten Mal in ihrem Leben eine medizinische Betreuung, die Arbeitslosigkeit konnte von 50 bis 60% auf 14% gesenkt werden, auf staatlichen Farmen und in neuen Betrieben fanden viele Arbeit und ein materielles Auskommen. Mit einer umfassenden Destabilisierungspolitik wurde die Regierung unter M.

Bishop jedoch mehr und mehr in die Enge getrieben. Kredite blieben aus, internationale Firmen nahmen die Produkte der Insel nicht mehr ab, in den Medien der USA und konterrevolutionärer Propaganda wurde das NJM als machthungrige Diktatorenclique denunziert.

Diesem äußeren Druck konnte die kleine Gruppe des NJM nicht standhalten. Nach außen hin wurde immer ein Bild vermittelt, nach dem unter einer einheitlichen Führung mit viel bürgerdemokratischen Ansprüchen für die Zukunft der Gesellschaft gearbeitet wurde. Aber innerhalb des NJM brach im Laufe des Jahres 1983 ein unharmherziger Machtkampf aus. Coard und M. Bishop waren die zentralen Personen in diesem Streit, wobei nach den Aussagen der heutigen Träger des MBPM Coard als ein Mann gekennzeichnet wird, der unter dem Mantel einer marxistisch-leninistischen Ausrichtung das NJM mehrheitsmäßig zu dominieren versuchte. Er kalkulierte dabei auf die Tatsache, daß M. Bishop sich immer einer Mehrheit im NJM verpflichtet fühlen würde; und wenn es Coard gelangen wäre die angestrebte Mehrheit zu erringen, hätte sich M. Bishop diesem untergeordnet. Einigen der Darstellungen in der Solidaritätszene war das NJM aber immer eine sehr kleine Gruppe, vielleicht 100 Menschen. Der äußere Druck beschleunigte einen Prozeß, in dem das Zentralkomitee immer häufiger Entscheidungen an sich riß, einerseits weil die Gruppe um Coard sich davon einen entscheidenden Einfluß versprach, um zum anderen, weil die Widersprüche über die verschiedenen politischen We-

ge nur noch in einem kleinen Kreis von Informierten und erfahrenen Menschen lösbar schienen.

Nach der Invasion schleppten die USA rund 35 000 Pfund an Dokumenten aus Grenada ab, um daraus einen Nachweis über die Gefährlichkeit des NJM und seiner Führer zu ziehen. Unter anderem wurden Dokumente der Regierung im Umfang von 800 Seiten veröffentlicht, die im wesentlichen über die inneren Diskussionen im NJM Aufschluß zulassen. Nach den Informationen der linken US-Zeitung „The Guardian“ (31.10.84) beweisen diese Dokumente mehrere Dinge: Zwischen 1980 und 1983 verbrachte das Zentralkomitee immer weniger Zeit mit der Auseinandersetzung um Fragen des Aufbaus der Gesellschaft auf Grenada. Mehr und mehr okkupierten Fragen über Bündnisse im internationalen Kontext die Arbeit. Das Herausfinden von Gegnern und Bündnispartnern wurde zu einer zentralen Frage. Weiterhin weisen diese Dokumente auf eine wachsende Überzentralisation der Arbeit hin. Das Zentralkomitee entschied über so nebensächliche Fragen wie die Anlage eines Spielfeldes oder die Reservierung von Hotelräumen für ausländische Würdenträger.

Nach außen hin wurde diese Entwicklung wahrscheinlich durch die Person M. Bishops überspielt, der immer noch den Kontakt zum Volk behielt und ein lachendes und ein die Veränderungen spielsch bewägendes Grenada demonstrierte. Mit der Zeit muß die Gruppe um Coard eingesehen

Fortsetzung nächste Seite



Faschistengeneral Pinochet und Ex-Diktator Gairy tauschen Geschenke aus.

die Invasion in Grenada sollte aller Welt demonstrieren, worin man sich schenke aus.

die Invasion in Grenada sollte aller Welt demonstrieren, worin man sich von der Sowjetunion und ihrer Invasion in Afghanistan unterschied. Zwar wird ein Land zunächst in literarisch auf den richtigen Kurs gebracht, aber so dann errichtet man eine Demokratie und hinterläßt ein glückliches Volk.

Nun stehen aber heute noch US-Truppen auf der Insel, ca. 300 bis 400 Soldaten tummeln sich in den Hotels direkt am Strand. Die Hilfstruppen aus den umliegenden karibischen Staaten befinden sich ebenfalls noch auf Grenada, ca. 400 Mann. Daneben wird eine Spezialtruppe ausgebildet, die ca. 80 Mann groß ist und für die „Aufstandsbe-kämpfung“ eingesetzt werden soll. In den sechs Nachbarstaaten trainiert eine Sondereinheit aus den USA 250 Mann mit einem Budget von 18,5 Millionen US-Dollar.

Nach der Invasion kamen die von der Revolution vertriebenen Politiker und Marionetten des Imperialismus wieder zurück. Gairy, der 1979 gestürzt wurde, und Blaize, der noch vor der Invasion die Insel von 1960 bis 1967 Chefminister der damaligen britischen Kolonie war. Seit Mitte 1984 galt Blaize als der Politiker, den die USA zum Chef der Insel machen wollten. Zunächst trat Blaize mit einer Partei unter den Namen „Grenada Democratic Movement“ an, einer Partei „von Ausgereizten, die zurückgekehrt sind“ (Times, 30.7.84). Einer Koalition von mehreren Parteien unter Blaizes Führung wurde schon vor einem halben Jahr zugesprochen, daß sie die Regierung bilden würden und das Vertrauen der Reagan-Regierung hätten.

Auch war für die USA im Sommer schon absehbar, daß eine Nachfolgerin des New Jewel Movement bei diesen Wahlen keine Chance haben würde.

Im Laufe des Jahres 1984 brachen jedoch die verschiedenen bürgerlichen Parteien um die von den USA gewünschte Führungsfigur Blaize immer wieder auseinander, bedingt durch die Bande um Gairy war politisch stabil. Um ihre Demokratisierung wie geplant

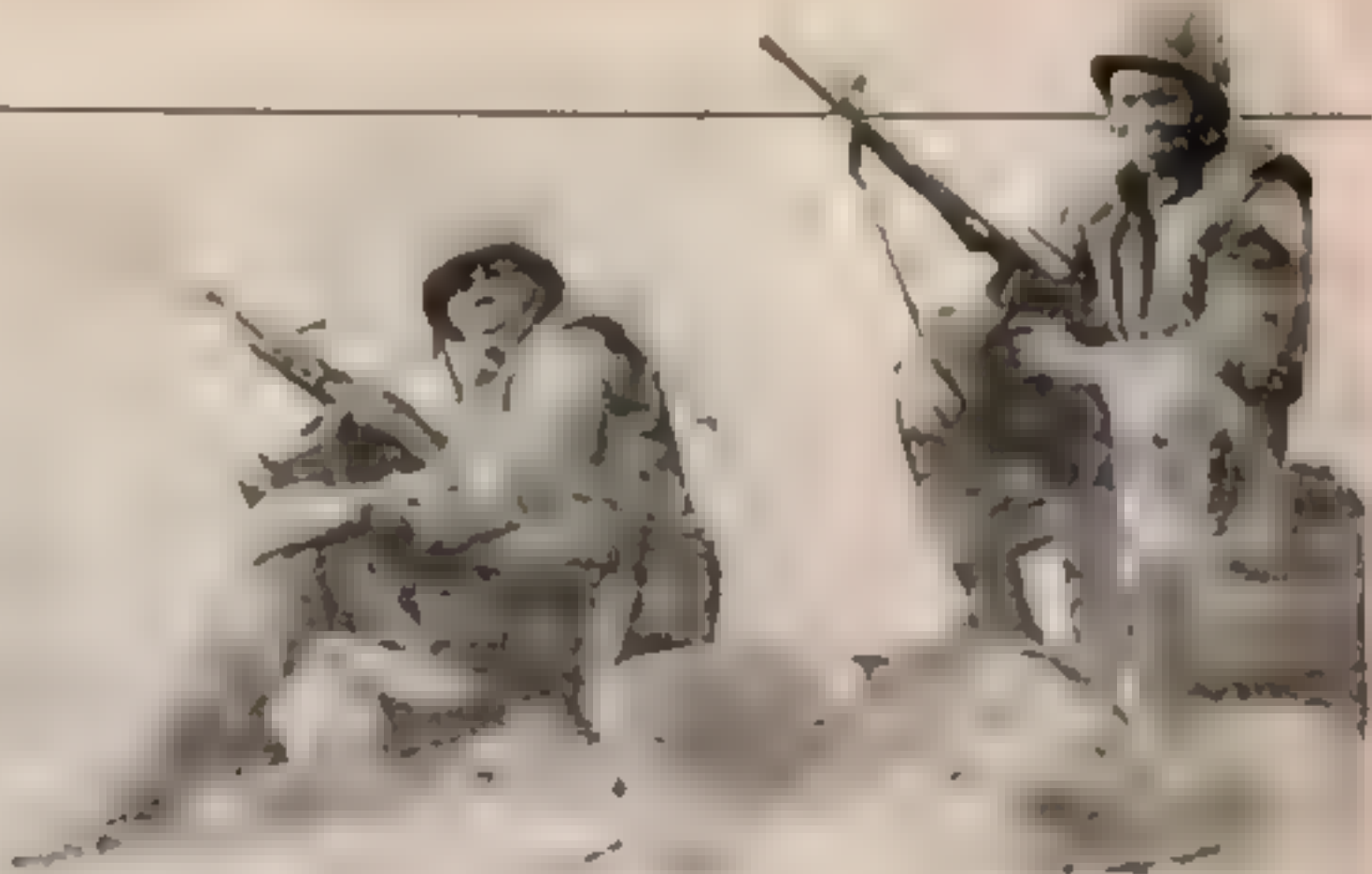
nehmen, direkt in den Wahlkampf einzugreifen. Gairy hatte in einer seiner

nehmen, direkt in den Wahlkampf einzugreifen. Gairy hatte in einer seiner Zeitungen behauptet, er würde durch das Weiße Haus unterstützt. Darauf hin servierte Reagan den ungeliebten Kollaborateur mittels Anzeigen in Zeitungen ab.

Die NNP setzte sich für den Verbleib der US-Truppen auf Grenada und für die verstärkte Öffnung der Wirtschaft gegen über dem US-Kapital ein, weil das die einzige erfolgsversprechende Möglichkeit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei. Ganz allgemein tritt die NNP als die Partei der USA in Grenada auf.

Die vom ehemaligen New Jewel Movement (NJM) übriggebliebenen Genosseninnen und Genossen gründeten im Frühjahr dieses Jahres das „Maurice Bishop Patriotic Movement“ (MBPM). Zu diesem Movement hatten nur die Zutritts, die in der Auseinandersetzung kurz vor der US-Invasion zu M. Bishop gestanden hatten. In den Monaten nach der Gründung der MBPM stritten deren Mitglieder lange, ob sie an diesen US-Wahlen teilnehmen sollten. Die Stimmen für Wahlboykott waren lange Zeit in der Mehrheit, denn neben der erdrückenden Unterstützung der Bürgerlichen durch die USA waren das Wahlrecht und Wahltechnik so zugeschnitten, daß das MBPM verlieren mußte. Wahlen dürfen die Menschen nur, wenn sie sich vorher hatten registrieren lassen. Diese Registrierung war an das Ausfüllen eines Fragebogens gebunden, mit dem die sozialen und privaten Verhältnisse erforscht wurden. Ferner wurden von jedem und jeder, die sich registrieren ließen, Fingerabdrücke genommen. Weiterhin wurden nur die über 18 Jahre alten Grenadier zugelassen. Damit wurde über die Hälfte der Inselbevölkerung ausgeschlossen — und viele Mitglieder des MBPM vertrat zu recht die Ansicht, daß diese Registrierung nur dazu dienen könne, die Opposition zu erfassen und zu verfolgen. Diese Erfahrung mußten viele Anhänger des ehemaligen NJM während der US-Invasion machen, als sie selektiv verhaftet und verfolgt wurden.

Darüberhinaus war die neugegründete Nachfolgerin des NJM natürlich



Maurice Bishop

Fortsetzung von vorheriger Seite

haben, daß sie allein über Mehrheiten gegen M. Bishop keine Dominanz erringen konnte. Welche Bruchpunkte zwischen Coard und M. Bishop bestanden, darüber kann auch heute nur spekuliert werden. Der Griff zu den Waffen und das Suchen einer Entscheidung auf militärischer Ebene — sprich die Erschießung M. Bishops und ein Militärputsch — waren für die Coard-Gruppe die verbliebenen Wege zur Macht. Der Tod von M. Bishop und das Scheitern des NJM waren der erste Tod der Revö.

Den zweiten Tod erlebte die Revö mit der Invasion. Das NJM wurde verboten, viele ehemalige Mitglieder verhaftet, und die Gruppe um Coard zunächst auf einem Schiff interniert. Später wurde die Rückkehr des ehemaligen Diktators Coard auf die Insel demonstriert dem Volk die demütigende Niederlage durch den US-Imperialismus.

Den dritten Tod stirbt die Revö 1984 durch die Vernichtung der Ergebnisse der Revolution.

Tränen über Grenada

Unter der US-Besatzung wurden die Freigemeinschaften der Revö bis auf den Grund vernichtet. Ein großer Teil der verbliebenen Farmen wurde an die früheren Besitzer zurückgegeben. Der Vertreter der US-Agentur für internationale Entwicklung kritisierte die frühere Farmpolitik, die auf den staatlichen Farmen mehr als 700 Menschen arbeiten ließ, „doppelt so viele wie für eine effektive Arbeit notwendig sind“. Außerdem hätten die Menschen dort nur drei bis vier Stunden täglich gearbeitet. Dementsprechend wurden viele Menschen entlassen. Wie überall auf der Insel, die Arbeitslosenrate stieg in diesem Jahr von 14 auf 40 bis 50% in die alte Höhe von vor 1979.

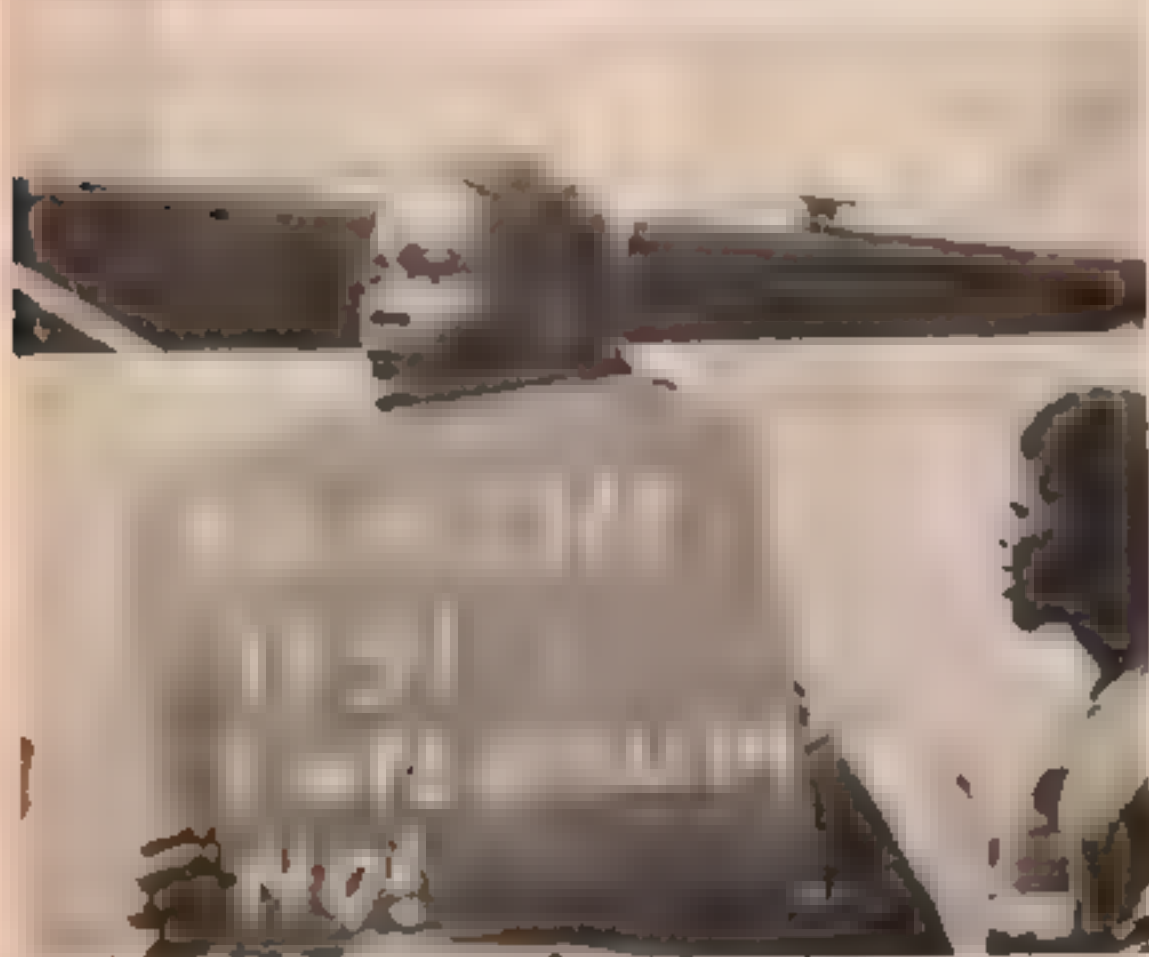
Weiterhin werden die Löhne gekürzt. Sowohl die alten neuen Besitzer als auch nicht wieder brachliegenden Land wird es wieder für die Produktion von tropischen Früchten genutzt, die allein für den Export bestimmt sind. Der Bedarf an Grundnahrungsmitteln wird wieder importiert werden müssen. Finanzielle Institutionen für Kooperationen werden eingestellt, nur private Eigentümer sollen in Zukunft Darlehen erhalten. So liegt der verbliebene Rest der nichtprivatisierten Farmen still, und das Außenhandelsmonopol ist verklümmert zu einer bloßen Verteilungsorganisation. Dadurch haben viele kleine Bauern eine gesicherte Abnahme ihrer Produkte verloren, und die großen Farmen diktiert die Preise. Andere Entwicklungsprojekte wer-

den nur noch einen Zahnarzt. Eine Ironie der Geschichte ist die Tatsache, daß der einzige sichere Arbeitgeber heute die Gesellschaften sind, die den Flughafen der Insel weiter ausbauen. Das Gerücht um die US-Investoren, die nach einer US-Invasion die Insel als sichere Kapitalanlage schätzend dort ihre Dollars anlegen würden, erwiesen sich als falsch. Bis heute hat sich das US-Kapital sehr zurückhaltend gezeigt, und die Hotels sind ja eh noch besetzt durch die olivgrünen Landeute des Ronald Reagan. Und die gebärdet sich als die großen Herren der Insel, diesen mit ihren Jeeps durch die Straßen der Städte und Dörfer, vergewaltigen Frauen und Mädchen; Alkohol, Drogen aller Art und Prostitution und das einzige, was die US-Marinen außer Panzern und Helikoptern mitgebracht haben. Zumindest diesen staatlichen Kellern war die Invasion ein innerlicher Vorbehalt. Symbolisch wurde die kubanische Botschaft verwüstet, „das Mobiliar (ist) zertrümmert, die Bilder zerfetzt, die Wände mit pornographischen Zeichnungen und antikubanischen Parolen verschmier“ („SZ“, 19.11.83). Wehe dem Land, dem solche Menschen die Freiheit bringen.

Roni, real intensiv ...

Die Geschichte ist oft zynisch und beleidigend für die Unterlegenen. Aber man muß schon so machthungrig und menschenfeindlich sein wie der US-Imperialismus, um die Phantasie zu besitzen diesen Zynismus auf die Spitze zu treiben. Mit dem Experiment Grenada ist den USA die Propaganda-Show gelungen, die sie wollten. Mit der Grenada-Invasion wurde in der Praxis der letzte Rest des Vietnam-Syndroms aus der US-Innenpolitik mit einer Welle von Patriotismus und Antikommunismus, Bedrohungsängsten und CIA-Kampagnen ausgeschüttet. So war die Befreiung der Medizinstudenten auf Grenada ein wichtiger Argumentationsgrund für die Reagan-Regierung. Die Angst vor einer Geseltnahme nach iranischem Muster wurde in die Medien hineingefädelt. Nach der Invasion berichteten viele dieser Studenten, daß sie vor der Invasion in keiner Weise gefährdet waren, aber durch die militärischen Aktionen ihrer Befreier. Die Mehrheit der Studenten hatten sich in einer Vollversammlung vor der Invasion sogar gegen eine „Rettung“ ausgesprochen. Dies alles hindert die US-Regierung nicht, heute national am 19. Oktober 1984 einen „Student Liberation Day“ zu feiern, mit heißen Würstchen, bunten Fahnen und feurigen Ansprachen auf dem Campus so mancher Universität.

se, Andere Entwicklungsprojekte wer-



den schlicht liquidiert. Wie das von Mount Hermann; die ganze Karibik war heidisch auf dieses Projekt. Die Bauern konnten dort Schweine kaufen, sie zuhause mästen und dort wieder schlachten lassen. Seit einem Jahr wird die Zuchtfarm brach gelassen und in absehbarer Zeit soll hier auf der unfruchtbaren Landschaft ein Golfplatz für 18 Touristen entstehen.

Im Bildungswesen wird radikal abgesenkt. Nachdem unter der NJM-Regierung die Analphabetenquote von 15 auf 2 Prozent gesenkt worden war, wurde die Alphabetisierungskampagne abgebrochen, und Weiterbildungsinstitutionen geschlossen. Vergünstigungen für Schulkinder gestrichen, Grundschulverteilung und Grundschulfahrt ebenso. So sind heute wie vor der Revö die Ausgaben für die Schuluniform und die Bücher Barrieren für die einfachen Menschen.

Nach dem Abzug der Ärzte und Schwestern nach Kuba ist auf der Insel die medizinische Versorgung zusammengebrochen — heute gibt es auf der

heute wird der Flughafen zu Ende gebaut, um als das zu dienen, was er immer sein sollte: ein Touristikflughafen. Vor einem Jahr wurde aus diesem Projekt plötzlich ein unsinkbarer Flugzeugträger für die Sowjetunion oder Kuba, an dem Kubaner arbeiten, einsig wie vor 20 Jahren an den Raketenbasen auf Kuba. Alles stellte sich als Lüge heraus. Angefangen von den neuen Treibstofflagern bis zur technischen Ausrüstung des Flughafens. Aber noch einmal wird der aufgewärmte in einer Show für Reagan, bis zum letzten Verzicht weicht er diesen Flughafen hochpersonell ein, aber sicher ist, daß dieser Flughafen den Namen seines Befreiers tragen wird. Ronald Reagan International Airport.

Imperialismus-Kommission

Quellen: Die Welt Nr. 51 + 70 Nov./Dez. 1984, Le Monde Nr. 7 + 8, The Guardian, 31.10.1984, TEL, Nr. 22 und 24, Die Zeit, 24. Okt. 1984, medico international, engl. und deutschsprachige Presse des Jahres 1984.

Liberaler Post-Moderner

Kleine Enzyklopädie der Neuen Rechten

Wir setzen unsere Stichwort-Sammlung rechter zeitgenössischer Modeströmungen fort (Teil I in AK 252). Der Text wurde der belgischen Zeitschrift „La Revue Nouvelle“ (März 1984) entnommen.

Kirzner, Irving

Lehrt Ökonomie an der New Yorker Universität, Autor zahlreicher Bücher, unter anderem „Competition and Entrepreneurship“ (1973). Kirzner gehört zu den Hauptvertretern der ökonomischen Schule. In allen seinen Schriften betont er die Bedeutung der unternehmerischen Geschäftigkeit oder Rührigkeit („alertness“) für jegliche Art von Marktwirtschaft, d.h. ihre ständige Sorge um neue Profitmöglichkeiten. (Das Zeichen * weist auf weitere Stichworte in dieser Liste hin; Anm. AK).

Kristol, Irving

Gehörte in seiner Jugend der trotzkistischen Organisation „Young People's Socialist League“ an. Seine Positionen ändert er radikal nach dem 2. Weltkrieg. Er wird in England Sekretär des „American Committee for Cultural Freedom“ und Chefredakteur der Revue „Encounter“. 1965 lanciert er die amerikanische Revue „The Public Interest“. Durch zahlreiche Publikationen, insbesondere im „Wall Street Journal“, avanciert er schnell zu einem Hauptvertreter des Neo-Konservatismus, insbesondere im „Wall Street Journal“, avanciert er schnell zu einem Hauptvertreter des Neo-Konservatismus. Mehrere dieser Artikel wurden in kleinen Bänden zusammengefaßt („Two Cheers for Capitalism“, 1978).

Kronberger Kreis

Kleine Gruppe westdeutscher neo-liberaler Ökonomen um W. Engels und C.C. von Weizsäcker. Angeblich parteiunabhängig arbeiten sie überaus oft mit der Ludwig Erhard Stiftung (CDU/CSU) zusammen, um ihre Vorstellungen einer notwendigen Reorganisation der Sozialversicherung und einer Steuerreform bekannt zu machen.

Laffer, Arthur B. (geb. 1941)

Studierte und lehrte an der Chicago Universität, aktuell Dozent an der (Privat-) Uni Südkalifornien. Vor allem bekannt durch die sogenannte „Laffer-Kurve“, die die zentrale Idee der Angebotswirtschaft* darstellt: Parallel zur Erhöhung der Steuerrate wachsen zunächst die öffentlichen Einnahmen (sogenannte „normale Zone“), bis die Schwelle erreicht ist, wo sie wieder abnehmen (sogenannte „Sperrzone“). Wenn die Steuerrate 100% beträgt, gehen die öffentlichen Einnahmen bis auf Null herunter. Laffer hat das Wirtschaftsprogramm Reagans mitformuliert und wurde nach dessen Wahl einer der Wirtschaftsberater.

Lepage, Henri (geb. 1942)

Hauptpopularisierer des Neo-Liberalismus* in Frankreich. In seinem Bestseller „Demain le capitalisme“ (1978) lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Erneuerung der neo-klassischen* Theorie durch die Chicago-Schule*, wobei es u.a. um den Monetarismus*, die Theorie des menschlichen Kapitals*, die Bewegung der Eigentümerrrechte* oder um die Schule des „Public Choice“ geht. In einem weiteren Buch

„Demain le libéralisme“ (1980) konzentriert er sich auf einige Lieblings-themen des Liberalismus wie Konkurrenz oder politischer Markt; in „Vive le Commerce“ (1982) bemerkt er sich, die letzten Entwicklungen der Informationstheorie auf die Konsummoden und Verteilungstechniken anzuwenden.

Lévy, Bernard-Henri (geb. 1948)

Studierte Philosophie, mit seinem ersten Bestseller „La Barbarie à visage humain“ (1977) wurde er gleich Wortführer der französischen Neuen Philosophie*. Als vom polnischen Katholizismus faszinierter Jude wünscht er sich die Konstituierung einer jüdisch-christlichen Front gegen den Totalitarismus („Le testament de Dieu“, 1979). Anhänger von Lacan, Althusser und Foucault, definiert er sich selber als „linker Anti-Kommunist“, oder „Liberal-Libertärer“. Schreibt regelmäßig Kolumnen für die PS-Tageszeitung „Le Matin“. 1983 erschien davon ein Sammelband: „Questions de principe“.

Liberalismus

Oft verwendeter Begriff zur Kennzeichnung einer politischen Doktrin, welche seit dem 18. Jahrhundert den Totalitarismus bekämpft und ihm das freie Bestimmungsrecht jedes Individuums über sich selbst und seine rechtmäßigen Erwerbungen entgegensetzt, ebenso die Fähigkeiten jedes Volkes, selbst jede Entscheidung demokratisch zu treffen, die es betrifft.

Je nach Akzentsetzung auf das erste oder das zweite spricht man von libertärer* oder utilitaristischer* Version des Liberalismus.

Nur die erste Version führt notwendigerweise zur wichtigen, wenn nicht exklusiven Rolle des Marktes. In dem Sinne wird der Begriff „liberal“ in Europa benutzt. Im Amerikanischen (als Gegensatz zu „konservativ“ und „radikal“) bezeichnet der Begriff hingegen die Befürwortung staatlicher Intervention zugunsten des Funktionierens der Marktwirtschaft, dabei insbesondere der Umverteilung.

Libertarian Alliance

Britische politische Bewegung mit Sitz im „Alternative Bookshop“ von Covent Garden (London), die den Liberalismus* verbreitet. Tritt insbesondere gegen jede Art von Steuern und gegen den Zwangswehrdienst auf.

Libertarian Party

Amerikanische politische Partei, 1969 aus der Bewegung der „Young Americans for Freedom“ entstanden (die 10 Jahre zuvor auf Initiative des konservativen William Buckley* gegründet worden waren).

Kandidiert seit 1972 zu den Präsidentschaftswahlen. 1980 erhielt ihr Kandidat Edward Clark etwas weniger als eine Million Stimmen.

Libertarisch Centrum België

Gruppchen, das sich auf den Liberalismus* beruft. Aktuell unter der Leitung von Guy de Maessene (Flamen).

Libertarismus

Gesamtheit der Doktrinen, die der individuellen Freiheit das absolute Pri-

mat geben. Gegenwärtig verbreitet v.a. in den Schriften von Adam Smith*, John Stuart Mill*, Friedrich Hayek*, Meisens Anarcho-kapitalismus* Einige unter ihnen wie z.B. Robert Nozick* vertreten allerdings mehr oder weniger stark den Minarchismus*. Auf diesen Liberalismus berufen sich die Libertarian Party (USA)*, die Libertarian Alliance (GB)*, das Libertarisch Centrum (Belgien)* u.a.

Liberty Fund

Reiche amerikanische Stiftung mit Sitz in Indianapolis, die den Liberalismus* mit prestigeträchtigen Veröffentlichungen der Klassiker (Liberty Classics) und der lebenden Zeitgenossen (Liberty Press) unterstützt, organisiert Treffen, Konferenzen, Kolloquien etc.

Menschliches Kapital (Theorie des -)

Ökonomische Theorie der Entwicklung und Verwendung des menschlichen Kapitals, d.h. der individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen. Insbesondere von T. Schultz und O.S. Becker* (auf Grundlage der Anregungen von Adam Smith) herausgearbeitet. Die Theorie des menschlichen Kapitals hat als Ausgangspunkt die Beobachtung, wonach die Individuen aktuelle Einkommen für zukünftige Einkommen opfern, indem sie in Berufsbildung, Gesundheit und Erziehung „investieren“. Auf alle diese Bereiche wird die traditionelle Kapitaltheorie angewandt, insbesondere um Lohnungleichheiten zu rechtfertigen, die Gesundheitspolitik einzuschätzen und um die Bedeutung des Bildungswesens für das allgemeine Wachstum abzumessen.

Methodologischer Individualismus

Lehre, wonach ein soziales Phänomen nur dann befriedigend erklärt werden kann, wenn die Verhaltensweisen, die Annahmen, die Vorlieben etc. der involvierten Individuen mit untersucht werden. Insbesondere verteidigt von Schumpeter*, Mises*, Hayek*, Popper*, Tullock*, Boudon* etc.

Eine wachsende Zahl von Philosophen und Ökonomen aus der marxistischen Tradition (z.B. Jon Elster, John Roemer) hat sich dieser Lehre angeschlossen.

Mill, John Stuart (1806-1873)

Mill, John Stuart (1806-1873)

Autor klassischer liberaler („Sur la liberté“, 1859), sozialistischer („L'Utilitarisme“, 1861) und feministischer („La sujétion des femmes“, 1869) Aufsätze. Insbesondere tritt er für das „Freiheitsprinzip“ ein, wonach ein Verhalten nur dann gesellschaftlich vorzuziehen werden kann, wenn es anderen schadet. Hayek* hat großes Interesse an Mills Werk gehabt und verschiedene Texte von ihm herausgegeben.

Minarchismus

Summe von Lehren zur strikten Eingrenzung („Minimierung“) der Rolle des Staates, ohne ihn jedoch vollständig abzuschaffen. Die Minarchisten schränken die legitimen Funktionsausübungen des Staates auf den Schutz des Individuums und seines Eigentums ein — sowohl nach außen (nationale Verteidigung) als auch nach innen (Polizei und Justiz). Sie bestreiten aber entschieden, daß der Staat über Steuer- und UmverteilungsPolitik oder Investitionslenkung ein Ideal von sozialer Gerechtigkeit realisieren können. Robert Nozick* ist sozusagen ein typischer Minarchist.

Mises, Ludwig von (1881-1973)

Nordamerikanischer Ökonom österreichischer Herkunft. Mit Hayek* zusammen, dessen Professor er war, ist er der Hauptvertreter der österreichischen Schule*. Befürworter des methodologischen Individualismus und des Wirtschaftsimperialismus; entwarf eine generelle Theorie der Aktion („Human Action“, 1949). Bemühte sich, die Unmöglichkeit des Sozialismus zu beweisen („Le Socialisme“, 1951), veröffentlichte eine der ersten Untersuchungen zum Bürokratismus* („La bureaucratie“, 1944).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Monetarismus

1. Als Wirtschaftstheorie hängt der Monetarismus eng mit dem, was allgemein „die quantitative Währungstheorie“ genannt wird, zusammen. Er behauptet im wesentlichen, daß in einem bestimmten Zustand der Wirtschaft (real betrachtet) die Quantität des zirkulierenden Geldes das Preisniveau bestimmt. So wird Inflation aus einem Mangelverhältnis zwischen zu hohen Geldreserven und realtem Wachstum erklärt. Wohel sowohl die Monopole als auch die Gewerkschaften keine nennenswerte Rolle spielen

2. Als Wirtschaftspolitik bedeutet Monetarismus vor allem eine restriktive Währungs- und Steuerpolitik; das Wachstum der Währungsmassen soll dem Produktionswachstum angepaßt werden, um so die Inflation zu bekämpfen. In diesem Sinne steht der Monetarismus in Opposition zum Keynesianismus, der die Inflation in Kauf nimmt als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Für die Monetaristen (und weitere Anti-Keynesianer wie z.B. Hayek*) kann zwar eine solche Politik kurzfristig wirksam sein, langfristig jedoch sei sie notwendigerweise schädlich. Der Monetarismus, der meist mit der Chicago-Schule* in Zusammenhang gebracht wird (und dabei v.a. mit Milton Friedman*), hat die Wirtschaftspolitik der westlichen Länder im vergangenen Jahrzehnt stark beeinflusst, entweder in einer radikalen Form (wie in Großbritannien/Margaret Thatcher oder in Chile/Pinochet) oder in einer Zwischengruppe, kombiniert mit der Angebotswirtschaft* (USA unter Ronald Reagan), oder in einer weiteren Form, wo auch auf Elemente des Keynesianismus zurückgegriffen wird (wie in Belgien unter Martens V.).

Moral Majority

1974 von Richard Viguerie eingeführter Begriff, als Gegen-Gewicht zu den „liberalen“ Slogans von New Deal (Roosevelt) und Great Society (Kennedy Johnson). Viguerie, ein Werbeexperte, bemüht sich um die Mobilisierung der konservativen US-Meinung zu Themen wie der Ratifizierung der Panama-Verträge (1978), insbesondere über Briefkampagnen an die Politiker und Spendensammlungen.

Natalismus

Begriff, der die Lehre bezeichnet, wonach die Erhöhung der Geburtenraten im Westen eine prioritäre Aufgabe sei, um dessen Zivilisation zu schützen und eine „Überflutung“ dieser Länder durch die 3. Welt zu verhindern. Der Natalismus geht meistens einher mit konservativen Positionen zur Ver-

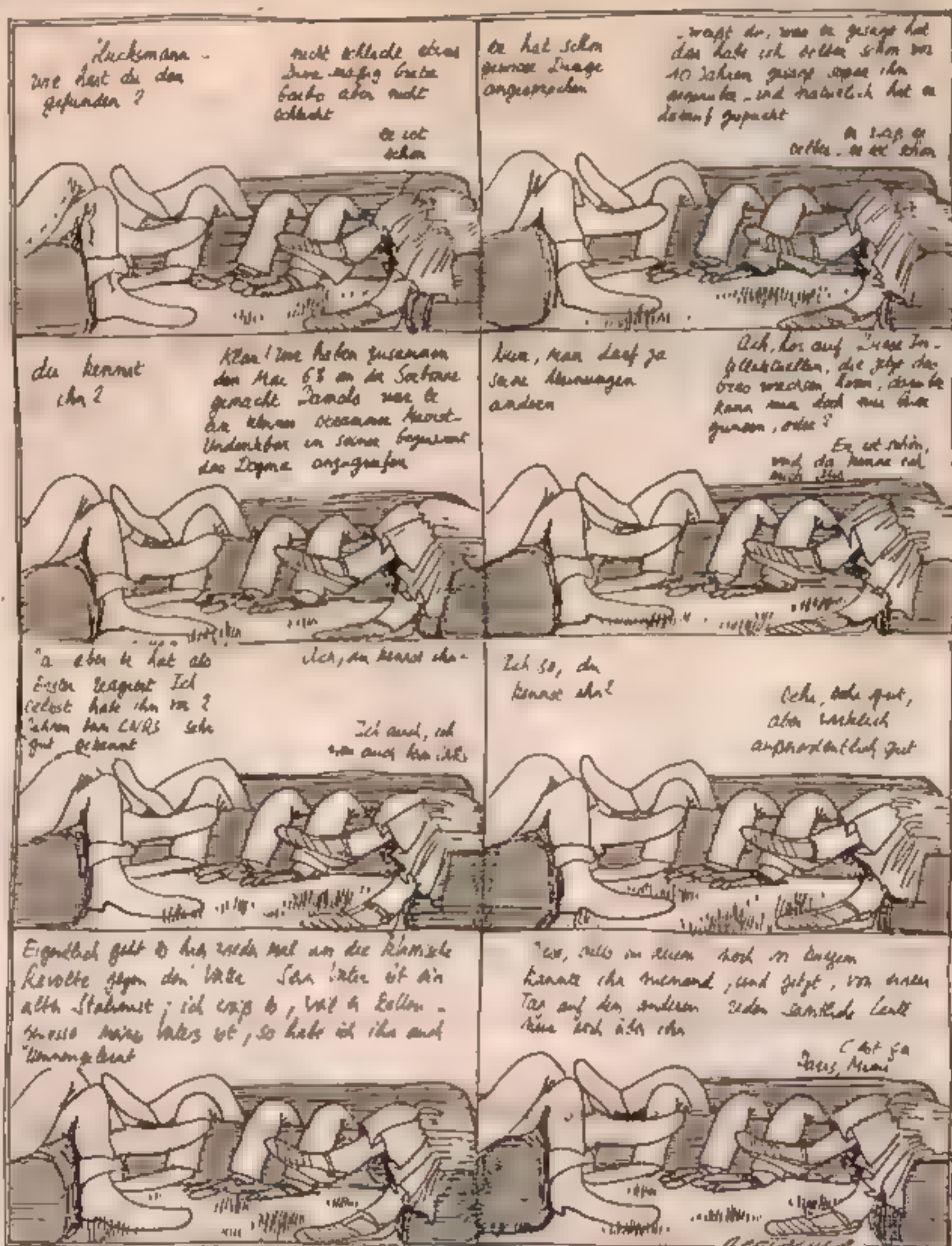
der durch die 3. Welt zu verhindern. Der Natalismus geht meistens einher mit konservativen Positionen zur Verhütung, Abtreibung, zum Scheidungsrecht etc. In Frankreich agiert er über die „Nationale Allianz Bevölkerung und Zukunft“ (Alliance Nationale Population et Avenir) bzw. den „Verein für eine demographische Renaissance“ (Association pour une renaissance démographique). U.a. sind dort als Ehrenmitglieder Pierre Chauvin* und der PS-Ökonom Alfred Sauvy vertreten. Chauvin und Sauvy gaben ein Taschenbuch zur Popularisierung der natalistischen Positionen mit heraus: „La France ridée“ (1979).

National Review

Hauptzeitschrift der US-Konservativen, vor 1/4 Jahrhundert gegründet, nach wie vor von William F. Buckley* geleitet. Gelegenlich arbeitete Ronald Reagan an der Zeitschrift mit. In Wirtschaftsfragen steht die Zeitschrift dem Monetarismus nahe, sie verbindet einen engagierten Anti-Kommunismus mit der entschiedenen Verteidigung der freien Marktwirtschaft. Die libertären* Positionen lehnt sie jedoch als extrem ab. Anonymen tritt National Review für strikte Moralität ein, allerdings in einer von der Moral Majority* unterschiedlichen Sprache.

Negative Steuer

Zuschuß von Milton Friedman* (1962) vorgeschlagen, in Frankreich durch Lionel Stoléru* (1974) popularisiert, als provisorische Maßnahme durch Liberale wie Henri Lepage* befürwortet, bedeutet das System der negativen Steuer Folgendes: Das komplexe Gefüge sozialer Leistungen zugunsten verschiedener Bevölkerungs-



schichten (Arbeitslose, Familien, Wohnungler etc.) soll insgesamt ersetzt werden durch eine direkte Auszahlung an alle, deren Einkommen nicht eine bestimmte Schwelle erreicht, ab welcher die positive Steuer einsetzt. So könne die Armut wirksam bekämpft werden, bei größtmöglicher Marktbücksichtigung.

Neo-klassisches Paradigma

Neo-klassisches Paradigma

Herrschendes Paradigma (Muster) der westlichen Politikökonomie seit der sogenannten „Marginalien-Revolution“ von 1870, wodurch sich Jevons, Menger u.a. von den klassischen distanzieren (Smith, Ricardo, Mill*) und als Mittelpunkt ihrer Analyse die Konzepte von der marginalen Nützlichkeit und Produktivität setzten. Diese Bewegung radikalisierte sich in Form des „Neo-Marginalismus“.

Neo-Konservative

1. Gruppe von US-Intellektuellen um die Zeitschriften „Commentary“* und „The Public Interest“*. Viele davon waren in den 30er Jahren Radikale und arbeiteten mit bei der „Partisan Review“. Heute sind sie davon überzeugt, die gegenwärtige Krise der USA sei v.a. eine kulturelle Krise, und prioritäre Aufgabe sei die Wiederherstellung der traditionellen Werte wie Autorität, Familie, Kirche, Gemeinschaft etc.

Dazu gehören u.a. der Journalist Irving Kristol*, die Professoren Nathan Glazer, Daniel Bell* und Robert Nisbet, die Politiker D.P. Moynihan, J. Kirkpatrick und Z. Brzezinski. 2. Im erweiterten Sinne auch Bezeichnung verschiedener Strömungen, die in Frankreich (Alain de Benoist*, GRECE* etc.), in Großbritannien (Roger Scruton*, die „Conservative Philosophy Group“ etc.), in der BRD (Carl Schmitt*, Henning Eichberg, Armin Mohler etc.) den US-Neo-Konservativen in dem Bemühen nahesteht, traditionellen Werten wieder zu Glanz zu verhelfen. Zum Teil bis dahin, daß Nationalismus oder Rassismus verteidigt werden. In diesem Sinne ist

„Neo-Konservatismus“ praktisch Synonym von „Neue Rechte“.

Neo-Darwinismus

Biologische Entwicklungslehre der lebenden Arten, Synthese der darwinistischen Theorie der natürlichen Auslese mit jüngeren Ergebnissen der Genforschung sowie der Molekular-Biologie. Von den zeitgenössischen Biologen in weiten Teilen akzeptiert, wird allerdings in Frankreich der Neo-Darwinismus sowie der Molekular-Biologie Von den zeitgenössischen Biologen in weiten Teilen akzeptiert, wird allerdings in Frankreich der Neo-Darwinismus von den „Neo-Lamarckianern“ bestritten, die die Rolle des Zufalls weiter reduzieren möchten. Man spricht auch von sozialem Neo-Darwinismus (im Gegensatz zum sozialen Darwinismus der englischen Philosophen und Soziologen des 19. Jahrhunderts/Herbert Spencer), um die Anwendung der Soziobiologie* auf die Gesellschaftswissenschaften zu bezeichnen.

Neo-Liberalismus

1. In den 40er und 50er Jahren gekennzeichnete dieser Begriff Ökonomen, die die Notwendigkeit der Organisation des Marktes betonten. So Jacques Rueff in Frankreich und der „Ordo-Liberalismus“ von Walter Eucken (1891-1960) von der Freiburger Schule. Nicht lauter-faire, sondern aktive Politik der Währungsstabilität, des Kampfes gegen die Kartelle und der Umverteilung von Gütern etc. könne die Wirksamkeit des Marktes garantieren.

Diese Spielart des Neo-Liberalismus hat besonders die gaullistische Wirtschaftspolitik in Frankreich und die „soziale Marktwirtschaft“ des CDU-Kanzlers L. Erhard inspiriert. 2. Im heutigen europäischen Kontext kennzeichnet den Begriff im wesentlichen eine ziemlich heterogene Ansammlung von Doktrinen, deren Gemeinsamkeit die Befürwortung einer stärkeren Rolle des Marktes ist. So gesehen deckt der Neo-Liberalismus der Monetarismus*, die Ökonomische Schule*, die Angebotswirtschaft* und den Liberalismus* mit ab. 3. Schließlich wird im nord-amerikanischen Kontext der letzten Jahre damit eine Gruppe von US-„Liberalen“ ge-

meint, die sich um den Ökonomen Lester Thurow („The Zero-Sum Society“, 1980) und den jetzt gescheiterten US-Präsidenten-Kandidaten Gary Hart („The new democracy“, 1983) gebildet hat und das Ideal der Gleichheit mit einer unbedingten Befürwortung der neuen Technologien koppelt.

Neo-Marginalismus

Neo-Marginalismus

Die „marginalistische Revolution“ von 1870 (Jevons, Walras, Menger) — Grundlage des neo-klassischen Paradigmas* in der Wirtschaftswissenschaft — führte mittels der Differenzialrechnung das Konzept der marginalen Nützlichkeit ein (d.h. Befriedigung durch zusätzliche Gütereinheit) als Kernstück der subjektiven Theorie des Wertes und als hauptsächlich Instrument zur Untersuchung ökonomischer Verhaltensweisen.

Neue Ökonomen

1. Im weitesten Sinne (seit 1977) Bezeichnung von Ökonomen, deren Forschungsarbeiten eine Erneuerung der neo-klassischen* ökonomischen Doktrin sowie deren Erweiterung, manchmal auch „Wirtschaftsimperialismus“ genannt, anstreben. 2. Im eingeschränkten Sinne Bezeichnung des guten Dutzend französischer Akademiker, die unter diesem Zeichen auftreten (J.-J. Rosa, P. Salin, E. Claessen, F. Aftalion etc.), Mitbegründer des Buches „L'économie retrouvée“ (1977). Die Gruppe behandelt die Makro-Ökonomie nur über die Mikro-Ökonomie. Alles drückt sich in Kosten aus, Entscheidungen werden über Kostenvergleiche getroffen, die Gesellschaftswissenschaften hängen also von der Ökonomie ab.

Neue Ökonomen (Zirkel der -)

Gruppe belgischer neo-liberaler Ökonomen, Verfassers insb. der Chronik „Point de vue“ der Tageszeitung „Libre Belgique“ (J. F. Godbout, J. van de Casteele).

Neue Philosophen

Schwarm französischer Denker, oft ehemaliger Maoisten, die in den 70er Jahren Staat, Macht und Marxismus den Prozeß machten und Lohlieder auf die Sensibilität, die Metaphysik, die Moral, das Individuum sangen. Die bekanntesten Neuen Philosophen sind u.a. B.-H. Lévy*, J.-P. Dolo („Haine de la pensée“), C. Jambet und G. Lardreau („L'ange“), Pierre Nora („L'homme structural“) und Jean Marie Benoist („Tyrannie du Logos“).

Neue Rechte

1. Allgemein verwendeter Begriff (in Frankreich seit Erscheinen eines ideologisch wertigen Dokuments in der Wochenzeitschrift „Nouvel Observateur“ im Juli 1979) zu kennzeichnender Gruppe neo-konservativer* Autoren, die einer Late-Ideologie und zu werten auch dem Rassismus wieder mehr kulturelle Respektabilität verleihen wollen und ansonsten die traditionellen Werte der westlichen Zivilisation bewahren. In Frankreich beruft sich der GRECE* und die Zeitschrift „Éléments“, die ihm nahesteht, explizit auf die „Neue Rechte“ — in Belgien die flämische Delapens-Stiftung.

2. Viel seltener wird der Begriff auf verschiedene neofaschistische Gruppen angewandt, die vor allem eine starke Staatlichkeit fordern (National Front, MSI, NPD, Vlaamse Militantenorde, PEN* etc.).

3. Zum Teil werden damit verschiedene zeitgenössische Varianten des Neo-Liberalismus gemeint (der sich über solche Gleichsetzungen empört).

Nouvelle Ecole (La -)

Dem GRECE* nahestehendes Organ, in dem Alain de Benoist* Chefredakteur ist (unter dem Pseudonym Fabrice Laroche). Gibt sich allerdings als völlig unabhängig vom GRECE und seiner offiziellen Zeitschrift „Éléments“ aus. Richtet sich an ein breitgefächertes, kultiviertes Publikum mit gewissen wissenschaftlichen Ansprüchen. Auflage über 10.000. Im Beiratskomitee sind u.a. der Psychologe Hans Eysenck*, der Psychiater Pierre Desbray-Ritzen, die Schriftsteller Louis Pauwels* und Arthur Koestler*, der Ethnologe Konrad Lorenz, der Soziologe Julien Freund, der Analytiker Winfried Huber und der ökonomische Ökonom Piet Tommissen.

Nozick, Robert (geb. 1938)

Philosophie-Professor an der Universität Harvard. Berühmter Vertreter des Libertarismus*, genießt hohes Ansehen im akademischen Milieu. Früher Mitglied der linken Organisation „Students for a Democratic Society“, heute überzeugter und entschiedener Anhänger des radikalen Kapitalismus*. 1974 veröffentlichte er „L'anarchie, l'égalité, l'utopie“, eine philosophisch-sozialkritische (verrückte) Verteidigung einer „minarchischen“ Version des radikalen Kapitalismus*, insbesondere gegen die politische Theorie von John Rawls* gerichtet. 1981 veröffentlichte er ein zweites Buch „Philosophical Explanations“, das sich nur am Rande mit philosophischer Politik befaßt und vor allem eine gewisse Zahl traditioneller Fragen der Philosophie behandelt wie „Weshalb gibt es eher Etwas als Nichts“.

Pauwels, Louis (geb. 1920)

Französischer Journalist und Roman- und belgischer Herkunft. Mit Jacques Berger, Autor von „Matin des Magiciens“ (1960), wohnt er sich um die Refabrikierung der sogenannten „Café-Welt“ der alten* bemüht. Pauwels gründete auch die Revue „Planète“, (von den phantastischen Realismen)*. 1977 wurde er Leiter der Kultur teils der Tageszeitung „L'Equipe“, später lancierte er mit einigen weiteren Mitgliedern der „Neuen Rechten“ den „L'Equipe-Magazine“, den er heute mit „Mundo“ und „Aurore“ betreibt. In der politischen Theorie hat er den Marxismus, den Psychoismus und die Wertgesellschaft. Trifft für die Herausarbeitung einer „aristokratischen Mentalität“ ein, die den „Geist des alten Europas“ wieder beleben soll („L'Europe ouverte aux gens heureux et qui ont bien raison de l'être“, 1971; „Comment on devient ce que l'on est“, 1978).

Fortsetzung und Schluß im nächsten AK

In November fand ein weltbewegendes Kongreß statt. Der „undogmatische“ Flügel der Jusos (d.h. eigentlich alle Jusos, die nicht zum Stamokap-Flügel gehören) veröffentlichte ein Grundsatzpapier. Titel: „Für einen neuen programmatischen Impuls — Positionsbestimmung undogmatischer Jungsozialisten“.

Nachdem die Reformjahre der SPD/FDP-Regierung vorbei waren und die sozialliberale Regierung bürgerliche Politik par excellence betrieb, war es erst einmal sehr still geworden um die Jungsozialisten, die nach der APO ihre „Doppelstrategie“ mit dem heiligen Ziel verfolgten, die SPD zu „transformieren“. Der „Lange Marsch durch die Institutionen“ begann, und die SPD transformierte zwar die Jusos in ein linkes Aushängeschild, aber die Jusos transformierten ihre Mutterpartei nicht in eine sozialistische Organisation.

In endlosen Flügelkämpfen bildeten sich schließlich zwei Hauptflügel heraus: der sog. Stamokap-Flügel, der — abgeleitet aus der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) — recht ähnliche Positionen wie die DKP vertritt und vor allem im Hochschulbereich ein festes Bündnis mit den DKP-Kräften aufrechterhält. Dazu zählt auch der formal selbständige SHB (Sozialistischer Hochschulbund). Zum anderen ein diffuser „undogmatischer“ Flügel (von Spöttern als „Baracken-Jusos“ tituliert, da sie der SPD-Baracke in Bonn an den Lippen hängen). Dieser Flügel hat sich mit gewohnter sozialdemokratischer Energie der von Herrn Olitz gestellten Aufgabe zugewandt, die linke Hegemonie zu restaurieren (Vgl. AK 25: „Du glaubst, du schiedst“).

Die „Positionsbestimmung“ dieses Juso-Flügels ist in zweierlei Hinsicht sehr interessant: Erstens gibt ihr Papier einen Einblick in die (links)sozialdemokratischen Absichten vor allem gegenüber den Grünen. Zweitens zeigt dieser Versuch einer Grundsatzbestimmung die Grenzen einer sozialdemokratischen Kritik an den Jahren der Schmidt-Regierung auf. Darüber hinaus enthalten die Argumentationsweisen der Jusos ein spezifisches Geschichtsverständnis, das die Bruchpunkte in der SPD-Geschichte, wie etwa die Unterbrechung des Ersten Weltkrieges, schlicht ignoriert.

Mit diesem Artikel soll die auch im ARBEITERKAMPF geführte Diskussion, was von der linken Sozialdemokratie in den nächsten Jahren zu erwarten ist, fortgeführt werden. Dies umso mehr, als heute Gruppierungen wie die SOST (Sozialistische Studiengruppen) ihren Weg zurück in den warmen Schoß der SPD finden (vgl. AK 248: Annäherung an die Sozialdemokratie, und AK 251: Der „politökonomische Minimalkonsens“ der SOST — Abheften und vergessen?).

Der Bankrott der

Der Bankrott der Doppelstrategie

Es sei gleich vorweg gesagt, daß auch die neue Positionsbestimmung des „undogmatischen“ Teils der Jusos nicht mit einer alten sozialdemokratischen Besonderheit bricht. Das Fehlschlagen einer Politik im demnach keinesfalls darauf zurückzuführen, daß diese sachlich falsch gewesen wäre, sondern lediglich die Begründung reichte nicht aus. So steht für den Juso-Flügel schon im Vorwort fest, daß eine „neue Programmdiskussion“ die Jusos überfordert, „als einen Kern des linken SPD-Flügels neu profilieren“ müsse. Die SPD sei leider momentan „führungslos und konzeptionslos“ weitgehend ruiniert. In ihr ist das sozialistische Bewußtsein „unterentwickelt“.

Deshalb hätten die SPD und die Jusos „ihre Ausstrahlungskraft auf die kritischen Teile der jüngeren Generation fast völlig verloren“. In der Tat, und selbst die Jusos, so meint der „undogmatische“ Teil, „gerieten in den 60er Jahren immer unpolitischer“ — „Insgesamt sei eine Situation entstanden, wo „die SPD in akute Schwierigkeiten geraten (ist)“. Jungsozialisten mit kritischem Bewußtsein überhaupt noch anzusprechen — Teile der SPD Parteirechten und der Grünen versuchen, diese soziale und kulturelle Distanz strategisch auszunutzen und Einflußsphären abzustechen“.

Den linken Jusos geht es demnach wie den Ländern der Dritten Welt: sie werden einfach zwischen Einflußsphären der Supermächte zermalmt.

Interessiert die Parteirechten, die unfähigweise die Schwäche der Jusos auszunutzen versuchen, andererseits die Großmacht-Grüne, die dem historisch unvergleichlich wichtigen Flügel der undogmatischen Jusos den Zu-



— Strategiedebatte bei den Jungsozialisten — Von Hinten durch die Brust ins Auge

strom entziehen. Dagegen soll nun „kritisch marxistische“ Analyse und eine „Anwendung materialistischen Denkens“ helfen.

Die Jusos geben kritisch zu, daß die heutige kapitalistische Gesellschaft zwar noch immer kapitalistisch ist, aber eben doch anders. Die Jusos haben — nur schmale 15 Jahre später als der Rest der Linken — „hochdifferenzierte Hierarchien und Mittelschichten“ entdeckt, die zum Leidwesen der Anwendung materialistischen Denkens „mit der klassischen Vergesellschaftungsdiskussion noch nicht ausreichend erfaßt sind“. Daher nun müsse die Industriegesellschaft „umgebaut“ werden. Die letzten 15 Jahre linker Politik sind jedoch keineswegs ein Grund, ehemalige Strategien tatsächlich zu hinterfragen. Das Credo bleibt eben bestehen: „Antikapitalistische Strukturformen

wegen ein Grund, ehemalige Strategien tatsächlich zu hinterfragen. Das Credo bleibt eben bestehen.

„Antikapitalistische Strukturformen bleiben die Tagesziele, und der mit dem Begriff der „Doppelstrategie“ formulierte Zugang (institutionelle Politik auf der Grundlage von Basismobilisierung) bleibt der einzige sinnvolle Weg.“

Mit dieser Strategie werden wir uns am Ende des Artikels noch näher befassen. Bevor es an die Analyse der SPD geht, soll ein Zitat aus dem Juso-Papier nicht voranstellen werden: „Gegenüber dem Motto 'So ungeheuer viel-schichtig und pluralistisch wie die Grünen und wir noch allemal' erklärt der undogmatische Juso-Teil über seine Zusammensetzung:

„Die Entwicklung eines innerparteilichen Blocks aus marxistischen, ethisch-sozialistischen und ökologischen, reformsozialistischen und feministischen Strömungen“ bleibt in enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Basisinitiativen und neuen sozialen Bewegungen die zentrale Tagesaufgabe für die Arbeit in der SPD. Für jeden Leser, der schon die Lust am Thema verloren hat, kann man nur volles Verständnis haben. Aber keine Sorge: wenn die Jusos sich mit Grundsätzen beschäftigen, bleibt immer nur das Schmunzeln. Doch, etwisch kein Witz: Die Jusos meinen, ihre Politik müsse nun endlich ernst machen mit „dem Abbau von Herrschaft im zwischenmenschlichen Bereich“. Ja, und es muß schluß sein mit dem „verknöcherten Politikkonzept einer Vorkaderpartei“. Wie der SPD? Aber nein, schluß mit einer „Vorkaderpartei mit einer prinzipiell positiven Grundeinstellung von Sozialismus à la DDR“. In der Tat, die undogmatischen Jusos haben das zentrale Problem heutiger SPD-Entwicklung kritisch-marxistisch erkannt. Dann kann nun fortgeschritten werden zur Analyse der „SPD zwischen Modell Deutschland“ und Krise.

„Modell Deutschland“ bedeutete Abkehr von einer solidarischen Gesellschaft

„Im Gefolge der Krise wurden die Grenzen staatlicher Wirtschaftsförderung à la SPD deutlich (...). Die Politik des 'deficit spending' (getriebe) als Politik der Bearbeitung der Folgen wirtschaftlicher Prozesse in Widerspruch zu den Ursachen der ökonomischen Krise.“ Gemeint ist wohl eher, daß diese Politik die Krise verschärft habe. Jedenfalls bringen die undogmatischen Jusos den Realismus auf, von einem fast zehnjährigen Prozeß des „Verfalls der sozialdemokratischen Fähigkeiten, ihre eigene Basis und die Gesellschaft wirklich noch zu repräsentieren“, zu sprechen.

Es sei versucht worden, „das traditionelle Bündnis zwischen SPD und Gesellschaft wirklich noch zu repräsentieren“, zu sprechen.

Es sei versucht worden, „das traditionelle Bündnis zwischen SPD und Gewerkschaften auch für diese Form des Krisenmanagements zu nutzen“. Aber: „Waren bis Ende der 70er Jahre von den Folgen der Krisenbewältigung vornehmlich eher konfliktunfähige Gruppen betroffen, wirkten die Maßnahmen doch zunehmend auch in den Kern hinein, auf den die SPD setzt“.

Das heißt, als den ersten Grund für den Niedergang der SPD geben die undogmatischen Jusos den zunehmenden Widerspruch ihrer Politik zu den gewerkschaftlichen Interessen an.

Den zweiten Grund sehen die Jusos in der Rechtsentwicklung. „Und es hieß auch Mehr Repression, da die sozialen Konflikte immer mehr mit Polizei und Purgaphen bewältigt wurden. (...) Modell Deutschland bestand ... in der Abkehr von der Aufbruchsstimmung ... in den 'Deutschen Herbst'“. Man verzeihe die langen Zitate, aber ohne Zitate glaubt das Folgende es niemand.

Die Jusos stellen ganz richtig und sachlich fest, daß die SPD a) eine Krisenbewältigung zu Lasten der Bevölkerung betrieb, und b) eine Repressionspolitik, die in dem Deutschen Herbst mündete (Kalkar-Demonstration, die „Selbstmorde“ in Stammheim, der Einsatz der GSG 9 im afrikanischen Mogadishu).

Da fragt man sich doch verblüfft, wie diese Erkenntnisse unter einen Hut zu bringen sind mit der Mitgliedschaft in der SPD. Ein echter Juso löst das Problem so:

sich bildender neuer Protestbewegungen“ war, aber trotzdem irgendwie auch „von ihrer Geschichte und Programmatik her die Partei der Ausgebeuteten und Benachteiligten“.

Also, wirklich, das ist nicht zum Lachen, das meinen die todersten. Das muß man eben nicht logisch, sondern „kritisch marxistisch“ sehen, da muß man den ganzen verrückten sozialdemokratischen Materialismus richtig anwenden. Der Unterschied ist nämlich ganz materialistisch, daß die Rechten so eine unsoziale und repressive Politik machen wollen, also richtig bewußt, während die SPD so eine Politik immer nur dann macht, wenn sie „überwintert“.

Das „Modell Deutschland“ war nicht etwa Ausdruck dafür, daß die SPD normale bürgerliche Krisenpolitik betrieb. Das hätte gar nichts mit absicht-

Das „Modell Deutschland“ war nicht etwa Ausdruck dafür, daß die SPD normale bürgerliche Krisenpolitik betrieb. Das hätte gar nichts mit absicht-

Das „Modell Deutschland“ war nicht etwa Ausdruck dafür, daß die SPD normale bürgerliche Krisenpolitik betrieb. Das hätte gar nichts mit absicht-

Der „Progressive Reformismus“ als „dritter Weg“ zum Sozialismus

Zwischen dem sozialdemokratischen Weg à la Bad Godesberg und dem Realen Sozialismus, jenen Klippen des Scheiterns, hindurch verfechten die Jusos einen „progressiven

Reformismus“ als dritten Weg. Dabei bleiben die Undogmatiken ganz traditionell. Etwas undurchsichtiger mutet es schon an, wenn als die vier Hauptpunkte dieses Weges zwei „Wiederaneignung der Arbeit als Quelle sozialer Selbstverwirklichung“ und eine „neue ökonomische Logik“, die „Akzeptanz eines selbstbestimmten feministischen Weges“ und die „untrennbare Verbindung von Demokratie und Sozialismus“ postuliert werden, aber kein einziges Wort über den Staatsapparat verloren wird. Aber Macht ist eben keine Machtfrage, sondern eine Hegemoniefrage. Es geht für die SPD um nichts geringeres als den „radikalen Bruch mit der bisherigen Form der Politik“. Die sozialistische Bewegung muß die Hegemonie, d.h. die geistige Vorherrschaft erringen; eine Kultur der Veränderung und Transformation muß sich in neuen demokratischen Formen verankern und vor allem die „Spaltung der Gesellschaft“ verhindern. Doch, das steht da wirklich: Die Jusos wollen keine politische Polarisierung, sondern wollen die Spaltung der Gesellschaft verhindern „und dabei die Vorstellung einer zukünftigen harmonischen Gesellschaft korrigieren“.

Dieser Reformismus hat endlich eine echte Chance, denn da gibt es „zwei zentrale Tendenzen“:

1. „Erstens all die Bewegungen, die zum Angriff auf Unterdrückungsformen übergehen, die nicht auf ökonomische Ausbeutung reduzierbar sind. (...) Mit dem Aufstehen dieser Bewegungen ... haben wir einen irreversiblen (unumkehrbaren — d.V.) Wendepunkt auf dem Wege zum Sozialismus erreicht“.

2. „Die andere große Linie ist die der fortschrittlichen Teile der Gewerkschaften, der Arbeiterschaft (...) In den Gewerkschaften verläuft ein — durchaus widersprüchlicher — Prozeß der „Wiederaneignung der Politik“. Aufgabe sei es nunmehr, die „falsche Frontstellung von 'Traditionisten' und 'Ökologen'“ zu beheben und die „mögliche Gemeinsamkeit“ zu entwickeln. So entsteht schließlich das „notwendige Reformbündnis“.

Damit nun niemand auf den blöden Gedanken kommt, die undogmatischen Jusos hätten panischschändendes Engagement im Sinn, etwa eine Unterbrechung des grünen Drucks auf die SPD, werden die Gewichte klar verteilt: „Wir wollen Politik insgesamt verändern, und dazu muß an jenen Strukturen angesetzt werden, in denen über die politische Konzepte in der linken Hälfte der Gesellschaft entschieden wird. Das sind und bleiben SPD und Gewerkschaften.“

Konkrete Ziele des „Progressiven Reformismus“

Fünf Punkte benennt schließlich das Juso-Papier zu den Grundlagen einer „fundierten Alternative“:

1. „Eine Friedenspolitik, die Kriege verhindern hilft ... Fortführung und Weiterentwicklung von Entspannungspolitik“.

2. „Eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik muß die unmittelbaren Krisenfolgen abwehren“.

3. „Durchgesetzt werden muß mehr Lebensqualität über ein differenziertes Entwicklungsmuster“.

4. „Gegen das neo-konservative Projekt des Sozialstaatsabbaus durch Entstaatlichung muß eine Perspektive der Ausbaus ersetzt werden“.

5. „Das patriarchale System muß auf allen Ebenen der Gesellschaft abgebaut werden“.

Punktum. Das war's. Mit keinem Wort fordern die Jusos die Rücknahme der von der SPD erlassenen Repressionsgesetze. Mit keinem Wort fordern die Jusos eine Einschränkung der Ausrüstung. Mit keinem Wort fordern die Jusos eine Veränderung der imperialistischen EO Politik (von der Unterstützung des Militärsputches in der Türkei bis hin zur Siderwelterung). Sondern es werden schlicht und phantastisch fünf Leadenhüter sozialdemokratischer Reformversprechen noch einmal dargelegt. Und für diese „scharfe und grundsätzliche Kapitalismuskritik“ erhofft man sich „die Betonung außerparlamentarischer Aktivitäten im Rahmen der Doppelstrategie“.

Das Einzige an Realismus und Aufrichtigkeit in dieser ganzen Strategie liegt in der Einschätzung, daß „eine angemessene Konzentration aller reformorientierten Elemente in der SPD nicht zu erwarten“ sei. Daher bleibe, dem Himmel sei's geklagt, „abhängig nur die Zusammenarbeit mit den Grünen-Alternativen“, die auf „beiden Seiten Lernprozesse und inhaltliche Weiterentwicklung“ erfordere. Die SPD müsse sich der Diskussion stellen, und „Undogmatische Jusos mehr in

Fortsetzung von vorheriger Seite

dieser Konfrontation eine Chance für die SPD wie für die ganze Gesellschaft²⁰. Progressiver Reformismus, das ist ein Schuß alter sozialdemokratischer Programmpunkte, ein Schuß nicht verstandener Populanz, ein großer Schuß Illusionen und ein kleiner Schuß Werben um die grünen Wähler. Progressiver Reformismus, das ist die „kritisch marxistische“ Anwendung des Juso-Programms, das durch wiederholten Scheitern immer wertvoller wird. Oskar Lafontaine hat manchmal ja auch recht: „Die Verdrängung erkärt vieles von dem, was heute passiert. SPD-Mitglieder sind gegen die Verdrängung nicht immun.“ Ja, und schon gar nicht, wenn sie befürchten, verdrängt zu werden.

Jenseits des Spotts

Die entscheidende Kritik an den heutigen Jusos ist nicht unbedingt die, daß die Jusos reformistisch wären. Das ist zum einen seit langem bekannt und zum anderen hat der Reformismus ja mittlerweile durchaus fortschrittliche Apekte. Die entscheidende Kritik an den Jusos muß viel weiter gehen, weil diese einen völlig unernsten Reformismus vertreten.

Man könnte es den Juncos ja noch verzeihen, wenn sie die Verbrechen der SPD im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg nicht gerade an die große Glocke hängen, wenn sie verschweigen, daß die SPD 1914 den Weltkrieg aktiv unterstützte, daß die SPD 1918 die Regierungsgeschäfte übernahm, um gemeinsam mit der Reichswehr und der wilhelminischen Polizei Ansätze sozialistischer Politik militärisch niederzumachen. Aber es wird schon unerträglich, wenn sich Sozialdemokraten ausgerechnet auf Rosa Luxemburg berufen und verschweigen, daß es eine SPD-Reichsregierung war, die den Mord an Rosa Luxemburg deckte und politisch nutzte. Es wird unerträglich, wenn Leute sich lauthals in die Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung stellen, um eine SPD zu unterstützen, deren Politik nach 1918 unter der Parole „Einer muß den Blutbund machen“ (Noske) stand, eine SPD, die nach dem Ersten Weltkrieg mit äußerster Brutalität jedwede antikapitalistische Reform verbindende

Diese bewußte Geschichtslosigkeit zieht sich durch das ganze sozialdemokratische Denken wie ein roter Faden hindurch. Und dies gilt nicht allein für lang zurückliegende Ereignisse. Es ist wirklich beindruckend, wie wenig Sozialdemokraten die Realität wahrnehmen. Da wird in dem *Juso-Papier* glattweg so getan, als habe es nie irgendwelche Erfahrungen mit Reformprojekten gegeben, die analysiert werden mußten.

Da gibt es eine PASOK-Regierung in Griechenland, die hundertmal linker und konsequenter als die Linken

Da gibt es eine PASOK-Regierung in Griechenland, die hundertmal linker und konsequenter als alle linken SPDler zusammen ist und die durchweg scheitert, die sich EG und NATO unterwerfen und Griechenland dem Ruin überlassen.

Da gibt es eine PSOE-Regierung in Spanien, die nach besten Kräften den politischen und ökonomischen Ausverkauf des Landes an die EG-Führer Frankreich und BRD betreibt.



Gut, Griechenland und Spanien gehören ja auch nicht zu den großen kapitalistischen Mächten. Aber sicherlich Frankreich. Da wurde unter erheblichem Getöse und getragen von wahren Begeisterungstürmen des Volkes eine Linksunion an die Macht gebracht, die großartige Reformpläne hatte und hinter sich ein „reformorientiertes Potential“, das mit Sicherheit größer war als dasjenige, das man in der BRD zusammenkratzen könnte. Nicht einmal drei Jahre brauchte diese Linksunion, um total auf den Hund zu kommen. Frankreich hat seit dem Mai 1968 keine so großen und so politischen Massenkämpfe erlebt wie in den letzten Jahren. Und diese wurden gegen eine Reformregierung geführt, die ganz eindeutig, in bester SPD-Manier, die Krise auf die Bevölkerung abwälzte. Frankreich ist das letzte, aber auch klarste Beispiel eines völligen Scheiterns linkssozialdemokratischer Polinkonzepte. Leute wie Oskar Lafontaine wenden diese Entwicklung gegen alle reformorientierte Zielvorstellungen: „Wir haben erlebt, wie die sozialistische Regierung Frankreichs versucht hat, der fragwürdigen Wirtschaftspolitik entgegenzutreten. Nach zwei Jahren wurde alles zurückgenommen.“ (s. konkret)

(11/84) Nur die Jusen sind durch konkrete Geschichte keineswegs zu beeindrucken und sehen keinerlei Anlaß, sich mit den Perspektiven sozialdemokratischer Politik auf dem Boden der Tatsachen auseinanderzusetzen.

Die linken Sozialdemokraten, die das Scheitern der radikalen Linken in der BRD hämisch beklatschen und den Niedergang des Dogmatismus feiern, sind im Kern ihrer Argumentation hundertmal dogmatischer als die ganze ml-Bewegung zusammen. Das erste und zentrale Dogma linker Sozialdemokraten heißt: Antikapitalistische Reformen sind innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu jedem Zeitpunkt durchführbar. Es bedarf dazu

Sinne der Arbeiterbewegung beantwortet, also sozialistische Produktionsverhältnisse schaffen will, kann dies nur mit den Organisationen der Arbeiterbewegung erreichen" („Positionsbekräftigung").

Dieses Denken stammt aus dem 19. Jahrhundert. Damals war die SPD die „Partei der Ausgebeuteten und Benachteiligten“, damals „warfen die deutschen Organisationen der Arbeiterklasse die Eigentumsfrage auf. Das ist bald hundert Jahre her und seitdem hat sich nicht nur die SPD verändert

Seit 1914 heißt Sozialdemokratie eine bürgerliche Politik. Sozialdemokratie an der Macht, das war zu allen Zeiten dieses Jahrhunderts nichts anderes als eine Variante bürgerlicher Politik, die sozialdemokratischen Parteien waren das, was Nicola Polyzias als „dominante Staatsparteien“ bezeichnet hat: Parteien, die — als integraler Bestandteil des bürgerlich-kapitalistischen Staatsapparates — das Bürokratenheer mit Direktiven versehen, den ganzen Staatsapparat vereinheitlichen, ausrichten, um diesem bei der Erfüllung seiner Aufgabe behilflich zu sein. Die Reformjahre der SPD nach der Großen Koalition waren nicht der Normalzustand sozialdemokratischer Politik, sondern die Ausnahme, ein Sonderfall. Und die Politik des „Modell Deutschland“ war nicht der Verrat an der Bestimmung der SPD, sondern ihre innere Wahrheit. Die gesamte Geschichte der SPD seit dem Ersten Weltkrieg beweist dies schlagend. Die SPD ist keine Partei, „systemüberwindender Strukturformen“, sondern eine Partei, die eine spezielle Form des bürgerlich-demokratischen Staates repräsentiert.

Die sozialen Hauptstützen dieser Partei sind all die Schichten, die, ohne unmittelbar zur Bourgeoisie zu gehören, von der Stabilität des kapitalistischen Systems profitieren oder zu profitieren glauben. Von der Beamten-schicht über die alten und neuen Mittel-schichten bis hin zu den Oberschichten der Arbeiterschaft. Diese sozialen und politischen Schichten erwarten eine

Politik, die einerseits die Grundbedingung ihrer Existenz gewährleistet, d.h. einen florierenden Kapitalismus, andererseits eine staatliche Garantie ihrer Privilegien im Rahmen des Machbaren.

Die Sozialdemokratie ist aufgrund ihrer ganzen Entwicklung die prädestinierte Partei dieser Doppelmoral, die die Partei des Kompromisses zwischen divergierenden Interessen der Klassen und Schichten auf der Grundlage eines „vernünftigen“ und kalkulierbaren Kapitalismus. Dies gilt nicht allein für die Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern für die gesamte Politik, inklusive einer Außenpolitik, die unter Vermeidung unkalkulierbarer Risiken die Entfaltung des nationalen Kapitalismus international abwickeln soll.

Die historische Situation nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Ideologie eines kalkulierten Kapitalismus ein relativ stabiles Fundament verschafft, das eine Phase ökonomischer Prosperität hervorbrachte, die steigende Löhne und steigende Profite ermöglicht. Einen „vernünftigen“ Interessenausgleich im Inneren, der übermäßige Konflikte und risikoreiche Konfrontationen durch eine Sozialpartnerschaft vermeidet, sowie eine „Sicherheitsgemeinschaft“ nach außen, die das Risiko europäischer Kriege ausschaltet sollte — das waren die beiden Eckpfeiler, auf denen das Massenbewußtsein nach dem Zweiten Weltkrieg aufbaute. Und das sind bis heute die Eckpfeiler sozialdemokratischer Ideologie und Legitimation.

Das sozialdemokratische Potential hat die SPD längst verlassen. Zunächst in Gestalt der USPD und nach ihrer Spaltung in Gestalt der KPD hat sich das sozialistische Potential seit dem Ersten Weltkrieg immer wieder außerhalb der SPD organisiert.

Daß es Jahrzehntlang neben der SPD keine relevante sozialistische Organisation gegeben hat, lag nicht etwa daran, daß die sozialistischen Kräfte in die SPD zurückgekehrt wären, sondern daran, daß es diese kaum gab. Die besondere ökonomische und politische Stabilität nach dem Zweiten Weltkrieg hat zu einer fast ungebrochenen Dominanz des sozialpartnerschaftlichen Reformismus in der Arbeiterbewegung geführt. Parallel zu diesem Prozeß vollzog sich der Niedergang der KPD, die schließlich 1966 verboten wurde. Reformismus ist heute etwas anderes als im 19. Jahrhundert. War der Reformismus damals eine Politik, die den Sozialismus auf republikanisch-demokratischem Weg erreichen wollte, ist der Reformismus heute nur noch auf eine gereinigte Organisation des kapitalistischen Staates aus. Die Berufung des „progressiven Reformismus“ auf sozialistische Traditionen ist voll g obsolet (kurz, veraltet, ungebräuchlich, überflüssig, AK), weil niemand nach einer sozialistischen Legitimierung fragt. Weder die SPD noch die Arbeiterbewegung noch die Grüne Partei fragen die Jusos, ob sich diese irgendwie als sozialistisch ausweisen können. Der ganze Sozialismus der Jusos hat nur noch die eine, mit anderen Worten: die Juso, ob sich diese irgendwie als sozialistisch ausweisen können. Der ganze Sozialismus der Jusos hat nur noch die eine und alleinige Funktion, die vollständige politische Unterwerfung unter die realexistierende SPD und die mit dieser osmotisch verbundene

ne Gewerkschaftsbürokratie zu rechtfertigen. Die Herufung auf das Ende des 19. Jahrhunderts ist bei den Jungen ebenso unvernünftig wie die Kritik an der sozial. beralten Regierungstätigkeit.

Perspektiven

Tatsächlich hat sich die politische Situation in den letzten Jahren verändert. Die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise und die sichtbar werdende Kriegsgefahr haben die Sicherheitsideologie, auf der die Stabilität der BRD fußt, (zumindest vorübergehend) erschüttert. Diese Erschütterung bedeutet nicht automatisch die Herausbildung eines sozialistischen Potentials, bedeutet aber eine beginnende Zersetzung tradierter Integrations- und Legitimationsmuster. Ausdruck dieses Prozesses waren u.a. die breite Ablehnung der Volkzahlung und die Friedensbewegung, die im Gegensatz zu anderen oppositionellen Bewegungen eine Ablehnung der herrschenden Politik auf Milieubasis beinhalten. Sowohl die Größe der Grünen Partei als auch ihre widersprüchliche Entwicklung zeigen zugleich, daß die Bruchpunkte mit dem gesellschaftlichen Konsens (noch) keineswegs vollständig, geschweige denn „irreversibel“ sind. Aus dieser Situation ergibt sich für die Sozialdemokratie eine delicate Lage. Je stärker sie auf Integration der entlaufenden Spöblinge abzielt, umso mehr muß sie aufgedrungen sich auf eine Debatte über Bruchpunkte einlassen und damit dem Findigen gröüer und besserer Gedanken in ihre Reihen Tore öffnen. Andererseits haben die Auseinandersetzungen längst eine solche Quantität erreicht, daß sich die SPD ohnehin nicht effektiv immunisieren kann. Que saure?

Eigentlich haben die Grünen momentan gute Karten für eine heftige Konfrontation mit der SPD. Unter anderem deshalb, weil Herr Börsner so dummen war, die Konfrontation an diesem Punkt zu suchen, wo niemand den Grünen Konsequenz übernimmt: die Atom-Frage. Hauptauslöcher aber deshalb, weil die träge SPD-Bürokratie die Integrativen Fußgänger so ungenügsam plump auslegt. Die „Positionbestimmung“ der Jusos enthält null Argumente, die tatsächlich in irgendeiner Weise Aussicht hatten, in das Gedankengut der grünen Partei oder ihrer Basis einzudringen. Die Phantasie der Jusos reichte gerade noch dazu aus, sich einer Bewegung der letzten zehn Jahre zu widmen und diese zu umgarnen: den Feminismus. Und der spielt in den momentanen Auseinandersetzungen wirklich nicht die erste Geige. Das Dumme für die SPD ist, daß sie die Jusos dermaßen geschwächt hat, daß diese politisch einfach überflüssig geworden sind. Seit der Bettelr-Affäre weiß das eigentlich jeder, Bis auf die Jusos

Es mag letztenendes doch so kommen, daß die Grüne Partei sozialdemokratisiert wird. Nur wird das münchlichen den Positionen des profilierten Kerna jener „engagierten“ vorläufige Minderheit zuschreiben sein. Ganz bestimmt auch!

J. J. Hamburg

Die radikalen Priester der GIM

Realsatire — Oskar Lafontaine über weltanschauliche Grundlagen

„Daß wir unser Wirtschaftssystem umstellen müssen und daß dabei die Ökologie uns Antworten anbietet, die sich auch aus der Imperialismustheorie ableiten lassen, ist offenkundig. (...)“

Ich habe vorher den Buddhismus erwähnt. Aus seiner Philosophie kann man Antworten entnehmen, die geeignet sind, die ökologische Frage zu lösen. (...)

Außerdem: Die Klassenkampf-Theorie ist nicht in Übereinstimmung zu bringen mit dem Solidaritätsprinzip. Solidarität muß auch klassenübergreifend sein.“

„Als Zitate aus dem KONKRET-Interview mit Oskar Lafontaine, „Buddha bei der Fische“, KONKRET 11/84). Und mit solchen Leuten möchte ein Herr Glos die „kulturelle Hegemonie“ erobern klar doch, für einen ökologischen-antimperialistisch-buddhistisch-solidarischen SPD-Flügel ohne Klassenkampf-Theorie! Heiß!

Die Ermordung des polnischen Priesters Popieluszko nahm die trotzkistische Zeitschrift „Was tun“ (herausgegeben von der GIM) zum Anlaß einer längeren Betrachtung, bei der es sich nach eigenem Bekunden sogar um eine *Analysis* gehandelt haben soll. Unter der Überschrift „Polens Amisielische stützt Jaruzelski/Popieluszko stand im Zweifrontenkrieg“ schrieb der bekannte GIM Autor Winfried Wolf: Popieluszko sei typisch gewesen für die Entwicklung im polnischen Klerus. Immer mehr einfache Priester träten in ihren Predigten offen gegen das Jaruzelski-Regime auf und stellten sich auf die Seite der Gewerkschaft Solidarnosc. Gegen diesen Trend gehe die Kirchenführung massiv vor, indem sie zur Entsolidarnisierung und zur politischen Zurückhaltung dränge. Ein Priester sei wegen seiner Parteinahme für Solidarnosc sogar strafversetzt worden. Den ermordeten Popieluszko habe die Kirchenführung gegen den staatlichen Terror gar nicht oder nur lau verteidigt. Diese Haltung habe sich schon in früheren Auseinandersetzungen gezeigt, als polnische Kirchenführer zum Streikbruch aufriefen und Zusammenarbeit mit dem Regime predigten. Offen und ausdrücklich hätten die Kirchenführer inzwischen gegen Solidarnosc

darnose Stellung genommen. Aber das sei ja nicht neu, denn schon immer habe die Kirche überall auf der Welt mit den Herrschenden faktiert. — Dieser Darstellung („was tun“, 23.11.) schob Maria Lupinsky zwei Wochen später noch zwei Glanzlichter nach. Das Verhalten der polnischen Kirchenführung erinnere sie an den Pakt der Kirchen mit dem deutschen NS-Regime. Und Priester wie Popieluszko erinnere sie an die „revolutionäre Volkskirche“ in Nicaragua („was tun“, 6.12.84).

Die Grundüberlegung von W. Wolf verläßt wenig analytischen Tiefgang. Daß die offizielle Kirche sich praktisch überall auf der Welt irgendwie mit den herrschenden Verhältnissen zu arrangieren versucht, trifft zwar zu. Tatsache ist aber auch, daß seitens starker Kräfte des Westens der Vernichtungskampf gegen den von der Sowjetunion dominierten Staatenblock offen angesagt ist. Diese Kampfanlage wird vom höchsten Repräsentanten der Freien Welt, Ronald Reagan, mit apokalyptischen Bibel Analogien garniert. Was die katholische Kirche angeht, die eine hochzentralisierte internationale Organisation ist, so nimmt sie in dem angesagten Duell *Freie Welt kontra Reich der Bösen* ziemlich eindeutig Partei. Nämlich gegen die Sowjetunion und



das „realsozialistische“ System. Sie führt diesen Kampf allerdings mit ihrer eigenen Taktik, und das bleibt im Grunde als Schwäche, gegen die sich die Polemik W. Wolfs richtet. Die katholische Kirche ist nämlich — vermutlich

Im Widerspruch zu manchen radikalen Priestern, aber gewiß in Übereinstimmung mit Oppositionsführern wie Watcson — für die Erhaltung nationaler

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Freikunde auch unter der Mätkindkatur und darum gegen Zuspitzung der Situation zum falschen Zeitpunkt und mit dem falschen Tempo. In diesem Interesse stimmt sie mit der Regierung überein. Umgekehrt ziehen die menschenverachtenden Provokateure, die Popielusko ermordeten, in der Wirkung in eine ähnliche Richtung wie manche der radikalen Priester, wenn sie einen Bruch des vorhandenen labilen Gleichgewichts in Polen herbeiführen wollen.

Für W. Wolf scheint möglichst radikale Feindschaft gegen die herrschenden Verhältnisse des Ostblocks als solche schon eine verteidigungswürdige Position zu sein. Die Frage nach den politischen Inhalten dieser Radikalität wirft er jedenfalls in seiner „Analyse“ mit keinem Satz auf. Mehr Information über das Wirken des „Solidarnosc-Anhängers“ (W. Wolf) Popielusko wäre gewiß wünschenswert. Mangels solcher Informationen möchte ich zumindest der mageren Mitteilung nachgehen, Popielusko sei mit einer Ausstellung von Fotos des Massakers von Katyn auf Rundreise durch Polen gewesen. („Welt“, 20.11.) Zur Vorgeschichte: Im April 1943 gab das NS-Regime bekannt, daß im Wald bei Katyn (im besetzten Gebiet der Sowjetunion) über 4000 Leichen in polnischen Uniformen ausgegraben worden waren; alle durch Schüsse ermordet. Es handelte sich, soviel ist unbestritten, um polnische Offiziere, die 1939 von der Sowjetarmee beim Vormarsch ins östliche Polen gefangen genommen worden waren. Ob die Männer dann im Frühjahr 1940 vom sowjetischen NKWD erschossen wurden (wie die NS-Propaganda sofort verkündete) oder ob sie 1941 der Wehrmacht beim Angriff auf die Sowjetunion in die Hände fielen und von Deutschen ermordet wurden (so die Sowjetische Version), braucht hier nicht erörtert zu werden. Jedenfalls übernahm die damalige polnische Exilregierung in London die deutsche Darstellung, und seither gibt es — abgesehen vielleicht vom Partei- und Staatsapparat — vermutlich kaum eine Polin oder einen Polen, die/der daran zweifelt, daß die Mörder von Katyn aus der Sowjetunion kamen. Katyn ist, mit Blick auf die problematischen Beziehungen zur Sowjet-

Arbeiterbewegung nicht durch Prediger gedient, die die widerwärtigsten Aspekte des Katholizismus noch radikaler und fanatischer vortragen als die offizielle Kirche. Ein Mann wie Malkowski hat sicher sehr wenig Gemeinsamkeiten mit den revolutionären Priestern in Nicaragua. Er gleicht eher den Pfaffen, die als geistliche Beistandler die Mordtöte der Contras begleiten.

Dies ist keine übermäßig aufgeblähte Streitfrage oder gar ein Mißverständnis aufgrund von boshafter Auslegung. Es kennzeichnet allgemein die Politik der GIM, daß sie so ziemlich jeder Opposition im Ostblock ihren trotzkistischen Segen erteilt, ohne auf die Inhalte zu achten. „Hauptsache radikal dagegen“, lautet die Devise. Der Grad von radikaler Gegnerschaft wird zum Kriterium gemacht, statt der Inhalte, die ja in diesen Fällen mitunter mit zunehmender Radikalität auch zunehmend reaktionärer werden.

Ausgehend vom Grundsatz „Hauptsache radikal dagegen“ muß W. Wolf natürlich auch die Sozialdemokraten kritisieren, deren allzu schlappe Gegnerschaft gegen die Staaten des Ostblocks nicht nur bei der CDU/CSU, sondern auch bei der GIM manche Wünsche offen läßt: „Dennoch (trotz des Mordes an Popielusko, der laut W. Wolf von der polnischen Regierung „vorbereitet“ wurde!) tun sich gerade in diesen Tagen führende Vertreter der Sozialistischen Internationale mit Lobeshymnen auf Jaruzelski hervor“. Papandreu hat ihn einen „Patrioten“ genannt. Schlimmt! Und „der Führer der SPD, Jochen Vogel, machte dieser Tage in Warschau zwar Jaruzelski seine Aufwartung, hielt es jedoch nicht für opportun, das Grab des ermordeten Priesters Popielusko aufzusuchen“. Mit diesem Satz endet der Text von W. Wolf. Vogels faux pas war selbstverständlich auch der CDU/CSU und der Springer-Presse aufgefallen. Außenminister Genscher wurde heftig ermahnt, es bei seinem Besuch in Polen besser zu machen. Daraus wurde dann ja bekanntlich nichts. Aber der gute Wille, in Polen mehr Flage zu zeigen als der schlappe Opportunist Vogel, war bei den Regierungsparteien immerhin vorhanden.

Die Trotzkisten haben die seltsame Marotte, die Länder des Ostblocks als „Arbeiterstaaten“ zu bezeichnen. Sympathisch ist an dieser Marotte immerhin, daß sie in diesen Staaten anscheinend einen historischen Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus wahrnehmen. Von dieser Prämisse ausgehend bekennen sich alle Strömungen des Trotzkismus, auch die GIM, zur Verteidigung der „Arbeiterstaaten“ gegen den kapitalistischen Block. Es gibt Spielarten des Trotzkismus, die dieses Prinzip bis zum Exzess übertreiben, indem sie sich als Fan-Club der Roten Armee gebärden. Für diese Spezialität steht hierzu-land die TLD. Soweit geht die GIM nicht. Aber immerhin, „verteidigt“ werden soll eigentlich. Solange der Gegner Reagan, Kohl, Strauss oder Genscher heißt, ist ja alles klar. Und bei Genscher gerade eben auch

noch. Aber gleich links davon beginnt die „Arbeiterpartei“ SPD, und plötzlich ist alles ganz anders: Da wird nicht mehr lange gefragt, warum die SPD gegen das „realsozialistische“ System ist, sondern nur noch entlarvt, daß sie ihre Gegnerschaft längst nicht offen und radikal genug praktiziert. Das hängt sicher auch mit der schrägen Haltung der GIM zur SPD zusammen. Oder kann man sich umgekehrt vorstellen, daß die GIM seinerseits gegen Breschnew den Vorwurf erhoben hätte, er habe sich vor einem Besuch an den Gräbern von Andreas Baader und Gudrun Ensslin feige herumgedrückt? Im Konflikt der SPD kontra „realer Sozialismus“ neigte die GIM eben doch zwar nicht den Kopf, aber wenigstens mit dem Bauch eigentlich mehr der SPD zu. Nun gut, deren Kritik am Ostblock dürfte gern sehr viel schärfer und undiplomatischer ausfallen, aber

„die Richtung“ scheint immerhin zu stimmen.

Und wenn es gar um die Opposition im Ostblock selbst geht, fallen die letzten Hemmungen. Da kennt die GIM keine Partei mehr, sondern nur noch Regime-Gegner. Mit denen muß man sich einfach solidarisieren. Wäre die GIM konsequent, so müßte sie sich eigentlich auch für die Contras in Nicaragua ein bißchen erwärmen können. Über mangelnde Radikalität braucht man sich bei denen doch wirklich nicht zu beklagen. Gut für die GIM, daß Trotzk gegen seine Erbschleier nicht mehr protestieren kann: Sympathie für radikal antisozialistische Pfaffen gehörte jedenfalls nicht zu Trotzkis Schwächen.

Kr., Hamburg

Empörung über Vogel-Lob für Jaruzelski

„Polityka“-Interview mit Angriffen gegen Unionspolitiker / Dregger: „Geschmacklos“

„Welt“, 6.12.84 DW, Bonn

Die umstrittene Polen-Reise des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel hat in Bonn einen Nachhall gefunden, der das Verhältnis der CDU/CSU zu dem Oppositionsführer weiter zu belasten droht. In der Unionsfraktion wurde gestern mit Empörung auf ein Interview Vogels mit der Warschauer KP-Wochenzeitung „Polityka“ reagiert, in dem der SPD-Politiker insbesondere den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger massiv angreift.

Die „Polityka“ vom vergangenen Wochenende zitierte Vogel mit dem Satz, die Bundesregierung wolle zwar grundsätzlich an der Kontinuität der von der SPD initiierten Polen- und Deutschlandpolitik festhalten, habe aber Schwierigkeiten mit einem „bestimmten Flügel“ der CDU/CSU. „Dazu gehören zum Beispiel Störmänner des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, des

Herrn Dregger, die sich gegen den Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik richteten, wie aber auch die Äußerung gewisser Herren aus der Christdemokratie, die wiederum von den Grenzen von 1937 reden oder ähnliche Themen in diesem Zusammenhang berühren“, wird Vogel weiter zitiert. „Diese Fanfare der 50er Jahre“ seien schädlich für gute nachbarschaftliche Beziehungen.

Dregger sagte zur WELT, er finde es „geschmacklos“, sich im Ausland, zudem noch in einem kommunistischen Blatt, über demokratische Politiker zu Hause zu äußern. Die Äußerungen Vogels seien auch sachlich falsch.

In der Unionsfraktion wurde es als besonders empörend empfunden, daß Vogel in dem Interview der Warschauer Führung einen „sichtbaren Erfolg“ bei der Stabilisierung und im

„Dialog“ mit dem Volk attestiert habe. Auf Kopfschütteln stieß der von „Polityka“ wiedergegebene, auf General Jaruzelski bezogene Satz: „Wir wünschen uns, daß Ihre Politik fortgesetzt wird.“

Gerade diese Ansichten des SPD-Fraktionsvorsitzenden sind in jüngster Zeit von der polnischen Untergrundpresse und von Exil-Blättern scharf kritisiert worden. Die Zeitungen der „Solidarität“ im polnischen Untergrund und im Westen hatten der Vogel-Visite an der Weichsel ohnehin mit Mißmut entgegengesehen. Sie bedauerten jetzt, daß der Bonner Oppositionsführer mit keinem Wort die verbotene unabhängige Gewerkschaft erwähnt habe.

Vogel hatte bereits während seines Aufenthalts in Warschau Erklärungen abgegeben, die fast deckungsgleich mit der polnischen Position in der Grenzfrage sind.

Betrifft: Diskussion über Mittelamerika-Solidarität und SPD

Warum die GIM auf gemeinsame Aktionen mit der SPD so scharf ist



In AK 251 und 252 haben wir kontroverse Diskussionsbeiträge zu dem Streik publiziert, der sich in erster Linie am Auftritt Willy Brandts auf der Mittelamerika-Demonstration am 3.11. in Bonn entwickelt hat. Wir setzen diese Diskussion fort mit einem Text, den uns die Hamburger Gruppe der trotzkistischen GIM zugestellt hat. Einige Punkte dieses Textes kommentieren wir anschließend.

AK-Redaktion

Es ist sehr erfreulich, daß der AK der Diskussion über den Auftritt von Willy Brandt auf der Zentralamerika-Solidaritätsdemonstration so breiten Raum auf seinen Seiten gibt. Denn die dahinterstehende, grundsätzliche politische Frage „Wie verhalten wir uns gegenüber den Sozialdemokraten?“ erschüttert nicht nur momentan die Mittelamerika-Solidaritätsbewegung und viele Friedensinitiativen, sie führt nicht nur die Grünen an den Rand der Spaltung oder zur politischen Handlungsunfähigkeit, sondern sie wird mindestens bis zum Sieg der sozialistischen Revolution in Westeuropa das zentrale Problem aller Linken in der BRD bleiben. Daher kann mensch gar nicht oft und ausführlich genug darüber diskutieren. Zum Streik um Willy Brandt im folgenden ein paar Anmerkungen von unserer Seite:

1. Über die Einschätzung und Bewertung der Politik der Führung von SPD, Sozialistischer Internationale (SI) und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) sollte Klarheit herrschen: sie ist zaudernd, doppelzünftig, heuchlerisch und verbrecherisch. Die verantwortlichen Sozialdemokraten wollen nicht eindeutig Position für die FSLN und für die Arbeiter und Bauern Nicaraguas beziehen, weil das dem Imperialismus und seinen Nutznießern weh tun würde. Gleichzeitig können sie nicht klar Stellung für den US-Imperialismus nehmen, weil sie dann ernstlich an Glaubwürdigkeit bei ihren Mitgliedern und Wählern verlieren und ihren Spielraum für eine eigene Politik, einschließlich der Vertretung der Interessen des europäischen Kapitals, in dieser Region einbüßen würden. Zusammen mit den Regierungen der Contadora-Staaten, die in einem ähnlichen Dilemma stecken, setzen sie daher auf Verhandlungen. Sie wollen Zeit gewinnen, die nicaraguanische Revolution begrenzen, eindämmen und zum Stillstand bringen. Sie wollen für die grausamen Diktaturen Lateinamerikas, für das Elend und den Hunger, für die sie leider nicht das Klima verantwortlich machen können wie in Afrika, reformerische Kosmetik und demokratische Fassaden; sie wollen aber keine soziale Umwälzung, die mit der Ausplünderung durch Banken und Multis tatsächlich Schluß macht. Eine Politik, die zum Ziel hat, die sandinistische Revolution zu begrenzen und zu stoppen, ist in ihrer praktischen Konsequenz gleichbedeutend mit einer militärischen Erdrosselung dieser Revolution. Die verantwortlichen Politiker von SPD, SI und IBFG betätigen sich daher mehr oder weniger bewußt und gewollt als Totengräber der lateinamerikanischen Revolution.

Selbstverständlich gibt es daneben zahlreiche aufrichtige sozialdemokratische Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die eindeutig die nicaragua-

nische Revolution materiell und politisch unterstützen. Diesen können wir nur den Vorwurf machen, daß sie zu wenig Anstrengungen unternehmen, um den Totengräbern in ihren Reihen das Handwerk zu legen. Die Personifizierung dieser Widersprüche der Sozialdemokraten ist u.a. Willy Brandt.

2. Die nicaraguanische Revolution braucht in ihrem Überlebenskampf gegen den US-Imperialismus jede Unterstützung. Die Sandinisten brauchen den kleinen Finger der korrupten, kapitalistischen Regierungen Südamerikas und die von geringer materieller und politischer Unterstützung begleitete Heuchelei der Sozialdemokraten ebenso wie die uneigennützigste Hilfe Cubas und wie die weniger uneigennützigste Hilfe durch die UdSSR und Osteuropas. Das erklärt die Taktik und Diplomatie der FSLN gegenüber den Contadora-Staaten, der SI und den Bürokraten der UdSSR und Osteuropas (das entschuldigt aber nicht den völligen Verzicht auf Kritik und die Lobbudelei der SI oder der UdSSR; das ist aber ein anderes Kapitel der sandinistischen Revolution).

Die Arbeiter und Bauern Nicaraguas können den US-Imperialismus nicht militärisch stoppen. Mit Waffen können sie nur die Kosten des Imperialismus für die Niederwerfung ihrer Revolution in die Höhe treiben. Über die Alternative imperialistisches Blutbad oder Fortsetzung der sandinistischen Revolution in ganz Lateinamerika entscheidet die internationale Solidaritätsbewegung und die von ihr beeinflußte öffentliche Meinung in Nordamerika und Westeuropa.

Nur organisierte Massenaktionen in Nordamerika und Westeuropa, die ein Vielfaches der Stärke der Vietnam-Solidaritätsbewegung der 60er und 70er Jahre erreichen müssen, können die imperialistischen Verbrechen an den Völkern Lateinamerikas stoppen.

3. Solche Massenaktionen, d.h. zuerst einmal Massensolidaritätsdemonstrationen, zu initiieren und zu organisieren ist die dringliche Aufgabe der Solidaritätsbewegung. Diese Aufgabe muß heute ungepackt werden und nicht erst dann, wenn die US-Regierung die nicaraguanische Revolution militärisch erledigen ließ. Sie muß mit einer Bevölkerung gemacht werden, deren fortschrittlicher Teil allenfalls sozialdemokratisches Bewußtsein hat, also ein ausgesprochen unterentwickeltes Bewußtsein für die Notwendigkeit von internationaler Solidarität. Wenn wir die Solidaritätsbewegung über die paar Zehntausend „Linke“ ausweiten wollen, und einen anderen Weg, dem Imperialismus in den kriegerischen Arm zu fallen, gibt es nicht, dann müssen wir an diesem Bewußtsein ansetzen und den „organisierten Ausdruck dieses Bewußtseins“, die SPD und den DGB, für Solidaritätsaktionen gewinnen. Und zwar die SPD und DGB so, wie sie heute sind — undemokratisch, bürokratisiert, heuchlerisch, doppelzünftig, usw. usw. — und nicht so, wie wir sie gerne hätten. Die GIM hat es daher nicht nur akzeptiert, sondern ausdrücklich begrüßt, daß der Oberheuchler Brandt höchstpersönlich und nicht irgendeine linke Sozialdemokratin in Bonn geredet hat. Uns geht es nämlich nicht darum, daß irgendein Vertreter der SPD eine Rede hält, die uns gefällt; uns geht es auch nicht darum, daß Brandt einen richtigen Satz sagt oder unterschreibt; uns geht es nicht um gemeinsame Propaganda mit der SPD. Die Führer der SPD haben in ihrer über 100jährigen Geschichte neben mancher blutigen Schandtat tausendmal gelogen und betrogen, um wirksame antikapitalistische Kämpfe zu verhindern oder abzuwürgen und um ihre Posten und Pfründe zu verteidigen, und sie werden das auch weiterhin tun. Es geht also nicht

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

um richtige oder schöne Worte von Sozialdemokraten, sondern es geht uns um Taten der SPD: es geht uns darum, daß die SPD offiziell eine Aktion der Solidaritätsbewegung unterstützt. Daher haben wir es begrüßt, daß der oberste Vertreter der SPD in Bonn geredet hat, unabhängig davon, was er konkret gesagt hat. Denn dafür trägt Brandt und die SPD die Verantwortung, und nicht die Solidaritätsbewegung. Wenn der offizielle SPD-Vertreter darüber hinaus was richtiges sagt, um so besser. (Die Rede Brandts war nicht die schlechteste, und ganz sicher ziemlich lästig für die Bundesregierung und den US-Imperialismus. Sie war nützlich für die FSLN, damit in Brandt aber nicht zu einem zuverlässigen Bündnispartner der Sandinisten geworden.)

Aus zwei Gründen sind wir so scharf auf gemeinsame Aktionen mit der SPD und dem DGB: Zum einen, weil dadurch die Solidaritätsbewegung breiter und ihre politisierende Wirkung größer wird. Das nützt unmittelbar und noch mehr langfristig der Revolution in Mittelamerika, weil sie das verbrecherische Treiben von Bundesregierung, Nato und der US-Regierung erschwert. Zum anderen, weil dadurch die Widersprüche in den sozialdemokratischen Reihen verstärkt zum Tanzen gebracht werden. Die Tatsache, daß das SPD-Präsidium oder der DGB-Vorstand eine Demonstration offiziell unterstützt, öffnet die Kanäle für weitergehende Diskussionen in den sozialdemokratischen Gremien und Gruppen; sie erschwert es den Rechten, entsprechende Anträge abzublocken. Die Tatsache, daß die SPD-Führung offiziell eine Demonstration unterstützt, hat nicht immer die unmittelbare Wirkung, daß mehr Menschen zur Demo kommen (das haben wir in Bonn am 3. November erlebt), weil die SPD-Führung (ihre Basis weder mobilisieren will noch kann (das muß sie erst wieder lernen), sie bereitet aber den Boden, daß Teile der sozialdemokratischen Basis zu weitergehenden Aktionen,

wie Blockaden, Behinderungen, Streiks u.ä. bereit sind. Und das wiederum bereitet den Boden, daß in Zukunft die sozialdemokratische Führung solche weitergehenden Aktionen unterstützen muß. Das ist der Weg, wie die heute noch sozialdemokratischen Massen für weitergehende Ziele gewonnen werden und die sozialdemokratische Hegemonie abgebaut wird. Das ist der Weg, wie hier die Revolution gemacht wird. Und die Revolution hier ist der beste Beitrag für die Revolution in Zentralamerika.

4. Im Gegensatz dazu verkleinern Farbbeutel und Feuerwerkskörper gegen den Parteivorsitzenden die Widersprüche zwischen Führung und Basis innerhalb der SPD. Sie erzeugen einen Solidarisierungseffekt mit den getroffenen Vorsitzenden, und die Diskussion wird über die Krawall und nicht über die Solidarität mit der Revolution in Zentralamerika geführt. Warum sollen wir der SPD-Führung diesen Gefallen tun? Unsere Empörung über die Politik der SI müssen wir anders ausdrücken.

Genauso sind wir gegen gemeinsame Propaganda mit der SPD, weil sie ebenfalls die Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie beendet bzw. es der Führung erleichtert, sie so zu führen, wie sie es haben will. Von der Kritik an der Politik von SPD und SI darf die Solidaritätsbewegung nichts zurücknehmen oder verschweigen. Sie darf nicht auf weitergehende Forderungen und Aktionen verzichten. Aktionen mit der SPD, die nur unter der Voraussetzung möglich sind, daß die Solidaritäts-Gruppen darauf verzichten, darf die Solidaritätsbewegung nicht machen. Das wäre nur im Sinne der sozialdemokratischen Führung. So wie sich die SPD-Führung „das Recht herausnimmt“, vor und nach der gemeinsamen Demonstration mit der Nato und der US-Regierung gegen die sandinistische Revolution zu wirken, so muß sich die Solidaritätsbewegung „das Recht herausnehmen“, gegebenenfalls die Fenster der US-Botschaft einzuschmeißen. Mensch einigt sich mit der SPD oder dem DGB auf eine

gemeinsame Aktion. Alles andere, was nicht direkt diese gemeinsame Aktion verumflößt, bleibt Sache der beteiligten Kräfte.

Nachbemerkung für die Traumdeuter in den Reihen des KB, die wiederholt festgestellt haben, daß die GIM von einer Linkswendung der SPD träumt (zuletzt wieder in der Berichterstattung über die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche).

Ihr lieben Genossen/innen Traumdeuter, ihr müßt noch etwas tiefer in die Gefilde unseres Unterbewußtseins dringen. Die GIM träumt nicht von einer „Linkswendung der SPD“. Sie träumt — darin in der guten Tradition von Lenin: Lest mal wieder „Womit beginnen“ — von einer Linkswendung, sprich: Radikalisierung, der Arbeiterklasse. Diesen „Traum“ lassen wir uns allerdings von niemand nehmen. Darin bleiben wir unerschütterliche Optimisten. Und in diesem Zusammenhang fürchten wir eher eine „Linkswendung“ der SPD. Viel lieber wäre uns, die SPD bliebe, wie sie ist, oder würde noch bürokratischer und korrupter, das würde die Schaffung einer revolutionären Massenpartei wesentlich erleichtern. Aber leider wird uns die Dialektik der Geschichte diesen Gefallen wohl nicht tun: die Radikalisierung der Arbeitermassen führt zu einer Radikalisierung der SPD-Mitglieder und dann zu einer „Linkswendung“ der sozialdemokratischen Führung. Das wird neue Illusionen und Hoffnungen in die SPD erzeugen, was die notwendige Aufgabe, eine neue revolutionäre Arbeiterpartei mit Massenanhang zu schaffen, so unendlich viel schwerer macht.

Liebe Genossen/innen Traumdeuter, anstatt noch tiefer in die Gefilde unseres Unterbewußtseins zu bohren, könnt ihr natürlich auch mal wieder bei Lenin und Trotzki nachlesen, das führt wahrscheinlich schneller zur revolutionären Erkenntnis.

Nichts für ungut und revolutionäre Grüße

GIM, Ortsgruppe Hamburg, 29.11.84

... Aber was meint die GIM nun wirklich?

... Aber was meint die GIM nun wirklich?

Hier haben die Genossinnen/Genossen von der Hamburger GIM aber mal auf die SPD eingedroschen, daß es nur so kracht: Verlogenen Oberheuchlern wird erbarmungslos die pseudolinke Maske von der korrupten Bürokratenfreise gezerzt; da werden die Widersprüche in der SPD mit einem superben taktischen Geschick nicht bloß zum Tanzen, sondern geradezu zum Veitstänzen gebracht, als wäre nicht bloß Lenin, sondern ein bißchen sogar Stalin aus dem Grabe auferstanden. Wer hätte so etwas heute noch erwartet? Und dann ausgerechnet von der GIM?

Komisch ist nur, daß die Genossinnen/Genossen von der Hamburger GIM sich erst als Gäste in den „Arbeiterkampf“ begeben müssen, um mal so richtig von der Leber weg gegen die verkommene und mit Arbeiterblut besudelte SPD losrumpeln zu können. In den eigenen vier Wänden, als in der GIM-Zeitschrift „was tun“, geht es sehr viel gesitteter zu. Da hat mensch buchstäblich nichts von den wundervoll radikalen Argumenten gelsen, mit denen nun die Genossinnen/Genossen im „Arbeiterkampf“ begründet haben, was man denn auf die SPD so spitz ist. Kein Wort dort von „Oberheuchler höchstpersönlich“ und „blutigen Schandtat“. Stattdessen wurde mit hanseatischer Steifheit und Noblesse verkündet: „Wenn Sozialdemokraten bereit sind, gegen die drohende US-Intervention Stellung zu nehmen, müssen wir ihnen auch zugestehen, wie andere Bündnispartner ihre eigenen Redner zu bestimmen. Darüber hinaus hat Willy Brandt sich deutlich für den Wahlprozeß in Nicaragua und gegen die dortige US-Politik ausgesprochen, als alle bisherigen offiziellen Stellungnahmen der SPD und der Sozialistischen Internationale dies raten... Damit hat sich Willy Brandt in der gegenwärtig extrem kritischen Situation an die Seite der Sandinisten gestellt. Dies hat Nicaragua genützt.“ Punkt. Um die tieferen taktischen Absichten bei diesem Umgang mit der SPD zu erläutern, wechselt man dann in den „Arbeiterkampf“ hinüber wie ein Spieler, der in den Puff geht, um die Sau rauszulassen. Als Puff hatten wir unsere Zeitschrift eigentlich bisher nicht verstanden.

Aber immerhin impliziert dies ja das stillschweigende Eingeständnis, daß man erst den „Arbeiterkampf“ lesen muß, um die wahren strategischen taktischen Überlegungen der GIM

zu erfahren. Wenn dieses Beispiel auch bei anderen Organisationen Schule machen sollte, bräuchten wir uns um den Absatz wohl keine Sorgen mehr zu machen. Und wenn dies wieder mal zu zynisch/zu unernst/zu unsolidarisch formuliert sein sollte, dem sei auch noch der Klartext nachgereicht: Warum zum Teufel publizieren die Genossinnen/Genossen von der GIM die hier im AK dargelegten Überlegungen nicht auch in ihrer eigenen Presse, falls es ihnen um mehr geht als um ein bißchen unverbindliche Koketterie mit dem Radikalismus?

Mensch könnte einwenden: Vielleicht vertreten die Hamburger Genossinnen/Genossen der GIM ja einen linken Minderheitsstandpunkt, mit dem sie in ihrer eigenen Organisation und in ihrem eigenen Zentralorgan nicht zum Zuge kommen. Politische Flüchtlinge gewissermaßen?

Daß dies nicht der Fall ist, läßt sich an einem Strategie-Papier („Anti-Intervention-Plattform“) ablesen, das von den GIMlern im Hamburger Nicaragua-Komitee durchgesetzt wurde. In diesem Papier wird formuliert, daß es die zentrale Aufgabe der Solidaritätsbewegung sein müsse, „möglichst breite Bündnisse gegen die US-Interventionspolitik herzustellen“. Da mit dieses Bündnis so breit wie möglich wird, müsse man sich natürlich einige inhaltliche Beschränkungen auferlegen, etwa in Sachen Nicaragua-Solidarität oder bewaffneter Kampf in El Salvador. „Diese Einschränkungen müssen wir heute bewußt in Kauf nehmen, weil wir wissen, daß es in unserer Gesellschaft wichtige Sektoren gibt, die zwar gegen die US-Intervention in Mittelamerika sind, mit denen wir uns über die weiteren Fragen jedoch nicht unbedingt einigen können. Andererseits können wir auf eine echte Wirkung auf die US-Regierung nur dann hoffen, wenn es uns gelingt, gerade auch diese Gruppen in Bewegung zu bringen.“ Das für die SPD-Führung Erträgliche wird so zum Minimum des Mittelamerika-Solidarität erklärt. Wer „darüber hinaus“ noch ein paar „spezifische Ansichten“ hat, darf sie immerhin privat darstellen. Abschließend teilen die Autoren des Strategie-Papiers noch ihre Überzeugung mit, daß es nichts bringt, „die Verdummnisse und Fehler der SPD in den letzten 10 oder auch 70 (August 1914) Jahren aufzuzählen“. Anders gesagt: von der Masse historischer Erfahrungen mit der SPD wollen wir im Rahmen der Nicaragua-

Solidarität lieber nicht sprechen. Wer sich gar nicht beherrschen kann, möge sich in einem Leserbrief an den „Arbeiterkampf“ Erleichterung verschaffen.

Von realen Erfahrungen mit der SPD nicht zu sprechen, ist allerdings die erste Voraussetzung, um sich Schwärmereien über das „Zum-Tanzen-Bringen-der-Widersprüche-in-der-SPD“ hingeben zu können. Denn die wirkliche Erfahrung zeigt ja unübersehbar, daß nicht die SPD, sondern die politischen Bewegungen Schaden genommen haben, wenn jene sich mit diesen zu befassen begann. Von der Rolle der SPD in den antimilitaristischen Bewegungen der 60er Jahre noch nie was gehört? Vom Eingreifen der Sozialdemokratie in die Vietnam-Solidarität null Ahnung? APO und Langer Marsch durch die Institutionen? Brokdorf und Itzehoe? Häh, was sind denn das für komische Namen? Strategie der SPD gegenüber der neuen Friedensbewegung? Wer bringt da wessen Widersprüche zum Tanzen? In Buxtehude wedeln die Hunde mit den Schwänzen. Auf dem gesamten restlichen Globus ist es genau umgekehrt. Wenn jemand meint, daß die Beteiligung der SPD an der Nicaragua-Solidarität zweckmäßig für Nicaragua ist, so kann das als ernsthaftes Argument gelten. Wenn er aber darüber hinaus anfängt, sich für den Tanzmeister der Widersprüche in der SPD zu halten, sollte er sich besser ein anderes Hobby suchen als ausgerechnet die Politik. Wenn suggeriert wird, die Beteiligung der SPD an irgendeiner politischen Bewegung sei zum Null-Tarif zu haben, so ist das bestenfalls ein Irrtum, schlimmerenfalls eine Lüge. In dem Maße, wie die SPD sich an Bewegungen beteiligt, greift sie auch prägend in diese ein. Und umgekehrt: die SPD beteiligt sich an Bewegungen nur soweit, wie sie prägend auf diese wirken kann. Dieses Verhältnis mag sich in Zukunft total zu Ungunsten der SPD-Führung ändern, aber bis heute ist es jedenfalls so. Im übrigen steht der Mobilisierungseffekt, der vom Eingreifen der SPD oder auch des DGB in irgendwelche Bewegungen ausgeht, bisher immer noch in einem sehr fragwürdigen Verhältnis zum politischen Preis, den die Bewegungen für diese neuen Bündnispartner zu zahlen haben. Da kann es dann so gehen wie bei der neuen Friedensbewegung, die auf dem Papier immer „breiter“ wird, während sie in realen Mobilisierungszahlen schon auf dem absteigenden Ast ist.

AK-Redaktion

Kritische Wörter und Wörter der Kritik

Kritisches Wörterbuch des Marxismus

Band 1
Abhängigkeit bis Band

Argument

Zwei Bände des Kritischen Wörterbuchs des Marxismus sind mittlerweile im Argument-Verlag erschienen. Es handelt sich dabei um die deutsche Ausgabe des Dictionnaire critique du marxisme, das 1982 in Frankreich erschienen ist. Mehr als sechzig Autoren waren an dem Projekt beteiligt, das auf eine neue Weise versucht, eine Bestandsaufnahme der marxistischen Diskussion vorzunehmen. Herausgekommen ist wirklich etwas Neues, nicht bloß ein weiteres Buch voll langweiliger Definitionen.

Im Gegensatz zu bisherigen Wörterbüchern mit marxistischem Anspruch stellt das Kritische Wörterbuch des Marxismus (KWM) nicht den Versuch dar, aus einer bestimmten Marxismus-Interpretation heraus eine zu dieser passende Begriffsbestimmung abzugeben. So enden die Beiträge meistens mit einer Angabe der Fragen und Forschungsrichtungen; statt Antworten erhält der Leser Fragen.

Die Autoren wählen eine Herangehensweise, die Georges Labica in der französischen Vorrede des Dictionnaire als „doppeltes Lektüremuster“ bezeichnet: 1. Genalogie: Jeder Ausdruck wurde wie eine Person behandelt, die man gebeten hat, ihre Geschichte zu erzählen. (...) 2. Die Problematik: Jeder Ausdruck wurde wie ein Angeklagter behandelt, dem man nicht einfach aufgrund dessen, was er von sich selbst sagte, Glauben schenken konnte. (...)“

Trotz und wegen dieses gemeinsamen Vorgehens werden die unterschiedlichen Theorienansätze der Autoren deutlich. Es ist ein „pluraler Marxismus“.

Trotz und wegen dieses gemeinsamen Vorgehens werden die unterschiedlichen Theorienansätze der Autoren deutlich. Es ist ein „pluraler Marxismus“, wie Lucien Sève es nennt und wie Louis Althusser es vor Jahren ausdrückte, als er davon sprach, der Marxismus sei notwendigerweise eine „konfliktuale Wissenschaft“.

Labica gibt es ganz offen zu: „Den Verführungen des Dogmatismus haben wir die Gefahren der Unterschiede vorzogen, die vielleicht zu denen des Eklektizismus geführt haben.“

Kein Wunder, daß der DKP dieses Projekt höchst unheimlich ist. Eklektizismus, die prinzipienlose Vermengung verschiedener Theorien, war nicht nur Lenin ein Grauel, sondern galt allen Kirchen als Schimpfwort. Wie können sich da angebliche Marxisten dem Risiko so üblen Tuns aussetzen?

Wenn heute ein Kritisches Wörterbuch des Marxismus erscheinen kann, dann deshalb, weil die marxistischen Begriffe selbst Momente einer Diskussion sind, die als Krise des Marxismus erscheint. Die politische Krise des organisierten Sozialismus führt zwangsläufig dazu, daß die marxistischen Begriffe weniger einen „klaren“, politisch vereinheitlichenden Charakter haben, als vielmehr zur Bearbeitung von Problemen gebraucht werden. Es tritt die wissenschaftliche vor die politische Rolle der Begriffe. Wolfgang Fritz Haug hat ganz einfach recht, wenn er im Vorwort zur deutschen Ausgabe schreibt:

„Es entspräche einem vorwissenschaftlichen Verständnis von Theorie, glauben, daß Inkohärenzen und Widerstreit mit dem wissenschaftlichen Charakter des Marxismus unvereinbar seien.“

Unabhängig von einer pharisäischen Kritik an dem Vorhaben eines Kritischen Wörterbuchs muß sich dieses jedoch gefallen lassen, kritisch an seinen eigenen Ansprüchen gemessen zu werden. Selbstredend kann niemand erwarten, daß auf Anhieb ein perfektes Wörterbuch entsteht. Bei aller Stärke des KWM jedoch ist ein recht starkes Niveaugefälle zwischen den einzelnen Beiträgen festzustellen. So sind etwa die Beiträge des Philosophen André Tosel zur Dialektik auf einem hohen wissenschaftlichen Standard angefertigt. Dagegen ist der Beitrag von Gilbert Badia zum Faschismus schlicht oberflächlich und ungenügend, denn er läßt die auch in Frankreich intensiv geführte Diskussion um die Frage des Neuen Faschismus (Nouveau fascisme) und der Faschisierung (fasciacion) einfach beiseite. Ebenso der Beitrag Jean Robellins zum Etatismus, der sich nicht auf die Debatte um den autoritären Etatismus als Stadium des bürgerlichen Staates einläßt. In manchen Fra-

gen ist KWM nicht auf der Höhe der Zeit. Allerdings ist dies nur zum Teil ein Problem der einzelnen Autoren, weil die politische Krise die Behandlung politisch-strategischer Fragen und Begriffe nicht gerade einfach macht.

Vielleicht werden die Lücken des KWM durch die nächsten Jahr erscheinenden Ergänzungsbände behoben. Aber auch mit diesen Lücken ist das Kritische Wörterbuch ein sehr nützliches Instrument.

Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht. (Brecht, Metl — Buch der Wandlungen)

Auf dem Kongreß von II Manifesto im November 1977 stellte der französische Philosoph Louis Althusser den Satz in den Raum: „Endlich geht aus der Krise des Marxismus etwas Neues hervor“. Angesichts der politischen Krise des organisierten Sozialismus mag dieser Satz manchen als schlichte Zumutung erscheinen. Es ist ein Paradoxon der Geschichte, daß wir als Marxisten die Befreiung vom Dogmatismus aufgrund der politischen Krise mehr durchleben als feiern. Aber gerade deshalb war ein Kritisches Wörterbuch des Marxismus mehr als überfällig, weil die Krise in ganz produktiver Weise die marxistischen Begriffe von alltäglichen, scheinbar evidenten Bedeutungen gelöst hat und die Frage offen steht: Was ist Marxismus heute? Wohin treibt die bürgerliche Gesellschaft?

Das Scheitern der tradierten Antworten beider Flügel der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie wie des Kommünar-Kommunismus, ist nicht bloß ein Verlust. Althusser hatte recht, als er 1977 die These vertrat, die theoretische Krise des Marxismus sei keineswegs ein Produkt der 70er Jahre, sondern gehe in die Stalin'sche Phase zurück. Es sei geradezu ein Glück, daß diese Krise endlich ausbreche. (in: Bettelheim, Mészáros, Rosanda u.a.: Zurückforderung der Zukunft, Ffm. 1977, S. 225ff).

Die Fragen der heutigen Diskussion lassen sich nicht beantworten, lassen sich nicht einmal stellen mit den alten, proletarisch klaren, konsequent marxistisch-leninistischen Begriffen, wie sie in den realsozialistischen Lehrbüchern auftreten, wo ein ewiger und allmächtiger Marxismus-Leninismus in der Pose des Erzengel Gabriel die Abweichungen exkommuniziert.

Kein Wunder also, daß die DKP in den Veröffentlichungen des Argument-Verlages die „Abkehr von marxistischen Grundpositionen“ zutage treten sieht, daß sie eine „zunehmend feindselige Haltung gegen die marxistische Arbeiterbewegung“ attestiert, worunter per definitionem die DKP zu verstehen ist.

Fortsetzung letzte Seite

Provokation und Reaktion

Die Wende gebietet es, daß der repressive Rechtsstaat sich hemmungslos und direkter zur Schau stellt. Dazu gehört auch, daß verurteilte Abteilungen dieses Staates wie der Verfassungsschutz während an die Öffentlichkeit treten. Anständige Leute haben nichts zu verbergen, soll das Publikum denken. Und daraus bitte den Umkehrschluß ziehen: wer sich locker und selbstverständlich präsentiert, in u.ä. einfach anständig sein. Um diesen Effekt zu bewirken, wurde eine Anzeige von nicht gerade prählischer, aber doch selbstbewußter Größe in die Presse gesetzt. Illustriert wurde die Anzeige mit einer Collage, aus der mensch erkennen kann, daß es beim Verfassungsschutz ausgewogen und gründlich zugeht. Da sind zwei Hakenkreuze ganz gut zu erkennen, und in der anderen Ecke Hammer und Sichel. Aha, Extremisten von rechts und links. Die Zerstörung von Weimar und so. Dann auch ein paar Namen, mit denen mensch weniger anfangen kann. Aber da, das kennt mensch wieder: die drei Buchstaben RAF. Klar, die Selbstmörder. Auf einem Helm steht das Wort „Ausländerstopp“, und mensch wird sich vielleicht fragen, ob das nicht bloß verächtlich in die Collage geraten ist. Denn wenn das extremistisch sein soll, ist er selbst ein Radikaler, und unser Bundesinnenminister doch wohl auch. Daß unter dem Helm, rechts von dem Schriftzug „Schulungsbrief“ der obere Rand eines Plakats gegen die „Nachrüstung“ zu sehen ist, muß mensch schon wissen, um es wahrzunehmen. Es kommt so genau aber auch gar nicht drauf an. Denn wer solche Anzeigen überhaupt liest, der denkt sich beim Stichwort „Extremismus“ zumeist sowieso schon das Gewünschte.

Die Methode dieser Collage ist eigentlich nicht neu, denn jeder Jahresbericht der Ämter für Verfassungsschutz im Bund und in den Ländern bietet ganz genau den gleichen Extremismus-Eintopf. Und das seit Jahr und Tag, schon zu den Zeiten als noch ein guter Mensch, Duz-Freund Fidel Castro und Friedensnobelpreisträger, in Bonn kanzelte. Neu ist einzig und allein die dreiste Präsentation dieses Hakenkreuz- und Sichel-Saluts in einer Zeitungsanzeige. Grund genug, sich zu empören. Aber eigentlich kein Grund, um so zu tun, als würde

eine jahrelang geübte Praxis des Verfassungsschutzes erst in dem Moment zum Skandal, wo eine CDU-Regierung daraus eine Anzeigenkampagne macht.

Einige der Reaktionen direkt Betroffener sind zudem ganz aufschlußreich. Da ist einmal die DKP. Sie darf sich von dem links oben halb zu erkennenden Titel „Roststift“ angemacht fühlen, denn das ist eine Lehrlingszeitschrift, die von der DKP-Jugendorganisation SDAJ herausgegeben wird. Der „entschiedene Protest“ der SDAJ

muß natürlich erwähnt und zitiert werden. Erwähnt werden darf außerdem, daß auf der Montage „eine Lösung der Friedensbewegung“ (unten Mitte, u.o.) abgebildet ist und dieserhalb bereits der BBU und die DFG/VK einstweilige Verfügungen beantragt haben. Nicht erwähnt werden darf hingegen, daß auch die Zeichen RAF, MLPD und „Spartakist“ zu sehen sind. Denn das sind Anarchisten, Troztkisten und Maoisten, die vermutlich sowieso bloß zu Provokations-

zwecken in der Anzeige erwähnt werden („UZ“, 1.12.84).

Am engagiertesten wehrt sich die nächst der RAF vermutlich kleinste der betroffenen Gruppen: die TLD (Trotzkistische Liga Deutschlands), die den „Spartakist“ herausgibt. Der Redaktion des AK beispielsweise schickte sie dreimal das gleiche umfangreiche Informationsmaterial über ihren Protest zu, einmal sogar mit Eilpost. Genossen von der TLD erkundigten sich telefonisch lebhaft an Ort und Stelle mehrmals, ob wir denn nun zusagen könnten, darüber zu berichten. Der Gedanke drängt sich auf, daß diese recht kleine Gruppe (in ihrer einstweiligen Verfügung gegen die Anzeige spricht sie von 100 Mitgliedern) es ein bißchen sehr offen ausgekostet hat, durch diese Anzeige eine Publicity zu kriegen, von der sie sonst nicht einmal hätte träumen können. Zu ihrem Material gehört eine eng bedruckte Stellungnahme von 3 Seiten Länge, „Stopp Zimmermanns Schmutzkampagne!“ Die TLD beantwortet dort so brennende Fragen wie „Wer hat Angst vor den Spartakisten?“ und „Was ist dieser Staat?“. Die Antworten deuten auf ein stark überdehntes Selbstwertgefühl der TLD hin. „Wir beabsichtigen nicht, uns für vogelfrei erklären zu lassen und hinweggefegt zu werden... Als die Verteidiger und Verbreiter des revolutionären Marxismus heute in Westdeutschland ist unsere Aufgabe zu wichtig...“ Und: „Die Abbildung des SPARTAKIST-Titels zeigt den Wunsch der Regierung, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht noch mal zu ermorden.“

Am übermütigsten ist die Reaktion der MLPD (Marxistische-Leninistische Partei Deutschlands) ausgefallen. Sie ist sich absolut sicher: die Anzeige „drückt die Furcht vor einer weiteren Verbreitung des revolutionären Programms der MLPD aus — gerade jetzt bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.“ Denn diese bilden den eigentlichen Hintergrund der Kampagne: „Kam hatte die MLPD beim Landeswahlleiter nach den Unterlagen für die Wahlzulassung zur Landtagswahl in NRW im Mai 1985 angefragt, da reagierte das Bonner Innenministerium“. Nämlich mit der Anzeige. Jawohl, im Ernst! Deshalb wurde in der Collage „das Parteiemblem der MLPD deutlich sichtbar in Szene gesetzt. Wohlge-merkt als einzige linke Partei! Seit Jahren wird die MLPD in den hürge-lichen Medien regelrecht verschwie- gen. Woher der Sinneswandel in Bonn?“ Antwort: In NRW steht „eine Schlacht um das Denken der Massen“ bevor. „Die Verbreitung eines revolutionären Programms“ (d.h. das der MLPD) „hat langfristige Folgen auf die Entwicklung des Klassenkampfes in der BRD. Deshalb die panische Reaktion in Bonn. Schon sechs Monate vor der Wahl wird mit dieser Hetzkampagne der Versuch einer Kriminalisierung der MLPD gestartet.“ (Es geht in diesem Ton noch weiter; siehe „Rote Fahne“, 8.12.84).

Die einfache Wahrheit ist ihnen allen entgangen. Sie zeigt sich aber in der verräterischen und äußerst entlarvenden Tatsache, daß ausgerechnet die revolutionär-kommunistische Organisation, bei deren bloßer Nennung ein Zähneklappern und Bibbern durch Ministerien und Ämter hallt, der KOM-MUNISTISCHE BUND, in dieser Anzeige nicht auftaucht. Es läßt sich er-messen, wie entsetzlich groß die Furcht des Staatsapparates vor uns sein muß, wenn man eine eindeutig gegen den KB gerichtete Anzeige in die Presse setzt, ohne es wagen zu können, die werktätigen Massen durch das Auftauchen des Schriftzugs „Arbeiterkampf“ noch mehr gegen sich aufzubringen. „Wenn der Feind uns nicht bekämpft, ist das gut und nicht schlecht“ (Mao).

Wer steckt dahinter?



Jede Bundesregierung ist für die Verwirklichung und Sicherung der Grundrechte und der Grundprinzipien der Verfassung verantwortlich. Sie muß deshalb alle gegen die Verfassung und die innere Sicherheit gerichteten Bestrebungen frühzeitig erkennen, ob diese nun von links oder rechts kommen.

Dafür gibt es seit 1950 das Bundesamt für Verfassungsschutz, das zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern gehört. Der Verfassungsschutz darf kraft Gesetzes nur Informationen sammeln.

Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes sind jedoch für die demokratische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland und die Sicherheit ihrer Bürger unverzichtbar.

- damit die Ziele und Methoden der Verfassungsfeinde offengelegt werden,
- damit eine geistig-politische Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus geführt wird,

- damit politische und gesellschaftliche Gruppen erfahren, wo und wie versucht wird, sie zu Bündnissen zu mißbrauchen, die gegen unsere Demokratie gerichtet sind,

- damit bei akuter Gefährdung des Rechtsstaates und seiner Organe gesetzlich geregelte Abwehrmaßnahmen der Polizei ergriffen werden können.

Wenn Sie mehr über den Verfassungsschutz und seine Erkenntnisse wissen möchten, fordern Sie bitte mit dem Coupon kostenloses Informationsmaterial an.

Wir übernehmen nicht... kein Grund, um so zu tun, als würde

möchten, fordern Sie bitte mit dem Coupon kostenloses Informationsmaterial an.

„Wir übersehen nicht, daß es in unserem Land in wachsendem Maße weihnachtet“

(DKP-Partei-Vorsitzender Herbert Miss auf der VII. Weihnachtsfeier des Präsidiums des Parteivorstands)

Weihnachten findet im „Arbeiterkampf“ normalerweise nicht statt. Verschämte Tränen beim Durchblättern unserer Zeitung unter dem Lichterbaum waren oft das Ergebnis. Das muß heute nicht sein: Zwar wäre es uns immer noch zu peinlich gewesen, uns selbst etwas zum Fest auszu-denken. Aber aus der DKP-Zeitung „UZ“ duftet es so verführerisch nach Äpfeln, Nüssen und Mandeln, daß wir uns einfach ein bißchen Stimmung ausgeborgt haben. Nun singet und seid froh!

Fere AK-Redaktion



St. Siebert und St. Schmidt: Schopper - Wir auch! Vorlag: Marxistische Kultur, 14.00 DM.

Ein Nikolaus ohne Rute für die Kinder

Viel Leckeres und viel Spaß bei den Nikolausfeiern der DKP 42 5. 12.

Bottrop, UZ - Den Nikolaus von der DKP lieben viele Bottroper Kinder. Denn der kommt nicht mit Rute und Moralpredigten daher, sondern mit Leckereien in der Tüte, mit musizierenden und mitsingenden Kindern. Und wer will, kann ihm sogar selbst ein Lied oder ein Gedicht vortragen.

Dabei hat der Nikolaus bei den Bottroper Kommunisten keinen leichten Job: neunmal mußte er in dieser Woche den Jungen und Mädchen aus den Arbeiterfamilien die Nikolausfeier verüben und dabei rund 2000mal Hände schütteln und Tüten austreten.

Ihm zur Seite standen dabei nicht nur die DKP-Mitglieder und die Ratsfraktion: der Musikkreis der Bottroper Jugendmusikschule stimmte weihnachtliche Lieder an; die Jungen Pioniere

spielten das Musikmärchen „Die Bremer Stadtmusikanten“.

Aber nicht nur in Bottrop pflegt die DKP diesen guten Vorweihnachtsbrauch. In vielen anderen Städten unseres Landes feiern Kinder und ihre Eltern in diesen Tagen dieses Fest mit der DKP. Deswegen - und wegen ihres Engagements für die Interessen der Kinder nicht nur zur Weihnachtszeit - hat sie von vielen den Titel „Deutsche Kinderpartei“ bekommen.



Am kommenden Samstag startet in Bottrop die letzte von neun DKP-Nikolausfeiern. Unser Foto entstand am Wochenende auf einer der ersten. Foto: Scholz

Anzeigen NATO (D) in NRW — Die britische Rheinarmee

Herausgeber: Antimilitarismus-Kommission NRW des Kommunistischen Bundes (KB) und Zeitschrift „IRLAND-INFORMATIONEN“

Inhalt: „Lionheart '84“ — Über für den dritten Weltkrieg / „Tin City“ (Ostwestfalen): Über für den Krieg in Nordirland / Großbritannien und die NATO / Deutsch-britische Rüstungs-koope-ration / Irland, NATO; Neutralismus / Lagekarten und Standortregister

Umfang: 36 Seiten, A 4; Preis: DM 3,-

Bestelladresse: Antimilitarismus-Kommission NRW des KB c/o Buchladen TaPeVi, Wilhelmstraße / Humboldtstraße 44, 46 Dortmund 1 oder „IRLAND-INFORMATIONEN“, c/o D.Schulze-Marmeling, Zum Gröndchen 21, 4417 Altenberge.

„IRLAND-INFORMATIONEN — Zeitschrift über Politik, Ökonomie und Kultur auf der „grünen Insel“

Ausgabe Nr.2 (Erscheinungsdatum 15. Oktober): Sinn Fein nach den EG-Wahlen / Das „Forum for an new Ireland“ / Die Ermordung des Sean Dawnes / 15 Jahre britische Truppen in Nordirland — Teil I / Kommunalpolitik in Belfast / Divis Flats: Eskalation des Elends / Alex Maskey in Hildesheim / Nationalismus und Feminismus / John Lennon über den „bloody sunday“ / Kurznachrichten / Buchbesprechungen und Zeitschriften-schnu

Umfang: 48 Seiten A 4; Preis: DM 3,50

Bestelladresse: D. Schulze-Marmeling, Zum Gröndchen 21, 4417 Altenberge bei Münster

Linienstreit in der ÖDP?

Linienstreit in der ÖDP?

Leserbriefe

Falsche Interpunktion

Aus der Mini-Glosse „Machtübernahme“ (FAZ vom 28. November) könnte man der falschen Interpunktion wegen herauslesen, daß die ÖDP die Machtübernahme des kommunistischen Bundes vorbereitet. Das ist falsch. Unsere Partei, deren Gründer und Bundesvorsitzender Dr. Herbert Gruhl ist, hat sich gerade deshalb aus den Grünen zurückgezogen, weil wir die recht linken Ansichten nicht mit vertreten konnten. Wir sind eine Partei, die auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht und unsere parlamentarische Demokratie verteidigt. Wir haben mit Kommunisten absolut nichts gemein.

Gerade in Hessen könnten wir als parlamentarischer Arm der ökologischen Bewegung ein notwendiges Gegengewicht zu den „Grünen“ bilden, wenn die Bevölkerung unsere Ansichten kennenlernen würde. Als kleine Partei haben wir allerdings Schwierigkeiten, mit wenigen Mitteln (wir haben noch keine Spenden von Flick erhalten) unsere Grundsätze zu verbreiten. Ich darf Ihnen zur Information anliegend unser Grundsatz-Programm unterbreiten, aus dem Sie unseren Standpunkt ersehen können.

Birgit Behari, Vorsitzende, ÖDP, Hessischer Landesvorstand, Kellheim 2, Ober den Birken 12 aus FAZ, 1.12.84

Betrifft: Serie „Zwischen den Weltkriegen“

Im AK 249 und 250 wurde dargestellt, wie es zum 2. Weltkrieg kam. Seither wird unser Redaktionstelefon belagert von Leuten, die wissen wollen, wie die Sache denn nun ausgegangen ist. Soviel sei an dieser Stelle schon verraten: Deutschland hat verloren. Japan übrigens auch. Näheres bitten wir dem AK 254 im Januar 1985 zu entnehmen. Die Serie wird danach fortgesetzt mit einer Übersicht über die Entwicklung von der Anti-Hitler-Koalition zum Kalten Krieg, 1945-50, Voraussichtlich im AK 256, also im März 1985.

AK-Redaktion



Fortsetzung von Seite 46

Recht hat die DKP schon. Jede kritische, sich auf den wissenschaftlichen Charakter des Marxismus beziehende Diskussion muß auf die DKP zersetzend wirken, weil für diese Bastion der Unerschütterlichkeit das Ergebnis schon vor der Analyse feststeht. Die typische DKP-Analyse sucht Belege für die Aktualität des Marxismus-Leninismus; sie selektiert die Wirklichkeit in einer Weise, bei der überhaupt nur Bestätigungen herauskommen können. Es ist der sicherste Weg, jeden Fortschritt der Theorie zu vermeiden. Aus der Grundhaltung der DKP heraus ist es völlig einseitig, daß sie auf die Krise des Marxismus mit einer Taktik der splendid isolation reagiert. (Vergl. Udo Hergenroeder, Sensibel wie ein Baumaschine, AK 252, S. 40/41).

Die Isolation wendet sich zum Amoklauf, weil die DKP sich gegenüber den Diskussionen nicht wirklich abschotten kann. Ihre rigiden Unterdrückungsversuche gegenüber der „Düsseldorfer Debatte“ hängen durchaus zusammen mit der unsinnigen Philippika gegen das „Argument“. Arnhelm Neustadt schrieb in einem „Nachwort zur Krise des Marxismus“ in der „Debatte“:

„Das Problem der heutigen Aneignung der Marxischen Theorie besteht in der Notwendigkeit, beides zu trennen: ihr geschichtsteilologisches Element, das keinen Glauben mehr findet, von der wissenschaftlichen Theorie, die des Glaubens nicht bedarf, sondern sich an der Realität zu bewähren hat.“ („Debatte“ 1/84, S. 74).

Von dieser Erkenntnis bis zu dem Kritischen Wörterbuch ist es nur noch ein kleiner Schritt, denn die Trennung zwischen den politischen Bedeutungen, die die marxistischen Begriffe in den vergangenen Phasen der Arbeiterbewegung angenommen haben, und ihrem wissenschaftlichen Inhalt als Momente der Theorie, erfordert als ersten Schritt eine Bestimmung der spezifischen Problematik der zentralen Begriffe.

Der Dogmatismus auf dem Kriegsfuß

Es ist eigentlich schade, daß dieses Kritische Wörterbuch des Marxismus erst jetzt erscheint. Stellen wir uns vor, es wäre 1975 erschienen, als die zahlreichen ml-Gruppen noch das belebende Geschäft der Konkurrenz mit nimmer endender Energie betrieben. Was hätte man sich streiken können! Kein Schimpfwort wäre ausgelassen worden. Binnen kürzester Zeit hätte der KBW im KWM einen ideologischen Stützpunkt des Sozialimperialismus ausgemacht, die GIM ein Produkt des Neostalinismus, die KPD/ML erneut die Giftküche des Revisionismus entlarvt. Leider ist diese äußerst produktive Form der Diskussion fast völlig aus der Mode gekommen. Nur die DKP möchte ungern ihrer Tradition als Denkschmiede unterwerfen werden und polemisiert kräftig drauf los. Dabei ist eigentlich gar nichts passiert. Das „Argument“ war schon immer ein recht pluralistisches Organ des akademischen Marxismus. Zu jedem beliebigen Zeitpunkt hätte eine Kampagne der DKP die gleiche Berechtigung gehabt wie heute. Allein die Staatsdiskussion im „Argument“ No. 124 (Okt. 1980) bot Zündstoff genug. Aber die DKP dachte gar nicht daran, das „Argument“ zu zerreißen, weil sie dieses Forum zunächst als nützlich ansah. Es war eines der ganz wenigen Foren, wo DKP-Akademiker mitarbeiteten, ohne daß es sich um ein DKP-Organ gehandelt hätte. Der wahre Grund für die jetzige Panik der DKP-Führung liegt nicht im „Argument“, sondern darin, daß die DKP ernsthafte Befürchtungen hat, ihr intellektuelles Umfeld könne langsam abwandern. So sagt Heinz Jung, Leiter des IMSF (einer Denkschmiede zur planmäßigen Erzeugung parteikonformer Analysen) in seinem UZ-Interview über das „Argument“: „Am wichtigsten scheinen mir aber die politischen Umgruppierungen in der Linken, die sich im Erfolg der Grün-Alternativen und im Massenumfang der Friedensbewegung und anderen Bewegungen ausdrücken.“ (UZ, 24.10.84).

Für eine Partei wie die DKP herrscht eine höchst unerfreuliche Lage, weil sie die Intellektuellen braucht, wenn sie auf die Massenbewegungen Einfluß haben will. Pöbchen in irgendwelchen Ausschüssen reichen da nicht aus. Und eigentlich braucht die DKP auch Intellektuelle, die sich mit den zentralen Fragen auseinandersetzen, die heute die Diskussionen bestimmen. Aber wenn Intellektuelle denken, schwanken sie auch (steht bei Lenin). Und wenn sie schwanken ... Jedenfalls haben alle Öffnungsstrategien der DKP diesen keinen Erfolg gebracht und werden, dies auch nicht. Das wiederum sieht das DKP-Präsidium ganz realistisch. Aber ob die DKP ihren Einfluß auf Intellektuelle wenigstens halten kann, wenn sie diese von ihrem berufsmäßigen Tun, dem Denken, abhält, ist halt auch sehr zweifelhaft. Die DKP scheint jedenfalls für jede Diskussion um einen neuen, politischfähigen Marxismus unbrauchbar.

Die Dialektik ist „ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär“, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Unterganges einschließt“ (Karl Marx, Das Kapital Bd. I, MEW 23, S. 28).

Wer nicht begreift, daß dies die historischen Formen der Praxis und Theorie des Sozialismus einschließt, wer nicht begreift, daß der Marxismus die schärfste Kritik des Marxismus ist, ist für eine marxistische Antwort auf die Krise von vornherein verloren.

jb

Dialektik:
immer wieder erleben wir das, was uns nicht passieren kann.

Peter Malwald
Düsseldorfer Debatte 1/84

Spendenaufwurf

Wie jedes Jahr um diese Zeit wenden wir uns an die Leserinnen und Leser des ARBEITERKAMPFES mit der Bitte, durch Spenden und einen Teil ihres „Weltraumgeldes“ das Fortbestehen dieser Zeitung zu gewährleisten. In den beiden vergangenen Jahren ist es uns gelungen, mit Spendenergebnissen von (knapp) über 30.000 DM die Verluste aufzufangen, die nicht durch Zuschüsse aus KB-Beiträgen aufgebracht werden konnten. In beiden Jahren mußten wir auch nicht auf Reserven zurückgreifen. Unsere Situation hat sich seither nicht verbessert: eine nachhaltige Auflagensteigerung, die diese Zeitung finanzieren könnte, ist nicht in Sicht. Immer noch sinken unsere Mitgliederzahl und die Beiträge an die Organisation (wenn auch nur in geringem Umfang), finanzielle Schlechterstellungen und Arbeitslosigkeit tragen dazu bei. Dies ist nicht ohne weiteres durch Kosteneinsparungen aufzufangen. Außerdem haben wir nach Jahren einmal eine Lohnerhöhung um 150,- DM im Monat vorgenommen und einen Genossen (wieder) eingestellt.

Wir müssen also auch für das kommende Jahr noch einmal über 30.000 DM, besser noch ein wenig mehr, durch Spenden hereinbekommen, damit wir wiederum sagen können, der ARBEITERKAMPF bleibt bestehen.

Deshalb spendet und bittet auch andere darum!

Konto: Heinrich Eckhoff Bankleitzahl 200 800 00
Dresdner Bank Hamburg Kontonummer 480610400

Bisheriges Spendenergebnis: 8.324 Mark
Spendenveröffentlichung in der nächsten Ausgabe

Arbeiterkampf



Absender:
An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

☐ Halbjahresabo DM 33,- ☐ Förderabo DM 50,-
☐ Jahresabo DM 60,- ☐ Förderabo DM 100,-

☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsanweisung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum Unterschrift

Einzugsanweisung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos.

*Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.
Kto.-Inhaber
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

(Unterschrift)

Inhalt

aktuell

40 Jahre und kein bißchen weise	S. 1
Großdeutsche Träume	S. 2
Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung	S. 3
Beschluß des KA vom 14.12.1984	S. 3
Christen im Friedens-KA	S. 3
Laßt mich raus, laßt mich rein!	S. 4
Wir stürmen den Weltwirtschaftsgipfel	S. 4
Planungen und Überlegungen zur Friedensbewegung	S. 4
300 Demonstranten stoppen US-Bombenzug	S. 4
Aus der Welt des real existierenden Revanchismus	S. 5
Bhopal-Katastrophe und Chemieindustrie	S. 6
„Aus Gift mach Geld“	S. 6
Ist »Bhopal« auch in der BRD möglich?	S. 6
Interview mit PAN(Psitzid-Aktions-Netzwerk)	S. 6
Weltkrieg 1985	S. 8
— Kriegsplanspiel der Schweizer Armee —	S. 8
»NATO: Nein, US-Basen: Raus, Neutralität!«	S. 9
Nach-Schlag gegen Aschu	S. 19
Hungersstreik in den BRD-Knästen	S. 22
Hungersstreikerklärung und Erklärung zur Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF	S. 23
Betrieb und Gewerkschaft	
Wie sitzt man einen Konflikt aus?	S. 20
Elf Kündigungen für die Kollegen bei BMW	S. 20
Warnstreikurteil - Wende im Arbeitsrecht?	S. 20
Die Wende schleicht in die Betriebe	S. 20
IG Bergbau — Streikbrecher-Gewerkschaft	S. 21
Aussperreungsverbot: GRÜNE bringen SPD in Schwierigkeiten	S. 22
Kampf dem Faschismus	
Empörer Neonazis und das Schweigen der Behörden	S. 24
Der Hoffmann-Prozeß	S. 25
— Eine Farce —	S. 25
Interessant: WSG und VS	S. 25
Buchbesprechung	S. 26
»Wenn die Messer blitzen und die Nazis flitzen«	S. 26
Berufsverbote: »Wollen Sie, daß Beamte die Verfassungsordnung unserer Demokratie bekämpfen und einen kommunistischen Staat anstreben?«	S. 27
Grüne und Alternative	
Beschluß der Landesversammlung der GRÜNEN ¹	S. 10
HESEN in Licht am 1.12.84	S. 10
Der Bruch	S. 10
Zum Grün-Roten Bündnis in Hessen	S. 10
»Rot-Grün« in Hessen gescheitert:	S. 10
Jetzt heizt der DGB gegen die GRÜNEN	S. 10
Grüner PARTEITAG — Parteitag der GRÜNEN	S. 11
DKP: Gemeinsam gegen rechts — Hauptsache mit der SPD!	S. 12
DKP: Gemeinsam gegen rechts — Hauptsache mit der SPD!	S. 12
Rudolf Bahro: »Ich bringe die Botschaft«	S. 13
Ökosozialismus zwischen apokalyptischem Reiter und verschiedenem Nutzen der parlamentarischen Demokratie	S. 14
Grüner Alltag in Bonn	S. 15
Fundamental? gegen Real?	S. 16
AL Westberlin: Haltung zur SPD noch nicht entschieden	S. 19
Europa	
Niederlande: Antimilitaristen klauen Geheimdienst-Dokumente	S. 9
Asien	
Neu-Kaledonien: Ein neues Algerien?	S. 31
Rainer Werning über Mindanao/Südphilippinen	S. 32
Hintergründe eines vergessenen Krieges	S. 32
Latinamerika	
USA — Nicaragua: Wie ein Krise gemacht wird	S. 36
Aufruf zur Unterstützung politischer Gefangener in Chile	S. 37
El Salvador: »Wir wissen, wie man einen politischen Kampf führt«	S. 37
Chile von Oktober bis Dezember 1984	S. 38
Grenada: Democracy made by Uncle Sam	S. 40
Cuba-Krise 1961 - 1963, Teil I	S. 35
Imperialismus	
Westeuropäische Rüstungskonvention	S. 28
Zur Weltwährungskrise, Teil II	S. 30
Die Renaissance des Dollars verschärft die Krise	S. 30
Westdeutsche Linke	
Uwe Klußmann: Ökosozialismus contra Marxismus?	S. 17
— Strategiedebatte bei den Jungsozialisten —	S. 43
Von Hinten durch die Brust ins Auge	S. 44
Die radikalen Priester der GIM	S. 44
Warum die GIM auf gemeinsame Aktionen mit der SPD so scharf ist	S. 45
... Aber was meint die GIM nun wirklich?	S. 45
Kritische Wörter und Wörter der Kritik	S. 46
Provokation und Reaktion	S. 47
Neue Rechte	
Kleine Enzyklopädie der Neuen Rechten, Teil II	S. 41